H. Un. 196 f

H. Un. 1967

) a s

1 8 3 9.

aschenbuch

auf

hr 1840.

on

m Fischer.

nnheim,

n Heinrich Hoff.

840.

H. Un. 1967

Das

Jahr 1839.

Ein Taschenbuch

auf

das Jahr 1840.

Von

Wilhelm Fischer.

Mannheim,
Verlag von Heinrich Hoff.
1840.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Vorrede.

Die vorliegenden Blätter sind eine Fortsetzung des Taschenbuchs des Rheinischen Postillon, das die Ereignisse des Jahres **1838** in einer Weise erzählt, die, nach den Urtheilen vieler geachteten Organe, Anklang gefunden hat.

Für die Fortsetzung mußte ein anderer Titel gewählt werden, da der Postillon seit einem halben Jahre nicht mehr ein Rheinischer, sondern ein Deutscher ist; auch würde schon deshalb der Titel gewechselt worden sein, weil von einem großen Theile

des Publikums geglaubt ward, das Taschenbuch des Rheinischen Postillon sei nur ein Auszug des gleichnamigen Blattes. Es sollte indeß mit dem Titel nur die Manier der Darstellung bezeichnet werden. Wir erwähnen dies hier im Vorworte für die, welche den Vorläufer dieses Taschenbuchs oder den ersten Jahrgang desselben noch nicht kennen; vielleicht veranlaßt sie der Inhalt des neuen, sich auch mit dem vorhergehenden bekannt zu machen.

Um nun auf das vorliegende Taschenbuch zurückzukommen, so bemerkt der Verfasser, daß der Inhalt desselben nur eine Chronik des Jahres **1839** ist. Eine Geschichte kann es nicht sein, denn diese ernste Göttin ergreift ihren Griffel erst dann, wann aus den einzelnen Begebenheiten wirkliche

Folgen, unumstößliche Facta, die wiederum ihre Folgen haben, hervorgegangen sind. Solche Ansprüche darf man an diese Blätter nicht machen; sie geben nur wieder, was die flüchtige Zeit geboren hat. Vieles ist davon wieder untergegangen, aber Vieles ist auch geblieben und wird erst nach und nach eine feste Gestalt gewinnen. Für diese letzteren Ereignisse dürfte dies Taschenbuch als Leitfaden dienen, denn nach besten Kräften sind darin die Nebenumstände berücksichtigt, welche der Geburt solcher Ereignisse vorangingen oder sie begleiteten. Mit einem Worte, es ist hin und wieder dafür Sorge getragen worden, auf den Geist unserer Zeit hinzudeuten, und vielleicht in einer Weise, die dem Charakter des Zeitgeistes nicht ganz unangemessen erscheinen dürfte.

Vom Wege der Wahrheit ist wissentlich nicht abgewichen worden, und was die verborgenen Fehler anbetrifft, so nimmt es ja der große Weltenrichter mit diesen nicht so genau, vielweniger also Sterbliche, die ja eben so schwach sind wie wir.

Mannheim, am Christabend **1839.**

Der Verfasser.

1. Belgien und Frankreich.

In den letzten Tagen des Jahres 1838 und in den ersten Wochen von 1839 war der Blick aller Beobachter der Zeitereignisse wiederum, wie im Jahre vorher, auf Belgien und Frankreich gerichtet. Indeß diesmal handelte es sich nicht darum, die Neutralität einer kleinen, waldbewachsenen Erdscholle, wie des Grünewaldes, auf dem Wege der Unterhandlung zu erkämpfen, sondern darum, den Belgiern begreiflich zu machen, daß sie sich endlich dazu verstehen möchten, den 24 Artikel-Traktat anzunehmen, und dieser Annahme eine Herausgabe, nämlich die von Limburg und Luxemburg, folgen zu lassen. Zu diesem Ende hatten die Konferenzen in London wieder begonnen, und es war von dort aus den Belgiern auf das bestimmteste erklärt worden, daß sie in Betreff der Gebietsherausgabe (Territorialfrage) durchaus nicht auf dieselbe Nachsicht

rechnen dürften, mit der man sich gegen sie hinsichtlich der, an Holland zu zahlenden Schuld benommen. Mit Bezug auf den letzten Punkt war man gegen die Belgier äußerst gnädig gewesen, vielleicht in der Absicht, sie auf solche Weise um so geneigter zur Abtretung der genannten Landestheile zu machen. Die Belgier sahen jedoch in der Schuldermäßigung keine besondere Gnade und zeigten deshalb auch nicht die geringste Lust, sich von ihren Brüdern in Limburg und Luxemburg zu trennen. Darauf erfolgte von London der Spruch: Jene Gebiete müssen, kraft der bestehenden Verträge, herausgegeben werden, und sollten sich die Belgier nicht gutwillig dazu bequemen, so werde man sie zwingen. —

Mit dieser Drohung wurde in das schon glimmende d. h. aufgeregte Belgien Oel gegossen, und in der That, die Flammen schlugen mit einer Wuth empor, daß selbst bedächtige Leute glaubten, ganz Europa würde in Brand gerathen. Es brauſ'te in des Worts verwegenster Bedeutung ein Sturm durch das ganze Land, und in Limburg und Luxemburg vernahm man deutlich aus dem Heulen des Sturmes die Worte: „Wir wollen nicht abgetreten sein!" Dieser Nothruf

fand bei den eigentlichen Belgiern, wie auch bei den Bewohnern der benachbarten französischen Provinzen Anklang und sie schrieen im Chor: „Sie sollen nicht abgetreten werden!“ Und nun ging man daran, das Land, wie einst im alten Karthago, in eine Waffenwerkstatt zu verwandeln und so großartige Rüstungen vorzunehmen, daß es schien, als wolle man die Welt erobern. Mit dieser materiellen Rüstung ging die geistige, wenn man sie so nennen will, Hand in Hand. Man schimpfte in den Zeitungen auf die Politik der Großmächte, auf Holland, auf die 24 Artikel, auf die Ketzer (und hierzu fühlten sich besonders die belgischen Priester sehr veranlaßt), und überhaupt auf Alles, was nicht belgisch d. h. im höchsten Grad exaltirt war; man stellte, um die europäische Menschheit zu schrecken, Betrachtungen über die Theilungen Polens an, sagte dem belgischen Volke, daß ihm, wenn es Limburg und Luxemburg aufopfere, ein gleiches Schicksal bevorstehe, berechnete dann die belgischen Streitkräfte und erklärte, es seien zwar dieselben der gewaltigen Uebermacht gegenüber nicht groß, dagegen sei der belgische Muth (wobei, wie sich von selbst versteht, auf den belgischen

Löwen sehr gestichelt wurde) und die belgische Ehre Bollwerke, an welchen das heranstürmende Europa die Hörner ablaufen, auch den Kopf einiges zerstoßen würde.

Obgleich nun in diesen Tiraden so ziemlich dieselbe Idee ausgesprochen war, die man anderswo in den gemüthlichen Vers: „Wir sind das erste Volk der Welt u. s. w." gebracht hat, so gab es doch unter den muthigen Belgiern sehr viele, die unwillkuhrlich nach Frankreich blickten, in der Hoffnung, es würde ihnen von dort, wie schon einmal, die Sonne aufgehen. Ueberdies stand die Eröffnung der französischen Kammern für die Sitzung des Jahres **1839** bevor, und man schmeichelte sich, es würden schon in der Thronrede den Belgiern günstige Verheißungen gemacht werden. Man glaubte in Belgien steif und fest, die französische Regierung habe immer noch dieselben politischen Grundsätze wie im Jahr **1831**, und obgleich der französische Conseilpräsident Graf v. Molé schon wiederholt geäußert hatte, Belgien müsse den **24** Artikel-Traktat annehmen: so hielt man dies für nichts weiter als eine leere Phrase, und zwar um so mehr, da der Minister Molé bereits auf schwachen Füßen stand und ohne

Zweifel in kurzer Zeit ein Staatsmann außer Dienst sein würde. Die Belgier rechneten nur auf die „Sympathieen" der großen Nation und deren Vertreter und sahen daher in gespannter Erwartung dem 17. December entgegen, an welchem Tage die Kammern eröffnet werden sollten. Der erwartete Tag kam, und vom Throne herab ließ sich der König der Franzosen über Belgien also vernehmen: „Die Konferenzen sind in London über die Angelegenheiten Belgiens und Hollands wieder aufgenommen worden. Ich zweifle nicht, daß sie einen baldigen und friedlichen Ausgang haben werden, indem sie Belgien die Unabhängigkeit und der Ruhe Europa's eine neue Garantie geben."

Wiewohl nun in diesen Worten, besonders da sie in einer Thronrede vorkommen, durchaus keine Zusicherung nach dem Sinne der Belgier lag, so griff man sie doch begierig auf, sah sie nach allen Seiten an und beschloß, von denselben den besten Gebrauch zu machen. — Demgemäß setzte man die Rüstungen fort, bildete patriotische Vereine, schimpfte nach wie vor auf das übrige Europa, strich aber die große Nation heraus, und sandte dann an die Regierung und

die Vertreter dieser Nation Abgeordnete, auf daß diese, noch ehe die Verhandlungen in den Kammern über die Thronrede ihren Anfang genommen, das Eisen schmieden möchten, so lange es noch heiß wäre. Und wirklich wurden die belgischen Abgeordneten von den Deputirten in Paris mit großem Jubel aufgenommen, mit Speise und Trank, schönen Reden und Freiheitsliedern bewirthet und so schwindlich gemacht, daß sie sowohl die Drohungen der anderen Mächte wie auch die zweideutigen Antworten, die ihnen der Graf Molé gab, verlachten und den Patrioten daheim direkte Wunderdinge berichteten. Diese nahmen alles für baare Münze, schwelgten im Gefühle ihrer Unabhängigkeit und gebehrdeten sich auf so absonderliche Weise, daß man fast glauben konnte, der belgische Löwe sei in sie gefahren. Indeß mitten in diesem patriotischen Taumel ereignete sich etwas, woran weder die Belgier noch ihre Freunde und Feinde gedacht hatten: die belgische Bank stellte ihre Zahlungen ein. Diese Schreckensnachricht traf zunächst die Belgier selbst, dann aber die übrige Handelswelt wie ein Donnerschlag; die Kriegslust verstummte momentan und statt ihrer hörte man Heulen und Weh-

klagen, und zwar nicht nur auf den Dächern, sondern auch auf den verschiedenen Börsen, und namentlich in Antwerpen, wo eine gänzliche Stockung der Geschäfte und, im kaufmännischen Sinne, eine Todesstille eintrat, ähnlich der, die nach den Worten der Schrift dem Hereinbrechen des jüngsten Tages vorangehen soll. Wie man vorher nur über „Untheilbarkeit des Gebiets" und über „Nationalehre" gesprochen hatte, so jetzt über die Todeswunde, welche den sogenannten materiellen Interessen beigebracht worden sei, und nur Wenige gab es, welche das Bank-Uebel mit holländischen Augen ansahen. Die „Mynheers" sprachen nämlich öffentlich aus: der Bankerott sei nur fingirt und eine zwischen dem Könige der Belgier und dem Könige der Franzosen verabredete Sache, um die kriegerische Wuth der Ersteren etwas abzukühlen. Daß dies indeß nur eine holländische Ansicht war, stellte sich leider nur zu bald heraus, denn es traten so ernstliche Folgen des Bankerotts ein, daß die Sache nicht mehr spaßhaft aussah. Es stand ja das auf dem Spiele, was in neuester Zeit zur Selbständigkeit und der Thatkraft eines Volkes so wesentlich mitwirkt, der Kredit. Diesen

mußte Belgien aufrecht erhalten, und als die Regierung so wie die Repräsentanten des Volks dies eingesehen, that man die nöthigen Schritte, um den so tief erschütterten Glauben an die belgischen Finanzen wieder auf die Beine zu bringen. Tag und Nacht arbeiteten die Directoren der belgischen Bank, um sich eine möglichst klare Uebersicht über die Lage der Dinge zu verschaffen, und nach kurzer Zeit brachte man heraus, die Sache stehe nicht so schlecht wie man geglaubt habe; die Bank könne, wenn man ihr einige Zeit lasse, ihren Verpflichtungen nachkommen, und damit man dieser tröstlichen Erklärung Glauben schenken möge, erfüllte man sogleich einen Theil der eingegangenen Verbindlichkeiten und flößte dadurch allen den „Häusern" Muth ein, die sich bereits vor Verzweiflung die Haare ausreißen wollten. Solchergestalt nahm man dem anfangs panischen Schrecken einen großen Theil seiner gefährlichen Wirkung, jedoch blieb bei Vielen eine Erschütterung der Glieder zurück, die sich ganz besonders bemerkbar machte, wenn sie auf der vorher betretenen kriegerischen Bahn wiederum fortschreiten wollten oder sollten. Mit kurzen Worten, der Bankerott hatte bei dem Handels-

stande die Folge, daß er nicht mehr so kühn wie vorher in die Kriegstrompete mitblies, sondern sich äußerst vorsichtig benahm, sehr friedliche und ruhige Ansichten faßte und diese in deutschen Zeitungen veröffentlichte, wo man sie mit Bereitwilligkeit aufnahm und als solche hinstellte, die von dem „gesunden Sinn" des aufgeklärteren Theils der belgischen Nation ausgegangen seien. Allein dieser gesunde Sinn wurde sowohl von den fanatischen Mitgliedern der Geistlichkeit, der eben so fanatischen Masse des Volks und der Opposition in der Repräsentantenkammer für höchst krankhaft angesehen, und um in Deutschland Organe zu haben, die in deutscher Sprache gegen diesen krankhaften Zustand eifern sollten, verfiel die Opposition in der Kammer auf die wunderliche und höchst komische Idee, mit einem Fond von **13,000** Franken sich einige deutsche Journale zu erkaufen. Ob diese Don-Quixotiade wirklicher Ernst war, oder ob man nur der Welt zeigen wollte, man könne trotz des Bankerotts Geld aus dem Fenster werfen, mag dahin gestellt bleiben, aber so viel ist gewiß, daß sich die Opposition in der belgischen Kammer nicht stärker blamiren konnte als mit diesem Antrage,

denn er verrieth zur Genüge, daß sie von dem Zustande der deutschen Presse auch nicht die oberflächlichste Kenntniß hatte. Das erreichte jedoch die Opposition, daß die gedämpfte Wuth, für die Untheilbarkeit des Gebiets und Aufrechthaltung der Nationalehre bis auf den letzten Blutstropfen zu kämpfen, von neuem ausbrach und in dem Maaße sich steigerte, daß auch die Regierung mit fortgerissen wurde und an die Generale den Befehl erließ, alle junge Leute, welche freiwillig dienen wollten, in die Armee aufzunehmen. Zu dieser Verfügung des Kriegsministers hatten wahrscheinlich die Studenten der Universität Löwen den ersten Anstoß gegeben, denn diese bildeten eine Gesellschaft zur Rettung des Vaterlands, luden die übrigen Universitäten dazu ein und machten einen so gewaltigen Skandal, daß er bis zu den Ohren der pariser Studenten drang, die dann auch nichts Eiligeres zu thun hatten, als ihren Kommilitonen in Belgieu eine Adresse zu schicken und sich ihnen als Sekundanten bei dem bevorstehenden Duell mit Holland und dessen Verbündeten anzubieten.

Alle diese Vorkehrungen, Rüstungen, Declamationen und kriegerischen und großsprecherischen Ti-

raden erschienen jedoch in keinem Theile Belgiens so übertrieben und exaltirt, wie in den Gebieten von Limburg und Luxemburg, denen conferenz- und protokollmäßiger Weise eine holländische Zukunft bevorstand. Gerade auf sie hatte der Bankfall den wenigsten Eindruck gemacht; sie wollten der Welt zeigen, daß irdische Dinge für sie keinen Reiz mehr hätten, für sie, die sich rüsteten zum Kampfe für die heiligsten Rechte. Zu wiederholten Malen schickten sie ihren Vertretern in der Repräsentantenkammer die Weisung, fort und fort ihren festen Willen dahin zu erklären, daß sie lieber sterben als Holländer werden wollten, und daß sie von der belgischen Nation, für deren Freiheit sie mitgefochten, deren Brüder sie geworden durch ihr Blut, mit fester Zuversicht erwarteten, sie werde die Schande nicht auf sich laden und treulos diejenigen verlassen, welche durch unauflößliche Bande an sie geknüpft seien. An solchen Worte ließen die von Limburg und Luxemburg nicht fehlen, und die Volksvertretungssäle in Brüssel hallten wieder von den Reden der Patrioten; und es wurde geschimpft und geschrieen, daß den Ministern oft die Haare zu Berge standen und sie sich genöthigt sahen, bescheidene und

leise Einsprüche dagegen zu erheben. Aber Schmach traf sogleich Jeden, der solches that; denn über einen solchen Minister fiel die ganze Opposition her, nannte ihn feig, niederträchtig, schamlos, einen Vaterlandsverräther, einen doppelten und dreifachen Vaterlandsverräther u. s. w., so daß an sämmtlichen hohen Staatsbeamten kein gutes Haar blieb, wenn sie überhaupt noch dergleichen besaßen.

In dieser Weise wurden in Belgien die Interessen der Nation verhandelt und zwar größtentheils in dem Glauben, daß von Frankreich aus, sollte wirklich Kriegsnoth über Belgien hereinbrechen, die kräftigste Hülfe geleistet werden würde. Dies schloß man theils aus den zweideutigen Worten der Thronrede, theils aus der glänzenden Aufnahme der belgischen Abgeordneten in Paris, theils aus den Sympathieen, welche die Franzosen im Allgemeinen für Belgien bisher gezeigt, und endlich aus dem Sturze des Ministeriums Molé, der, wie man aus den Vorbereitungen der französischen Opposition schloß, in kurzer Zeit erfolgen mußte.

Wenn die belgischen Politiker auch nur auf wenige Augenblicke die Zukunft ihres Vaterlandes

so sicher vorher gewußt hätten, wie die Zukunft des Grafen Molé und seiner ministeriellen Kollegen, so würde man ihnen vielleicht jetzt schon in den Schriften des alten Bundes eine Stelle unter den Propheten eingeräumt haben. In der That, schon in den letzten Wochen des Jahres 1838 hatte sich in Frankreich die Opposition gegen das Molé'sche Ministerium in einer Weise verstärkt, daß man, nachdem der Tag zur Eröffnung der Kammern bekannt gemacht wurde, sich fest davon überzeugt hielt, Molé und seine Kollegen würden nur als Ex-Exellenzen in das neue Jahr treten. Der Hauptvorwurf, den man dem französischen Ministerium machte, bestand darin, daß es, ohne einen Funken von Selbständigkeit, ein ganz willenloses Werkzeug in den Händen des Königs sei, und daß demnach sowohl die auswärtigen wie auch die innern Angelegenheiten Frankreichs auf eine Weise geleitet würden, die weder mit der Ehre und dem Ruhme der großen Nation noch auch mit der materiellen Wohlfahrt derselben im Einklang stehe. Hierüber müsse man sich um so mehr wundern, da doch nach der Charte die Minister dem Volke verantwortlich seien, und weil denn so sei, so falle

natürlich auch ein Theil der Schuld auf die Deputirten. Eine nicht geringe Anzahl derselben seien Beamte und als solche bereitwillige Diener des Ministeriums, dann werde auch die Wahl Vieler durch allerlei Umtriebe bewerkstelligt, und diese zeigten sich überaus eifrig, alle Verfügungen der Minister gut zu heißen, um so schnell wie möglich entweder mit einer einträglichen Stelle oder mit einem Orden belohnt zu werden. In Summa, die Herren Deputirten seien der Mehrzahl nach nichts weniger als Volksvertreter und deshalb müsse, wolle man die herrschenden Mißbräuche mit der Wurzel ausrotten, eine Reform in der Wahl vorgenommen, und zu dem Ende der Deputirtenkammer eine Petition um eine Wahlreform eingereicht werden.

Durch diese ganz einfache Auseinandersetzung, in der weit mehr Wahrheit lag, als das französische Ministerium und seine Anhänger vertragen konnten, wurde also außer dem Ministerium auch die Deputirtenkammer stark verdächtigt, und man sah ein, daß mit einer Aenderung der letzteren im Sinne des Volks sich das erstere von selbst ändern müsse. Die Franzosen brauchen eine Sache nur halb einzusehen, so handeln sie schon

rasch, um wie viel rascher, wenn sie dieselbe ganz einsehen. So war es auch in diesem Falle, und noch ehe die Kammern eröffnet wurden, tauchte, als ein Schreckgespenst für die Minister und deren Anhänger unter den Deputirten, die Petition für die Wahlreform empor, für welche zunächst in den einzelnen Bezirken von Paris Unterschriften gesammelt wurden.

Unter solchen Auspicien erfolgte die Eröffnung der Kammern am 17. December, und die Thronrede des Königs sprach sich über alle Zustände höchst befriedigend aus, erhob Frankreichs Glück und Wohlfahrt bis in den Himmel, ließ Belgiens zu hoffende Unabhängigkeit, wie wir oben gesehen haben, als eine Garantie für die Ruhe Europa's erscheinen, strich die Thätigkeit heraus, mit der Frankreich durch Erfüllung der Klauseln des Quadrupel-Vertrages an Spaniens Glück arbeite, und würde schon jetzt in großartigen Phrasen über den Ruhm sich ausgelassen haben, den die französischen Waffen in Afrika und Meriko von Neuem errungen, hätte die Regierung zur Zeit schon die Nachricht gehabt von der Einnahme des Platzes Setif in Algier und der Erstürmung von S. Juan d'Ulloa in Meriko.

Welche Bedeutung eine Thronrede hat, darüber ist man längst in allen Staaten im Klaren, in denen sich eine solche Ceremonie von Zeit zu Zeit wiederholt, um als Anfangspunkt einer neuen Verwaltungsperiode zu gelten. Man weiß, daß eine solche Thronrede eigentlich Nichts enthält, von dem man nicht schon Kunde und in der Regel bessere Kunde hat, als sie die Thronrede giebt, und doch knüpft man noch immer an solche Thronreden Erwartungen und Wünsche, doch wohl zu merken, weniger an die Thronreden, als an die Antworten oder Adressen, welche von Seiten der Kammern darauf folgen. Solches geschah auch in Frankreich in Betreff der, am 17. December gehaltenen Thronrede. Von der Pairskammer erwartete man freilich keine sonderliche Adresse und man täuschte sich darin nicht, denn die von Herrn von Portalis entworfene Antwort war nichts mehr und nichts weniger als der Wiederhall der Thronrede; jeder Satz seiner Rede war dem entsprechenden Satze der königlichen Rede so genau angepaßt, daß sie von Freunden der Symmetrie mit Fug und Recht für ein Meisterstück gehalten werden konnte. Und doch fand die Rede des Herrn Portalis mehrere

Widersacher, und namentlich ließen Einige der Herren Pairs ihren Unmuth über die ungerechte Politik gegen die Schweiz, über die laue und kraftlose Einmischung in die Angelegenheiten Belgiens, und, mit Bezug auf die inneren Verhältnisse, über die steigende Macht und den Uebermuth der Geistlichkeit aus. Indeß der Graf Molé beschwichtigte in einer sehr gefälligen Vertheidigung der Regierungsgrundsätze die auffätzigen Pairs, zeigte ihnen, daß bei allen Handlungen und Maximen der Regierung nur auf die Wohlfahrt des Volks gesehen werde und brachte es dahin, daß mit einer entschiedenen Stimmenmehrheit die Adresse des Herrn Portalis durchging. Dieß Ereigniß hatte indeß auf die öffentliche Meinung keinen besonderen Einfluß, denn von der Pairskammer hatte man seit langer Zeit nichts Bedeutungsvolles vernommen und nur wenn sie sich als oberster Gerichtshof mit Hochverrathsprozessen beschäftigte, nahm man einige Notiz von ihr.

Ganz anders verhielt es sich mit der Deputirtenkammer. Von dieser erwartete man diesmal ein energisches Auftreten, und zwar um so mehr, da um den Präsidentenstuhl ein förmlicher

Kampf begann, in welchem endlich Herr Dupin siegte und denselben zum achten Male bestieg. Als Präsident stattete denn auch Hr. Dupin dem Könige den üblichen Neujahrswunsch ab, und flocht in diesen die bedeutungsvollen Worte hinein: „daß jede der Staatsgewalten in den Gränzen ihres Rechts wirken müsse, um die constitutionnellen Staatseinrichtungen aufrecht zu erhalten.“ Louis Philipp merkte sehr wohl die Stichelei, die in diesen Worten lag, aber er war um eine passende Antwort nicht verlegen, und erwiederte gerade mit Bezug auf diesen Satz: „daß durch die Einheit aller Staatsgewalten die Stärke jeder einzelnen begründet werde, und daß die Macht der Könige, wie die der Nationen auf gegenseitigem Vertrauen ruhe.“ — Man muß gestehen, die Antwort klang sehr befriedigend, dennoch aber hielten es die Deputirten, oder wenigstens ein großer Theil derselben, für nothwendig, sich in der Adresse noch deutlicher auszusprechen, und gaben diesmal dem damit beauftragten Hrn. Etienne förmlich die Weisung, eine energische Sprache zu führen und keinen Tadel zu sparen, wo er verdientermaßen ausgesprochen werden müsse.

Hr. Etienne folgte dieser Weisung und so enthielt denn die Adresse der Deputirten unter anderem die Worte: „Wir sind davon überzeugt, Sire, die innige Uebereinstimmung der in ihren constitutionnellen Schranken gehaltenen Staatsgewalten kann allein die Sicherheit des Landes und die Kraft Ihrer Regierung begründen.“ — Dieser Satz, in welchem indirekt deutlich genug ausgesprochen war, daß von einer innigen Uebereinstimmung der, in ihren constitutionnellen Schranken gehaltenen Staatsgewalten gegenwärtig nicht die Rede sein könne, und daß demnach auch die Sicherheit des Landes und die Kraft der Regierung gefährdet sei, wurde das Hauptthema der Kammerverhandlungen über den Adreßentwurf und die Hauptführer der Opposition, Thiers und Guizot (der, beiläufig gesagt, oft den Mantel nach dem Winde trägt), Odilon-Barrot, Duvergier de Hauranne, Mauguin, Billault u. A. schleuderten, immer mit Bezug auf das genannte Hauptthema, so gewaltige Blitze gegen das Ministerium, daß namentlich die Herren Molé und Montalivet einige Male förmlich niedergeschmettert wurden. Aus allen Reden der genannten sowie vieler anderen Deputirten ging ganz derselbe

Schluß hervor, den einſt in Rom der alte Cato jeder ſeiner Reden an den Senat anhing. Wie dieſer ſtrenge und verdrießliche Römer immer darauf zurückkam, er meine, Karthago müſſe zerſtört werden; ſo meinten die Hauptführer der Oppoſition, das Miniſterium müſſe geſtürzt werden. Allein zwiſchen der Meinung des alten Cato und der Meinung der genannten franzöſiſchen Oppoſitionsmänner, beſonders der Herren Thiers und Guizot, läßt ſich doch ein kleiner Unterſchied auffinden, der darin beſteht, daß jener unerbittliche Römer nicht aus Privatintereſſe auf die Vernichtung Karthago's beſtand, ſondern aus Liebe zu Rom, deſſen Ruhm und Größe ihm über Alles ging, während namentlich die Herren Thiers und Guizot deßhalb die Miniſter geſtürzt ſehen wollten, damit ſie ſelbſt zu jener Würde gelangen könnten. Mit einem Worte, vorzugsweiſe Thiers und Guizot waren es, die ſich bei ihren Manövers mehr vom Ehrgeize als von der Vaterlandsliebe leiten ließen, und deßhalb hatten ihre langen und gewaltigen Reden auch nicht ſofort den Erfolg, welchen ſie ſich ſelbſt davon verſprochen hatten. Uebrigens war es kein ſo großes Kunſtſtück, das Miniſterium Molé zu

stürzen, denn zu den vielen Sünden, die man ihm aufbürdete, kam noch der berüchtigte Prozeß des Staatsrath Gisquet, der, als ehemaliger Polizeipräfekt ein wahrer Kettenhund der Regierung, sich in seiner jetzigen Stellung so sicher glaubte, daß er gegen das Journal „Messager" als Ankläger auftrat und dasselbe beschuldigte, es habe einen Angriff auf seine Ehre gemacht. Die Redaction des Journals war aber im Besitze von Papieren, die so sichere Beweise über die gemeinen Betrügereien und die Sittenlosigkeit des Hrn. Guisquet enthielten, daß nach Veröffentlichung derselben der Ankläger der Angeklagte wurde. Mit einer wahren Berserkerwuth fiel die Opposition über diesen skandalösen Prozeß her, und die Regierung gerieth dadurch in solche Verlegenheit, daß sie sich nicht anders zu helfen wußte, denn durch einen Gewaltstreich. Es erschien nämlich an einem heiteren Morgen im „Moniteur" die königliche Ordonnanz, welche bekannt machte, daß Hr. Guisquet aus der Liste der Staatsräthe gestrichen und sein Schwiegersohn des Amtes als Haupteinnehmer entsetzt sei. Gründe waren für diese Maaßregel nicht angegeben, und deshalb erklärten sie die meisten

Journale für einen Gewaltstreich, — einen Vorwurf, den die Regierung schweigend hinnahm, weil sie es vorzog, lieber einen Tadel über sich ergehen zu lassen, als die schmutzigen Verhandlungen über Guisquet zu veröffentlichen.

Unterdessen dauerte der Kammersturm gegen die Minister und der Wortkampf über den Adreß-Entwurf fort und wurde nur momentan durch zwei Ereignisse unterbrochen, von denen das eine das königliche Haus und, man kann sagen, ganz Frankreich mit Trauer erfüllte, während das andere Veranlassung zu großem Jubel hätte sein können, wäre nicht eben diesem die Trauerpost vorangegangen. Die letzte brachte die Nachricht von dem Tode der Prinzessin Marie, Gemahlin des Herzogs Alexander von Würtemberg, und versetzte das königliche Haus in die tiefste Betrübniß. Fast gleichzeitig mit dieser Trauerbotschaft lief die Kunde von dem Siege der französischen Waffen bei S. Juan d'Ulloa in Mexiko ein, wodurch zwar der gesunkene Muth der ministeriellen Parthei wieder etwas belebt wurde, doch verhehlte sie sich nicht, daß das frühere Eintreffen dieser Nachricht ihr ebenfalls einen sicheren Sieg verschaft haben würde. Bei beiden in ihren

Wirkungen ganz entgegengesetzten Ereignissen unterließ es die Deputirtenkammer nicht, dem Könige auf der einen Seite ihr tiefstes Beileid zu bezeigen, auf der andern gutstylisirte Glückwünsche abzustatten, aber nichts desto weniger änderte diese dem königlichen Hause bewiesene Aufmerksamkeit den Gang der Verhandlungen. Sie waren nur augenblicklich gehemmt worden, und begannen eben so schnell wieder mit derselben Wuth. Die inneren Angelegenheiten waren es zuerst, welche der Opposition einen unerschöpflichen Stoff zu Schmähungen gegen die Minister boten, und diese waren in der That um die Mitte des Januar ihrem Sturze schon ziemlich nahe, als sich der Deputirte Hr. Amilhau zu ihrem Vertheidiger erhob und zu dem Adreß-Entwurf ein Amendement oder einen Verbesserungssatz machte, in welchem er die innere Verwaltung des Ministeriums herausstrich und daß dasselbe so und nicht anders hätte handeln können. Das Amendement des Herrn Amilhau ging mit Stimmenmehrheit durch, das Ministerium erfocht seinen ersten Sieg, und den Tag darauf schnupfte besagter Hr. Amilhau seinen Taback aus einer goldenen Dose, welche,

als sie ihm übersandt wurde, auch eine Partie goldenen Karotten enthalten haben soll.

Die Minister jubelten, sie waren mit diesem Siege aller Verantwortlichkeit über die vielen Bestechungen enthoben, über die Gunstbezeugungen gegen ihre Lieblinge, die skandalösen Prozesse, die Verwendung der geheimen Fonds und viele andere kleine Sünden, die zusammengenommen weit anstößiger waren als eine einzige große Sünde. Diese ihre innere Freude offenbarte sie auch zugleich der Welt, und das „Journal des Debats," eingedenk der ansehnlichen Summen, die ihm aus den geheimen Fonds zugeflossen waren und später zufließen würden, pries den Muth des Ministeriums in allen langen Artikeln und behauptete mit dreister Stirne, die Wahrheit d. h. das Ministerium werde zuletzt glorreich aus dem Kampfe hervorgehen. Um nun dieser etwas kühnen Behauptung haltbare Unterlage zu geben, ergoß sich das genannte Journal in Lobeserhebungen über die Heldenthaten der französischen Flotte in Meriko, über den Muth, den der dritte Sohn des Königs, der Prinz von Joinville, hierbei bewiesen, knüpfte daran sehr weitläuftige Betrachtungen über den Beruf Frankreichs, das

und gerade dieſem Verlangen widerſetzte man ſich, und demnach hatten die Miniſter ſtatt eines Sieges eine Niederlage davongetragen.

Alles, was wir bisher ſkizzenmäßig über die Kammerverhandlungen berichtet haben, bezog ſich ausſchließlich auf den Adreß-Entwurf des Herrn Etienne. Dieſe Verhandlungen füllten im Ganzen 12 Sitzungen aus und wurden vom „Moniteur" auf 232 Spalten, jede Spalte von 132 Linien, mitgetheilt. Die Miniſter hatten in dieſen 12 Sitzungen 32mal geſprochen, und zwar der Graf Molé 12mal. Hr. Dupin hätte ferner während dieſer 12 Sitzungen 18 Verweiſe an ſolche Deputirte ertheilen müſſen, die etwas zu hitzig geworden und in die Schimpfmanier der belgiſchen Repräſentanten gerathen waren. Endlich von den Abgeordneten ſelbſt wurden 128 Reden gehalten, zu denen Hr. Thiers 13, Hr. Guizot 12 und Hr. Odillon-Barrot 6 geliefert hatten. Wir geben dieſe Debatten-Statiſtik nur in der Abſicht um darzuthun, daß es weder die Miniſter, noch die Deputirten an Worten hatten fehlen laſſen, um Frankreichs Wohl zu begründen; daß es nicht begründet ward, iſt demnach auch nicht ihre Schuld, und man könnte nur höchſtens daraus

den Schluß ziehen, daß man mit Worten allein nichts ausrichten kann. Jedoch darf nicht vergessen werden, daß bei diesen Verhandlungen Dinge zur Sprache kamen, die allen denen, welche, entweder freiwillig oder durch gewisse Verhältnisse gezwungen, der absoluten Gewalt huldigen, höchst unangenehm waren. In Frankreich selbst gossen die Legitimisten als Anhänger der vertriebenen Königsfamilie ihren Groll über diese Verhandlungen in die, ihnen zu Gebote stehenden Journale aus, in Deutschland aber waren es besonders die Residenzen Berlin und Hannover, wo man Ach und Weh über diese Debatten schrie, und deshalb fand sich denn auch ein gesternter Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung" veranlaßt, aus Berlin unterm 24. Januar Folgendes zu schreiben: „Die Verhandlungen in der französischen Deputirtenkammer über den Adreß-Entwurf fahren fort, hier auf alle Klassen der gebildeten Gesellschaft einen widerwärtigen Eindruck zu machen. Die strengen Legitimisten, welchen die Juli-Revolution mit allen daraus hervorgegangenen Verhältnissen ein Gräuel ist, erkennen sich selbst mit Stolz als wahre Propheten an, da sie immer vorausgesagt haben, daß

aus der Vertreibung der rechtmäßigen Dynastie nichts als Unheil entspringen könne." — Dies die Ansicht jenes Korrespondenten, die, wenn sie nicht den verdrießlichen Satz über die Juli-Revolution und die rechtmäßige Dynastie enthalten hätte, wohl geeignet gewesen wäre, dem Ministerium Molé einigen Muth einzuflößen. Allein eben dieser Satz enthielt eine überaus bittere Pille, und wenn dergleichen Pillen auch sonst wohl zur Stärkung dienen können, so erwuchs doch dem Kabinette der Tuilerien daraus in diesem Augenblicke nur das Gegentheil. Es gerieth nach dem Schlusse der Verhandlungen, über den Adreß-Entwurf in ein gefährliches Schwanken, wozu, gerade am Ende dieser Verhandlungen, die Debatten über die Rentenconversion nicht wenig beigetragen hatten.

Die Zinsherabsetzung der fünfprocentigen Renten ist seit einer Reihe von Jahren aufs Tapet gebracht, jedoch immer als unthunlich und nicht zeitgemäß zurückgewiesen worden. Diesmal wollte nun der Hr. Finanzminister Lacave-Laplange jene abgedroschene Redensart nicht wieder hervorholen, sondern meinte: die Regierung könne sich darum mit der Rentenconversion nicht einlassen, weil

derselben (der Regierung) von der Bank, deren Hülfsquellen sämmtlich dem Handel gewidmet seien, kein Beistand geleistet werden könne. — Mit dieser Erklärung würde man sich vielleicht zufrieden gegeben haben, aber unglücklicherweise war der Gouverneur der Bank zugegen, welcher sich sogleich erhob und ganz kurz entgegnete: die Bank könne dies sehr gut. — Dem guten Finanzminister, welchem wahrscheinlich jene oben abgegebene Erklärung von den Tuilerien aus in den Mund gelegt war, wurde ganz blau vor den Augen, und er sah sich schon bei seinen Kollegen nach Hülfe um, da erhob sich einer der ersten Finanzmänner Frankreichs, der Veteran Lafitte und sprach: „Nie war der Stand der Finanzen günstiger; ich weiß das; aber die Schwierigkeiten, die der Umwandlung (der Renten) entgegenstehen, gehen von der Stellung des Kabinetts aus. Ist das Ministerium, ehe es eine Verbindlichkeit übernimmt, der Unterstützung durch die Kammer sicher? Dies ist die Frage, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen glaube ich nicht, daß es sich zu dieser großen Maaßregel entschließen kann. Es ist heute nicht das erste Mal, daß sich die Minister des allgemeinen Wohl-

ſtandes rühmen. Sie ſprachen immer ſo unter der Reſtauration und ſeit der Juli-Revolution. Aber nicht ihnen hat das Land ſeinen Wohlſtand zu verdanken, ſondern der Verſtändigkeit und den Anſtrengungen der arbeitenden Klaſſen. (Dieſe Worte wurden mit ſtürmiſchem Beifalle aufgenommen.) Ich ſage jetzt zu den Miniſtern, wie unter der Reſtauration: Dieſer Wohlſtand war vor euch und erhält ſich trotz euch. Die National-Induſtrie verdankt ihren ſchönſten Aufſchwung der kaiſerlichen Regierung. Der Kredit wurde unter der Reſtauration gegründet und ſteht nun feſt. Die Elemente des Wohlſtandes liegen in der Natur. Wenn Sie (nämlich die Miniſter) wirklich die Umwandlung wollen, ſo wird ſie ſich mit der größten Leichtigkeit bewerkſtelligen laſſen."

Solche Worte ſprach der wohlerfahrene Laſitte, derſelbe, welcher ſein großes Vermögen der Juli-Dynaſtie zum Opfer gebracht hatte, dafür aber von eben derſelben Dynaſtie in der Zeit der Noth verlaſſen worden war und ſich nur durch die Liebe ſeiner Mitbürger, durch ſeine Rechtlichkeit, Thätigkeit und Klugheit wieder emporgearbeitet hatte. Es war eben keine ellenlange Rede, die Laſitte hielt, allein ſeine wenigen Worte gaben einen

großen Ausschlag, und die Minister waren in diesem Augenblicke schon rettungslos verloren.

Von dieser Zeit, also etwa vom **20.** Januar an, dauerte in Frankreich die sogenannte Ministerkrise; denn obgleich Molé und seine Kollegen eigentlich am Ruder blieben, obgleich sie bei der Abstimmung **221** Stimmen für sich und nur **213** Stimmen gegen sich zählten, so trat doch ein so unsicherer Zustand für das Ministerium ein, daß dies sich selbst aufgab und durchaus keine Anstrengungen machte, sich den Angriffen der Opposition zu widersetzen. Louis Philipp, tief darnieder gebeugt durch den Tod seiner Tochter Marie, wie auch heftig ergriffen von der großen Aufregung, in welcher Paris und die bedeutenderen Städten Frankreichs sich befanden, suchte einen Ausweg zu finden, der sowohl ihm selbst die einmal erlangte Macht sichern, wie auch den Sturm beschwichtigen sollte, der diesmal in der That in einen verheerenden Orkan auszubrechen drohte. Aus den Verhandlungen über den Adreß-Entwurf war es der französischen und mit ihr der übrigen Welt klar geworden, daß Louis Philipp eigentlich im strengsten Sinne des Worts Herrscher in Frankreich, daß sein, dem

Volke verantwortliches Ministerium nur ihm dienstbar und ergeben sei und die Angelegenheiten des Staates bisher ganz so geleitet habe, wie es der Wille des Königs vorgeschrieben. Ein solches Puppenministerium sollte aber ferner nicht an der Spitze Frankreichs stehen, dies war Wille der Opposition oder Coalition, während der König eben so sehr die Beibehaltung der alten Minister oder wenigstens wieder solche Männer zu Ministern wünschte, die auf selbstständiges Handeln eben so wenig Anspruch machten, wie die vorigen. Wie nun der König auf der einen Seite wünschte, das Steuerruder des Staatsschiffes in Händen zu behalten, so sah er doch auf der andern ein, daß er, um die heranziehenden Wetterwolken unschädlich zu machen, sich den Schein geben müsse, dem laut gewordenen Willen des Volkes in etwas nachzugeben, und deshalb wandte er sich beim Beginne der Ministerkrise zuerst an den Marschall Soult, als den Mann, der seit dem Triumphe, der ihm bei der Krönung der Königin von England von den stolzen Inselbewohnern bereitet worden, von dem französischen Volke gleichsam vergöttert wurde. An ihn knüpften sich die glorreichen Erinnerungen der Kaiser-

zeit, und wiewohl während der ganzen Kaiserzeit die Selbstständigkeit des französischen Volks als ein leeres Schattenbild erschien, so war doch durch sie der Ruhm Frankreichs bis auf den höchsten Gipfel gestiegen, und an diesem Ruhme weidete man sich noch, ohne ihn mit den Betrachtungen zu trüben, daß er mit dem Blute einer Million französischer Bürger erkauft worden war. Also an den alten Soult, der doch auch einige Bausteine zum Tempel des Ruhmes geliefert hatte, wandte sich der König und gab ihm den Auftrag ein Ministerium zu bilden, an dessen Spitze, wie sich von selbst verstand, der graue Krieger treten sollte.

Soult wies zwar den Auftrag nicht zurück, allein er ging auch nicht sogleich darauf ein, vielmehr knüpfte er mit dem Könige förmliche Unterhandlungen an, die sämmtlich darauf hinausliefen, daß der Conseilpräsident fortan wirklicher Conseilpräsident, nicht aber der Hampelmann sein sollte, dessen Haupt und Glieder sich nur dann bewegten, wenn man in den Tuilerien den Draht anziehe oder loslasse. Mit einem Worte, Soult bestand darauf, daß das Ministerium ein parlamentarisches und überhaupt ein solches sein

müſſe, wie es von den Stimmführern der Oppoſition bei den Verhandlungen über den Adreß-Entwurf mehrmals verlangt worden ſei. Zur Einſetzung eines ſolchen Miniſteriums hatte indeß Louis Philipp nicht die geringſte Luſt, und demnach ließ er die Unterhandlungen mit Soult fallen und erhöhte dadurch die Spannung der politiſchen Parteien. Alle Blicke wurden jetzt auf Thiers und Guizot gerichtet, von welchem beiden Männern der erſte einige Zeit hindurch der tägliche Stoff aller Journale war, ſo daß man über ſeine Fähigkeiten und ſeinen Charakter die verſchiedenartigſten Urtheile hörte. Jedoch alle dieſe Raiſonnements der Journale für und wider Thiers und ſeine Anhänger, für und wider Guizot änderten die Lage der Dinge nicht, und doch ſollte und mußte dieſe geändert werden. Sowohl gut unterrichtete Leute, wie auch ſolche, die ihre Neuigkeiten aus trüberen Quellen ſchöpften, zerbrachen ſich darüber den Kopf, bis endlich ganz unerwartet im Moniteur die Ordonnanz erſchien, die Kammer ſei bis zum 15. Februar vertagt. Allein dies war nur ein Vorbote einer anderen großen und gefährlichen Maaßregel. Man munkelte von einer gänzlichen Auflöſung der Kam-

met, und wirklich bestätigten sich die Gerüchte hierüberso schnell, daß diejenigen nicht gelogen hatten, welche behaupteten: die Ordonnanzen zur Vertagung und Auflösung der Kammer seien an einem und demselben Tage vom Könige unterzeichnet worden. In der That, die Kammer wurde aufgelöst, der 2. März als Wahltag für die neuen Deputirten und der 26. März als derjenige Tag angesetzt, an welchem die neuen Kammer eröffnet werden sollte. Wie ein elektrischer Schlag wirkte diese königliche Ordonnanz, und in den Worten des Deputirten Remusat: „Wir sind um zehn Jahre jünger geworden" — lag unter solchen Umständen eine fast gewisse Aussicht in eine gefahrvolle Zukunft.

Warum sich Louis Philipp zu diesem gewagten Mannöver entschlossen hatte, beantwortet sich von selbst, und wer etwa zur Zeit, als es geschah, darüber nicht im Klaren gewesen wäre, der hätte es aus den Organen der Regierung recht gründlich erfahren können. In diesen, und darunter ist ganz besonders das Journal des Hrn. Emil Girardin, „die Presse," zu verstehen, hieß es, die Coalition der 213 Deputirten gehe darauf aus, Frankreich in eine neue Revolution zu ver-

wickeln. Deshalb arbeite sie an dem Sturze des Ministeriums, deshalb untergrabe sie das Ansehn des Thrones und suche die königliche Vorrechte zu schmälern. Solchem Treiben müsse die Krone entgegenwirken, sie könne sich weder Minister aufdringen, noch sich Vorschriften machen lassen. Eine solche Nachgiebigkeit sei Schwäche, und mit der Schwäche des Thrones beginne, wie das die Geschichte lehre, das Regiment der Anarchie. Um diesem größten aller Uebel vorzubeugen, habe der König die Kammer aufgelöst und dadurch an die Nation selbst appellirt. Entscheide die Stimme derselben gegen das Ministerium, so werde dasselbe abtreten, im entgegengesetzten Falle aber sei des Volkes Stimme Gottes Stimme, das Ministerium werde alsdann bleiben und fortfahren, für das Wohl Frankreichs thätig zu sein. Das hieß mit kurzen Worten weiter nichts als: der König will sich von seinen jetzigen Ministern nicht trennen und rechnet darauf, daß ihm die große Nation den Gefallen thut, in dieser Beziehung mit ihm einerlei Meinung zu sein.

Indeß die große Nation war anderer Meinung, und die Opposition, die sich berechtigt hielt, im Namen derselben zu handeln, gab nun

sehr unerfreuliche Berichte über die Wohlfahrt Frankreichs. Und in der That, man hörte jetzt wunderbare Dinge. Zuerst liefen aus den Departements Klagen über Klagen ein über Brottheuerung und zugleich auch Nachrichten von einzelnen Aufständen, die nur stattgefunden hatten, um die Getreideausfuhr zu verhindern. Dies war namentlich in der Stadt La Rochelle der Fall, wohin man in aller Eile Militär schicken mußte, da sich die dortige Nationalgarde nicht bewogen gefunden hatte, gegen die nach Brot schreienden Männer und Frauen kriegerische Demonstrationen vorzunehmen. Eine Folge davon war, daß man sogleich alle Schuld auf eben diese Nationalgarde schob und sie suspendirte. Kaum war aber die Ruhe in La Rochelle einigermaßen wiederhergestellt, so brach zu Tours ein ähnlicher Aufstand aus, bei welchem die Aufrührer die sehr zweideutigen Redensarten hören ließen: „Freiheit oder Tod! Wohlfeil Brot oder die Stadt angesteckt!“ Das Letztere geschah nun zwar nicht, aber die Regierung gerieth doch in nicht geringe Besorgniß, denn sie befürchtete, daß man in andern Städten, wo ebenfalls Brottheuerung herrschte, auf ganz gleiche Ideen verfallen könnte. Außerdem sah sie ein,

daß Volksaufstände, die Brotmangel oder mit andere Worten ein leerer Magen hervorgerufen, die gefährlichsten sind, und deshalb ward sofort beschlossen, mit der Getreideausfuhr einzuhalten.

Die Opposition benutzte diese, an sich traurigen Ereignisse mit großer Geschicklichkeit, um durch sie das Verdienst hervorzuheben, welches sich das Ministerium Molé um die Wohlfahrt Frankreichs erworben; aber nur zu bald bekam sie noch einen ergiebigeren Stoff, denn in der Hauptstadt lähmte die Auflösung der Kammern alle gewerbliche Thätigkeit, überall traten Stokkungen ein, es brachen eine Menge Bankerotte aus und der „Courier français" übertrieb nicht, als er schrieb: Die Auflösung der Kammern hat schon zum Theil ihre Früchte getragen; sie hat den öffentlichen Kredit erschüttert, der seit sechs Jahren allen innern und auswärtigen Krisen mit bewunderungswürdiger Kraft widerstand." Zu diesem Berichten der Oppositionsjournale schwieg natürlich die ministeriellen Presse, denn sie hatte in diesem Augenblicke Wichtigeres zu thun; sie sollte und mußte das Ministerium vertheidigen, um auf solche Weise bei der bevorstehenden Wahl demselben den Sieg zu verschaffen. Zu diesem

Riesenwerke hatte man nur die kurze Frist von vier Wochen, es war also eine ebenso riesenmäßige Anstrengung nöthig, um zum Zwecke zu gelangen. Man muß der ministeriellen Presse nachsagen, daß sie eine beispiellose Thätigkeit entwikkelte, und darin von den Ministern, besonders von dem Minister des Innern, Herrn v. Montalivet, auf eine bewunderungswürdige, aber eben so schamlose Weise unterstützt wurde. Kein Mittel, Versprechungen, Bestechungen, Drohungen, Intriguen und was sonst zu dem weitläuftigen Felde geheimer Kunstgriffe gehört, verschmähte man, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken, während die Opposition eben so rastlos arbeitete und ihrem Ziele dadurch um Vieles näher kam, daß sie alle Ränke der Minister und ihrer Helfershelfer aufdeckte. Man hörte in dieser Zeit direkte Wunderdinge, und wem es bis dahin immer noch ein Räthsel geblieben war, zu welchen verschiedenen Zwecken die geheimen Fonds den Ministern dienten, der erhielt einigen Aufschluß durch die Nachricht: daß dem Journal des Debats wöchentlich eine Unterstützung von 10,000 Franken gegeben werde, damit es gratis an die Wahlmänner ausgetheilt werden könne. Und

dieſe Summe erhielt nur ein einziges Journal, welche Summen mußte alſo nicht die geſammte miniſterielle Preſſe in Paris und in den Departements wegfreſſen! Und doch durften die Miniſter ſich auf die Preſſe nicht allein verlaſſen, ſie mußten auch zu den Beamten ihre Zuflucht nehmen, d. h. Dienſteifrige durch Verſprechungen und Belohnungen feſter an ſich ketten, und ſolche, die mehr auf die öffentliche Meinung als auf einen Orden ſahen, zu entfernen ſuchen. Zu ſolchen Beamten gehörten nun beſonders die Präfekten und Unterpräfekten, unter welchen ein die rektes Wechſelfieber oder wohl gar die fallende Sucht ausbrach. Sie wurden dutzendweiſe abgeſetzt oder verſetzt, dutzendweiſe nach Paris berufen, um die Ehre zu haben, von Hrn. v. Montalivet perſönlich inſtruirt zu werden. Allein unter dieſen Präfekten gab es auch eine nicht geringe Anzahl ehrenwerther Männer, die erklärten dem Herrn Miniſter des Innern ohne alle Umſchweife, wenn man von ihnen verlange, daß ſie hinterliſtiger Weiſe auf die Wahlen einwirken ſollten, ſo müßten ſie für die Präfekturehre danken. Dies erklärten jene Männer öffentlich und erhielten dafür freilich weder einen Orden, noch ſonſt eine

Auszeichnung, aber sie erwarben sich die allgemeine Achtung und diese ist, trotz der Oberherrschaft der materiellen Interessen, auch etwas werth.

Es kann das, was wir bisher mitgetheilt haben, ein kleines Bild von dem Treiben der Parteien in Frankreich nach der Kammerauflösung bieten. In allen Theilen des Reichs herrschte die höchste Aufregung, und wenn auch über den Rhein von Zeit zu Zeit höchst beruhigende Artikel flogen in denen die Allgewalt der materiellen Interessen gepredigt und die Masse des französischen Volkes als ganz theilnahmslos und gleichgültig für die öffentliche Zustände geschildert wurde, so sprachen doch die Ereignisse selbst gegen solche alberne Behauptungen. Auch sahen die französischen Minister das Volk für nicht so gleichgültig an, und je bedrohlicher die Sprache der Opposition wurde, um so größer wurde die Zwietracht unter den Ministern, namentlich unter den Herren Molé und Montalivet, von denen der erstere, erschreckt über die Folgen der Kammerauflösung, diese dem Kollegen in die Schuhe schieben wollte. Man benutzte diese (ob wirklich vorhandene oder erdichtete) Uneinigkeit, um besonders den Hrn. Montalivet herunterzureißen, und bei dieser Gelegenheit schlug man den genannten Herrn mit seinen eigenen

Worten. Derselbe hatte nämlich im Jahre 1827, wo die Zustände Frankreichs gerade ebenso, wie gegenwärtig waren, eine Schrift gegen das Ministerium herausgegeben und in dieser zu einer Coalition gegen dasselbe angerathen. Aus dieser Schrift theilten die Zeitungen mehrere Stellen mit, verglichen dann den Montalivet von 1827 mit dem von 1839 und zogen aus dieser Vergleichung Schlüsse, die dem Minister des Innern um so verdrießlicher waren, da er sie nicht wegdisputiren konnte. Wie man nun auf diese Weise die Excellenz Montalivet vor ganz Frankreich blamirte, so unterließ man es auch nicht, Betrachtungen über die 221 Anhänger des Ministeriums anzustellen, woraus sich dann ergab, daß unter diesen 221 ministeriellen Deputirten sich 128 Angestellte im Civilfache, acht Adjutanten und Ordonnanz-Offiziere des Königs und zwei Ehren-Chevaliers der Königin und der Madame Adelaide, im Ganzen also 138 Angestellte, dagegen nur 83 sogenannte freie Männer befanden.

Alles dies sowie vieles Andere benutzte die Opposition, und damit der bei S. Juan d'Ulloa über die Mexikaner errungene Sieg nicht etwa dem Ministerium einigen Vortheil bieten könnte,

griff ſie die hämiſchen Artikel der engliſchen Journale auf, denen zufolge die Franzoſen bei einer Expedition gegen Vera Cruz nicht nur geſchlagen, ſondern in wilder Flucht nach dem Fort S. Juan d'Ulloa zurückgetrieben worden waren. Einiges Wahre mußte wohl an den engliſchen Berichten ſein, denn nur zu bald erhob ſich ein entſetzlicher Hülferuf aus Mexiko von den dort angeſiedelten Franzoſen, gegen welche ſich die mexikaniſche Regierung, nach der Anſicht der franzöſiſchen Blätter, die heilloſeſte Barbarei erlaubte. Mit ausgeſuchter Schadenfreude theilte die Oppoſition dieſe Klagen mit und verſäumte dabei nicht, über die Ernennung des Prinzen v. Joinville zum Schiffskapitain Bemerkungen zu machen, die in einem deutſchen Buche, auch wenn es ohne Cenſur in die Welt geht, nicht Platz finden können. So beeilte man ſich von allen Seiten her, auf die Miniſter einzuſtürmen, unter denen der des Krieges in dieſer ſo bedrängten Zeit nichts Wichtigeres zu thun hatte, als darüber eine Entſcheidung zu geben, wie die Staabsoffiziere künftig den eckigen Hut tragen ſollten. Die Kriegs-Excellenz ließen ſich über dieſen Gegenſtand dahin vernehmen, daß beſagter Hut bei

Musterungen und beim Defiliren en bataille d. h. quer, in allen anderen Fällen aber en colonne d. h. so aufzusetzen sei, daß eine Spitze voranstehe. Dieser Befehl des Kriegsministers erregte natürlich einiges Aufsehen, denn man brachte ihn mit den militärischen Promenaden nach der belgischen Gränze hin in Zusammenhang und glaubte, er sei ein sicherer Vorbote des Krieges. Und wahrlich kriegerisch genug sah es in Belgien aus, und deshalb wollen wir uns auch auf einige Augenblicke dorthin wenden, und den Parteikämpfen in Frankreich, die der neuen Deputirtenwahl vorangingen, den Rücken kehren.

Wir verließen Belgien in der höchsten Aufregung, die durch das, was sich unterdessen in Frankreich zugetragen, in eine directe Raserei ausgeartet war. Alle Hoffnungen, die man auf Frankreich gesetzt, erwiesen sich als leere Täuschungen, ja man befürchtete sogar, Frankreich würde mit den Truppen, die sich an der Gränze versammelten, feindlich gegen Belgien verfahren, da es wider alles Erwarten der belgischen Patrioten den Bestimmungen der Londoner Konferenz beigetreten war. Holländische Blätter posaunten dies zuerst aus, und wenn man ihnen

auch anfänglich nicht glauben wollte, so zeigte doch gleich darauf das Benehmen des französischen Ministeriums zu deutlich, daß Louis Philipp nicht gesonnen sei, seinem Schwiegersohne zu Liebe dem halben Europa den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Nun ging der Skandal in der belgischen Repräsentantenkammer sowie in den Zeitungen von neuem los, und der arme Graf Molé in Paris wurde so ausgeschimpft, daß ein belgischer Hund oder ein französischer Oppositions-Bullenbeißer kein Stück Brot von ihm würde angenommen haben. Gegen diese Stimmung der Volksrepräsentanten und der Zeitungen konnte die Regierung nichts machen, und sie schien jetzt auch mit dem Volke in Uebereinstimmung handeln zu wollen. Organe der Regierung sprachen dies öffentlich aus, und bald darauf erfüllte das plötzliche Auftreten des polnischen Generals Skryneczki in Brüssel ganz Europa in sofern mit Schrecken, als man nun den Ausbruch des Krieges nicht mehr in Zweifel zog. Skryneczki, der bekanntlich nach dem tragischen Ausgange der letzten polnischen Revolution in Prag unter österreichischem Schutze ein Asyl gefunden, hatte sich von dort aus heimlich entfernt und zwar, wie be-

in Rohheit und Barbarei versunkene Mexiko mit der Civilisation zu beglücken, sprach von den Erfolgen, den dies humane Streben bereits in Algier hervorgerufen und suchte auf solche Weise der großen Nation Sand in die Augen zu streuen. Dies wäre vielleicht auch dem „Journal des Debats" gelungen; aber siehe, die Oppositionspresse blieb nicht unthätig. Statt in den Jubel über den Sieg von S. Juan d'Ulloa mit einzustimmen, machte sie zuerst den Sieg selbst sehr verdächtig, brachte dann fast jeden Tag eine Angabe über die Zunahme der Unterschriften für die Petition um Wahlreform, erzählte (vielleicht manchmal mit Uebertreibung) die Folgen, welche das Steigen der Brotpreise in Paris und in den Departements hervorbringe, deckte jede Blöße der einzelnen Ministerien auf, und prophezeite endlich unaufhörlich den Sturz der Minister, als ein, durch die bedenkliche Lage Frankreichs nothwendig bedingtes Ereigniß. Unterdessen hatten sich auch die politischen Parteien in der Kammer zu einem Bunde (Coalition) gegen das Ministerium vereinigt, fest entschlossen, sich dem Amendement des Hrn. Amilhau, worin dieser gleichfalls das Ministerium wegen der Leitung der auswärtigen

Angelegenheiten in Schutz nahm, auf das entschiedenste zu widersetzen. Besonnene Leute sagten von dieser Coalition nicht viel Gutes voraus und zwar deshalb, weil sie aus Elementen zusammengesetzt war, die einander zu schroff gegenüberstanden. Dennoch brachte es diese Coalition dahin, daß das Amilhau'sche Amendement über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu Gunsten des Ministeriums verworfen wurde, was um so wunderbarer erscheint, da das Ministerium über zwei auswärtige Fragen, wegen Belgien und der Räumung Ancona's, durch die Bemühungen der Hrn. Lanyer und Jussieu, glücklich hinweggekommen war. Der Erstere machte nämlich, obgleich Thiers und Mauguin lebhaft für Belgien gesprochen hatten, den Vorschlag: „die Kammer möge mit Vertrauen den Ausgang der Unterhandlungen in London abwarten;" — und dieser Vorschlag ging durch; der andere dagegen, Jussieu bewies die Nothwendigkeit der Räumung Anconas' und auch sein Beweis wurde mit einer Mehrheit von 29 Stimmen angenommen. Mit Beseitigung beider Fragen war indeß die Gesammtleitung der auswärtigen Angelegenheiten keineswegs gutgeheißen; dies aber verlangte Hr. Amilhau,

richtet wurde, mit Hülfe französischer Pässe und Geldmittel. Sein Erscheinen in Brüssel erregt allgemeines Aufsehen und steigerte den Enthusiasmus der belgischen Patrioten, die hierin den sichersten Beweis sehen wollten, daß die Regierung nun endlich entschlossen sei, sich der Zerstückelung des belgischen Gebiets mit Gewalt zu widersetzen. In Deutschland wollte man anfangs gar nicht glauben, daß die belgische Regierung von dem Erscheinen Skryneczki's etwas vorhergewußt habe, noch viel weniger mit ihm in Unterhandlung getreten sei. Aber bald machte man die Erfahrung, daß man sich hierin bedeutend geirrt, denn als die Gesandten von Oesterreich und Preußen die sofortige Entfernung Skryneczki's oder ihre Pässe verlangten, gab man ihnen auf höfliche Weise die letzteren, und sie reis'ten auch sofort von Brüssel ab. Hiermit war freilich ein Schritt geschehen, der bereits einer halben Kriegserklärung ähnlich sah, und diese halbe nahm in der That den Charakter einer ganzen an, als auch die belgische Regierung ihre Gesandten von Berlin und Wien abrief. Wohin man sah, wollte man drohende Wetterwolken erblicken, auch zogen sich in den preußischen Rheinlanden bedeutende

Truppenmaſſen zuſammen, die aber, nach der Anſicht bayeriſcher und belgiſcher Blätter, mehr gegen die Rheinlande ſelbſt als gegen Belgien beſtimmt waren. In Summa, es ſah äußerſt kriegeriſch aus, denn auch die Holländer rüſteten ſich, und in Berlin freuten ſich die Lieutenants auf kühne Waffenthaten, aber mehr noch auf Avancement. Doch die Freude dieſer ehrgeizigen Helden wurde zu Waſſer, der ſehnlichſt erwartete Krieg gegen Belgien ging, trotz der Flucht des Generals Skryneczki von Prag nach Brüſſel, trotz der Abreiſe des öſterreichiſchen und preußiſchen Geſandten und trotz der Abberufung der belgiſchen von Berlin und Wien, etwa ſo aus, wie das Schieſſen zu Hornberg. Noch ehe man hiervon eine Ahnung hatte, wurden ſchon in Deutſchland friedliche Stimmen laut, und bald lief von Belgien die Kunde ein, König Leopold habe die 24 Artikel angenommen. Dies war indeß eine ſehr unhaltbare Anſicht, denn ſo ganz für ſich und kraft ſeines Willens konnte der König die 24 Artikel nicht annehmen. Hierzu mußten die Vertreter des Volks ihre Einwilligung geben, und dieſe waren gerade zu der Zeit, wo man die Annahme der 24 Artikel von Seite des Königs

ausschrie, vertagt; traten aber eben so schnell wieder zusammen und fingen am 19. Februar die Debatten darüber an, ob der König ermächtigt werden solle, in Bezug auf die 24 Artikel im Interesse des Landes zu handeln.

Es darf nicht übergangen werden, daß bald nach der Bekanntmachung der königlichen Ordonnanz, welche die Deputirtenkammer in Frankreich auflöste, in Belgien friedliche Gesinnungen auftauchten, die den Patrioten um so unerklärbarer waren, da gerade jetzt sowohl durch das Auftreten des Generals Skrynecki, wie auch durch das Abbrechen der diplomatischen Verbindung mit Oesterreich und Preußen, und endlich durch die schlagfertige Stellung der Holländer die Sache auf die höchste Spitze getrieben war. Woher diese plötzliche Umwandlung der Gesinnung? fragten sich die Kampflustigen. Und ganz leise ward ihnen die Antwort: Kinder, seid ruhig und bedenkt, daß uns der König der Franzosen nicht nur nicht beistehen will, sondern daß er bereits den Verhandlungen der Londoner Konferenz beigetreten ist. Was wir von der neuen Kammer und einem neuen Ministerium zu erwarten haben, wissen wir noch nicht, und deshalb müssen wir

jetzt etwas einlenken, und die Sache noch einiges hinzuziehen suchen, so daß wir, sollte plötzlich in Frankreich eine zweite Juli-Sonne aufgehen, dann aus einem anderen Tone blasen können.

So etwa mag man den fanatischen Patrioten geantwortet haben, denn in der That, diese Politik wurde befolgt. Man ließ die Repräsentanten auf kurze Zeit aus einander gehen, auf daß auch sie sich mit Friedensgedanken vertraut machen möchten, bombardirte dann gegen die Fanatiker mit ganz soliden Friedenskugeln, zeigte durch lange Artikel und Abhandlungen, daß Belgien auch durch Nachgiebigkeit seine Selbstständigkeit retten könne, holte die materiellen Interessen hervor, die Eisenbahnen, die weitläuftigen Industrieanstalten, deutete leise darauf hin, daß sich Belgien künftig an Deutschland anschließen müsse, genug, man versäumte nichts, um so schnell wie möglich eine Aenderung der öffentlichen Meinung hervorzubringen. Nach solchen Vorbereitungen trat die Repräsentantenkammer am 19. Februar wieder zusammen, und es begannen die Berathungen über die Annahme der 24 Artikel. Aber, was sagen wir Berathungen? Davon war nicht die Rede, es begannen die wüthendsten Kämpfe

auf Tod und Leben, und die Herren rissen sich gegenseitig auf eine Weise herunter, daß die Schimpfreden, welche die Helden Homers vor einem Zweikampfe gegen einander austauschen, als Lappalien dagegen angesehen werden konnten. Diese Kämpfe dauerten mit wenigen Unterbrechungen bis zum 26. März und endigten damit, daß sowohl die Kammer der Repräsentanten so wie die Herren Senatoren mit Stimmenmehrheit den Gesetzvorschlag genehmigten, der dem Könige das uneingeschränkte Recht gab, alle Verträge, welche die Trennung zwischen Holland und Belgien feststellen, unter solchen Klauseln, Bedingungen und Vorbehalten abzuschließen, welche er, der König, dem Interesse des Landes angemessen halte.

Nachdem die Repräsentanten und Senatoren dies beschlossen hatten, wurden beide Kammern vertagt, und nun erst erholte man sich von der anstrengenden Komödie, bei welcher fast alle Klassen der belgischen Nation eine Rolle gespielt hatten. Der Vorhang war gefallen, das Publikum ging auseinander, und Jeder machte seine Randglossen, tadelte und lobte, je nach seiner individuellen Ansicht. Diejenigen Redekünstler, die während

des Stücks unabläſſig daran gearbeitet, aus der Komödie eine Tragödie zu machen, d. h. die Himmel und Erde beſchworen hatten, es lieber auf das äußerſte ankommen zu laſſen, als Limburg und Luxemburg herauszugeben, wurden von ihren Anhängern feierlich empfangen, mit Kränzen geſchmückt, mit Pokalen beſchenkt, feſtlich bewirthet und mit Fackelzügen und Nachtmuſiken beehrt; dagegen andere, die ſich entweder lau bewieſen oder offen für die Trennung geſtimmt hatten, ärgerte man mit ſogenannten Katzenmuſiken, warf ihnen auch wohl die Fenſter ein und beſchädigte oder beſchimpfte ſie auf eine andere Weiſe. Etwas ſchlimm ſchien es zwei Recenſenten des Schauſpiels ergehen zu ſollen, nämlich den Herren Kats und Bartels. Dieſe hatten in ihre Kritiken über das politiſche Stück Anſichten eingemiſcht, die nach Hochverrath und Revolution ſchmeckten, wurden deshalb eingezogen und richterlich verhört, und ihnen dabei die Hölle ſo heiß gemacht, daß man ſich nicht genug darüber wundern kann, wie beide ihr kaltes Blut behielten. In der Kaltblütigkeit zeigte beſonders Hr. Bartels eine große Stärke, denn nicht genug, daß er alle Beſchuldigungen, die man ihm aufbürdete,

als wahr anerkannte, ging er in seiner Seelenruhe auch noch so weit; den Präsidenten des Assisenhofes zu Brüssel durch wirklich lakonische Antworten direkt zu verhöhnen. Besagter Präsident theilte nämlich am 23. Mai dem Bartels noch einmal summarisch alles das mit, was er selbst eingestanden hatte, und gab dann fragender Weise zu folgender Scene Veranlassung. Präsident: Adolf Bartels, Sie sind angeklagt, durch verschiedene Artikel die Soldaten und das Heer zum Widerstande gegen die Verordnungen der Behörden, im Falle das Gebiet hätte geräumt werden sollen, aufgereizt zu haben. Was haben Sie hierauf zu antworten? Bartels: Nichts! Präsident: Nichts?! Bartels: Nichts! Präsident: Sie erkennen, daß Sie zu diesem Zwecke diese Artikel verfaßt haben? Bartels: Ja, immer zu dem in dem Aufrufe erklärten Zweck. Präsident: Sie stellen sich also über die Behörden? Bartels: Ich wollte die Gebietszerstücklung verhindern. Präsident: Wenn aber die Zerstücklung nothwendig geworden, wenn der König, die Kammern und die verfassungsmäßigen Behörden des Landes dafür gehalten, daß man eben im Interesse des Landes, obwohl mit Kummer, in

die Gebietsabtretung einwilligen müsse, glauben Sie, daß es einem einzelnen Bürger zustehe, sich dem zu widersetzen? Bartels: Ich glaube, daß in diesem Falle sich die Nation über constituirte Gewalt stellen muß. Präsident: Hieß aber das nicht in offenen Aufstand gegen die Regierung des Landes treten? Bartels: Hierüber wird plaidirt werden. Präsident: Es konnte dies große Unglücksfälle nach sich ziehen und die Anarchie zum Endergebniß haben. Bartels: Die Zerstücklung war ebenfalls eine große Schmach. Präsident: Ich hätte gewünscht, Sie könnten andere Erklärungen geben, denn ich muß Ihnen bemerken, daß Sie durch ein solches Antworten sich nicht gegen die Anklage vertheidigen. Bartels: Ich beziehe mich auf meine Vertheidiger.

Man sieht aus dieser kurzen Frag- und Antwortsscene, daß Hr. Bartels sich nicht aus dem Texte bringen ließ, sondern, in der Ueberzeugung, nach besten Kräften als ein wahrer Belgier gehandelt zu haben, seinem Schicksale ruhig entgegensah. Dies wurde auch schon nach wenigen Tagen, am 28. Mai, in der letzten Sitzung des Assisenhofes von Brabant für ihn und seinen Freund Kats entschieden. Die Berathung der

Geschworenen dauerte etwa zwei Stunden, und nach Verlauf derselben erklärte der Vorsteher derselben: „Auf meine Ehre und Gewissen, vor Gott und den Menschen, die Antwort der Geschworenen auf die ihnen vorgelegten Fragen ist: „„„Nein, die Angeklagten sind nicht schuldig!““ Hierauf wurden die Herren Kats und Bartels unter großem Jubel sogleich in Freiheit gesetzt, und hatten als Recensenten eines politischen Stücks ein weit besseres Schicksal, als viele Theaterrecensenten in Deutschland, die an einigen Orten durchgeprügelt, an anderen Injuriarum belangt und par ordre du Mufti eingesteckt werden.

Da wir einmal mit der belgisch-holländischen Frage so weit vorgeschritten sind, daß es nur noch der Schlußscene bedarf, so wollen wir die Sache gleich abthun. Der König hatte also das Recht, ganz so zu handeln, wie er es dem Interesse des Volkes angemessen halte, und kaum war ihm dies Recht eingeräumt, so machte er sich auf den Weg zu seinem Schwiegervater nach Fontainbleau, der zu dieser Zeit immer noch in arger Verlegenheit war, und vielleicht seinen Eidam beneidete, daß ihn sein Volk bevollmächtigt hatte, nach eigenem Willen zu handeln. Ohne Zweifel

wollte sich der König Leopold persönlich Raths erholen, auch wohl hören, ob noch einiges zu hoffen sei, wenn er nicht den Vertrag wegen der 24 Artikel unterzeichne. Hierüber ward er ohne Zweifel ganz in der Stille von seinem Schwiegervater gründlich belehrt, denn als er nach Belgien heimgekehrt, gab er seinem Gesandten in London, Hrn Van de Weyer, den Auftrag, den Traktat zu unterzeichnen. Dieser große Akt ward am 19. April um die dritte Nachmittagsstunde ausgeführt, und nach demselben fand zwischen dem holländischen Gesandten Hrn. Dedel und dem belgischen Gesandten Van de Weyer, so wie dem belgischen Minister Nothomb eine Umarmungsscene statt, wobei man, wie sich von selbst versteht, inbrünstig wünschte, daß sich nun auch beide Nationen brüderlich umarmen möchten. Also lös'te sich nach jahrelangen Konferenzen und Protokollen die belgisch-holländische Frage in einen ewigen Frieden auf, der, auf 26 Gründe gestützt, so leicht nicht fallen konnte, auch wenn hin und wieder ein Grund erschüttert werden sollte. Von dieser Zeit an traf man Vorbereitungen zur eigentlichen Vollziehung des Traktats oder mit anderen Worten, man leitete den Amalga-

mationsprozeß ein, um aus den Limburgern und Luxemburgern gute Holländer zu machen. Freilich ging die Sache noch nicht so rasch, denn der ewige Friedenstraktat mußte erst sauber abgeschrieben, ratificirt und die einzelnen Ratificationen gegenseitig ausgewechselt werden. Dies geschah; Belgien wurde nun feierlich anerkannt, und die alten diplomatischen Verbindungen nicht nur wieder angeknüpft, sondern auch neue eingeleitet. Unterdessen waren auch Differenzen mit Holland wegen der Scheldeschifffahrt ausgeglichen worden, so daß mit dem Ende des Juni die eigentliche Gebietsübergabe anfing. Holländische Behörden rückten in die ihnen überwiesenen Theile von Limburg und Luxemburg ein, strichen dort die belgischen Farben aus und malten die holländischen darauf, ließen sich die friedlichen Versicherungen der Bewohner geben und machten diesen aus der holländischen Friedenspfeife einigen Dampf vor. Das Manöver lief im Ganzen ohne sonderliche Störung ab, und nur hier und da stieß man auf einige Hindernisse, die entweder sofort weggeräumt oder einer gütlichen Beilegung aufgespart wurden. Zuletzt ward noch Hr. Hassenpflug aus Sigmaringen als Gouverneur nach

Luxemburg berufen, um sich der freilich nicht leichten Arbeit zu unterziehen, aus den Luxemburgern gute Holländer zu machen. Was er darin bis jetzt geleistet hat und künftig noch leisten wird, muß der Zukunft überlassen bleiben, die gewiß auch darüber am besten entscheiden wird, ob der ewige Friede Bestand haben kann. Darf man übrigens Zeitungsnachrichten glauben, so sind die Holländer und Belgier jetzt ein Herz und eine Seele, wenigstens die Handelsleute und alle diejenigen, die, besonders in Belgien, nicht unter dem Einflusse der fanatischen Geistlichkeit stehen. Auf den friedlichen Sinn des belgischen Klerus ist nicht viel zu geben, und bedenkt man noch, daß der heilige Vater in Rom eben diesen Klerus zu den thätigsten Arbeitern im Weinberge des Herrn zählt, so hat man um so mehr Grund, seine Friedensliebe in Zweifel zu ziehen.

Zu dem ewigen Frieden zwischen Holland und Belgien hatten der König der Franzosen und sein ihm ganz ergebenes Ministerium sehr wesentlich beigetragen, und es stellt sich dabei die alte Wahrheit heraus, daß man Anderen oftmals zu etwas verhelfen kann, was man selbst nicht zu erreichen vermag. Was würde Louis Philipp

nicht darum gegeben haben, wäre es ihm möglich gewesen, auch in Frankreich einen ewigen Frieden herzustellen?! Anstalten genug wurden freilich dazu, wie wir oben gesehen haben, vom Ministerium gemacht, auch sprachen dessen Organe zu wiederholten Malen die Hoffnung aus, daß sich die neuen Wahlen zu Gunsten des Ministeriums Molé entscheiden würden. Allein während sie dies aussprachen, wuchs die Petition um Wahlreform zu einer tausendköpfigen Hyder an, reichten viele Präfekten und Unterpräfekten fortwährend ihre Entlassungen ein und wurden bei neuen Besetzungen dieser erledigten Stellen vom Ministerium des Innern solche Unordnungen begangen, daß man glauben mußte, es sei diese Staatsbehörde in babylonische Verwirrung gerathen. *)

*) Mit Bezug hierauf theilen wir aus dem „Indicateur de Bordeaux" folgende lustige Geschichte mit, die dem genannten Journal aus Montauban unterm 18. Februar berichtet ward: „Die Wahlmänner haben viel gelacht über einen seltsamen Umstand, aus welchem man ersehen kann, was für eine Unordnung im Ministerium des Innern herrscht. Als der neue Präfekt, der Hrn. Bruley ersetzt hat, vorigen Dienstag zu Montauban ankam, war die Ordonnanz seiner Ernennung noch nicht in die Präfektur gelangt. Man konnte ihn daher nicht installiren. Man schrieb durch den Telegraphen, es erfolgte aber keine Ant-

Man kann sich leicht denken, wie die Opposition Alles aufbot, um diese Uebelstände in das grellste Licht zu stellen, und oftmals hatte sie nichts weiter nöthig, als nur die nackten Fakta wieder zu erzählen, denn schon diese reichten hin, dem Ministerium den Todesstoß zu geben. Es sind auch vielleicht niemals solche Wahlumtriebe in Frankreich vorgekommen als diesmal, und doch halfen alle diese Manöver zu nichts, denn viele ministeriell-gesinnten Präfekten hatten gewiß dieselbe traurige Nachricht mitzutheilen, die der Präfekt von Evreux dem Ministerium gab, die nämlich, daß unter den sechs Wahlbezirken, aus denen sein Departement bestehe, kein einziger sei, der Anhänger der ministeriellen Politik zu Deputirten wählen wolle. Und was dem Ministerium vollends alle Achtung nahm, war der Umstand, daß Herr von Montalivet die Leitung der Wahloperationen einem Manne anvertraut hatte, der,

---

wort, so daß der Präfekt im gegenwärtigen Augenblicke noch in den Sälen des Verwaltungs-Hôtels spazieren gehen muß, ohne einen Beschluß fassen zu können, noch zu wagen, den geringsten Schritt zu thun. Es ist wahrscheinlich das erste Mal, daß man eine solche Unordnung sieht, seitdem es Präfekten in Frankreich gibt."

nach dem öffentlichen Urtheile aller Parteien, an Schamlosigkeit und Frechheit seines Gleichen suchte. Es war dies Hr. Emil v. Girardin, der damals an der Spitze des Journals „die Presse" stand, später aber durch seine eigene Schlechtigkeit jene Stellung einbüßte. Sich sicher fühlend unter dem Schutze des Hrn. von Montalivet, versuchte er es gegen den ehrenwerthen Deputirten Martin (von Straßburg) aufzutreten, wurde aber durch einen, in den Zeitungen veröffentlichten Brief desselben zurechtgewiesen, in welchem es am Schlusse hieß: „Ihre Frechheit, mein Herr, oder vielmehr Ihre Unverschämtheit nöthigt mich, unmittelbar an Sie zu schreiben, und das ist für mich das bitterste Gefühl und das peinlichste Leid; denn Sie sind ein Mann, mit dem rechtschaffene Leute nichts zu thun haben dürfen u. s. w." Wie konnte wohl das Ministerium nach einer solchen Charakteristik einer seiner Kreaturen noch hoffen, den Sieg davon zu tragen? Und doch hoffte man dies, denn die Hoffnung verliert ja selbst ein Schiffbrüchiger nicht, dem die empörten Wellen in jeder Sekunde das unergründliche Wassergrab öffnen. Aber die ministerielle Hoffnung wurde diesmal zu Wasser, und in die Klagen der hart

bedrückten Franzosen in Mexiko sowie in das Jammergeschrei der unglücklichen Bewohner der Insel Martinique, wo ein furchtbares Erdbeben die grausigsten Verheerungen angerichtet, mischte sich der Jubel der Oppositionspartei über den errungenen Sieg. Das Volk, an welches der König durch Anordnung einer neuen Wahl appellirt hatte, sprach sein Urtheil aus: die neue Wahl fiel gegen das alte Ministerium aus, das nunmehr vom Schauplatz abtreten mußte, sich aber bei seinen Freunden noch dadurch in gutem Andenken zu erhalten suchte, daß es dieselben so schnell wie möglich mit einträglichen Stellen versorgte.

Es begann nun die zweite Epoche der Ministerkrise, die etwa mit dem 11. März anfing, aber jedenfalls nicht lange dauern konnte, da die Wiedereröffnung der Kammern auf den 26. März bestimmt war. In dieser für Frankreich denkwürdigen Zeit beschäftigte man sich in den sogenannten höhern Cirkeln damit, sich Verzeichnisse von allen den Männern zu machen, die Fähigkeiten genug besaßen, um an die Spitze eines Ministeriums gestellt werden zu können. Diesem Verzeichnisse zu Folge brachte dann jeder Tag eine

neue Ministerliste, die aber in der Regel schon nach dem Ende der Börse wieder zusammenfiel. Wie bereits früher, so figurirte auch diesmal der Marschall Soult oben an, neben den man den Hrn. Thiers als denjenigen stellte, der zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten am berufensten sei. Allein, wie es hieß, wollten sich weder Thiers noch Soult unbedingt in die Hände des Königs geben, und der Erstere schrieb sogar Bedingungen vor, unter denen er Minister werden wollte. So geriethen beide Herren zuerst mit dem Könige in Kollision, dann aber unter sich, weil beide gleich begierig nach dem Portefeuille des Auswärtigen waren. Indeß ein Tag nach dem andern verging; die höhern Cirkeln erschöpften sich in Erfindung von Ministerlisten, aber dabei blieb es auch; wirkliche Minister kamen nicht zum Vorschein. Dieser Zustand äußerte bald die heillosesten Folgen: die Bankerotte nahmen auf eine erschreckliche Weise zu, die Noth der arbeitenden Klasse stieg mit jedem Tage, die Pfandhäuser füllten sich, selbst die nothwendigsten Werkzeuge der Handwerker mußten dahin wandern, und die Unzufriedenheit zeigte sich so laut, daß die Regierung sich genöthigt sah, militairische

Vorkehrungen zu treffen. Unter solchen Umständen nahte der 26. März heran, doch an ein Ministerium war noch nicht zu denken. Die Eröffnung der Kammern wurde auf den 4. April verschoben, bis dahin mußte also ein Ministerium erwählt sein. Aber siehe, der März ging zu Ende, und noch wußten in Paris Tausende und abermal Tausende nicht, ob ein Ministerium eingesetzt sei. Endlich brach der erste April an, und die Sonne dieses Tages beschien auch zugleich das neue Ministerium. Der Moniteur vom 1. April nannte folgende Herren, die in der Nacht vorher zu Excellenzen erkoren worden waren: de Gasparin, Minister des Innern und zugleich interimistischer Leiter der öffentlichen Arbeiten; Girod, Justizminister; Herzog von Montebello für die auswärtigen Angelegenheiten; Despans-Cubières, Kriegsminister; Baron Tupinier für das Seewesen und die Kolonien, Parant für den öffentlichen Unterricht, und Gauthier für die Finanzen.

Gegen dies Ministerium, das, in der Eile zusammengewürfelt, schon durch die Männer, aus welchen es gebildet war, ganz denselben abhängigen Charakter an sich trug, wie das vorige, er-

hob sich die Opposition mit einer Wuth, die sich gar nicht beschreiben läßt. Ganz besonders fiel man über den Herzog von Montebello her, und fragte ironisch, ob er sich die neue Würde vielleicht durch seine weise Politik gegen die Schweiz verdient habe. Ueber die übrigen Herren lächelte man mitleidig, nannte sie Nothnägel ohne Köpfe, interimistische Sündenböcke u. s. w., die man entweder in den April geschickt habe, oder mit denen man die „große Nation" in den April schicken wolle. Zu diesen Verhöhnungen fügte man die sehr wahrscheinliche Prophezeihung, daß dies April-Ministerium der Kammer gegenüber einen schweren Stand haben würde, wobei man auch den abgetretenen Ministern mit strenger Untersuchung der Wahlverhandlungen drohte und ihnen erklärte, sie möchten nicht glauben, daß die Regierung durch ihre Entfernung aller Verantwortlichkeit überhoben sei. In solcher Weise verkündigte man den neuen Ministern, was ihnen bevorstehen würde, und als die Kammern am 4. April wieder eröffnet wurde, aber wohl zu merken ohne Thronrede, da stellte es sich heraus, daß das Ministerium sich selbst nur für ein „provisorisches" ansah. Konnte nun schon dies Geständniß allen

Glauben an die Dauer des Ministeriums aufheben, so wurde dieser noch dadurch bestätigt, daß der neue Präsident der Deputirtenkammer, Hr. Passy, dessen Wahl zur genannten Würde ganz Paris in Staunen setzte, ganz offen erklärte: er hoffe nicht lange auf dem Präsidentenstuhl zu sitzen, sondern werde ohne Zweifel bald zu wichtigeren Pflichten abgerufen, d. h. zum Minister ernannt werden. So dauerte also, da die erwählten Minister nur Provisoren waren, die Ministerkrise fort und mit ihr die Thätigkeit derer, die bis jetzt aus der Entwerfung von Ministerlisten ein Geschäft gemacht hatten.

Jedoch wurde die Aufmerksamkeit des Volks jetzt auch auf andere, und zwar interessantere Dinge gerichtet, denn in der Deputirtenkammer begann wirklich die Untersuchung der Wahlverhandlungen, die man mit einer Strenge, mit einer Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit fortführte, als wollte man alle diejenigen, deren Wahl durch Bestechungen oder andere unwürdige Mittel bewirkt worden, für immer moralisch vernichten. In der That, es kamen die heillosesten Geschichten zum Vorschein, und oben an florirte (wenn man nämlich durch Schlechtigkeit auch floriren

kann) Herr Emil von Girardin, die rechte Hand des Hrn. Montalivet. Das Schlimmste bei der Sache war aber, daß man die Debatten über diesen unerfreulichen Gegenstand zu weit ausdehnte und darüber viel wichtigere und dringendere Angelegenheiten versäumte. Man ließ Alles gehen, wie es gehen wollte, kümmerte sich nicht um die täglich höher steigende Noth der arbeitenden Klassen, nicht um die zahllosen Bankerotte, nicht um die Klagen der Zuckerfabrikanten und Eisenbahnspekulanten; man wußte nicht, wie man allen diesen Uebeln entgegenarbeiten sollte, und glaubte wahrscheinlich, es müsse sich Alles von selbst machen, sobald die allgemeine Unzufriedenheit den höchsten Grad erreicht habe. Es sah nicht nur in Paris, sondern in ganz Frankreich höchst bedenklich aus, und daß der Mangel an den nothwendigsten Lebensmitteln keineswegs von der Opposition erdichtet war, dafür dürfte außer vielen anderen Erscheinungen vorzüglich die Verordnung sprechen, die der Maire von Bourges über die Verwendung der, zur Feier des Namenstags des Königs bestimmten Gelder erließ. Dieser würdige Mann ließ nämlich Brod unter die Armen und Arbeitlosen austheilen, damit ihre Thränen

getrocknet und auf solche Weise Segen auf den Namen des Königs herabgerufen würde. Ein schönes und erhabenes Beispiel, durch welches die Liebe und Treue gegen den König deutlicher an den Tag gelegt wurde, als durch Feuerwerke und Illuminationen.

In Paris wollten übrigens die, der Oppositionspartei angehörigen Deputirten den Namenstag des Königs auch auf eine eigenthümliche Weise feiern, nämlich durch eine Adresse, worin der König gebeten werden sollte, endlich der Ministerkrise und damit dem trostlosen Zustande Frankreichs ein Ende zu machen. Man hielt sich überzeugt, der König werde eine solche Adresse beherzigen, denn in seine Erwiderung auf die Glückwünsche der Deputirten hatte er die Worte eingeflochten: er werde unablässig dahin trachten, den großen, ihm von der Nation anvertrauten Beruf treulich zu vollführen; — da nun eine rasche Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse einen wesentlichen Theil des zu vollführenden Berufs ausmachte, so versprach man sich von der Adresse einen günstigen Erfolg. Indeß eine solche Adresse mußte berathen werden, und dazu gehörte viel Zeit. Man verhehlte sich dies nicht und

knüpfte daran die traurige Betrachtung, daß man bereits viel Zeit mit Berathungen nutzlos vergeudet und bis jetzt noch gar nichts erlangt habe. Die Schuld hiervon schob man auf die Ministerkrise, diese legte man dem Könige zur Last. Der König schrieb dagegen dies Uebel der Opposition zu und suchte diese, wie es schien, durch Zögern zu ermüden. Das fühlten auch Viele unter den Deputirten und trafen deshalb Anstalten, Paris zu verlassen. Es herrschte eine höchst unbehagliche Stimmung in der Kammer, dennoch fing man die Berathung über die oben erwähnte, vom Hrn. Mauguin verfaßte Adresse an. Ein Paragraph derselben lautete: „der König möge vaterländisch gesinnte und rechtschaffene Männer zu Ministern wählen", wodurch zwar indirekt aber doch sehr deutlich erklärt wurde, daß dergleichen Männer jetzt nicht am Ruder ständen. Dieser Paragraph rief einen wüthenden Kampf hervor, und obgleich die Wortführer der Opposition wie Verzweifelte für seine Annahme stritten, so fiel er doch durch. Damit fehlte der Adresse ihr wesentlichster Inhalt und sie sollte nun von neuem geprüft werden. Während dieser Debatte war man in den verschiedenen Bureaux mit dem Budget

für 1840 beschäftigt, auch waren bereits die Forderungen der provisorischen Minister zur Bewilligung geheimer Fonds laut geworden und hatten den Oppositionsjournalen einen reichen Stoff zu Schmähungen geboten. Auch in der Pairskammer, von der man lange Zeit gar nichts gehört hatte, war plötzlich ein, der Krone sehr verdrießliches Thema angeregt worden, denn dort verlangte der Baron Mounier eine neue Organisation der Ehrenlegion, bei welcher Gelegenheit er über die gewissenlose Verschleuderung der Ehrenlegionkreuze sehr bittere aber eben so wahre Worte sprach: „Nur dem wahren Verdienste, meinte er, sei früher jene Auszeichnung zu Theil geworden, jetzt sei es aber eine Auszeichnung, den Orden nicht zu erhalten, denn er würde nur durch Kriecherei und Protection erworben.“ Viele der Herren Pairs ärgerten sich über das kühne Wort, aber es half ihnen nichts, die Presse griff es auf und schleuderte es als neuen Stoff der Unzufriedenheit unter das Volk.

In solcher Stimmung befanden sich die Pairs und Deputirten, als plötzlich am 12. Mai, an einem sehr heiteren Sonntagsmorgen, in Paris eine Revolution ausbrach, deren Charakter

durch das Feldgeschrei der Aufrührer: „Nieder mit Louis Philipp! Es lebe die Republik!“ hinlänglich bezeichnet ward. Der Plan der Verschworenen ging, nach der Behauptung des Journals des Debats, dahin, sich des Palais-Royal zu bemächtigen und von hier aus einen Angriff auf die Tuilerien zu machen. Man hatte zum Ausbruche des Aufstandes deßhalb den Sonntag gewählt, weil sich an solchem Tage die Bewohner von Paris nach allen Theilen der Umgegend zu zerstreuen pflegen. Man fürchtete also zu solcher Zeit den geringsten Widerstand, und schon hieraus ließ sich der Schluß ziehen, daß dies Attentat längst vorbereitet war. Indeß die Revolution dauerte, obgleich es an Barrikaden nicht fehlte, nur zwei Tage und rief, woran man bis jetzt vergebens gearbeitet hatte, ein neues, festes Ministerium ins Leben. Schon am 13. Mai traten Soult als Präsident und Minister der Auswärtigen, Teste als Justizminister, Duperré, für die Marine, General Schneider, als Kriegsminister, Duchatel, für das Innere, du Faure, für die öffentlichen Arbeiten, Passy, für die Finanzen und Cunin-Gridaine für den Handel, an die Spitze der Verwaltung und bildeten als

Mai-Excellenzen ein Ministerium, das, wenn auch im Wonnemonat geboren, doch einen sehr dornigen Pfad zu betreten hatte.

Ein Ministerium war nun da, und zwar ein Ministerium, von dem man erwartete, daß es nicht zu Allem Ja sagen würde. Zugleich erhielt die Deputirtenkammer in Hrn. Sauzet einen neuen Präsidenten und fing ihre Arbeiten an. Die Pairs vergaßen den Schreck über den neuen Organisationsplan der Ehrenlegion von Herrn Mounier, denn sie hatten nun eine Arbeit, mit der sie sich seit der Juli-Revolution fast jedes Jahr beschäftigt hatten, einen Hochverraths-Prozeß. Sie konnten abermals ihren Scharfsinn entwickeln und für den Thron kämpfen. Das Mai-Attentat, abgesehen von dem Blute, das dabei geflossen, war ihnen daher nicht ganz unerwünscht.

Was das Mai-Attentat, bei dem wir auf einen Augenblick verweilen wollen, anbetrifft, so wurde es zunächst für die Journale eine sehr ergiebige Quelle zu langen Artikeln, aus denen man erfuhr, daß der Aufstand an sich gar nicht so unbedeutend war, als ihn die telegraphischen Berichte dargestellt hatten. Es war viel Blut geflossen, und aus der rastlosen Thätigkeit der

Polizei, den zahlreichen Verhaftungen und Haussuchungen, aus der Verstärkung der Wachtposten, der Herbeiziehung ansehnlicher Truppenmassen und vielen andern Sicherheitsmaaßregeln machte man den Schluß, daß die Verschwörung nicht nur weit verzweigt sei und viele Anhänger habe, sondern daß man auch eine Wiederholung des Aufstandes befürchtete. Nach einigen Wochen legte sich jedoch diese Besorgniß, und man konnte nun beruhigter dem Berichte entgegensehen, den Hr. Merilhou über die geheimen Gesellschaften dem Pairshofe abstatten wollte. So viel stellte sich heraus, daß Frankreich von geheimen Gesellschaften unterminirt sei, unter denen die Gesellschaft der Jahreszeiten eine der ersten sei. Diese Gesellschaft theilte sich in Wochen, Monate und Jahreszeiten, also daß sechs Mitglieder mit einem Sonntage an der Spitze eine Woche, 28 Mitglieder mit einem Julius als Führer einen Monat, und drei Monate von einem Frühling geführt eine Jahreszeit bildeten. Vier solcher Jahreszeiten wurden von einem revolutionären Agenten geleitet. Die Grundidee dieser Herren, Freiheit und Gleichheit, sollte durch Umsturz der bestehenden Ordnung und Einfüh-

rung einer republikaniſchen Verfaſſung verwirklicht werden. Dies erfuhr man durch den Bericht des Hrn. Merilhou, und noch vieles andere, was aber alles auf einen Hauptgedanken hinauslief, nämlich den, Frankreich durch eine Generalrevolution von allen monarchiſchen Schlacken zu ſäubern und das goldene Zeitalter der Republik herbeizuführen.

Dieſem kühnen, alles erſchütternden Plane angemeſſen waren denn auch die Vorkehrungen, welche man traf, um dem Prozeſſe gegen die Maiangeklagten eine großartige Bedeutung zu geben. Paris wurde in ein direktes Kriegslager verwandelt, ſo daß der Bürgerkönig Louis Philipp jetzt weit mehr einem Soldatenkönige glich. Nur der Angeklagten halber wurden gewiß ſolche außerordentlichen Vorſichtsmaßregeln nicht ergriffen, vielmehr wohl deshalb, weil man mit Recht eine große Theilnahme für dieſe bei dem Volke vorausſetzte. Die Oppoſitionspreſſe hatte ſich bereits ihrer auf ganz direkte Weiſe angenommen, und das Journal „Le Temps" ſcheute ſich nicht zu erklären, daß es ihm viel Ueberwindung koſte, den „heroiſchen Jünglingen" (d. h. den gebliebenen Aufrührern vom 12. und 13. Mai) nicht eine Leichenrede halten zu können, denn ſie wären

gefallen wie die 300 Spartaner. In diesem, freilich sehr schiefen historischen Vergleich lag jedenfalls die Meinung ausgesprochen, daß jene Jünglinge eigentlich im Kampfe für das Vaterland geblieben seien, und diese Ansicht des Temps war die vieler Tausende. Zugleich hatte die Opposition auch nicht versäumt, verschiedene Maßregeln der Polizei, z. B. den Befehl des Polizeipräfekten, bei sämmtlichen Theatern Nachsuchungen anzustellen, um die Zahl der Feuergewehre auszumitteln und sie vor und nach dem Schauspiel außer Stand zu setzen, ins Lächerliche zu ziehen, während sich die Spitalzeitungen auf das Bitterste über die Zudringlichkeit der Verhörrichter beklagten, die ohne alles Menschengefühl die Krankensäle bestürmten, um den Sterbenden die letzten Augenblicke zu verbittern. Durch dergleichen Artikel wurde freilich die Theilnahme für die Angeklagten erhöht, auch ward die Aufmerksamkeit auf sie keineswegs geschwächt durch einen neuen Prozeß, den man gegen die Verbreiter eines ultra-revolutionären Blattes „des Moniteur republicain" gerade um diese Zeit einleitete. Auf das Blatt, welches zu ganz unbestimmten Zeiten, oft wie ein Blitz aus heiterem

Himmel erschien und die heillosesten Gewaltstreiche und Verbrechen, Königsmord u. dgl. predigte, hatte man lange vergebens Jagd gemacht; jetzt hatte man endlich die dabei Betheiligten Personen, und die Polizei machte sich damit nicht wenig wichtig und war der Meinung, den Glauben an ihre Allmacht für immer gesichert zu haben. Aber abgesehen davon, daß schon aus der gänzlichen Bedeutungslosigkeit der verhafteten Personen zur Genüge hervorging, wie wenig man den eigentlichen Verfassern des Moniteur republicain auf die Spur gekommen sei, erlebte die Polizei noch die Schmach, daß gleich nach der Verurtheilung jener Personen eine neue Nummer des erwähnten Blattes erschien, worin der Polizei-Präfekt, Hr. Delessert, auf das Entsetzlichste verhöhnt wurde. Dies, sowie der Umstand, daß die beiden Hauptpersonen der Mai-Angeklagten, Armand Barbes, genannt Durocher, so wie Martin Bernard, der weit später verhaftet wurde, in den Verhören nichts Wesentliches gestanden, diente der Polizei zum großen Verdrusse, und mochte vielleicht dazu mitwirken, daß die Regierung die Gefahren, denen Paris während des Maiprozesses ausgesetzt sein könnte, durch ein

Vergrößerungsglas ansah. Indeß auch die Feier der Julitage, durch welche ja die Erinnerung an die „glorreiche Revolution" lebendig erhalten werden sollte, machte alle erwähnten Vorkehrungen nöthig, denn wie leicht konnte das Pariser Volk auf die Idee verfallen, die Gedächtnißfeier an eine Revolution durch eine neue Revolution zu verherrlichen. Man dachte vielleicht in den höchsten Kreisen daran, wie einst Se. Majestät, der römische Kaiser Nero, Rom anstecken ließ, um sich den Brand von Troja zu vergegenwärtigen, wie also; wenn die Pariser ebenfalls Lust bezeigten, eine historische Scene zu erneuern? Der Einzelne mag ein schlechtes Gedächtniß haben, aber Völker haben ein sehr treues Gedächtniß, besonders wenn ihnen von oben herab zur Konservirung desselben Senf oder andere Reizmittel geboten werden. Allein der Maiprozeß, sowie die Julitage, deren Feier einer Polizei-Parade sehr ähnlich sah, gingen ohne wesentliche Störung vorüber; auch ward Armand Barbes, als Hauptführer des Mai-Attentats zum Tode verurtheilt, noch vor der Julifeier von dem Könige in sofern begnadigt, als er statt auf das Schaffott, lebenslänglich auf die Galeeren geschickt

wurde, eine Gnade, die weit härter als ein Todesurtheil erscheinen müßte, stände ihr nicht die Hoffnung auf Milderung zur Seite. — Wir werden später Gelegenheit haben, noch einmal auf das Schicksal der Mai-Angeklagten zurückzukommen, hier sei nur bemerkt, daß bereits eine Anzahl derselben in Freiheit gesetzt worden war. Vielleicht wollte man dadurch die Volksaufregung etwas beschwichtigen, wiewohl es sonst ein sehr gewagtes Manöver ist, einen gefangenen Wolf in der Meinung freizulassen, er werde nun die anderen freien Wölfe vom Raube abhalten. Doch muß man hierbei auch bedenken, daß Menschen keine Wölfe sind.

Während der Malprozeß und was mit diesem zusammenhing, die Aufmerksamkeit des großen Publikums in Anspruch nahm, begann in der Deputirtenkammer der Kampf gegen das neue Ministerium, welches, geboren durch das Mai-Attentat und gestützt auf Barrikaden und Bürgerleichen, die grausigen Attribute seiner Geburtsstunde dazu benutzte, sein, ihm nur auf kurze Zeit prophezeites Leben nach Möglichkeit zu verlängern. Hierzu fühlten sich die Minister um so mehr aufgefordert, da über Einzelne derselben sehr harte Urtheile erschienen, und die Freunde

des bei Seite geschobenen Thiers nicht unterließen, ihn, und wiederum ihn, und noch einmal ihn als den ersten Mann Frankreichs hinzustellen *). Zunächst drehte sich nun die Kammerverhandlung um das Budget für 1840, ein Stoff, der freilich sehr werthvoll war, denn er betraf Millionen und abermal Millionen. In den einzelnen Bureaux, wo das Budget geprüft wurde, herrschte große Thätigkeit, aber in die Prüfenden war auch zugleich ein Geist gefahren, der mit dem eines deutschen Censors die sprechendste Aehnlichkeit hatte, die Herren strichen nämlich nach Noten, und nahmen sich vor, den ministeriellen Budget-Gedanken, die sich in großen Zahlenreihen aussprachen, das Imprimatur zu verweigern. Die Minister bekamen hiervon zeitig genug Wind und benutzten deshalb das Mai-Attentat, sowie den Meril-

*) So hieß es im Journal „Siecle" über den Marschall Soult: „Seine Eitelkeit und Kleinlichkeit hat großen Antheil an den gegenwärtigen Verwirrungen; er hat mit Albernheiten angefangen und mit impertinentem Betragen gegen einen Mann (Thiers) aufgehört, der ihm in politischen Dingen eben so überlegen ist, als er selbst dem geringsten Soldaten im Kommando. Der Marschall hat nicht daran gedacht, daß, wenn er sich selbst nicht den rechten Platz anweis't, dann die öffentliche Meinung genöthigt sein wird, es zu thun.

hou'sche Bericht über die geheimen Gesellschaften dazu, ein sogenanntes Vertrauensvotum in der Kammer zur Sprache zu bringen. Die Entstehung der Vertrauensvota verdanken die Völker dem spanischen Erzgauner Mendizabal, der diesen pomphaften Ausdruck einst erfand, um den Spaniern das Geld aus dem Beutel zu locken. Man weiß, daß ihm das vortrefflich gelang, also fand die Sache Nachahmung, und wurde auch jetzt von dem französischen Ministerium auf das Tapet gebracht, weil dasselbe Geld, und zwar sehr viel Geld brauchte. Die Minister verlangten demnach von der Deputirtenkammer, sie solle in sie volles Vertrauen setzen, d. h. sich überzeugt halten, daß sie, die Minister, nur die Summen fordern würden, welche sie zur Leitung der Staatsgeschäfte für unumgänglich nöthig hielten, oder mit anderen Worten, die hinreichend wären, um Frankreichs Ruhm und Wohlfahrt nicht nur zu erhalten, sondern auch fester zu begründen. Die Forderung klang, besonders, wenn man die Lage der Dinge in Erwägung zog, ganz billig, aber die Deputirten waren so unbillig, dies nicht einzusehen, sondern fragten die Herren Minister ganz naiv, was sie bisher gethan hätten, um für

sich ein so unbedingtes Vertrauen zu fordern. Den Ministern kam die Frage gar nicht unerwartet und deshalb wußten sie sich auch zu helfen. Sie sagten: wir konnten nicht handeln, da ihr zu uns kein Vertrauen habt, schenkt uns dies, so werden wir handeln. Dies war an sich eine ziemlich vernünftige Antwort, doch wurde sie von der Mehrzahl der Deputirten nicht so angesehen. Die Minister geriethen wirklich in einige Verlegenheit; Vertrauen wollte man ihnen nicht schenken, bevor sie eine energische Thätigkeit entwickelt, und diese konnten sie wiederum nicht an den Tag legen, bevor man ihnen nicht vertraute. Und doch sollte und mußte der Anfang gemacht werden, denn die Kammersitzung hatte bereits lange gedauert und noch war bis jetzt auch nicht das Geringste erledigt worden. In dieser Bedrängniß faßte Hr. Duchatel, Minister des Innern, einen heroischen Entschluß, er trat mit der Forderung der geheimen Fonds auf und leitete dies unangenehme Thema damit ein, daß er bewies, wie der Zustand der Gesellschaft so verderbt sei, daß derselbe die höchste Aufmerksamkeit der Polizei erfordere; die Polizei, schloß nun Hr. Duchatel aus dem Vordersatze, kann aber ohne die

geheimen Mittel nicht bestehen, folglich sind dieselben zum Wohle des Staats nöthig. Es war dies mit anderen Worten ganz dasselbe, was Hr. von Mantalivet im vergangenen Jahre in einem Rundschreiben an die Obersten der Gensd'armerie ausgesprochen, nämlich daß Polizei und Gensd'armerie Auge und Arm der Regierung seien; — nur hatte Herr von Duchatel die Sache so klug eingerichtet, den verderbten Zustand der Gesellschaft voranzuschieben, der nicht nur nicht ganz abgeläugnet werden konnte, sondern durch das Mai-Attentat ziemlich klar vor Augen lag. Damit nun die Herren Deputirten diesen verderbten Zustand anerkennen und die geheimen Fonds bewilligen möchten, erklärten die Minister von vorneherein, daß aus diesen Fonds gewissen Journalen keine Unterstützung mehr zufließen sollte, vielmehr würde die Regierung, sollte sie veranlaßt sein, diese oder jene ihrer Maßregeln öffentlich zu vertheidigen, dergleichen Rechtfertigungen auf ihre Kosten in die Journale einrücken lassen. Die Deputirten nahmen in der That diese Faselei für baare Münze, und unter **333** Stimmen entschieden sich nur **71** gegen die geheimen Fonds. Mit diesem ersten Siege, den

das Ministerium gewann, war nicht nur dessen fernere Existenz so gut wie gesichert, sondern die Mehrzahl unter den Vertretern der großen Nation hatte auch anerkannt, daß der Zustand der Gesellschaft ein verderbter sei. Jetzt eröffnete sich den Ministern ein weites Feld zu Geldforderungen, und die erste, mit der sie anrückten, war ein Zuschußcredit von **10** Millionen, damit Frankreich eine, seiner Würde angemessene Stellung bei den Verwicklungen behaupten könnte, zu welchen die Lösung der orientalischen Frage unbedingt führen müsse. Der Orient wurde von diesem Augenblicke an der Punkt, wohin sich die Aufmerksamkeit Europa's richtete. Man glaubte, es müsse dort ein politischer oder weltlicher Heiland aufstehen, und zu solchem Glauben konnte man sich um so eher berechtigt halten, da ja dort der himmlische Heiland gelebt, gelehrt und für seine Lehre den Kreuzestod erlitten hatte. Zur Geburt dieses Heilandes wollte aber diesmal nicht das Morgenland, sondern das Abendland seine Weisen schicken, und zum Abendland rechneten sich ganz besonders Frankreich und England, und deshalb wenden wir uns jetzt zu dem Letzteren.

2. Die vereinigten Reiche von Großbritannien und Irland.

Gegen Ende des Jahres 1838 sang man in der englischen Welt, mit Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse, immer noch dasselbe Lied, welches man sich das ganze Jahr hindurch vorgesungen hatte. Den Stoff dazu hatte die „canadische Frage" gegeben, mit deren Lösung Durham beauftragt worden war. Der edle Lord, sonst ein ganz respectabler Mann, löf'te die Frage nicht, denn er wurde daran durch seine politischen Feinde verhindert, die es im Parlament durchsetzten, daß einige seiner Maßregeln, wohin mehrere scharfe Strafurtheile gehörten, für null und nichtig erklärt wurden. Dadurch erschien der edle Durham als ein blamirter Mann; er legte seine Würde als Generalgouverneur nieder, kehrte nach England zurück und hatte wenigstens die Genugthuung, daß in Canada der Aufruhr von neuem

ausbrach. Dieser ward schnell unterdrückt, und der Gouverneur Colborn veranstaltete die brillantesten Henkersfeierlichkeiten. Der canadische Handel machte den britischen Staatsmännern um deswillen so viele Sorge, weil die aufrührerischen Canadier bei den angränzenden Staaten der nordamerikanischen Union nicht nur die regste Theilnahme, sondern auch Unterstützung fanden. Der Kongreß zu Washington hatte zwar dem britischen Kabinette sehr befriedigende Neutralitätsversicherungen gegeben, allein der verdrießliche Gränzstreit zwischen der britischen Provinz Neu-Braunschweig und dem Unionsstaate Maine war noch nicht entschieden, und die Erbitterung, die zwischen den Bewohnern beider Gebiete herrschte, hatte bereits zu wiederholten Malen blutige Auftritte herbeigeführt. Die klügsten Männer des londoner Kabinetts hielten die canadische Angelegenheit für eine sehr kitzliche, um so mehr, da man den nordamerikanischen Versicherungen nicht recht trauen wollte.

Was aber diese ernstliche Angelegenheit noch peinlicher machte, war der Umstand, daß man eine bei weitem größere Aufmerksamkeit auf den fernen Osten, auf Persien und Ostindien richten

mußte. Mit Persien hatte man schon alle Verhandlungen abgebrochen, sich der Insel Karrak im persischen Meerbusen bemächtigt, und in Ostindien wurde zu einer großen Expedition gegen Afghanistan gerüstet, und zwar zunächst gegen Dhost Mahommed Khan, den Beherrscher von Kabul, der den eigentlichen Herrscher Sudschah-Mulk vor längerer Zeit vertrieben hatte. Dieser war zu den Engländern geflüchtet, dort zum Popanz der hochherzigen Briten abgerichtet worden und sollte nun, nachdem sich diese der Freundschaft Rundschit Singh's, des Löwen des Penschab, versichert, mit Waffengewalt in sein afghanisches Reich wieder eingesetzt werden. Hier gegen operirte (und dies ward später durch Veröffentlichung diplomatischer Aktenstücke zur Genüge dargethan) Rußland aus allen Kräften und zwar, wie man wissen wollte, durch geheime Agenten. Es suchte den Engländern in Persien, Afghanistan und in den Bergländern Hindostans Schwierigkeiten aller Art zu bereiten, ja es fehlte auch nicht an Zeitungsartikeln, worin von einem direkten Angriffe Rußlands auf das britische Indien und von der Möglichkeit gesprochen wurde, daß ein russisches Heer an der äußersten Südostspitze des

kaspischen Meeres landen und von dort aus gegen die Engländer marschiren würde. Die geringste Kenntniß von jenen, der europäischen Welt fast ganz fremden Ländern mußte freilich Raisonnements dieser Art in die Klasse der Märchen verweisen, allein so viel stellte sich heraus, daß Rußland Alles aufbot, um nicht nur den Einfluß der Briten auf den fernen Osten zu schwächen, sondern auch diesen Einfluß wo möglich ganz zu vernichten und ihr Regiment in Ostindien zu erschüttern. Rechnete man nun zu den eben genannten, in der That sehr weitläuftigen Verwicklungen den **Status quo**, der zwischen dem Sultan Mahmud und dem Vicekönig von Aegypten der Länder wegen bestand, die dieser letztere sowohl in Arabien wie auch längs der syrischen Küste hin, in Besitz genommen hatte, und dachte man sich endlich, daß der Sultan auf die Idee kommen könnte, diesen **Status quo** mit Waffengewalt aufzuheben: so erschienen die Einwirkungen Rußlands auf Persien und Ostindien um so gefährlicher, da es durch den, mit der Pforte abgeschlossenen Vertrag von Hunkiar-Iskelessi geradezu der Vormund des guten Mahmud war. Dies Alles erhöhte unwillkürlich im englischen

Kabinett das Mißtrauen gegen Rußland, und steigerte eben deshalb die Thätigkeit, welche man den Angelegenheiten der näheren und entfernteren Ostwelt widmete. Man verschwieg sich nicht, daß Englands Lage eine sehr kritische sei, daß man auf Frankreich, über welches die englische Presse wegen der Expedition gegen Meriko und wegen Eingriffe in die Rechte eines südamerikanischen Freistaates gewaltig loszog, nicht sicher würde zählen können, und daß endlich die inneren Verhältnisse des Inselreichs eben auch nicht die beneidenswertheſten seien.

In der That, im Innern Englands ging's ganz toll her; denn dort hatten sich die Ultra-Radikalen oder Chartisten so außerordentlich vermehrt, daß sie eine äußerst bedrohliche Macht bildeten. Die Chartisten wollten die alte Volkscharte hergestellt wissen und forderten, mit Bezug hierauf, vor allen Dingen uneingeschränktes Wahlrecht, also daß jeder rechtschaffene Mann, gleichgültig, ob er Vermögen besitze oder nicht, zur Wahl befähigt sein sollte. Zu diesem Zwecke hielten die Chartisten große Versammlungen, in denen die Wortführer das Volk auf eine so maßlose Weise aufreizten, daß deutsche Polizeibeamten

schon bei den ersten Sätzen solcher Reden in Ohnmacht gefallen wären. Diese Versammlungen fanden, da die Theilnehmer derselben großentheils zur arbeitenden Klasse gehörten, sehr oft zur Nachtzeit bei Fackellicht Statt und waren in sofern gefährlich, als es sich wohl ereignen konnte, daß die aufgeregte Menge in einem unerfreulichen Freiheitstaumel sich der Fackeln zu Brandstiftungen bedienen möchte. Beispiele dieser Art waren wirklich vorgekommen, und dem zu Folge verbot eine königliche Proclamation alle Volksversammlungen bei Fackellicht, nach der Maxime, den Brunnen erst dann zuzudecken, wenn ein Kind hineingefallen ist. Wiewohl die Chartisten stets ihre Liebe und Ergebenheit gegen die jungfräuliche Königin ausgesprochen, so wollten sie doch in jener Proclamation einen Angriff auf die heiligen Volksrechte sehen; und da ein solcher Angriff etwas durchaus Schlechtes war, etwas Schlechtes aber, nach Ansicht der Engländer, von dem Throne nicht ausgehen kann: so mußten, wie schon oft, auch diesmal die Minister herhalten. Gegen diese so wie gegen alle, denen man gleiche Ansichten zuschrieb, eiferten nun die Chartisten mit einer Zügellosigkeit, die den Oppo-

sitionsgeist der belgischen und französischen Presse weit übertraf. Dabei setzten die Herren ihre Versammlungen fort, forderten ihre Anhänger auf, sich mit Waffen zu versehen, und benutzten die freilich etwas starke Brottheurung dazu, der reichen Klasse geradezu den Untergang zu drohen. Und um der Welt zu zeigen, daß es ihnen mit ihren Bestrebungen ein furchtbarer Ernst sei, beschlossen sie, gleichzeitig mit den Sitzungen des Parlaments, einen Nationalconvent in London zu veranstalten, um auf diese Weise die Herren vom Hause der Gemeinen zu belagern und sie zu zwingen, sich ihrer (der Chartisten) zur Erlangung ihrer Rechte anzunehmen. So etwas hatte man seit langer Zeit in England nicht erlebt, und diejenigen, welche ein besonderes Vergnügen an Parlaments-Katzbalgereien hatten, freuten sich im Voraus auf den Skandal, den es muthmaßlicher Weise bei der bevorstehenden Session geben würde.

Während die Chartisten solche Anstalten trafen, immer mehr Anhänger erwarben und in einzelnen Grafschaften so tolle Streiche verübten, daß man sie für hirnlose Fanatiker halten mußte, zog von einer anderen Seite ein Ungewitter heran, das

weit gefährlicher zu werden drohte, da es großentheils von der gebildeten Volksklasse herauf beschworen ward. Es erwachte, wie schon oft, der Unwille gegen die Korngesetze, der sich jedoch niemals so allgemein und heftig gezeigt hatte wie diesmal. Die wirklich hohen Brotpreise mochten hierzu wesentlich beitragen, und wenn auch die reichen Fabrikherren für sich selbst hierdurch nicht sonderlich belästigt wurden, so lag es doch in ihrem Interesse, sich ihrer Arbeiter anzunehmen, deren Lohn bei der zunehmenden Theuerung der ersten Lebensbedürfnisse nicht ausreichte. Mußte dieser erhöht werden, so wirkte dies auf die Preise der Fabrikate ein; die letzteren fanden aber zu hohen Preisen keine Käufer, da man namentlich von Deutschland aus Manufakturwaaren aller Art, trotz der Fracht und des Zolles, billiger beziehen konnte. Die Sache verhielt sich wirklich so und trug nicht wenig dazu bei, die Zahl der Korngesetz-Feinde zu vermehren, die dann in langen Artikeln aus dem Fortbestehen der Korngesetze den gänzlichen Untergang der englischen Fabriken und Manufakturen vorhersagten. Nichts bringt den praktischen Engländer mehr in Harnisch, als wenn ihm durch Zahlen bewiesen wird,

daß er bereits diesen oder jenen Verlust erlitten und in kurzer Zeit noch einen größeren erleiden werde. Daher brach eine direkte Wuth gegen die Korngesetze aus; es bildeten sich zur Abschaffung derselben Vereine; es wurden Versammlungen gehalten, in denen die Redner stundenlang Zahlen an Zahlen reihten und durch die Klarheit ihrer an sich trockenen Vorträge ihre Zuhörer so fesselten, daß selbst die Damen, statt zu gähnen, lauten Beifall zu erkennen gaben. Achtungswerthe und anerkannte Staatsmänner traten gegen die Korngesetze auf, und namentlich der große Brougham, der, wenn auch Tory, doch bis jetzt nie da gefehlt hat, wo es galt, für das Wohl des Volks zu kämpfen. In seiner scharfen, gegenwärtig nur ihm eigenthümlichen Manier stellte er die Ungerechtigkeit jener heillosen Gesetze dar und übernahm es, im Parlament gegen sie zu streiten.

Wem es nicht erinnerlich sein sollte, welche Bewandtniß es mit den Korngesetzen habe, der möge sich kurz merken, daß zufolge dieser Korngesetze alles, nach England eingeführte Getreide so lange in Verwahrsam und von dem Handel ausgeschlossen bleibt, bis das, in England gewon-

nene Getreide den höchsten Preis erreicht hat. Hieraus erwächst aber nur den reichen Grundbesitzern ein Gewinn, denn diese steigern mit dem Steigen der Getreidepreise auch den Pachtzins, so daß die kleineren Pächter mit dem drückendsten Elende kämpfen und den Launen der Pachtherrn anheim gegeben sind. Durch dies in der That grausame Manöver ist das englische Volk gezwungen, für das Getreide, dessen es jährlich bedarf, etwa **300** Millionen Franken mehr zu bezahlen, als es bezahlen würde, wenn die Korngesetze nicht beständen. Man sieht daraus, daß jene sauberen Gesetze also nur eine Ausgeburt der Aristokratie sind, die sich auf diese Weise mit dem saueren Schweiße der Armen mästet. Bedenkt man nun, daß es in Großbritannien, mit Ausschluß der übrigen Grundgüter, etwa **40,000** Landgüter giebt, daß also **40,000** Adliche auf der einen, und etwa **16** Mill. Einwohner auf der andern Seite stehen, so giebt das ein Verhältniß von **1** zu **400**; oder mit anderen Worten: **400** Menschen müssen am Nothwendigsten Mangel leiden, damit Einer sorgenfrei schwelgen und jahraus und jahrein den Tagedieb spielen kann.

Durch solche und ähnliche Raisonnements, bei welchen Zahlen und immer wieder Zahlen zur Genüge darthaten, daß man sich nicht mit leeren Hirngespinnsten beschäftige, wurde das Verderbliche der Korngesetze von allen Seiten beleuchtet, und die Aufregung gegen dieselben im Allgemeinen so gesteigert, daß man nur die Eröffnung des Parlaments herbeiwünschte, um den Kampf mit aller Macht beginnen und eine entscheidende Niederlage der Vertheidiger jener Gesetze herbeiführen zu können.

Am 5. Februar wurde das Parlament eröffnet, und die jugendliche Königin hielt einen Vortrag, in welchem zwar von Belgien und Spanien, von der fortdauernden Freundschaft mit den auswärtigen Mächten, von den Vorkehrungen, um Englands Interesse in Ostindien zu sichern, von den persischen Wirren, von Canada, den Umtrieben der Chartisten und von vielen anderen die Rede war, aber weder der Verhältnisse in der Türkei, noch der Korngesetze gedacht wurde. In Betreff des letzteren Punktes jubelirten die Tories auf eine eben so unverschämte Weise, wie sie auf der anderen Seite die gänzliche Kraftlosigkeit des Ministeriums aus der Thronrede heraus-

finden wollten. Man bedauerte die Königin, daß sie sich dazu hergeben müsse, eine solche Faselei öffentlich vorzulesen, und mit Bezug hierauf fand sich die Zeitung „der Courier" veranlaßt, ein Bild desjenigen zu entwerfen, der damit beauftragt werde, auf solche Thronrede eine Antwort oder Adresse zu verfassen. „Von dem, der dies thut (hieß es in dem genannten Blatte), erwartet man, daß er es sorgfältig vermeide, irgend etwas zu sagen, was seinen politischen Gegnern Anlaß zur Anknüpfung einer Discussion geben könnte Er ist daher gehalten, eine Reihe nichtiger, aber wohl in's Ohr fallender Redensarten an einander zu fügen, wozu es eines gewissen Talents für politisches Geplauder bedarf, das man in der Regel erst nach einer mehrjährigen parlamentarischen Praxis erlangt." — Genug, die Thronrede gefiel keiner der politischen Parteien, und mit Bezug darauf, daß über die Korngesetze kein Wort darin verhandelt worden, machte Joseph Hume sehr bittere Bemerkungen, und in einer Versammlung der Korngesetzgegner äußerte sich Dr. Bowring: „Es gäbe keine gräßlichere Heuchelei, als wenn Einer, nachdem er zum Herrn gebetet: „Gieb uns unser täglich

Brot!"" — Maßregeln ergreife, um die Erfüllung dieses Gebets zu verhindern."

Diejenigen nun, welche eine Thronrede und die Antwort darauf als ein Zeichen ansehen, aus welchem man im Voraus auf den Werth einer Parlamentssitzung Schlüsse ziehen kann, brachen über die zu beginnende Session den Stab und meinten, wie der Anfang, so würde auch das Ende sein. Wir werden später sehen, daß diese Propheten nicht ganz Unrecht hatten. Den Freunden des Ministeriums fuhr übrigens gleich nach dem Beginn der Sitzungen kein kleiner Schreck in die Glieder, denn an einem heiteren Abende nahm der Kolonialminister, Lord Glenelg, plötzlich seine Entlassung, weil man sich, ohne sein Vorwissen, erlaubt hatte, Aenderungen in Betreff Canada's vorzunehmen. Die Schuld hiervon schob man dem Lord Durham zu, der seine Schrift über Canada durch die „Times" verbreiten ließ, noch ehe sie den Staatsmännern mitgetheilt worden war. Man sah demnach Lord Glenelg als ein Racheopfer des Lord Durham an, und meinte, es dürften, um den schwer Gekränkten zu versöhnen, wohl noch Andere fallen. Indeß es blieb vorläufig nicht nur bei dem

Schrecke, sondern man erholte sich auch von demselben sehr bald, da an die Stelle des zurückgetretenen Lord Glenelg, den die Blätter den liebenswürdigsten Privatmann, aber den unfähigsten Minister nannten, der edle und freisinnige Marquis von Normanby trat, ein Mann, der während seines vierjährigen Regiments in Irland rastlos dahin gearbeitet hatte, die Leiden jener unglücklichen Insel zu mildern und Ruhe und Ordnung auf derselben zu befestigen.

Um das Wichtigste der Parlamentsverhandlungen in gedrängtester Kürze zu geben, verweilen wir zuerst bei denjenigen, welche die innern Angelegenheiten Großbritanniens im engeren Sinne betrafen. Dahin gehörten die Korngesetze, die sogenannte irländische Frage, die weiteren Fortschritte der Reformbill, besonders in Betreff der geheimen Abstimmung, und die Verbesserungspläne zur Nationalerziehung.

Was zuerst den Kampf gegen die Korngesetze anbetrifft, so wurde dieser am 19. Februar im Oberhause von Lord Brugham eröffnet, und begann dann ebenfalls im Unterhause in einer so heftigen, zugleich aber in einer so gründlichen Weise, daß man kaum noch an der Aufhebung

derselben zweifeln wollte. Allein wie allgemein auch der Unwille gegen die Gesetze, wie zahlreich auch die Petitionen um Aufhebung derselben waren, dennoch scheiterten alle Versuche, sie zu stürzen, an der Hartnäckigkeit der Gegner im Ober- und Unterhause. Es war in der That ein interessantes Schauspiel, zu sehen, wie auf der einen Seite der edelste Eifer für Volkswohl, auf der andern der Egoismus einer bevorrechtigten Klasse gegen einander kämpften, wie dort mit einfachen Worten der überwiegende Nachtheil, hier mit Scheingründen und Sophismen dargethan wurde, wie eben auf diese Gesetze Englands Wohlfahrt gegründet sei. Die Minister selbst zeigten nur laue Theilnahme für die Sache, und namentlich ließ sich der Premierminister, Viscount Melbourne, der es mit der Torypartie nicht ganz verderben wollte, zu der Erklärung hinreißen: man müsse diejenigen, welche auf eine Abschaffung der Korngesetze stimmen, als Wahnsinnige einsperren. Hierfür ward nun zwar der edle Viscount von Lord Brougham auf eine entsetzliche Weise durchgehechelt, allein die Korngesetze blieben, bestehen zur großen Freude der Tories noch, werden aber

ohne Zweifel in der nächsten Parlamentssession einen noch furchtbareren Kampf hervorrufen.

Die Tories waren also in einer Angelegenheit, die sie mit Recht für den Stützpfeiler ihrer Macht halten, Sieger geblieben, und wurden dadurch ermuthigt, auch in andern Dingen das Schlachtfeld zu behaupten und sich auf diese Weise wiederum an das Ruder des Staats zu drängen. Die nächste Gelegenheit hierzu sollten ihnen die Verhandlungen über die Verhältnisse Irlands geben, die damit anfingen, daß Herr Shaw, Syndikus von Dublin, die Listen derjenigen Verbrechen vorgelegt haben wollte, welche seit vier Jahren, also gerade während der Herrschaft des Marquis von Normanby, in Irland verübt worden seien. Als Grund zu dieser Forderung gab er an: es bestehe in Irland eine Verbindung, genannt Bänderbund, welche darauf ausgehe, den irischen Grundbesitzern nach Eigenthum und Leben zu trachten, so wie auch denjenigen, welche wider Personen ihrer Partei Zeugniß vor Gericht ablegten, oder bei Wahlen nicht so stimmten, wie man es haben wollte. Diese Räuberbande habe der sehr ehrenwerthe Hr. O'Connell so wie sein achtbarer Vorläuferverein besonders in Schutz ge-

nommen, ja selbst die Regierung thue alles Mögliche, um diese Spitzbuben zu schonen, und habe in diesem Augenblicke durch die Ernennung des Viscount Ebrington (Lord Fortescue) zum Vicekönig von Irland der Sache die Krone aufgesetzt. Mit dieser sauberen Einleitung, die eine förmliche Anklage gegen den gewesenen Vicekönig von Irland, Marquis von Normanby, so wie gegen die Minister war, begannen die Verhandlungen über die irländische Frage. Der Generalsekretair für Irland, Lord Morphet, wies zwar noch in derselben Sitzung alle Beschuldigungen zurück, lobte die Regierung, daß sie sich bemühe, den Neigungen des irischen Volkes zu begegnen und nannte den Hrn. Syndikus einen Gelbsüchtigen, allein damit war die Sache noch nicht abgethan. Der Gegenstand sollte gründlich besprochen werden, und die Tories hofften um so mehr zu siegen, da O'Connell bereits vorher mit mehreren Anträgen für Irland durchgefallen war. Der große Agitator verlangte vor allen Dingen Gleichstellung Irlands mit England in Betreff des Wahlgesetzes, und drohte den Herren im Unterhause, er werde nicht nur diesen seinen Antrag von drei Wochen zu drei Wochen wiederholen,

sondern auch durch den, von ihm gegründeten Vorläufer-Verein dahin wirken, daß sich Irland von England lossagen und seine ihm gehörige Verfassung zurückfordern werde. Wie gesagt, aus der Niederlage, welche O'Connell mit diesem Antrage erlitten, schöpften die Tories Muth und drehten und zerrten nun an der irländischen Frage, daß sie sich in die Länge zog und bis nach den Osterferien verschoben wurde. Diese Zeit benutzte O'Connell, eilte nach Irland und stellte seinen Landsleuten vor, wie ihretwegen das Ministerium in diesem Augenblicke in der Tinte sitze, deshalb sei es an ihnen, etwas für die Minister zu thun. Die Irländer schworen den Tories die fürchterlichste Rache, wenn sie gegen die guten Minister etwas unternehmen sollten, und befriedigt kehrte O'Connell nach London zurück. Er konnte auch in der That sehr zufrieden sein, denn nicht nur aus Irland, sondern aus England und Schottland liefen zahlreiche Petitionen um das Fortbestehen der bisher stattgehabten Verwaltung in Irland ein. Unterdessen hatten die Parlamentssitzungen am 8. April wieder begonnen, und Lord John Russel, der Minister des Innern, zeigte dem Unterhause an, er werde am 15. April

folgende Resolution vorlegen: „Es ist die Ansicht des Hauses, daß es angemessen sei, bei den Grundsätzen zu beharren, welche in den letzten Jahren die vollziehende Gewalt in Irland geleitet und eine wirksame Rechtspflege, so wie eine allgemeine Verbesserung in der Lage dieses Theils des vereinigten Königreichs bewirkt haben."

Man muß einige Kenntniß von dem Volksgeiste in England haben, um begreifen zu können, wie in dem Zeitraume weniger Tage durch die erwähnte Resolution eine allgemeine Bewegung hervorgerufen wurde. Tories und Whigs arbeiteten mit gleicher Anstrengung, um ihrer Partei den Sieg zu verschaffen, am thätigsten aber war man in Irland. Dort fanden große Versammlungen statt, an denen die ersten Männer des Landes Theil nahmen, dann wurde eine Adresse an die Königin zu Gunsten der Minister vorbereitet, mit einem Worte man unterließ nichts, um dem Ministerium im Voraus die Ueberzeugung des Sieges zu verschaffen. Der entscheidende Kampf begann endlich, und wurde von Seiten der Torypartei durch Robert Peel damit eröffnet, daß er dem Unterhause einen etwas lang gestreckten Verbesserungszusatz zu der Resolution Russel's vor-

legte, in welchem er erklärte: „das Haus der Lords muß erst den Zustand der Verwaltung Irlands untersuchen, ehe dem Hause der Gemeinen das Recht und die Befugniß zusteht, diese Verwaltung zu billigen.“ Wie der sonst vorsichtige und staatskluge Robert Peel sich zur Vorlage eines solchen Amendements entschließen konnte, ist schwer zu begreifen; und wie er glauben konnte, das Haus der Gemeinen werde sich durch Annahme des Amendements selbst vor den Kopf stoßen, ist gar nicht zu erklären, und beweis't nur, daß auch sehr kluge Männer oftmals die dümmsten Streiche machen. Robert Peel baute zu viel auf den Sieg über die Korngesetzgegner, mochte auch wohl darauf rechnen, daß er, unter den englischen Staatsmännern einer der kaltblütigsten und entschlossensten, mitten im Kampfe dem Feinde eine schwache Seite absehen würde. Jedoch der gute Peel verrechnete sich; nach einem dreitägigen Kampfe ward sein Amendement verworfen und die Resolution John Russel's mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Morgen des 20. April war schon angebrochen, als das freisinnige Ministerium diesen Sieg errungen. Zuletzt sprach noch O'Connell und schloß

etwa mit folgenden Worten: „Das Geheimniß der gegenwärtigen Politik ist, daß der siegt, der im Recht ist. Das Volk von Irland ist im Recht. Es hat sich für die Verwaltung eines Gouverneurs ausgesprochen, der Recht und Gerechtigkeit übte; es stellt an die vereinigte Legislatur das Verlangen, daß sie den Geist, der dies Gouvernement beseelt, zur Ausführung bringe. Dies ist die Hoffnung des Volks von Irland; so Ihr ihm aber diese Hoffnung auf Besserwerden entzieht, die Beschränkungen enger macht, jedes Volksrecht mit Füßen tretet und es nichts lehrt als Verzweiflung, — dann, Ihr Herren von England, dann möget Ihr Euch um den Minister Euerer Wahl sammeln, möget der Warnung spotten, die der Anwalt von Irland jetzt an Euch erläßt. Eins sage ich jedoch statt alles Anderen: „Ihr möget Tyrannen sein, wir aber sind keine Sklaven!“

Lang anhaltender Beifall belohnte den Anwalt von Irland, und mit diesem Beifalle vereinigte sich der Jubel über die Niederlage der Tories, die sich mit verbissenem Grimme zu einem neuen Angriff rüsteten, ohne zu ahnen,

daß sie recht bald eine noch empfindlichere Niederlage erleiden sollten.

Die Freude aller Volksfreunde über den Sieg des Ministeriums äußerte sich auf unverhohlene Weise, auch hatten die Minister die Genugthuung, daß sie aus dem, so hart verläumdeten Irland ansehnliche Truppenmassen zurückziehen konnten, um sie gegen die Chartisten zu gebrauchen, deren gefährliches Treiben sich mit jedem Tage mehr offenbarte. Ganz offen erklärten sie in ihren Versammlungen, man müsse sich mit Waffen versehen, denn bald nahe der Tag, wo die wahren Volksfreunde in England sich das mit Gewalt verschaffen würden, was ihnen auf friedlichem Wege eine tyrannische Regierung versage. Trotz dieser aufrührerischen Reden versicherten die Chartisten unaufhörlich ihre Ergebenheit gegen die Königin und ihre Achtung vor dem Gesetz, aber während sie dies versicherten, begingen diese durch und durch fanatisirten Banden die heillosesten Gewaltthaten, traten Recht und Gesetz mit Füßen, steckten Häuser an und mißhandelten die Behörden, die ihren verbrecherischen Absichten Einhalt thun wollten. Trotz aller dieser Frevel, die vielleicht auch hier und da durch die Presse greller

dargestellt worden sein mögen, wies doch noch der Minister des Innern außerordentliche Maßregeln gegen die Chartisten zurück, und meinte in Bezug auf die Waffenankäufe derselben, daß Jedermann Waffen zu seiner eigenen Vertheidigung besitzen könne, nur dürfe er sich derselben nicht bedienen zum Schrecken von Ihrer Majestät Unterthanen. Dies sei ein Mißbrauch des Rechts, und nur dieser könne und müsse ganzlich beschränkt werden.

Man kann kaum sein Erstaunen unterdrücken, wenn man hört, wie ein britischer Staatsmann über Unruhen urtheilt, die auf dem Kontinent Europa's dem Kriminalrichter und nach ihm wahrscheinlich dem Nachrichter Arbeit verschafft haben würden. Erst Monate später, als die Chartisten direkte Greuelscenen, wie die zu Mancheſter und in den letzten Zeiten zu Newport in Wales verübten, wurde gegen sie eingeschritten, und zwar gerade zu einer Zeit, wo ihre wirklich kolossale mit mehr als einer Million Unterschriften versehene Petition dem Unterhause zur Berathung vorgelegt ward. Die Chartisten hatten vielleicht geglaubt, durch ihre Gewaltthaten dem Hause der Gemeinen einen Schreck einzujagen; allein sie irrten sich, ihre Petition wurde verworfen als

direkt unstatthaft. Im Uebrigen mögen die Chartistenumtriebe auf eine wichtige innere Frage, nämlich auf die „geheime Abstimmung" einen wesentlichen Einfluß ausgeübt haben. Die geheime Abstimmung wird von den gemäßigten Radikalen als ein Hauptfortschritt in der Reformbill angesehen und ist, so lange überhaupt die Reformbill besteht, häufig zur Sprache gebracht worden. Die Gegner dieser wichtigen Frage sagen, die geheime Abstimmung gefährde den offenen Charakter des englischen Volks, dagegen behaupten ihre Vertheidiger gerade das Gegentheil und meinen, die geheime Abstimmung bei der Wahl sei das einzige Mittel, dem heillosen Einschüchterungssystem ein Ende zu machen. Das materielle Interesse spielt hierbei die Hauptrolle, denn es ist wohl klar, daß der Gewerbtreibende bei öffentlicher Stimmabgabe für die Wahl, auch gegen seine moralische Ueberzeugung, in den meisten Fällen den wählt, der entweder ein guter Kunde von ihm ist oder künftig sein wird. Hieraus folgt, das trotz der offenen Abstimmung der offene Charakter direkt untergraben und der Heuchelei Thor und Thür geöffnet wird. Hierüber wurde viel und gründlich verhandelt, dennoch fiel auch

diesmal der Antrag auf geheime Abstimmung durch, jedoch nicht ohne die tröstliche Aussicht, daß sich derselbe schon in der nächsten Zukunft mehr Freunde erworben haben dürfte. Daran wollen Viele jedoch nicht glauben, und zwar um deswillen, weil die Minister unbegreiflicher Weise erklärten, es sei unklug und nicht zeitgemäß, weitere Fortschritte in der Reformbill zu gestatten; allein die Minister, die dies ausgesprochen, sind in England nicht nur sterbliche Menschen, sondern sie sind auch in allen Dingen dem irdischen Wechsel unterworfen. Ein solcher Wechsel geht aber aus dem Bedürfnisse der Zeit hervor, und so wird auch eben dies Bedürfniß die geheime Abstimmung verwirklichen.

Während hierüber noch gestritten wurde, trat man mit einer anderen Frage hervor, die für die Umgestaltung der inneren Verhältnisse Englands von den wichtigsten Folgen sein muß. Es ward abermals eine Reform des Erziehungswesens zur Sprache gebracht, ein Thema, das in den Annalen der englischen Parlamentssitzungen durch die meisterhaften Reden Brougham's eine Berühmtheit erlangt hat. Bei einer Reform des Erziehungswesens handelt es sich hauptsächlich

darum, dieselbe von dem Einflusse der Kirche frei zu machen. Es ist in der That eine eigenthümliche Erscheinung, daß das so hervorragende England gerade in kirchlichen Dingen so gut wie verknöchert ist, und es scheint fast, daß man die althergebrachte kirchliche Form entweder für unverbesserlich hält oder eine Verbesserung derselben fürchtet, weil dann wahrscheinlich eine gänzliche Umwandlung eintreten würde. Auf der andern Seite verharrt der englische Klerus so hartnäckig bei seinen Rechten, daß alle die, welche bisher an denselben zu rütteln wagten, sich ganz in die Lage desjenigen versetzten, der ein Wespennest zerstört und nun gegen die Bewohner desselben zu kämpfen hat. So und nicht anders kann man die Verhandlungen charakterisiren, welche diesmal über die Nationalerziehung geführt wurden. Es ward dargethan, daß an eine Verbesserung des Erziehungswesens nicht eher zu denken sei, als bis dieses von dem Einflusse der Geistlichkeit frei gemacht. Der Klerus, hieß es, gehe bei seiner Beaufsichtigung der Schulen nur von dem Grundsatze aus, sich dienstergebene Leute zu erziehen, denen er es als erste Pflicht eintrichtere, immer nur auf Erhaltung der Kirche bedacht zu

sein, so daß die ganze Erziehung in der That nur darauf hinauslaufe, die Kinder von Jugend an mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie künftig als Jünglinge und Männer, unter allen Verhältnissen des Lebens, für die Geistlichkeit stets den Geldbeutel offen haben möchten. So sei es immer gewesen, so wolle die Kirche es auch immer haben, aller so solle es nicht sein. Man würde übrigens bei solchen habsüchtigen Bestrebungen gern ein Auge zudrücken, wäre nur der Zustand der Schulen von der Art, daß man jene großen Fehler übersehen könne. Allein hier stelle es sich auf eine erschreckliche Weise heraus, daß der Uebel Legionen seien und daß deren Beseitigung ein Hirngespinnst genannt werden müsse, so lange die Lehrer, deren Unwissenheit oft die Gränzen des Glaublichen überschreite, unter der Zuchtruthe der Kirche ständen. Diese Hauptvorwürfe gegen das bestehende Erziehungssystem wurden noch von anderen, kleineren Vorwürfen begleitet, die zusammen genommen eine so gewaltige Last ausmachten, daß man schon glaubte, die Geistlichkeit würde unter derselben zusammen brechen. Indeß die Erfahrung lehrt, daß zähe Naturen einen Puff vertragen können. So ging

es auch hier. Der Klerus erholte sich von seinem ersten Schreck und fing nun gegen seine Feinde einen solchen Skandal an, daß ganz England darüber in Sturm, das Ausland aber auf die Vermuthung gerieth, es seien in England noch alle Stände unerzogen. Es fielen an einigen Orten aus reinem Erziehungseifer wirkliche Prügeleien vor, und Lord Brougham, der unermüdliche Kämpfer für eine freisinnige, dem Geiste der Zeit angemessene Nationalerziehung, bewies der hohen Geistlichkeit, daß sie um so weniger Geschick zur Erziehung habe, da sie jetzt auf die sprechendste Weise dargethan, daß es ihr selbst an jeder Erziehung fehle. So treffend aber auch Brougham's Worte waren, so wurde doch diese wichtige Angelegenheit in dieser Parlamentssitzung nicht erledigt. Sie ist, wie so Vieles, für die Zukunft aufgespart worden und wird abermals dazu dienen, die aufgeblasene Geistlichkeit der englischen Hochkirche zu züchtigen. — Die Korngesetze, die Angelegenheiten Irlands, ferner Versuche, in der Reformbill weiter fortzuschreiten, die Unruhen der Chartisten und eine radikale Verbesserung des Erziehungswesens waren die Hauptgegenstände, welche in Bezug auf die in-

neren Verhältnisse Großbritanniens zur Sprache kamen, und daran knüpften sich noch eine Menge anderer Dinge, unter denen jedoch nur der Plan, in Ireland Eisenbahnen auf Staatskosten oder durch Privatunternehmung anzulegen, ferner die Reform des Brief-Post-Porto, das mit dem Jahre **1840** durch ganz Großbritannien auf einen bestimmten Preis festgesetzt ist, und endlich Anregungen, die in der That unmenschlichen Gesetze in Betreff der Schuldhaft zu mildern, von Wichtigkeit sind. Wirklich ausgeführt und also erledigt wurde nur der Antrag wegen der Gleichstellung des Briefportos in allen Theilen des Königreichs, alle übrigen Angelegenheiten wurden lang und breit berathen und dann verschoben, eine Manier, die man in England und Frankreich eben so gut versteht, wie in Deutschland.

Nicht um ein Haar besser ging es bei den Berathungen über die auswärtigen Angelegenheiten, und nur in einer Sache, nämlich in der belgisch-holländischen entwickelte das Londoner Kabinett einige Thätigkeit, damit der siebenjährige Handel endlich abgethan werde. Unerledigt blieb jedoch zuerst die canadische Frage, wiewohl darüber hunderte von Folioseiten gedruckt und

geschrieben wurden. Der Hauptvorschlag, der hierin gemacht ward, drehte sich darum, Ober- und Untercanada zu vereinigen und beiden nur eine Verfassung zu geben. Auf solche Weise wollte man die französische und englische Bevölkerung beider Provinzen enger verschmelzen und damit ein für allemal die Unzufriedenheit der französischen Canadier unterdrücken. Darauf ging im Wesentlichen der Vorschlag hinaus, nebenbei mochte man auch die Absicht haben, die sogenannten Sympathien Frankreichs für die Canadier zu schwächen; denn diese hatten wirklich unter der großen Nation viele Freunde, und einer der Hauptrebellen (d. h. nach englischem Sinne) Hr. Papineau fand in Frankreich nicht nur eine sehr freundliche Aufnahme, sondern wurde auch, zum Aerger der Engländer, auf das Glänzendste bewirthet. Dafür rächten sich die Briten durch die entsetzlichsten Schmähungen über die französische Expedition nach Mexiko, auch bot die Verletzung der englischen Flagge von Seiten französischer Schiffe eine nur zu gerechte Gelegenheit, über den Uebermuth der Franzosen in beiden Häusern eine drohende Sprache zu führen. Indeß dadurch rückte die canadische Frage auch nicht um

einen Schritt weiter, ja sie wurde endlich durch andere Ereignisse in den Hintergrund gedrängt.

Unter diesen Ereignissen steht oben an der harte Kampf, in welchen das Ministerium wegen eines Gesetzvorschlages in Betreff der westindischen Insel Jamaica gerieth. Auf der genannten Insel hatte die, von Brougham geforderte Negeremancipation große Fortschritte gemacht, wenigstens war durch die längst eingetretene Lehrlingszeit für die unglücklichen Schwarzen ihr schreckliches Loos um Vieles gemildert worden. Dennoch lebten sie noch unter hartem Druck der Pflanzer, deren Willkühr in der noch bestehenden, unmenschlichen Gefängnißordnung Schutz und Schirm fand. Um diesem Uebel zu steuern und um den, einer gänzlichen Befreiung entgegensehenden Negern eine menschlichere Behandlung zu verschaffen, verlangten die Minister, daß die Parlamentsakte über das Gefängnißwesen auch auf Jamaica und überhaupt in Westindien angenommen werden sollte. Dieser Verordnung widersetzte sich das Versammlungshaus auf Jamaica, indem es erklärte, dieselbe sei ein Eingriff in die, den freien Bewohnern von Jamaica zustehende Befugniß der Kolonial-Gesetzgebung. Das Mi-

nisterium konnte diese Widersetzlichkeit nicht hingehen lassen und kühn gemacht durch den Sieg, welchen es vor Kurzem in der irländischen Frage über die Tories davon getragen, brachte es die Jamaica-Bill zur Sprache, der zufolge jene westindische Insel auf fünf Jahre ihrer Verfassung beraubt sein sollte. Ohne Zweifel würden die Minister, wäre nicht eine so entschiedene Niederlage ihrer politischen Feinde vorhergegangen, es nicht gewagt haben, ein so gefährliches Spiel zu versuchen; denn wenn auch auf der einen Seite die Jamaica-Bill den edlen Zweck hatte, die armen Neger in Schutz zu nehmen, und die Emancipation derselben vollständig zu machen, so lag doch auf der andern Seite in der Maßregel gegen die Kolonie eine Willkühr, die weder von den Freunden des Ministeriums gebilligt, noch weniger aber von der radikalen Partei, (die beiläufig gesagt, 82 Mitglieder zählte) gut geheißen werden konnte. Der vorsichtige Robert Peel erkannte auch sofort die Grube, welche sich die Minister selbst gegraben, und im Voraus der Beistimmung der Radikalen versichert, griff er die ministerielle Maßregel mit großem Geschick an und wurde darin von Joseph Hume unter-

stützt, der die Jamaica-Bill eine Ausgeburt der Tyrannei nannte. Es begann ein heftiger Kampf, in welchem das Ministerium mit 5 Stimmen siegte. Ein solcher Sieg war einer Niederlage sehr ähnlich und konnte an den erinnern, welchen ein russischer Feldherr im 7jährigen Kriege über Friedrich II. von Preußen erfocht. Noch einen solchen Sieg, schrieb er seiner Kaiserin, und ich muß zu Fuße nach Petersburg kommen. — Ganz dasselbe dachten die englischen Minister, noch ein 5stimmiger Sieg, und sie waren gestürzt. Dem wollten sie zuvorkommen und reichten deshalb ihre Entlassung ein. Die britische Welt traf ein Donnerschlag, denn gleich darauf hieß es, die Königin habe Robert Peel mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt. Die Tories jubelten, denn nun war die Zeit der Rache gekommen.

Wer hoch steigen will, der fällt tief, sagt ein altes Sprichwort, das sonst sehr bekannt ist, von dem aber der sehr ehrenwerthe Sir Robert Peel nichts zu wissen scheint. Er wollte, erbittert über die noch jüngst erlittene Schmach, seine Feinde auf immer vernichten und trat daher, als ihm die Königin die Bildung eines Ministeriums auftrug, Ihrer Majestät sogleich mit der Forde-

rung entgegen, die meisten ihrer jetzigen Hofdamen zu entlassen und ihr Gefolge aus torystischen Familien zu wählen. Die Königin, bei aller ihrer Jugend überaus stolz auf ihre Vorrechte, traute kaum ihren Ohren; sie sah den edlen Sir zornig an, dachte vielleicht bei sich, sie bedanke sich vor Ministern, die sich an den Schleppkleidern der Hofdamen halten müßten, und erklärte dann in kurzer, aber sehr verständlicher Weise: sie sei nicht gesonnen, sich von ihren Unterthanen Vorschriften machen zu lassen und werde deshalb ihre Hofdamen behalten. Robert Peel zog mit langer Nase ab, und zeigte beim Heraustreten aus dem Kabinette den dort harrenden Tories ein Gesicht, als ob Ihre Majestät so eben geruht hätten, ihm allerhöchst eigenhändig eine Portion Assa foetida einzugeben. Der gedemüthigte Peel erklärte nun, er könne kein Ministerium bilden, und so trat denn, zum Schrecken der Tories und zur höchsten Freude der freisinnigen Männer Großbritanniens, nach einer Ministerkrise von zweimal 24 Stunden, das Ministerium Melbourne wieder an die Spitze der Staatsgeschäfte und feierte hierdurch einen Triumph, der die Macht der Tories auf lange Zeit erschüttert hat.

Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Nachricht von diesem überaus wichtigen Ereignisse durch die britische Welt und rief ein Jubelgeschrei hervor, das allen Chartistenskandal übertönte und gegen welchen die Schmähungen der Toryzeitungen wie heiseres Rabengekrächz klangen. Zahllose Dankadressen liefen aus allen Theilen des Reichs an die liebenswürdigen, kleinen Lady (die Königin Victoria) ein, man lobte ihre Entschlossenheit, erhob sie bis in den Himmel und wo sie sich zeigte, wurde sie mit einem Enthusiasmus aufgenommen, der fast einer göttlichen Verehrung gleich kam. Auch die Satire wollte ihre Freude nicht verhehlen und fand es ganz natürlich, daß so viele Männer aus Liebe zu Ihrer Majestät wahnsinnig würden, ja man pries diese Armen glücklich und machte den Gerichten gleichsam Vorwürfe, daß sie mit eben diesen Glücklichen die Narrenhäuser bevölkerten. In Ireland war man vor Freude direkt ausgelassen, auf den Spitzen der Berge brannten Opferfeuer, in allen Kirchen wurden Dankgebete für die jugendliche Herrscherin gehalten, auch erbot sich das Volk, Ihrer Majestät, wenn sie es verlange, aus der Blüthe der ireländischen Jugend eine Leibwache zu stellen.

So endigte demnach der bevorstehende Sturz des freisinnigen Whigministeriums mit einer neuen Befestigung desselben und mit einem Siege über die Tories, den Victoria selbst, wie es ihr Name auch billigerweise fordert, errungen hatte. Fortan kümmerten sich die Whigs nicht mehr viel um die Verhöhnungen der Tories, wiewohl der durch harte Ehrenkränkung herbeigeführte Tod der Lady Hastings, einer Hofdame der Königin, dem Premierminister Melbourne, den die Torypresse den „Großpapa" zu nennen pflegt, manche trübe Stunde bereitete. Zugleich zeigte nun aber das Ministerium sich auch der radikalen Partei nachgiebig und nahm die verhängnißvolle Jamaica-Bill mit dem Versprechen zurück, eine andere wesentlich modificirte Maßregel gegen jene Insel zur Sprache zu bringen, ein Thema, welches der nächsten Parlamentssession gewiß ergiebigen Stoff bieten wird.

Man machte sich nun an die andern auswärtigen Angelegenheiten, sprach viel über das, was man für Spanien gethan, that energische Schritte gegen den, immer noch heimlich von Portugal betriebenen Sklavenhandel und nahm dem Gränzstreite mit den nordamerikanischen Freistaaten da-

durch den gefährlichen Charakter, daß man sich auf gütlichem Wege vergleichen und deshalb durch eine besondere Kommission die streitigen Punkte an Ort uud Stelle ausmitteln lassen wollte. Hierauf stürzte man sich mit aller Wuth auf die große orientalische Frage d. h. auf Ostindien, Persien und dann auf die Türkei.

Schon oben ward bemerkt, warum die englischen Truppen in Ostindien eine Expedition gegen Afghanistan unternommen hatten. Persien war darin wider Willen verwickelt, weil es, wie man behauptete, den Feinden Englands Vorschub leistete, und hierzu war Persien, sicheren Nachrichten zufolge, nur durch Rußland vermocht worden. Rußland und seine Politik war daher lange Zeit hindurch der Gegenstand der Parlamentsdebatten, die nur aus Artigkeit während der Anwesenheit des Großfürsten-Thronfolger in London unterbrochen wurden. Bei diesen Debatten wurden oft sehr wunderbare Reden gewechselt, und namentlich fielen im Oberhause Scenen vor, die einen zweideutigen Charakter hatten. So fiel es an einem heiteren Abende dem Grafen Aberdeen ein, den Viscount Melbourne zu fragen: wie es mit den Einwirkungen

des, in den Aktenstücken des Generalgouverneurs (von Ostindien) genannten russischen Agenten stehe? Er habe gehört, das Petersburger Kabinett habe hierauf eine befriedigende Antwort gegeben, auch wolle die Regierung dem Parlamente diese Antwort vorlegen: Dies hätte füglich zugleich mit der Vorlage der Aktenstücke geschehen sollen, dies wäre aufrichtig, männlich, gerecht und ehrenvoll, aber freilich den Ministern nicht angenehm gewesen. Melbourne gab hierauf die Gründe der verspäteten Vorlage an, sagte, diese solle nächstens erfolgen und bemerkte dann, was der edle Lord damit sagen wolle, daß ein ehrenvolles Benehmen den Ministern nicht passend erscheine, wisse er nicht, soviel sei ihm aber klar, daß dergleichen Redensarten ganz zu der eigenthümlichen Ausdrucksweise der Höflichkeit passen, die im Oberhause vorherrsche. Er achte seinen edlen Gegner sehr hoch, könne ihm aber das Verdienst nicht absprechen, daß er von den verehrlichen Lordschaften der unmanierlichste sei. Auf diese Pille antwortete Graf Aberdeen mit vieler Ruhe, daß dem edlen Lord seine Bemerkungen nicht gefielen, thue ihm Leid, indeß habe er sie auch deshalb nicht ausgesprochen. Er achte den

edlen Viscount, aber wenn derselbe glaube, er werde deshalb nicht die Bemerkungen machen, die ihm nöthig schienen, so befinde er sich in einem Irrthum. — Wir haben diese kleine Scene hier nur deshalb eingeschoben, damit sich der Leser einen Begriff machen könne von der Art und Weise wie sich englische Staatsmännern behandeln. Die Verhandlungen über den Orient wurden dadurch nicht gestört, vielmehr dauerten sie mit gleicher Heftigkeit fort und fanden bald in dem auffallenden Streben Rußlands, seine Macht in Asien auf Kosten anderer Staaten zu vergrößern, ihren Mittelpunkt. Man legte diese überaus gefährliche Erscheinung nur der Schwäche des Ministeriums zur Last, und dabei gerieth man denn auf den Zustand der englischen Marine, der von den Feinden des Ministeriums als kläglich geschildert wurde. Man las nun in den Toryorganen Vergleiche zwischen der britischen und russischen Marine, wobei der Nachtheil gänzlich für die erstere ausfiel. Hiergegen erhoben sich sich nun die Whigjournale, nannten dergleichen Artikel törichtes Geschwätz und bewiesen aus der geographischen Lage Rußlands, der zufolge ihm nur die stürmische Ostsee und das eben so stür-

mische schwarze Meer zur Ausbildung seiner Marine und Stationirung derselben zu Gebote ständen, daß die russische Flotte, auch wenn sie der englischen an Stärke gleich sei, dieser in Betreff ihrer Tüchtigkeit doch bei weitem nachstehe. Dabei läugnete man aber die Gefahr vor Rußland nicht, und die Journale griffen dies eifrig auf und sprachen viel von einer Demonstrationsflotte, die England nach der Ostsee schicken würde. Dergleichen wies sich nun zwar bald als leeres Gerücht aus, allein der Kampf, der in jedem Augenblicke zwischen dem Sultan und dem Vicekönig von Aegypten auszubrechen drohte, machte es doch nothwendig, die Flotte im Mittelmeere so schnell wie möglich zu verstärken. Man dachte im englischen Kabinette lebhaft daran, wie einst Katharina II. über eins der Thore der Stadt Cherson, im gleichnamigen südrussischen Gouvernement, die Worte setzen ließ: „Weg nach Byzanz", und fand es nicht für unmöglich, daß Kaiser Nikolaus, besonders seit dem ärgerlichen Vertrage von Hunkiar-Iskelessi, diese Worte leicht verwirklichen könnte, sobald er bei dem etwaigen Sturze des osmanischen Reichs, mit einer Land- und Seemacht sich auf dasselbe würfe.

Dem zufolge wurden schleunige Anstalten getroffen, damit die Flotte im Mittelmeere eine achtunggebietende Stellung einnehmen und das Interesse Großbritanniens bei einem Kriege zwischen der Pforte und Aegypten schützen könnte. Es war die höchste Zeit, daß man diesen Entschluß ausführte, denn gleich darauf lief die Nachricht von den wichtigen Ereignissen im Orient ein, und so wie Frankreichs, so wandte sich auch alle Aufmerksamkeit Englands noch dorthin.

Hiermit verlassen wir Großbritannien und bemerken nur noch, daß das Parlament am 27. August prorogirt wurde, nachdem es mit geringer Unterbrechung länger als 6 Monate zusammengewesen war, in Betreff seiner Thätigkeit aber den Wünschen des Volks so wenig entsprochen hatte, daß die Zeitung, der Courier, die Session von 1839 eine erbärmliche nannte, die etwas geleistet, was unmöglich geschienen, nämlich noch weniger als die Session von 1838. Das klang freilich sehr hart, aber doch meinten vorurtheilsfreie Männer, es läge in diesem Urtheile eine bittere Wahrheit. Die dies aussprachen, waren dieselben, welche aus der Thronrede und deren Beantwortung die Resultate der Sitzung vorausgesagt hatten.

3. Deutschland.

Bei der Behandlung dieses Kapitels kann man es beim besten Willen nicht vermeiden, in arge Verlegenheit zu kommen. Wo soll man anfangen, wo soll man enden? Soll man sich zuerst nach dem Norden oder nach dem Süden, zuerst nach Osten oder nach Westen wenden? Ohne Zweifel ist es kein großer Fehler, wenn dabei die Zeit berücksichtigt wird, mit welcher diese Mittheilungen beginnen. Das Jahr **1839** hat ja, wie alle vorhergehenden, mit dem Winter angefangen, also wird es gut sein, zuerst den Norden zu besuchen, und dann aus dem kalten Klima nach und nach in das wärmere überzugehen.

Beschäftigen wir uns also zuerst mit Hannover. Wie sich dort im Jahre **1839** die Sachen gestalten würden, konnten auch weniger scharfe Beobachter schon daraus schließen, daß die von

dem Stadtdirektor der Residenz Hannover, dem hochgeachteten Rumann, nachgesuchte Erlaubniß, durch eine Deputation des Magistrats und der Bürger dem Könige einen ehrfurchtsvollen Neujahrswunsch abzustatten, von Sr. Majestät abgeschlagen wurde, mit dem Bedeuten, daß eine solche Gnade erst dann ertheilt werden könne, sobald Se. Majestät wegen mehrerer strafwürdiger Vergehen um Verzeihung gebeten worden. Da diese Vorausbedingung nicht erfüllt ward, so unterblieb natürlich der Glückwunsch, und die Spannung zwischen dem Kabinette und dem Magistrate der Residenzstadt wurde gesteigert. Mit diesem Vorspiele begann das Jahr, und daraus zog man den Schluß, daß dasselbe alle traurigen Erscheinungen des verflossenen wieder hervorrufen würde. Man irrte sich nicht nur nicht, sondern man machte wo möglich noch traurigere Erfahrungen. Zuerst war es die Steuerverweigerung, die lange Zeit das Tagesgespräch der Hannoveraner und der deutschen Zeitungen blieb. Man verweigerte die Steuer deshalb, weil dieselben von den Ständen, d. h. von den, nach dem Staatsgrundgesetz von **1833** zusammenberufenen Ständen nicht bewilligt waren. Ohne

Zweifel hielt man dies für das beste Mittel, die Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassung zu bewirken. Daraus wurde aber nichts, vielmehr ordnete die Regierung Zwangsmaßregeln an, und verlangte von den städtischen Obrigkeiten, dort, wo man die Steuern verweigere, Pfändungen vorzunehmen. Jetzt warf man die Frage auf: ist eine Obrigkeit verbunden, einem solchen Befehle Gehorsam zu leisten? Allerdings entschied man sich großentheils dahin, sie sei hierzu nicht verpflichtet; da man aber dem eigenen Urtheile nicht trauen wollte, und sehr wohl einsah, wie überaus wichtig eine gründliche Beantwortung dieser Frage sei, so that zuerst der Magistrat der Stadt Osnabrück einen kühnen Schritt. Derselbe erbat sich nämlich von den Juristenfacultäten der Universitäten Jena, Heidelberg und Tübingen ein Rechtsgutachten über folgende Frage: „Ist eine Obrigkeit im Königreich Hannover berechtigt und verpflichtet, Hülfe zur Beitreibung von Steuern zu leisten, die nicht von den Ständen nach dem Staatsgrundgesetz von 1833 bewilligt sind?" — Das Kabinett erhielt sehr bald von diesem, an sich rein gesetzlichen Schritte der Stadt Osnabrück Nachricht und nahm denselben sehr

übel, wie man zur Genüge aus dem Allerhöchsten Rescript ersieht, welches unterm 15. Januar an den osnabrücker Magistrat erlassen wurde. Darin ward das Verfahren des Magistrats auf das schärfste getadelt und es als ein ganz unverzeihlicher Irrthum gerügt, daß man es gewagt, sich auf ein Staatsgrundgesetz zu berufen, welches nicht mehr bestehe. Besonders der Schluß des Rescripts verhieß den Osnabrückern keine freundliche Zukunft, denn derselbe lautete wörtlich also: Wir geben euch über solch frevelhaftes Beginnen und solche Anmaßung nicht allein unseren gerechtesten Unwillen hiermit zu erkennen, sondern behalten Uns auch wegen eures gesammten in dem Vorstehenden von Uns gerügten Verfahrens ausdrücklich vor, die den Umständen angemessenen Maßregeln zu seiner Zeit zu treffen." Das klang freilich für die Männer von Osnabrück sehr bedrohlich, aber siehe, sie verfielen nicht in Furcht und Angst, sondern sie behielten ihren Muth und beschlossen, fortan zu wandeln auf der Bahn des Rechts und des Gesetzes. Zugleich gereichte es ihnen zu einigem Troste, daß in den meisten Städten des Königreichs ihr Benehmen Beifall fand, der weniger durch laute

Adreſſen als dadurch ausgeſprochen wurde, daß man wirklich die Steuern verweigerte und ſich ruhig auspfänden ließ. Auch die Advokaten blieben hierin nicht zurück, ſondern bedienten ſich, mit Recht das Stempelpapier ebenfalls für eine Steuer anſehend, ungeſtempelten Papiers zur Einreichung von Klageſchriften, wodurch ſie die richterlichen Behörden, namentlich das Ober-Appellationsgericht zu Celle, in nicht geringe Verlegenheit ſetzten. Wie man nun auf dieſe Weiſe indirekt den Muth der Osnabrücker anerkannte, ſo bewies man dagegen dem Stadtdirektor Rumann zu Hannover für ſein mannhaftes Benehmen öffentlich den lauteſten Beifall. Die Bürgerſchaft der Reſidenz ſchenkte ihm nämlich eine ſchöne ſilberne Vaſe, die von dem Publikum mehr angeſtaunt und bewundert wurde, als der Guelfenorden, mit welchem Rumann im verfloſſenen Jahre geſchmückt worden war.

Indeß fehlte es ſeit dem 7. Januar auch nicht an einem noch anderen Thema zur Unterhaltung, denn durch ein Reſcript vom genannten Tage wurden abermals die Stände zum 15. Februar zuſammenberufen. Leichtgläubige Seelen wollten aus dieſem, bereits mehrmals fruchtlos

vorgenommenen Akte für die Zukunft etwas hoffen, und unterließen es auch nicht, ihre Hoffnungen und Wünsche in nord- und süddeutsche Blätter niederzulegen. Und was hofften diese gutmüthigen Menschen? Eine endliche Ausgleichung, eine Verständigung zwischen dem Kabinette und den Ständen. Allein diese Hoffnungen und Wünsche waren auf Sand gebaut, und noch ehe der 15. Februar herankam, wußte man, daß aus der Ständeversammlung nichts werden würde. Einmal weigerten sich viele Deputirten, die im Voraus wußten, daß an die Wiederherstellung der Verfassung von 1833 nicht zu denken sei, zu erscheinen, dann lehnten auch die Neugewählten die ihnen zugedachte Ehre ab, und endlich verweigerte das Kabinett denjenigen Mitgliedern der Opposition, die eine öffentliche Stellung bekleideten, den Urlaub. Unter solchen Auspicien auf einen Landtag zu rechnen, war eine direkte Träumerei. Dies zeigte sich auch bald, denn als der Termin zur Eröffnung der Stände herankam, fehlte es eben nur an Abgeordneten, und zwar war die Anzahl der Fehlenden so groß, daß sich das Kabinett genöthigt sah, in einer amtlichen Nachricht, die von dem Staats- und

Kabinettsminister von Schele unterzeichnet war, alle Fehlenden namhaft zu machen und sie aufzufordern, entweder bis zum 1. März zu erscheinen oder zu resigniren. Der eigentliche Grund, warum so viele Deputirten nicht erschienen, lag in einer königlichen Proklamation, worin erklärt wurde, daß von jetzt ab die Verfassung von 1819 wieder bestehe. Mit dieser Proklamation machte sich das Kabinett auch die Deputirten des dritten ostfriesischen Standes abwendig, die hiergegen protestirten und offen erklärten, sie wollten von der Verfassung von 1819 nichts wissen. Als nun solchergestalt der 1. März vorüberging, ohne daß die zweite Kammer vollzählig geworden, und die erste Kammer auf das Ansinnen des Kabinetts, mit ihr allein, ohne die zweite Kammer, die Angelegenheiten des Landes zu berathen, nicht einging: so trat abermals eine Vertagung der Stände ein und zugleich ward zu neuen Ergänzungswahlen geschritten. Gleichzeitig mit der Vertagung der Stände traten 27 Abgeordnete der zweiten Kammer zusammen und protestirten in einer energischen Erklärung nicht nur gegen die Verfassung von 1819, sondern auch gegen die Rechtmäßigkeit einer, auf Grund dieser Ver-

fassung zusammenberufenen Ständeversammlung und sprachen sich auf das Bestimmteste dahin aus, an allen Verhandlungen der Ständeversammlung nicht eher wieder Theil nehmen zu wollen, als bis der Bundestag das Land seiner Rechte auf das Staatsgrundgesetz von 1833 verlustig erklärt habe.

Mit der Vertagung der Stände begann dasselbe Stück, was seit 1837 schon so oft gespielt hatte, nur ward bei dem Nachspiel, welches jetzt folgte, d. h. bei der Veranstaltung sogenannter Ergänzungswahlen noch eine Scene eingeschoben, die zu den widerlichsten, aber auch lustigsten Auftritten Veranlassung gab. Es ward nämlich von dem Kabinett als Grundsatz aufgestellt, daß Jeder, der die Wahl zum Deputirten annehme, damit auch das Bestehen der Verfassung von 1819 anerkenne. Nun gingen die Wahlen an, bei welchen von Seite des Kabinetts alles aufgeboten wurde, um dieselben nach seinem Sinne durchzusetzen. Die französische Regierung hatte darin ein großes Vorbild gegeben, und wiewohl sie mit allen ihren Umtrieben und Ränken nichts durchgesetzt, so wollte man doch in Hannover dem Beispiele folgen. Allein alle Mühe war

vergebens; die Leute wollten sich weder mit Güte noch Gewalt zwingen lassen, Kabinetts-lieblinge zu wählen; daher wählten Viele gar nicht, oder wenn ein Wahlakt zu Stande gekommen war, so protestirte die Mehrzahl der Wähler gegen die Gültigkeit derselben, da sie nicht durch Majorität, sondern Minorität der Stimmen entschieden worden. Mit einem Worte, auch die, angeblich gültige Verfassung von 1819 wurde nicht respectirt, sondern man ließ die Minorität einer Wahl ruhig gelten und verhöhnte damit auch den letzten Schein der Gerechtigkeit. Es wäre ein ekelerregendes und langweiliges Unternehmen, wollte man alle die Mittel einzeln aufzählen, die an einzelnen Orten in Anwendung gebracht wurden, um endlich eine beschlußfähige Kammer von 37 Deputirten zusammenzubringen. In allen öffentlichen Organen Deutschlands, denen Recht und Wahrheit etwas galt, namentlich in der Leipziger Allgemeinen, in der Bremer und in der Kassler Allg. Zeitung, so wie im Deutschen Courier las man die schmutzigsten Geschichten über jene Wahlen, und wie sehr sich das Kabinett durch diese Mittheilungen getroffen fühlte, bewies es durch das Verbot des

deutschen Couriers und der Bremer Zeitung. Indeß weder hierdurch noch durch die Annahme des Dr. Zimmermann zum Vertheidiger seiner Grundsätze erreichte das Kabinett etwas Wesentliches, ja es wurde um diese Zeit noch bedeutend durch die Veröffentlichung der Rechtsgutachten der jenaer, heidelberger und tübinger Juristenfacultät geärgert. Von diesen Rechtsgutachten zeichnete sich das der tübinger Facultät am meisten aus, denn die Antwort desselben auf die oben erwähnte Anfrage des Magistrats zu Osnabrück lautete dahin: „Ist nun aber eine Obrigkeit in Hannover überhaupt nicht berechtigt, den Unterthanen eine verfassungswidrige Steuer aufzuerlegen, so kann dieselbe auch nicht durch das Subordinationsverhältniß für hierzu verpflichtet gehalten werden; denn wenn schon dieses, wie das Unterthanenverhältniß mit sich bringt, dem höheren Befehl im Zweifel Folge zu leisten, so ist doch auch der Regierungsbeamte nicht zu einem unbedingten, sondern nur zu einem verfassungsmäßigen Gehorsam verbunden, und daher befugt, einen der Form nach verfassungswidrigen oder seinem Inhalt nach offenbar rechtswidrigen Befehl nicht zu befolgen.“ — Es braucht nicht

erwähnt zu werden, mit welcher Begier im Königreich Hannover nach diesen Rechtsgutachten gegriffen, und mit welchem angestrengten Diensteifer dieselben von der Polizei weggekapert wurden. Das Kabinett, obgleich eine moralische Person und als solche eigentlich menschlicher Leidenschaft gar nicht unterworfen, entbrannte doch in gewaltigem Zorn, beklagte sich über die sieben tübinger Juristen bei der würtembergischen Regierung und erklärte sich dahin, daß ein Verbrechen, wie es jenen Sieben (für Hannover wirklich eine verhängnißvolle Zahl) zur Last gelegt werden müsse, nach diesseitigen, d. h. hannöverischen Gesetzen, Kettenstrafe nach sich ziehe. Diese Erklärung hat indeß für die sieben Weisen der tübinger Hochschule keine schlechten Folgen gehabt, und eben so wenig ist, so viel wir wissen, die Regierung des Großherzogthums Weimar auf das hannöverische Ansinnen eingegangen, den Oberappellationsrath Martin seines Amtes zu entsetzen. Der ehrenwerthe Martin hatte nämlich dem jenaer Gutachten einen Brief vordrucken lassen, worin er auf freimüthige Weise das Verfahren des hannöverischen Kabinetts als ein ganz ungesetzliches hinstellte. Dafür ward er freilich

vom Curatorium zu Jena zu einer Erklärung aufgefordert, und er gab auch eine, und zwar eine, die Hörner und Klauen hatte, denn er meinte ganz unumwunden: „Die Lehre vom unbedingten Gehorsam sei sowohl gegen das bestehende Recht als gegen die Christenpflicht und würdige den Menschen zum Thiere herab; das habe er gelehrt zu Göttingen, zu Heidelberg und nun zu Jena, 22 Jahre hindurch, und er werde es auch fernerhin lehren; wolle man das nicht, so möge man ihm in Gottes Namen seine Professur nehmen." Das ist indeß, so weit darüber öffentliche Berichte vorhanden sind, nicht geschehen, und schon darin liegt deutlich genug ausgesprochen, daß man die Ansichten des hannöverschen Kabinetts auch in hohen Kreisen nicht durchweg gut heißt.

Um so auffallender erscheint es demnach auch, daß gewisse Zeitungen, die den sogenannten „gesunden Sinn des deutschen Volks" als stehendes Motto vor der Stirn tragen, es dennoch versuchten, den Regierungsmaßregeln in Hannover das Wort zu reden, ja wohl gar die Wahlumtriebe abzuläugnen und sie als die Erfindung einer böswilligen Partei auszugeben, die, gleich der

Opposition in Frankreich, nur von der frevelhaftesten Habsucht getrieben werde. Wer auch nur einen Augenblick auf den Nothschrei der Hannoveraner achtete, der mußte staunen über solche Lügen. Darüber, wie überhaupt über die hannöverische Sache jetzt schon ein Urtheil zu fällen, steht uns, den Zeitgenossen, nicht zu, am allerwenigsten könnte aber in diese Blätter ein Urtheil niedergelegt werden, da sie nur dazu bestimmt sind, die Erscheinungen und Begebenheiten, wie sie aus dem bewegten Meere der Zeit hervortauchten, wieder zu geben.

So fahren wir denn auch in einfach erzählender Weise fort, über Hannover ferner zu berichten, und zwar die an sich komische Geschichte, daß die Stände wiederum zum 28. Mai zusammenberufen wurden. Es geschah dies durch eine Proclamation vom 3. desselben Monats, in welcher zwar durch sehr auf Schrauben gestellte Redensarten auf eine Verständigung angespielt wurde, allein wie diese zu meinen sei, wurde auch dem Beschränktesten sehr bald klar, denn von dem Aufhören der verhängnißvollen Klausel, daß in Annahme der Wahl auch Anerkennung der Verfassung von 1819 liege, war nicht die Rede.

Demnach beschäftigte man sich einzig mit der Frage, wird eine Deputirtenkammer zusammenkommen oder werden sich überhaupt **37** Abgeordneten zu einer beschlußfähigen Versammlung einfinden? Man rechnete und rechnete, aber siehe, es wollten nicht **37** werden; und nun folgerte man in dieser Art weiter: gesetzt auch, es kommen **37** zusammen: so sind darunter mindestens **12** neu gewählte, deren Vollmachten von einer beschlußfähigen Kammer geprüft werden müssen. Eine solche Kammer ist aber nicht denkbar, denn zieht man **12** von **37** ab, so bleiben nach unumstößlichen Regeln der Subtraction nur **25**, diese sind aber nicht beschlußfähig: folglich — folglich — und wieder folglich! Wir brauchen diesen logischen Satz nicht zu schließen, er ergiebt sich von selbst, und deshalb stand es unter allen Umständen fest: eine beschlußfähige Kammer könne nicht zusammen kommen. So dachten die **1833**ger, allein die **1819**ner dachten anders, nur waren sie so klug, ihre Gedanken nicht zu verrathen, sondern die Eröffnung der Stände erst abzuwarten. Diese Eröffnung fand aber nicht am **28.** Mai, sondern aus Mangel an Deputirten erst neun Tage später Statt, d. h. an

diesem Tage fingen die Berathungen an, nachdem das Kabinett von vorneherein alle Wahlprüfungen mit dem Bedeuten für nutzlos erklärt hatte: daß man von Oben herab die stattgehabten Wahlen für gültig anerkenne und jede Untersuchung deshalb für zwecklos halte, weil dadurch der Kammer die kostbare Zeit geraubt werde. Mit dieser bequemen Manier gab man also auch der Verfassung von 1819 den Laufpaß, denn man erklärte die Minoritätswahlen für gültig und die Ständeversammlung für ein Puppenspiel. Dies hatte die Parthei für 1833 d. h. in des Worts kühnster Bedeutung die Gesammtmasse des Volks nicht erwartet, und schon jetzt sprach sich der Unwille so laut aus, daß hier und da äußerst bedrohliche Wolken aufstiegen.

Unter solchen Umständen befanden sich die Herren Deputirten in einer höchst mißlichen Lage, und obgleich Einige darunter waren, die sich die Schminke des Diensteifers so dick auf das Gesicht geschmiert hatten, daß Schaam und sonstige innere Regungen auf demselben nicht bemerkbar wurden, so gab es doch auch noch andere, die bekamen allerlei Zufälle, Brustbeklemmungen, Kopfschwindel u. d. gl. mehr, so daß ihnen der

Ständesaal bald eckig, bald rund erschien und sie sich selbst vorkamen wie Kreaturen, denen alle Begriffe fehlten. Hierzu gesellte sich, daß noch vor dem Beginne der sogenannten Berathungen ganze Schaaren geharnischter Protestationen anrückten gegen die Kammer und gegen Alles, was diese minorenne, also nicht dispositionsfähige Kammer beschließen würde. In dieser Verlegenheit verfielen die Herren auf die komische Idee, in Uebereinstimmung mit der ersten Kammer an den König eine Adresse zu richten. Das geschah, und beide Kammern adressirten demnach an Seine Majestät eine ehrerbietige Vorstellung des Inhalts: „daß nur eine vertragsmäßige Erledigung der Verfassungsangelegenheit zu einem gedeihlichen Ziele führen, und daß man zu diesem Ziele nur durch eine vollständige Kammer gelangen können; deshalb seien neue Wahlen nöthig, zu denen sich die Korporationen ohne Zweifel verstehen würden, sobald die Bestimmung aufgehoben werde, daß der vollzogene Wahlakt die Anerkennung der Verfassung von 1819 ausspreche.“ Hieran knüpften die weisen Herren, um aus ihrer peinlichen Lage zu kommen, die Bitte: „es möge die Wirksamkeit der versammelten Stände für gegenwärtige

Diät oder (wenn man will) Sitzung nur auf Fortbewilligung des laufenden Budgets beschränkt werden." Mit anderen Worten hieß die ganze Adresse nichts weiter als: wir befinden uns in einer trostlosen Lage, und wollen sehr gern das Budget bewilligen, wenn wir nur wieder vertagt werden.

Ganz in diesem Sinne nahm man auch höheren Orts die Adresse auf, und es erfolgte auf dieselbe unterm 16. Juni eine königliche Antwort, in welcher sehr bedauert wurde, „daß Unterthanen, die mit den bisher getroffenen Maßregeln nicht einverstanden seien, so wie Fremde durch die verwerflichsten Mittel den blühenden Zustand des Landes stören wollten." Hieran knüpfte sich die Bereitwilligkeit, „den getreuen Ständen anderweitige Vorschläge zur vertragsmäßigen Vereinbarung machen und eine Kommission anordnen zu wollen, zu welcher jede Kammer zwei Kommissarien schicken könne." Damit man sich aber über die zu machenden, anderweitigen Vorschläge nicht irren möchte, ward gleich bemerkt, daß auch die Arbeiten derjenigen ständischen Kommission, welche sich mit der Prüfung des, im verflossenen Jahre vorgelegten Ver-

fassungsentwurfs beschäftigt hatte, von der neu zu errichtenden Kommission in Erwägung gezogen werden sollten. Konnte man nun schon hieraus schließen, welche Vorschläge man höheren Orts erwartete, so ließ auch das gänzliche Stillschweigen über die erbetene Aufhebung der Klausel, daß Annahme der Wahl Anerkennung der Verfassung von **1819** zur Folge habe, es zur völligen Gewißheit werden, daß das Kabinett von der Idee, jene Verfassung sei die nun mehr bestehende, nicht abgehen werde.

Mit großem Pompe verkündigte die „Hannöverische Zeitung", ein Organ, das man für die kommenden Geschlechter aufbewahren muß, weil diese sonst nicht glauben, daß ein solches Blatt jemals existirt hat, also mit großem Pompe verkündigte sie diese königliche Antwort, die dann in andere Blätter mit der Randglosse überging, daß die Vertagung der Stände demnächst erfolgen werde. Und richtig, so geschah es: am **20.** Juni wurden die getreuen Stände, nachdem sie vom **6.** desselben Monats an, also **14** Tage hindurch, auf Dornen gesessen oder gestanden und das Wohl des Landes berathen hatten, nicht bis „auf Weiteres", sondern überhaupt vertagt, und

nur die Kommission blieb zurück, die sich mit der „vertragsmäßigen Vereinbarung" beschäftigen sollte. Was sich die getreuen Stände in diesen 14 Tagen erzählt haben mögen, ist nicht zur öffentlichen Kunde gekommen, sondern verdientermaßen mit dem dichtesten Schleier bedeckt worden, denn es ward dem Generalsekretair der zweiten Kammer auf das strengste verboten, die Abschrift eines der ständischen Protokolle und Aktenstücke ohne specielle Erlaubniß des Kabinettsministeriums an irgend Jemand verabfolgen zu lassen, ein Befehl, der in so fern ganz unnütz erscheint, als wohl Niemand so thörigt sein wird, zur Verbreitung seiner eigenen Blamage die Hand zu bieten. Wir danken wirklich Gott, daß uns nichts davon zu Ohren gekommen ist, denn obgleich ziemlich kaltblütig und ruhig, könnten uns doch jene Verhandlungen zu Bemerkungen verleiten, die man mindestens anstößig finden dürfte.

An Ständevertagungen hatte man sich in Hannover bereits so gewöhnt, daß die eben jetzt erfolgte Keinem sonderlich auffiel, aber darüber wunderte man sich, darüber schrie man Ach und Weh, daß diese Stände es sich erkühnt hatten, Beschlüsse zu fassen, welche für das ganze Land

verbindlich sein sollten. Man verhehlte sich nicht, daß damit auch der letzte Schein des Rechts, ja der letzte Schein einer gewissen Rücksicht mit Füßen getreten sei, und daß, wolle man nicht ganz zum willenlosen Sklaven herabsinken, ein energischer Schritt gethan werden müsse. Es erfolgte nun, wie verabredet, eine allgemeine Bewegung durch das ganze Land, und zuerst erhob sich diesmal die Residenzstadt, deren Magistrat bisher jeden lauten Schmerzensausruf vermieden hatte. Den wackeren Rumann an der Spitze, verfaßte nämlich der Magistrat einen Protest gegen die Verhandlungen der sogenannten allgemeinen Ständeversammluug zweiter Kammer, die des Namens einer ständischen Repräsentation unwürdig, als solche jedes Vertrauens ledig und bloß, aller öffentlichen Achtung entbehrend, vom Lande nicht anerkannt sei und sich dennoch für ermächtigt halte, Beschlüsse zu fassen, die das Land binden sollen. Diese Protestation ließ der Magistrat durch den Gerichts-Anwalt Dr. Hessenberg zu Frankfurt a. M., der deutschen Bundesversammlung mit der Bitte überreichen: „die heiligen, so vielfach und gewaltsam verletzten Rechte des Landes unter sicheren Schutz nehmen und

für Herstellung des einseitig aufgehobenen Rechtszustandes Sorge tragen zu wollen." Dem Beispiele der Residenzstadt folgten fast alle Korporationen Hannovers, so daß bei dem nun mehr vorgenommenen großen Protestations- und Beschwerdeacte der Einwand, als sie dieselbe nur von einzelnen Korporationen ausgegangen, von selbst wegfiel. Weil nun im Protestiren und Beschwerdeführen eine so große Uebereinstimmung herrschte, so hoffte man auch ein günstiges Resultat von diesem Schritte und sah sehnsüchtigen Blickes nach Frankfurt, in dem Glauben, dort werde die Sonne aufgehen, deren erwärmende Strahlen den dicken Nebel, der über der Heimath lag, zerstreuen würden.

Während man sich solchen Hoffnungen hingab, ward aber die Ruhe Hannovers, namentlich die der Residenzstadt, momentan auf das heftigste erschüttert. Es erschien nämlich, kurze Zeit nach der vom Magistrat eingereichten Beschwerdeschrift an den Bundestag, eine königliche Proclamation, in welcher der Magistrat der Verletzung der Sr. Maj. schuldigen Ehrerbietung, der Verläumdung gegen die Regierung und beleidigender Ausfälle gegen die Minister

beschuldigt, und dem zufolge bei den Gerichten verklagt wurde, damit diese die Schuldigen oder mit anderen Worten die Unterzeichner der Beschwerdeschrift bestrafen möchten. Zugleich wurde der hochgeachtete Rumann, unter Vorbehalt weiterer Verfügungen, von seinem Amte einstweilen entfernt. Wie ein Donnerschlag traf diese Proklamation die Hauptstadt und das ganze Land und rief in der Residenz eine Bewegung hervor, die in der That als der Vorläufer eines allgemeinen Aufstandes erschien. Keiner gedachte in diesem Augenblicke der eigenen Noth, vielmehr vereinigten sich Alle dahin, von dem wackeren Rumann die unverdiente Strafe abzuwenden. Es fanden die ärgerlichsten Auftritte Statt, und die Residenzstadt war in dieser Zeit ganz in derselben Lage, in welcher sich Paris befand. Von allen Seiten wurden Truppen herbeigezogen, und alle Anstalten getroffen, um, sollte ein Aufstand ausbrechen, denselben um jeden Preis mit Waffengewalt zu unterdrücken. Es lag ein düsterer Himmel über Hannover, der auch für den Kabinettsminister Freiherrn von Schele in sofern bedrohlich war, als er sich genöthigt sah, seine eigene Wohnung mit Militair zu besetzen. Ein-

stimmig bat man den König, Rumanns Entfernung vom Amte aufzuheben. Allein diesem wirklichen Volkswunsche ward nicht nur nicht gewillfahrt, sondern die königliche Polizeidirektion machte auch bekannt, „daß fortan nach Umständen jeder Bürger, welcher die angegebenen Polizei-Verordnungen übertrete, körperlicher Züchtigung anheim fallen werde.“ Diese Verordnung verpflanzte ganz Hannover nach dem fernsten Osten, d. h. geistig, denn körperlich blieben Hannover und seine mannhaften Bewohner in Deutschland und sahen fortwährend, mitten in der höchsten Aufregung, mit Blicken der Hoffnung nach Frankfurt. Man zweifelte nun nicht mehr, daß von dort Hülfe kommen werde, und deshalb nahm auch die beunruhigende Krisis einen milderen Charakter an, auch ließ es das Kabinett daran nicht fehlen, dem Stadtdirektor eine lebenslängliche Pension von 3000 Thalern und einen gnädigen Abschied anzutragen, wenn er freiwillig von seinem Amte zurücktreten wolle. Hierzu aber verstand sich Rumann nicht, vielmehr erklärte er, „daß nichts ihn bewegen könne, sich freiwillig von den Bürgern Hannovers zu trennen.“ Unterdessen hatte sich der Magistrat mit einer

Petition wegen Rumann's an den König gewandt, allein die kurze Antwort erhalten, Rumann müsse von seinem Amte suspendirt bleiben. Das Warum dieser lakonischen Antwort wurde auch gleich offenbar, nämlich deshalb, weil gegen ihn eine kriminalische Untersuchung eingeleitet sei. Der Grund ließ sich zwar hören, aber es war eigentlich kein rechter, sondern ein mit Haaren herbeigezogener Grund, und viele Leute dachten darüber etwa so: warum ist gegen Rumann, dem man doch noch vor wenigen Tagen Pension und Ehrenbezeugungen angeboten, eine kriminalische Untersuchung eingeleitet? Weil er gegen die Willkühr der Regierung protestirt hat. Warum hat er aber protestirt? Weil diese Willkühr gegen Recht und Gesetz ist. Hieraus folgerten die Leute weiter, daß Rumann belohnt worden wäre, hätte er Recht und Gesetz mit Füßen getreten, und als man nun, mit Hülfe des gesunden Menschenverstandes, zu diesem Schlusse gekommen war, da pries man Rumann wegen der Ehre, die ihm durch eine Kriminaluntersuchung angethan worden. Und solches thaten nicht nur die Männer der Residenzstadt, sondern aus dem ganzen Lande strömten Deputationen herbei, und sein Haus

schien ein Wallfahrtsort geworden zu sein, an dem man brünstig beten wollte um Kraft und Stärke, um fernere Trübsal mit Muth zu ertragen.

Es war dies ein löblicher Vorsatz, denn man sollte noch Manches ertragen, wiewohl gerade in dieser Zeit der Noth das Gerücht laut wurde, daß die beiden mächtigsten deutschen Fürsten an das hannöverische Kabinett eine Note des Inhalts erlassen, man möge dem bedrohlichen Zustande des Landes durch Zusammenberufung einer Ständeversammlung nach der Verfassung von 1833 ein Ende machen. Wie gesagt, es ging das Gerücht, daß eine solche Aufforderung an die hannöverische Regierung ergangen sei, und da es auch von Zeitungen verkündigt wurde, die sich sonst mit solchen Gerüchten nicht befassen dürfen, so schenkte man dem Gerede mehr glauben, als es verdiente. Denn in dem Zustande Hannovers ward nicht nur nichts geändert, sondern Rumann blieb seines Amtes enthoben, Untersuchungen aller Art wurden eingeleitet, die Steuern von den meisten Orten verweigert und dazu Protestationen über Protestationen von den Städten und Korporationen nach Frankfurt geschickt. Das Prote-

ſtiren war in dieſem Augenblicke das einzige Mittel, womit ſich die gedrückten Herzen Luft machen konnten, aber hier und da wurde man ſchon mißtrauiſch gegen dies Mittel, denn trotz der übergroßen Zahl der Beſchwerdeſchriften wollte man wiſſen, der Bundestag werde ſich entweder für incompetent erklären oder die Sache auf ſich beruhen laſſen. Darüber ward in den öffentlichen Organen viel geſtrttten, ohne daß ſich auch nur die entfernteſte Gewißheit für die eine oder die andere Meinung herausgeſtellt hätte. Dieſer troſtloſe Zuſtand dauerte eine Reihe von Wochen hindurch, während welcher die ſogenannten polizeilichen Unterſuchungen direkt überhand nahmen. Da erſchien plötzlich in der hannöver'ſchen Zeitung die königliche Proklamation vom 10. Septbr., mit welcher, nach Anſicht des Kabinetts, die Verfaſſungsangelegenheit für immer abgethan iſt und ſein ſoll. Dieſe Proklamation enthielt zuerſt den Beſchluß, den der Bundestag in ſeiner 19. Sitzung, im Monat September, gefaßt, und der alſo lautete: „daß den in der 5. Sitzung vom 26. April d. J. auf das Einſchreiten des Bundes in der hannöver'ſchen Verfaſſungsfrage geſtellten Anträgen keine Folge gegeben werden

könne, da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einschreitung in diese innere Landesangelegenheit nicht vorliegt. Dagegen hege die Bundesversammlung die vertrauensvolle Erwartung, daß Sr. Maj. der König von Hannover Allerhöchstihren ausgesprochenen landesväterlichen Absichten gemäß geneigt sein werde, bald möglichst mit den dermaligen Ständen über das Verfassungsrecht eine den Rechten der Krone und der Stände, entsprechende Vereinbarung zu treffen." Diesen Bundesbeschluß erörterte nun die Proklamation dahin, daß die Verfassungsangelegenheit nunmehr auch vom deutschen Bunde für eine innere angesehen werde, wofür sie der König stets gehalten. Diesem zufolge solle demnächst eine Vereinbarung stattfinden; dazu sei eine Kommission ernannt. Es habe übrigens eine solche Vereinbarung längst im Wunsche des Königs gelegen, wie der Verfassungsentwurf vom vorigen Jahre beweise. Daß dieser nicht zu Stande gekommen, sei nicht Schuld der Krone, wie dies Jedermann wisse. Es solle nun aber unausgesetzt von der Kommission an einer Vereinbarung gearbeitet werden, und bis diese erreicht sei, bleibe die Verfassung von 1819 in Gültigkeit.

Es liegt außer dem Bereiche der Möglichkeit, den Eindruck zu schildern, den diese Proklamation auf Hannover, wie auf das gesammte Deutschland machte. Die tiefste Niedergeschlagenheit trat an die Stelle muthvollen Hoffens, bis man sich endlich vom Schrecke etwas erholte und einsah, daß sich im Grunde genommen der Zustand eigentlich nicht verschlimmert habe. Ganz in diesem Sinne sprach sich auch eine Stuttgarter Zeitung aus, in welcher es hieß: „Eine Mehrzahl von Bundesstimmen hat beschlossen, die hannöver'sche Sache nicht durch eine besondere Kommission untersuchen zu lassen. Dies ist allein das Wesentliche. Wir versuchen hier nicht, den inhaltsschweren Sinn dieser Vermeidung in jener Untersuchung zu erläutern und weitere Folgen daraus zu ziehen. Wir beschränken uns auf den vorliegenden Fall; und da leuchtet ein, daß der Bund durch einen solchen Beschluß die Sache so läßt, wie sie war. Die Anhänger des Staatsgrundgesetzes haben so nichts gewonnen, aber auch nichts verloren, am wenigsten von ihrem Rechte; und die Erreichung einer „vertragsmäßigen Vereinbarung" hat dieser Beschluß blos als etwas Wünschenswerthes hinstellen können. Die

Sache ist also jedenfalls beiden Parteien überlassen; sehe sich demnach von jetzt an jede Partei vor! eigentlich ist ja nur das Feld des Kampfes geändert."

So weit jene Stimme in Stuttgarter Blättern, die freilich sehr viel Tröstliches verkündet, aber leider helfen trostreiche Worte in solcher Lage sehr wenig. Man fühlte dies auch in Hannover zu gut, und obgleich jene Proklamation auf höheren Befehl dem Volke von den Kanzeln herab mitgetheilt wurde, so wollte man sie doch nicht für eine Predigt ansehen, und statt die Erbauung der Andächtigen zu erhöhen, störte sie dieselbe vielmehr und rief hier und da laute Aeußerungen des Mißfallens hervor. In einigen Kirchen fügte es Zufall oder Absicht so, daß nach dem Vorlesen der Proklamation Lieder gesungen wurden, die mit derselben durchaus nicht im Einklang standen, wie denn der Prediger in der Hauptkirche der Residenz, nach dem Verlesen dieser rein weltlichen Sache, den 11. Vers aus dem 804. Liede des hannöverschen Gesangbuches: „O schlimmes Elend, das uns drückt," — anstimmen ließ, und auf diese Weise seinen Zuhörern Gelegenheit gab, ihrem Unwillen durch Gesang Luft zu machen.

Fragen wir nun, was nach der Bekanntmachung jener Proklamation in Betreff der „vertragsmäßigen Vereinbarung" bis jetzt vom Kabinette geschehen ist, so können wir ganz ruhig antworten: Nichts! Dagegen sind Verhaftungen und unzählige polizeiliche Untersuchungen vorgenommen worden, die alle nur das beweisen, daß das Volk von seinem Recht und das Kabinett von seinen Ansichten nicht lassen will. Der Kampf, der nun jetzt in das dritte Jahr hineindauert, wird, sollte, wie verlautet, im December 1839 abermals eine Ständeversammlung einberufen werden, von Neuem beginnen und muthmaßlicher Weise dasselbe Resultat liefern. Von oben herab sucht man das Volk müde zu machen, und das würde vielleicht gelingen, hätten sich nicht während dieses beinahe dreijährigen Kampfes alle Klassen der hannöver'schen Bevölkerung zu dem unbesiegbaren Bewußtsein ihres Rechts erhoben. Weil dem so ist, läßt sich in die Zukunft Hannovers nur mit ängstlichem Blicke sehen.

Ehe wir dem hartgedrückten Hannover den Rücken kehren, können wir nicht unterlassen, einige wunderbare Bekanntmachungen mitzutheilen, die durch deutsche Organe zur öffentlichen

Kunde gelangt sind. Dahin gehört unter Anderem ein Artikel aus Hannover vom 1. Februar, der zuerst im „Deutschen Courier" stand, dann in eine Menge anderer Zeitungen überging, und also lautete: „In unserer Armee ist nun Alles preußisch; die Tambours, die nach Magdeburg geschickt waren, um preußisch trommeln zu lernen, sind wohl unterrichtet zurückgekehrt; die Querpfeifen haben jetzt auch den preußischen Ton erhalten. Man theilt darüber folgende, unterm 2. Januar erlassene Generalordre mit: „„Da Se. Majestät bemerkt haben, daß die Querpfeifen nicht den Ton der preußischen Querpfeifen halten, so sind solche darnach abzustimmen, und sollte dies nicht mit den alten Querpfeifen thunlich sein, so sind solche zurückzulegen und neue anzuschaffen, welche den preußischen Ton halten."" Es ist auch ein Schilderhaus von Magdeburg hier angekommen, um den hannöver'schen Schilderhäusern als Vorbild zu dienen." Anderer, aber eben so wunderbarer Art war die Bekanntmachung, welche der Eröffnung der Schloßkapelle zu Hannover, die am Pfingstsonntage stattfand, voranging. Dieser zufolge war amtlich bestimmt, wer zur Schloßgemeinde gehöre, ferner wie die

Einweihung vor ſich gehen, und daß die Hof- und Civildienerſchaft immer nur in Uniform erſcheinen ſollte. Die Plätze der Kirche, nach Rang und Würde vertheilt, erhielten die Namen Ränge und Logen, ſo daß die Großkreuze des Guelfenordens, die vornehmſten Damen, ſo wie die Damen vom zweiten Range ihre beſondere Plätze einnehmen, aber Alles, was zum Kunſtperſonal gehörte, wie der Theaterdirektor, der Hofkapellmeiſter u. ſ. w., hinter die königlichen Kammerdiener und Frauen rangirt ſein ſollte. Den Predigern ward ein ächt patriarchaliſches Koſtüm vorgeſchrieben: ein langer Talar, eine breite Fraiſe und ein kleines Barett. Der Gottesdienſt, von welchem Tags zuvor eine Probe abgehalten worden, ſollte mit einer, von den Opernſängern ausgeführten und vom Kapellmeiſter Marſchner dirigirten Hymne von Mozart beginnen, für welche im Programm 7 Minuten ausgeſetzt waren. Zur Einweihungsrede wurden dem erſten Hof- und Schloßprediger, Konſiſtorialrath Leopold, 15 Minuten beſtimmt. So war Alles genau vorher arrangirt, und damit hatte man wenigſtens das Gute erreicht, daß die gezwungenen Theilnehmer im Voraus wußten,

wie lange sie sich ennuiyiren mußten. Wir schließen diese Curiosa noch mit einem kleinen Berichte der wahrheitsliebenden Dorfzeitung, dem zufolge die Königin von Hannover sich nur schön bemalter Wachslichter bedient, von denen sie jeden Abend 12 Stück zu 24 Thalern verbraucht, was nach Adam Ries jährlich 8760 Thaler macht. Ob diese Wachslichter mit heiligen Bildern, mit Magdalenen oder dergleichen bemalt sind, ist nicht angegeben.

Wir wenden uns jetzt nach Preußen, wo das Jahr 1838 gerade so schloß, wie man es aus den Wetteranzeigen im Kalender und aus den Bewegungen des Queckſilbers im politischen Barometer vorhergewußt hatte: es trat nämlich eine sehr solide Kälte ein, und die so oft prophezeihte Versöhnung mit Rom trat zurück, also daß die kirchlichen Verhältnisse von derselben eisigen Luft getroffen wurden, wie die Hauptstadt Berlin und deren nähere und entferntere Umgebung. Da die Wirkungen der physischen Kälte sich überall gleich sind, so läßt sich über dieselben in Bezug auf die Hauptstadt Preußens wenig sagen, außer, daß die Kälte die Noth der Armen ganz besonders steigerte und dann diejenigen

Leute, die mangelhafte Begriffe über Eigenthumsrecht haben, in ihren Begriffen bestärkte und sie zu den ausgesuchtesten Spitzbübereien antrieb. Auch verhinderte die Kälte, oder irgend ein anderer Umstand das Erscheinen der „Landeszeitung", auf welche sich Viele vergebens gefreut hatten. Ganz anders äußerte sich die Kälte in den kirchlichen Verhältnissen. Hierin geschah gerade am letzten Tage des Jahres 1838 ein Schritt, mit welchem die preußische Regierung ihr lang beobachtetes Stillschweigen brach. Es erschien nämlich in der Staatszeitung ein amtliches Document, worin das preußische Kabinett von seinem Standpunkte aus darthat, wie es durch die Hartnäckigkeit der Erzbischöfe von Köln und Posen gezwungen worden sei, in der Weise gegen sie zu verfahren, wie es geschehen. Man berief sich dabei sowohl auf frühere kirchliche Verordnungen, wie auch auf die bestehenden Landesgesetze und wies dadurch gleichsam die Zumuthungen Roms, jene beiden Kirchenfürsten wieder in Wirksamkeit zu setzen, zurück. Das ganze Document war nur darauf berechnet, Preußens Maßregeln gegen die genannten Erzbischöfe und ihre Anhänger vor den Augen der Welt zu rechtfertigen, und wenn

das auch nicht in dem Maße geschah, wie man es selbst gewünscht hatte, so lobte man doch allgemein den eingeschlagenen Weg der Oeffentlichkeit und wollte darin von Seiten der Regierung den ersten Schritt sehen, daß nunmehr in den preußischen Zeitungen die kirchlichen Verhältnisse freier besprochen werden dürften. Man täuschte sich hierin nicht, denn in der That, die preußische Censur nahm von jetzt an einen milderen Charakter an und es ward gestattet, vorzüglich gegen die Angriffe der bayerischen Presse, aber wohl zu merken, mit Mäßigkeit und in den Schranken des Anstandes, anzukämpfen.

Uebrigens war die Aufmerksamkeit schon seit längerer Zeit mehr auf das Großherzogthum Posen als auf das Rheinland gerichtet worden, und wenn man das Letztere auch jetzt wieder schärfer beobachtete, so geschah es, wenigstens meinten das wohl unterrichtete Männer in Berlin, nur wegen Belgien, von welchem aus die Jesuiten und die gesammte ultramontane Partei unaufhörlich Brandraketen unter die Rheinländer schleuderten, um sie zum heiligen Grimme gegen die Ketzer zu entflammen. Es ist vielfältig behauptet worden, daß der belgische Klerus sich

von dieſen Umtrieben frei gehalten habe, und wir wollen auch glauben, daß nicht alle die aufrühreriſchen Flugſchriften, die in den preußiſchen Rheinlanden wie die Pilze emporwuchſen oder emporgewachſen ſein ſollen, von den belgiſchen Prieſtern herrühren; wer aber nur einen Augenblick bei der Aufregung verweilt, die damals in Belgien herrſchte, und wer ferner die Mittel in Erwägung zieht, die von den fanatiſchen Patrioten angewandt wurden, um die Zerſtückelung Belgiens zu verhindern, der wird es nicht für unmöglich halten, daß man dort auch daran gearbeitet habe, die Rheinländer zum Aufſtand zu bringen. Ueberdies vernahm man gerade um dieſe Zeit aus den Rheinlanden allerlei Klagen, daß man die hier beſtehenden Geſetze von Berlin aus zu vernichten ſtrebe, und namentlich ward der Juſtizminiſter von Kamptz eines ſolchen Strebens ſo laut beſchuldigt, daß er ſich öffentlich dagegen verwahrte, jene Beſchuldigungen Verläumdung nannte und laut erklärte, der Wille des Königs ſelbſt ſei gegen jede Aenderung der in den Rheinlanden geltenden Geſetze. Ward nun ſchon hierdurch das Mißtrauen der Rheinländer einigermaßen unterdrückt, ſo erhielten ſie

auch gleich darauf noch eine genügende Bürgschaft für das Fortbestehen ihrer Gesetze, denn es ward dem Herrn von Ruppenthal, einem geborenen Rheinländer und einem, in den Gesetzen seines Vaterlandes wohlerfahrenen Manne die rheinische Justiz-Verwaltung anvertraut, und auf solche Weise in den Rheinlanden einer der größten Steine des Anstoßes hinweggeräumt. Dennoch fehlte es nicht an einigen kleinen Unruhen, die, mit Bezug auf die in Belgien herrschende Stimmung, wohl größer gemacht wurden, als sie waren, aber auch in ihrer Unbedeutenheit verriethen, daß doch hier und da der Geist der Unzufriedenheit Eingang gefunden.

Dies Alles beschäftigte indeß die Aufmerksamkeit der Regierung und des Publikums nicht in dem Maße, wie der kirchliche Zwiespalt im Großherzogthum Posen, der um so verwickelter wurde, je schärfer die Maßregeln hervortraten, welche die Staatsgewalt gegen den Kirchenfürsten von Posen und die ihm untergeordnete Geistlichkeit anwandte. Um dem Vorwurfe zu entgehen, den man von verschiedenen Seiten her, und zwar nicht allein von den Ultramontanen, der preußischen Regierung bei ihrem Verfahren gegen den

Erzbischof von Köln gemacht hatte, ward gegen den Erzbischof von Posen, Hrn. von Dunin, ein Prozeß eingeleitet, bei dem man jedoch sogleich auf große Schwierigkeiten stieß, da weder der Erzbischof noch die Mitglieder des Domkapitels die Kompetenz des weltlichen Richters anerkennen wollten. Man machte verschiedene Versuche, den Prälaten auf andere Gedanken zu bringen, allein vergebens. Während nun dies geschah, fehlte es nicht an wunderbaren Berichten über den Charakter des geistlichen Herrn. Einmal erhob man seinen gesunden Sinn und seinen friedfertigen Charakter bis in den Himmel, indem man meldete, er werde, nunmehr zu einer bessern Ueberzeugung gekommen, die Schritte, welche er direkt gegen die Regierung gethan, widerrufen, ja er habe schon widerrufen und die Beilegung der verdrießlichen Sache könne als nahe bevorstehenden angesehen werden; dann aber hieß es, Hr. von Dunin, der einen äußerst hartnäckigen Charakter habe, sei anderen Sinnes geworden; er wolle nicht widerrufen, sondern beharre in unbegreiflicher Verstocktheit bei seinen Ansichten. Solche komischen Raisonnements fehlten eine Zeit lang in keinem deutschen Organe, mit Ausnahme der

meisten bayerischen Blätter, die stets das Gegentheil behaupteten und sich darin, wie man bald erkannte, auch keineswegs irrten. Hr. v. Dunin dachte nicht nur nicht an Nachgiebigkeit, sondern wurde in seinen Ansichten auch noch durch die römische Staatsschrift bestärkt, die als Gegenschrift gegen das preußische Document erschien und in welcher das Verfahren der Staatsgewalt gegen die Kirche und ihre Diener ein direkter Eingriff in die Rechte derselben genannt wurde. Dennoch hörten die verschiedenen Gerüchte über das schwankende Benehmen des Erzbischofs nicht auf, bis endlich das Urtheil über ihn gesprochen ward, von dem längst vorher in den Zeitungen mancherlei gefaselt worden war. Man hatte den Erzbischof dreier Vergehen angeklagt, nämlich des Hochverraths, der Aufreizung zum Volksaufstande und der Uebertretung der bürgerlichen Gesetze in Sachen der gemischten Ehen. Von den beiden ersten Vergehen ward er freigesprochen, des dritten aber für überwiesen erklärt und deshalb zur Erstattung der Prozeßkosten, 6monatlicher Gefängnißstrafe und Entsetzung von seinem Amte verurtheilt. Dies Strafurtheil erfüllte die ultramontane Presse mit entsetzlichem Grimm,

während die protestantischen und sogenennten gemäßigten Organe es bald für zu milde, bald für etwas zu streng hielten, an welche letztere Meinung sich dann stets die Bemerkung knüpfte, daß die Milde des Königs den greisen Kirchenfürsten wohl der Gefängnißstrafe überheben würde.

Die also geurtheilt, hatten nicht falsch prophezeiht; denn siehe, der Erzbischof erschien in den ersten Tagen des April, und zwar, wie behauptet wird, auf Grund eines königlichen Schreibens, in Berlin, und als sich die Nachricht hiervon wie ein Lauffeuer durch Deutschland verbreitete: da glaubte man allgemein, der ärgerliche Handel werde nun durch einen gütlichen Vergleich abgethan werden. Zu diesem Glauben konnte man sich auch um so mehr veranlaßt fühlen, da man gleich darauf vernahm, mit welcher Achtung und Schonung der Erzbischof behandelt und wie er in seiner persönlichen Freiheit durch nichts gestört werde. Diese Berichte stellten sich auch als Wahrheit heraus, wogegen die, in denen es hieß, der Erzbischof sei ein jovialer Mann, der heitere Gesellschaft liebe, gern in Damenzirkeln verweile und sich oft durch Kartenspiel zerstreue, sich als direkte Lügen erwiesen. Und

das konnte auch nicht anders sein, denn der Erzbischof erfuhr bald, daß er nach Posen nicht zurückkehren, sich aber, wenn er nicht in Berlin bleiben wolle, jeden beliebigen Platz im preußischen Staate, nur nicht im Großherzogthum Posen, zum einstweiligen Wohnort wählen dürfe. Man behandelte ihn also als Staatsgefangenen, und, wie es schien, war demnach die Festungsstrafe in einen ziemlich weitläuftigen Stadtarrest verwandelt. Indeß so groß die Freiheit auch war, deren der Erzbischof genoß, so brachte dies doch in seinen Ansichten keine wesentliche Aenderung hervor, vielmehr verharrte er bei denselben auf das entschiedendste, besonders in Folge der Allocution, die der heilige Vater am 8. Juli im geheimen Konsistorium hielt. In dieser Allocution traten die Ansichten des römischen Stuhls über die Rechte der Kirche, gegenüber der weltlichen Gewalt, so schroff hervor, daß man glauben konnte, nicht Gregor XVI., sondern der kräftige Innocens III.*) habe sie gehalten. Schärfer

*) Bekanntlich derjenige Papst, der am Ende des 12. und am Anfange des 13. Jahrhunderts die Macht des römischen Stuhls ganz in dem Sinne Gregors VII., (aus dem letzten Viertel des 11. Jahrg.) erweiterte.

als in allen vorhergehenden Allocutionen wurde eben in dieser über das Verfahren der preußischen Regierung geurtheilt, und in einer Stelle erklärte der heilige Vater seinen Beschluß wörtlich so: „Zugleich reclamiren wir gegen alles Uebrige, welches entweder in der Sache des Erzbischofs von Gnesen und Posen oder bei irgend anderen Gelegenheiten zum Nachtheil der katholischen Religion und wider die Rechte der Kirche und dieses heiligen Stuhls im Königreich Preußen auf irgend welche Weise geschehen ist. Dann beschweren wir uns namentlich und führen starke Klage gegen jenes Urtheil, wornach die vorgenannten weltlichen Richter sich unterfangen haben, die geheiligte Person des Erzbischofs besonders in Sachen der Religion vor Gericht zu ziehen, und sie mit der kirchlichen Strafe der Absetzung zu belegen, und erklären und beschließen durch Unsere apostolische Machtvollkommenheit, daß unser ehrwürdige Bruder Martinus noch der wahre und einzige Erzbischof der Kirchen von Gnesen und Posen sei, und er durch jenen Richterspruch, der nach kanonischem und selbst nach göttlichem Rechte ungültig ist, gar kein Recht verloren habe, und daß ihm sohin von der Kirche in Kulm in

dem, was die Metropolitan-Jurisdiction betrifft, in allem Anderen aber, was Religion und bischöfliche Autorität angeht, von beiden Heerden seiner Diöceſe jeglicher Gehorſam, wie vorher, müſſe geleiſtet werden. Ja wir ſpenden dem Biſchofe wegen ſeines Religionseifers und der unbeſiegten Standhaftigkeit ſeines biſchöflichen Muthes das verdiente größte Lob, und wünſchen ihm reichlich Glück, daß er für würdig gehalten wurde, für den Namen Jeſu Schmach zu leiden." — Beſtimmter als es in dieſen Worten geſchehen iſt, konnte ſich wohl der Papſt nicht gut ausſprechen, und wer nach dieſer Erklärung noch auf Ausſöhnung hätte rechnen wollen, der würde ſich unwiderlegbarer Thorheit ſchuldig gemacht haben. Und doch glaubte man in Berlin, auch nach dieſer Allocution, immer noch, der Erzbiſchof werde ſeine Anſicht ändern. Wenn man dieſen Glauben ſtill für ſich behalten, ſo hätte Niemand etwas davon erfahren; aber ein ſtiller, ſchweigſamer Glaube gehört nicht zu den Dingen, die man in Berlin antrifft. Man ſchreit dort ſtets ſeine Vermuthungen aus, und ſo wurde denn auch aus gut unterrichteten Cirkeln in die ſüddeutſche Welt hineinpoſaunt: „Die Allocution

habe in Berlin nicht den mindesten Eindruck gemacht, ja es habe dieselbe den Streit auf das Feld der öffentlichen Meinung gerückt, auf welchem derselbe nunmehr würde ausgekämpft werden. Dabei sei nicht zu übersehen, daß die Allocution zu versöhnlichen Schritten die Hand biete, denn der Papst habe darin die katholische Geistlichkeit, und insbesondere die in Preußen, ermahnt, der weltlichen Obrigkeit in allen weltlichen Dingen Gehorsam zu leisten. Hieraus gehe hervor, daß der Statthalter Christi, nicht daran denke, den Ungehorsam gut zu heißen, und hieraus gehe wieder hervor, daß der Papst die Erzbischöfe nicht für ungehorsam halte, weil sie nur für die Rechte der Kirche gestritten, was, bei Lichte besehen, ihres Amtes sei." Aus solchen Raisonnements zog man endlich den Schluß, die Erzbischöfe würden wieder eingesetzt und der Streit über die gemischte Ehestands-Frage, oder mit anderen Worten, der Prozeß „Preußen contra Papst" niedergeschlagen und ad acta gelegt werden.

Aber siehe, die Männer von Berlin, die also dachten, wandelten auf dem Pfade des Irrthums und merkten es nicht, denn Finsterniß umgab ihre Sinne. Zwar wurde der Erzbischof

von Köln aus Minden nach seinem Stammgute Darfeld entlassen, aber nur, weil sein Gesundheitszustand so zerrüttet war, daß man befürchtete, er werde in Minden den Weg alles Fleisches gehen. Eilboten von Berlin brachten den Befehl, den schwer erkrankten Clemens August von Köln nach dem genannten Stammgute in den Schooß seiner Familie zu besserer Pflege zu führen, und dies geschah, wie von katholischen Organen berichtet wurde, in militairischer Begleitung. Dort befindet sich der kölner Kirchenfürst noch. Und wo befindet sich der ehrwürdige Bruder Martin von Posen, wie ihn der Papst nennt und ihn glücklich preis't, daß er für den Namen Jesu Schmach erleiden darf, wo befindet sich derselbe? Gegenwärtig in der Stadt Colberg, die zugleich eine sehr ansehnliche Festung ist, an der Ostsee liegt und durchaus nicht zu seiner Erzdiöcese Gnesen-Posen gehört. Nach dorthin ist er im ersten Drittel des Monats October deshalb abgeführt worden, weil er es für seine Pflicht hielt, am 4. October, also nachdem er gerade sechs Monate in Berlin geweilt, sich in aller Stille nach Posen zu begeben, um seiner verwais'ten, in arge Bekümmerniß versetzten Heerde aus dem lauteren

Born des Lebens Trost und Stärke zu reichen. Diese heimliche Entfernung nahm die preußische Regierung sehr übel; und auf das schnellste ward der Erzbischof zur Nachtzeit aus seiner Curie (um in diese und in sein Zimmer sich Eingang zu verschaffen, mußten die Thüren erbrochen werden) zuerst nach Berlin, dann aber, in Folge eines eingetroffenen königlichen Befehls, nach Colberg geführt. Also gingen die, auf Berliner Logik gestützten Prophezeihungen einer baldigen Aussöhnung in Erfüllung. An dem ganzen Streite ist nicht nur nichts verändert worden, sondern derselbe hat einen weit grelleren Charakter angenommen, eine Behauptung, die nicht übertrieben erscheint, wenn man lies't, in welchem Zustande sich die katholische Kirche im Großherzogthum Posen befindet. Dort herrscht, wie aus den Berichten aller Parteien hervorgeht, die tiefste kirchliche Trauer, die auch wahrscheinlich nicht eher äußerlich aufhören wird, bis von Seiten der Regierung die Maßregeln in's Leben gerufen sein werden, welche der katholischen Kirche in Preußen, der Staatsgewalt gegenüber, eine andere Stellung geben sollen. Und was wird Rom zu diesen Maßregeln sagen, Rom, das in neuester

Zeit auch mit Rußland in äußerst gefährliche Berührung gekommen ist? Wie wird der heilige Vater in der, noch zu erwartenden Allocution gegen Preußen losziehen?! Schon laufen die verschiedenartigsten Gerüchte umher, die, will man ihnen auch nur zur Hälfte glauben, mit Gewißheit vorhersehen lassen, daß das Ende des Jahres **1839** für die kirchlichen Verhältnisse höchst trübselig sein wird.

Wenden wir uns nun von dem Hauptkampfe, in welchen Preußen mit Rom und der katholischen Kirche gerathen ist, zu einigen inneren und äußeren Verhältnissen Preußens, so müssen wir zuerst mit Bezug auf das Innere der religiösen Richtung erwähnen, die, gleichsam ausgehend von Berlin, in verschiedenen Theilen der preußischen Staaten mehr und mehr hervorgetreten ist. Man kommt in Verlegenheit, wie man diese Richtung erschöpfend bezeichnen soll. Eine protestantische soll es sein, aber nur in einzelnen Erscheinungen hat sie sich als eine rein protestantische gezeigt. Dahin rechnen wir, vielleicht mit Unrecht, die Demonstration, welche durch das viel besprochene Buch Bretschneider's: „Der Freiherr von Sandau oder die gemischte Ehe.

Eine Geschichte unserer Tage" — gegen die katholische Welt gemacht worden ist. Die Schrift erschien im December des Jahres **1838**, und wurde so begierig gelesen, daß bereits im Januar **1839** eine zweite, und im März eine dritte Auflage davon gemacht werden mußte. Dieser fast unglaublich schnelle Absatz des Buches wird jedoch einigermaßen erklärlich, wenn man bedenkt, daß das preußische Ministerium die meisten Exemplare ankaufen und sie durch geeignete Beamte vertheilen ließ, denen aufgegeben ward, nach einiger Zeit darüber Bericht zu erstatten, welche Aufnahme das Buch bei Einzelnen gefunden und welche Ansichten es hervorgerufen. Man glaube nur nicht, daß das eben Gesagte eine Phantasie von uns ist; wir haben nur das mitgetheilt, was in einer großen Anzahl öffentlicher Blätter stand, und, so viel wir wissen, ist von preußischer Seite diesen Berichten nicht widersprochen worden. Welchen Eindruck das Buch gemacht, wissen wir indeß nicht, doch unterließ es die katholische Partei nicht, durch Gegenschriften diesen Eindruck zu schwächen, auch unterwarf sie den Freiherrn von Sandau einer scharfen, leider aber viel zu einseitigen Kritik.

Als zweite, wenigstens indirekte Demonstration sehen wir die dritte Secularfeier der Annahme des protestantischen Glaubens im Kurfürstenthume Brandenburg an, welche in den ersten Tagen des November in Berlin und Spandau mit großem Pompe stattfand. Daß die ultramontane Partei in dieser Feier einen Triumph über die hartbedrückte katholische Kirche in Preußen hat sehen wollen, kann man ihr, da sie fast immer durch trübe Gläser sieht, nicht übel nehmen, aber wir glauben nicht, daß man dies in Preußen beabsichtigt hat. Hätte man es jedoch wirklich beabsichtigt, würde es nicht zu entschuldigen sein? Hat man nicht in Bayern Alles aufgeboten, um sowohl durch die glänzende Frohnleichnamsfeier in diesem Jahre, wie später durch die Enthüllung der Statue des Kurfürsten Maximilian I., eine offenbare Demonstration gegen die protestantische Welt zu machen? Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus, sagt ein altes Sprichwort; und wendet man dies auf den vorliegenden Fall an, so würden wir es wenigstens sehr erklärlich finden, wenn man in Preußen mit der Reformationsfeier einen ähnlichen Zweck verbunden hätte. Wir lassen dies

dahin gestellt sein, und bemerken nur, daß die sogenannte Amnestie, welche bei Gelegenheit dieser Feier in Preußen erlassen wurde, auf alle Konfessionen ausgedehnt ward.

Wollen wir nun das, was man auf der einen Seite mit dem Freiherrn von Sandau, auf der anderen mit der erwähnten Säcularfeier zu erreichen strebte, protestantische Zwecke nennen, so tritt uns eine Abart der religiösen Richtung entgegen, die man gewiß nicht eine protestantische nennen kann; wir meinen den Pietismus. Dieser Baum der Finsterniß, an dessen Wurzeln auch die berüchtigte Muckerei als heilloser Giftpilz aufgeschossen ist, breitet vornehmlich in Berlin seine Zweige aus und hüllt Alles in so dichte Schatten, daß die Sonne des neunzehnten Jahrhunderts, trotz ihres blendenden Strahls, nicht durchdringen kann. Wie es möglich ist, daß in einer Stadt, wo die erleuchtetsten Köpfe zu finden sind, eine solche geistige Verirrung, wie der Pietismus, Platz greifen und in allen Klassen der Bevölkerung Anhänger finden kann, erscheint als ein unerklärbares Räthsel, dessen Auflösung nur dann erst möglich ist, wenn es einmal gestattet sein wird, die Verhältnisse mit freierem Blicke

zu betrachten. Sich jetzt schon damit einzulassen, wäre vergebliche Mühe und würde nur auf das unsichere Feld der Vermuthungen führen. Daß der Pietismus existirt und in Berlin in schönster Blüthe steht, ist eine unumstößliche Wahrheit, und es kann auch nicht anders sein, denn er hat dort die geschicktesten Gärtner zu Pflegern, unter denen der Prediger Arndt an der Parochialkirche die erste Stelle einnimmt. Dieser Mann entblödete sich nicht, die Eisenbahnen eine Erfindung des Satans zu nennen; und als das schöne Modell von Kiß, eine Amazone darstellend, in der Werkstatte des Künstlers von dem zahlreich herbeiströmenden Publikum in Augenschein genommen und bewundert wurde, eiferte der gottselige Herr von der Kanzel herab dagegen und rief im heiligen Zorn: „Da haben sie ein neues Baalthum errichtet, und ein Götzenbild haben sie aufgestellt, darnach laufen sie in Schaaren, die Kirchen aber sind leer!“ — Man darf sich um so weniger über diesen widersinnigen Eifer wundern, wenn man die Ansichten dieses Mannes über Berlin lies't. Diese findet man in einem von ihm herausgegebenen Buche, betitelt: „Die Bergpredigt Christi, siebzehn Betrachtungen in

der Trinitatiszeit 1837, gehalten von Friedrich Arndt." — Darin wird von den, in der Hauptstadt jetzt herrschenden Sünden abgehandelt und eine ganz besonders mit folgenden Worten hervorgehoben: „Wir meinen die neue, verderbliche Art, in den Ehestand zu treten, die heute zu Tage immer mehr Sitte wird; wir meinen die sinnliche Liebe, die durch das Lesen schlüpfriger Romane und das Besuchen schlechter Schauspiele angeregt wird; wir meinen die Verbindungen, die an öffentlichen Vergnügungsorten, in Ballsälen und Tanzböden in Stunden unverantwortlicher Uebereilung ihren ersten Ursprung haben; wir meinen die schamlosen Zeitungsanzeigen, in denen Männer, in denen sogar Frauen und Jungfrauen um ein bequemes Leben und Geld sich selbst feilbieten. O Berlin, das kannst du Tag für Tag in deinen öffentlichen Blättern lesen, ohne zu erröthen? — Das fromme Berlin willst du sein, deine Kirchlichkeit und Gottesfurcht willst du preisen hören, und erhebst dich nicht in Massen gegen diesen Unfug, gegen die schamlose Verletzung aller zarten Gefühle, gegen diese gemeine Herabwürdigung des weiblichen Geschlechts? O Schande über Berlin! u. s. w." — Diese Worte

lies't man in der erwähnten Schrift des Herrn Arndt, gegen deren Wahrheit um so weniger etwas vorgebracht werden kann, da das Buch mit preußischer Censur gedruckt ist. Damit wollen wir indeß nicht gesagt haben, daß Alles, was die Censur passirt, wahr sei; sie sieht aber ganz besonders in Preußen darauf, Anstößigkeiten zu streichen, und da sie jene Worte stehen ließ, so hat sie dieselben nicht für anstößig gehalten.

Wir wundern uns in der That, daß der Herr Prediger Arndt nicht schon einen Feuerregen auf Berlin herabgerufen hat, wie es einst der Prophet Jonas mit Ninive beabsichtigte; aber wie damals, würde auch jetzt der langmüthige Gott mit der sündigen Menschheit Erbarmen gehabt, und dem Zeloten Arndt nicht den Gefallen gethan haben. Berlin steht noch, und wird ferner bestehen, obgleich daselbst in neuester Zeit so viel gestohlen wird, daß bald der Grund und Boden vor den Mondscheinrittern nicht mehr sicher sein dürfte. Gegen dies Uebel kämpft nun freilich die Polizei mit aller Anstrengung an, allein da die Polizeibeamten auch nur schwache Menschen sind und des Ruhmes der Vollständigkeit ermangeln, so wird trotz ihrer Wachsamkeit immer noch mit

einer Kunstfertigkeit und Präcision gestohlen, daß Berlin in dieser Beziehung fast den Weltstädten London und Paris gleich zu stellen ist. Indeß bald werden die Berliner auch durch großartige Eisenbahnanlagen mit jenen Hauptstädten wetteifern können, denn es wird rastlos daran gearbeitet, die Residenz im Süden mit Leipzig, im Norden mit Stettin und der Ostsee zu verbinden, und ist dies geschehen, so werden sich auch Eisenbahnen nach Osten und Westen ausdehnen und die Kultur wird auf den „Werken des Satans" rüstiger fortschreiten, als auf den „finstern Wegen des Pietismus", die doch zuletzt nur in den Sumpf der Verdummung führen. Daß solches geschehe, hoffen wir von der Alles schaffenden Zeit, die sich keine Gesetze vorschreiben läßt, auch nicht von Schullehrern.

Wem diese letzte Bemerkung nicht ganz klar sein sollte, der möge wissen, daß es im Jahre 1839 einem gewissen Hrn. Joachim Günther beliebt hat, von Halle aus eine Flugschrift in die Welt zu schleudern, betitelt: „Die Realschulen und der Materialismus." In dieser Schrift werden die Realschulen, die, beiläufig gesagt, in Preußen wahre Musteranstalten sind, als das

Werk der Revolution hinzestellt, als die Quelle politischer Freigeisterei, die nun auch unaufhaltsam in die Herzen der deutschen Jugend dringe, also daß die Jünglinge solcher Schulen gleichsam darauf hingewiesen seien, polytechnische Schüler wie die zu Paris zu werden, die auf nichts sehnlicher warteten, denn auf die Julitage, um ihre Fortschritte in der Polytechnik zu zeigen. Nachdem Hr. Idachim Günther die Realschulen so abgemalt, gibt er einen Plan zu deren Umgestaltung an, aus dem hervorgeht, daß diese für das praktische Leben so überaus wichtigen Institute nichts Anderes werden sollen als Pflanzschulen eines, Geist und Körper schwächenden Pietismus. Man muß wirklich dem Hrn. Günther Dank sagen, daß er sich nicht gescheut, mit seinen finsteren Idee aufzutreten, denn gerade dadurch hat er am zweckmäßigsten gegen die Verwirklichung derselben gearbeitet. Auf der andern Seite spricht aber das Erscheinen jenes Buchs für unsere Behauptung, daß nämlich der Pietismus in Preußen weithin verbreitet sei und mehr Anhänger zähle, als man von der so sehr gerühmten Intelligenz seiner Bewohner erwarten sollte.

Hierauf beschränken wir unsere allgemeinen Mittheilungen über einzelne innere Verhältnisse Preußens, und verweilen einige Augenblicke bei seiner Stellung zu den deutschen Bundesstaaten und zum entfernteren Auslande. Seinen überwiegenden Einfluß auf die deutschen Bundesstaaten, wenigstens auf alle diejenigen, welche zu dem großen deutschen Zollverein gehören, machte Preußen durch den Abschluß eines Handelsvertrags mit Holland geltend, welcher Vertrag schon im ersten Monate des Jahres **1839** zu Stande am. Der wesentliche Inhalt des Vertrags bezieht sich darauf, daß den Holländern die Einfuhr des Zuckers (Lumpenzuckers) dadurch erleichtert ist, daß der Eingangszoll für diesen Colonialartikel auf die Hälfte herabgesetzt worden, wogegen die Beschränkungen der Rheinschifffahrt, die sich Holland widerrechtlich seit langer Zeit erlaubt hat, wegfallen sollen.

Kaum wurde dies überaus wichtige Ereigniß durch die deutschen Blätter bekannt, so erhoben sich fast von allen Seiten sehr ernste Stimmen dagegen, deren Raisonnement sich einzig und allein darum drehte, daß der genannte Vertrag der deutschen Rübenzuckerfabrikation den Todes-

stoß versetzt, daß man großartige, die schönsten Resultate versprechenden Etablissements mit einem Federstriche vernichtet und viele Familien ihres wohlerworbenen Guts beraubt habe. Hieran knüpfte man die Bemerkung, es könne der fragliche Vertrag ohnmöglich abgeschlossen sein, denn in den constitutionnellen Staaten Süddeutschlands müsse erst von den Ständen darüber berathen werden. Das klang freilich Alles ganz gut, aber siehe der Vertrag war doch abgeschlossen worden, und man beruhigte die aufgeregten Gemüther vorläufig damit, daß der Vertrag nur auf wenige Jahre (bis 1841) gültig sein solle, auch fing man an, durch sehr gediegene Artikel zu beweisen, daß die Rübenzuckerfabrikation als eine überaus künstliche Industrie den Keim des Todes in sich trage, weil die Runkelrübe in Deutschland nie so gedeihen könne, wie in den Gegenden, wo der Wechsel des Klima's nicht so häufig sei. Genug man bot Alles auf, um mit wahren und Scheingründen den Grimm über den Vertrag mit Holland zu beschwichtigen und die armen Zuckerfabrikanten auf die nächste Zukunft zu verweisen, in welcher sich herausstellen werde, ob eine Verlängerung des Ver-

trags den allgemeinen Interessen entsprechend sei. Dabei ist die Sache auch geblieben, und Holland lacht sich in's Fäustchen und macht jetzt wahrhaft riesenmäßige Anstrengungen, um in seinen ostindischen Kolonien die Zuckerproduktion auf die möglichste Höhe zu steigern.

Alles, was für und wider diesen Vertrag geschrieben wurde, hatte, obgleich Zucker dabei die Hauptrolle spielte, einen höchst bitteren Anstrich, der aber am bittersten in den constitutionnellen Staaten Deutschlands erschien. Hier traten die Stände auf das Energischte dagegen auf und meinten, es sei eine offenbare Verhöhnung der verfassungsmäßigen Rechte, daß man einen so wichtigen Vertrag abgeschlossen, ohne sie, die Vertreter des Volks, zu fragen. Es sei eine bittere Kränkung, daß man ihnen nachträglich einen Vertrag zur Genehmigung vorlege, der bereits in Kraft getreten, so daß es gleichgültig sei, ob sie ihn genehmigten oder nicht. Allein alle diese Oppositionen haben zu nichts weiter geführt, als daß die Herren Stände den Vertrag nachträglich genehmigten, um sich solchergestalt das Genehmigungsrecht nicht ganz entwinden zu lassen. Auf diese Weise hat denn

Preußen wenigstens auf die deutschen Zollvereinsstaaten seinen überwiegenden Einfluß bekundet, und sowohl holländische wie auch deutsche Kaufleute lobten dies und prophezeihten, man würde in kurzer Zeit sehen, wie das preußische Kabinett bei Abschluß jenes Vertrages nur das allgemeine Wohl Deutschlands im Auge gehabt.

Bald darauf trat auch ein sogenannter Handelskongreß in Berlin zusammen, dem zunächst die bei dem Zollverbande betheiligten Staaten beiwohnten, der aber auch von Hamburgern und von einem englischen Agenten besucht wurde. Der Letztere soll mehr den Beobachter gespielt haben, das Resultat des Kongresses selbst aber ist noch nicht bekannt geworden.

Welche Stellung Preußen zu Frankreich und England einnimmt, ist schwer zu bestimmen, ohne Zweifel aber richtet sie sich nach den Erscheinungen, die am politischen Horizont jener Länder sichtbar werden. Weit bestimmterer Natur ist dagegen Preußens Verhältniß zu Rußland, wiewohl auch dies in den letzten Zeiten, wie man wissen will, nicht mehr das sein soll, was es früher gewesen ist. Die eheliche Verbindung der Großfürstin Maria mit dem Herzoge von Leuch-

tenberg soll eine Entfremdung beider Kabinette nach sich gezogen haben, und es wäre dies um so wunderbarer, da die entsetzliche Grenzsperre, welche Rußland mit eiserner Konsequenz gegen die preußischen Ostprovinzen bisher durchführte, dies nicht bewirken konnte. Jene Grenzsperre, gegen welche Napoleons Kontinentalsperre gegen England eine wahre Kinderei genannt werden kann, hat im Allgemeinen in Preußen einen solchen Unwillen gegen Rußland hervorgerufen, daß man die hierüber erschienenen Berichte in preußischen Blättern als unumstößliche Aeußerung der Gesammtmasse ansehen kann. Man verhehlt sich in Preußen nicht mehr, daß durch dieses Zollsystem die gänzliche Verarmung aller der Provinzen, die sich längs der russisch-polnischen Gränze hinziehen, herbeigeführt werde; man hat laut den Beistand, die Verwendung der Regierung angerufen, und ohne Zweifel hat diese auch Schritte gethan, um das hereinbrechende Elend von sonst blühenden Provinzen, welche überdies seit einer Reihe von Jahren verheerende Ueberschwemmungen heimgesucht, abzuwenden; allein bis diesen Augenblick hat Rußland noch keine Miene gemacht, von dem bisher beobachteten System ab-

zuweichen. Welche Zwecke Rußland mit Befolgung dieses Systems zu erreichen hofft, werden wir an der geeigneten Stelle kurz andeuten; hier möge nur noch bemerkt werden, daß Preußen auf Mittel und Wege sinnen muß, um der zunehmenden Nahrungslosigkeit seiner Ostprovinzen vorzubeugen. Schon die nächste Zukunft muß hierüber entscheiden, aber schwerlich werden diese Mittel, welcher Art sie auch sein mögen, eine größere Annäherung zwischen Preußen und Russen zur Folge haben. Der slavische Charakter auf dieser, und der germanische auf jener Seite stehen sich zu schroff entgegen, um ein dauerndes Freundschaftsband jemals möglich zu machen.

Wir verlassen jetzt Preußen und wenden uns nach Braunschweig und den sächsischen Staaten, worüber im Allgemeinen nicht viel zu sagen ist. In Braunschweig beschäftigten sich die Landstände sehr angelegentlich mit Eisenbahnen, worin das kleine Ländchen außerordentliches theils geleistet hat, theils noch leisten wird. Von großem Interesse war übrigens die Sitzung der braunschweigischen Stände, in welcher die Angelegenheiten Hannovers zur Sprache gebracht wurde. Es konnte dies auch nicht anders sein, denn

Braunschweiger und Hannoveraner sind so eng verbunden, haben großentheils gemeinschaftlich eine so harte Leidensschule durchgemacht, daß schon dieser letztere Umstand beide Nachbarvölker zu einander hinzieht. Man hatte längst mit Unwillen die Proceduren, welche in Hannover jeder Tag herbeiführte, mit angesehen, aber demselben noch keine Worte gegeben. Dies geschah in öffentlicher Sitzung der Stände, wo man zuerst berieth, welche Mittel anzuwenden seien, um dem hartbedrückten Brudervolke wiederum zu seinem Rechte zu verhelfen. Man kam bald zum Entschlusse, was zu thun sei, und demnach ward beschlossen, daß fortan Braunschweig, welches bisher mit Hannover gemeinschaftlich beim Bundestag repräsentirt wurde, einen besonderen Gesandten haben müsse, auf daß dieser im Stande sei, die Wünsche Braunschweigs in Bezug auf Hannover frei und selbstständig dem Bunde vorzutragen. Ganz besonders waren es die Abgeordneten Steinacker und Holland, die diesen Vorschlag unterstützten, und bei dieser Gelegenheit sprach der Erstere folgende Worte: „Die Thatsache, welche im Nachbarlande beklagt werde, sei nicht unerhört; Braunschweig habe früher

unter ähnlichem Mißgeschick geseufzt. Aber wohl noch nie habe sich an ein Ereigniß eine so ununterbrochene Reihenfolge von widerlichen Erscheinungen geknüpft, noch nie habe man im deutschen Vaterlande mehr die wahre öffentliche Meinung unterdrückt, nie mehr freimüthiges Rechtsgefühl verfolgt und geächtet; nie habe servile Dienstbarkeit sich bereitwilliger angestrengt, die Freiheit der Wahl und den Segen der Repräsentativverfassung zur Lüge zu machen; nie seien die Organe der Gewalt mehr darauf ausgegangen, das Vertrauen auf den öffentlichen Zustand zu erschüttern und am Ende sogar noch die baarste Willkür in die Maske des Rechts zu hüllen. Ein solcher Zustand sei ein unnatürlicher und im höchsten Grade gefahrdrohender; das geringste dazwischentretende Ereigniß könne die unberechnenbarsten Folgen nach sich ziehen, und Jedem, der sein Vaterland liebe, liege die Pflicht ob, in seinem Kreise zur Wiederherstellung der Verfassung in Hannover mitzuwirken."

Solche Ansichten sprachen die nächsten Nachbarn der Hannoveraner aus, und es geht daraus hervor, daß der geschilderte Zustand derselben durchaus keine Uebertreibung ist. Doch was sagen

wir von Uebertreibung? Alle Darstellungen der hannöverschen Zustände sind weit hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben, denn um sie treu zu schildern, bedürfte man einer freien Presse, woran in Deutschland vorläufig noch nicht zu denken ist. Trostlos bleibt es unter solchen Umständen, daß die Bemühungen der Braunschweiger so wenig gefruchtet haben, wie die anderer Ständekammern im südlichen Deutschland. Außer diesem rühmlichen Beitrag, den die braunschweigischen Stände der öffentlichen Meinung gebracht, muß noch der Amnestie Erwähnung geschehen, die der Herzog für die politischen Gefangenen erließ. Dieser Gnadenakt zeichnet sich besonders dadurch aus, daß den Freigelassenen auch die Verheißung gegeben ward, in den Staatsdienst treten zu können, eine Bestimmung, die um so mehr zu preisen ist, als sie wirklich das Vergessensein alles Geschehenen in sich schließt und den Amnestirten die Aussicht in eine sorgenfreie Zukunft eröffnet.

In den sächsischen Staaten wurde zunächst im Königreich Sachsen für die innere Entwicklung, für Belebung der Industrie und des Handels, auf welche Zweige freilich die vollendete Eisenbahn von Leipzig nach Dresden den wesent-

lichsten Einfluß ausübte, Sorge getragen. Allein höchst störend griff es in einen Hauptzweig des sächsischen Handels, in den Buchhandel ein, daß die Censurgesetze überaus verschärft wurden. Man vernahm darüber die lautesten Klagen, und lange vor der Eröffnung des sächsischen Landtages sprach man schon von energischen Petitionen an die Abgeordneten-Kammer, um jene überaus drückenden Bestimmungen gemildert zu sehen. Bis jetzt hat indeß von dergleichen Petitionen noch nichts verlautet, da aber die sächsische Deputirtenkammer sich bereits auf mannhafte Weise der hannöverschen Sache angenommen, ja sogar den Antrag, die Staatsregierung möge der Kammer über ihre (der Regierung) Verwendung für Hannover beim Bundestage Mittheilung machen, an eine Deputation verwiesen worden ist: so läßt sich erwarten, daß sich dieselbe Kammer auch der Preßangelegenheit annehmen und mindestens ein milderes Censurgesetz zur Sprache bringen wird.

In den übrigen sächsischen Staaten herrschte ein sogenanntes Stillleben, das in Sachsen-Koburg-Gotha nur momentan durch die Auflösung der kaum zusammengetretenen Stände unterbrochen wurde. Die Letzteren werden in

Kurzem wieder einberufen und ihnen verschiedene Gesetze vorgelegt werden, unter denen man auch ein Strafgesetzbuch aufgezählt findet. Für Strafgesetzbücher ist übrigens in Deutschland jetzt eine wahre Wuth eingerissen, Beweis genug, daß entweder die alten den Fortschritten der Zeit nicht mehr entsprechen, oder daß eben dieser Zeitfortschritt eine Menge neuer Sünden herbeigeführt hat, die nach den Normen der alten Gesetze nicht bestraft werden können. Vielleicht aus diesen Gründen erregte auch das neue Strafgesetzbuch im Großherzogthum Weimar eine so große Freude, in welche jedoch ohne Zweifel die Wilddiebe nicht eingestimmt haben, da gerade gegen diese die Gesetze so verschärft worden sind, daß sie von den Forstbeamten auch für Wild angesehen und ohne Umstände niedergeschossen werden können. Haben aber die Wilderer von ihrem Standpunkte aus alle Ursache, sich über die weimarischen Landstände zu beklagen, so sind dagegen die Weimaranerinnen denselben Landständen großen Dank schuldig, denn diese haben das Weib von der Vormundschaft befreit und dasselbe solchergestalt der beliebten Emancipation näher gebracht. Hätten die Herren Stände nur

auch die Militairs vom Schuldenbezahlen emancipirt? — allein das haben sie nicht gethan, vielmehr ist diesem beliebten Princip im Großherzogthum ein Riegel damit vorgeschoben worden, daß fortan über Militairpersonen, die Schulden machen und dieselbe auf die lange Bank schieben wollen, Concurs eröffnet werden kann. Es braucht nicht erörtert zu werden, wie hart dies Gesetz den Söhnen des Krieges erscheint, und wenn man will, ist es auch etwas hart, da gerade diese Herren oftmals zu sogenannten Ehrenausgaben verleitet werden, die sie, sind sie nur auf ihren Sold angewiesen, von diesem nicht bestreiten können. Die weimarischen Stände haben jedoch darauf keine Rücksicht genommen, sondern sich von der schlichten und bürgerlichen Idee leiten lassen, daß es jedes Menschen Pflicht sei, seine Schulden zu bezahlen.

Um vom Großherzogthum Weimar, in dessen gleichnamiger Hauptstadt es am Tage der Verherrlichung Schillers, d. h. am 8. Mai, sehr ruhig herging, nach dem Kurfürstenthum Hessen zu gelangen, bedarf man keiner großen Reise, aber auch eine noch so kleine ist schon viel zu groß, denn man findet seine Mühe nicht belohnt. Nichts von Erheblichkeit ist im Laufe des Jahres

1839 im Kurheſſiſchen vorgefallen, man müßte denn einige kirchliche Verordnungen dahin rechnen, die den ſogenannten Kolliſionsfällen bei gemiſchten Ehen vorbeugen ſollten. Von den kurheſſiſchen Ständen verlautete erſt gegen Ende des Jahres etwas, aber es ſteht zu erwarten, daß ſie diesmal eben ſo wenig den Stein des Anſtoßes, die rotenburger Angelegenheit, beſeitigen werden, wie es ihnen früher gelang. Das nahe vorliegende Beiſpiel von Hannover wird wohl den Kurheſſen die hinlängliche Ueberzeugung gegeben haben, wie weit man ſich höheren Orts zur Aufrechthaltung einer beſtehenden Verfaſſung verpflichtet hält. Ueberdies ſollen jetzt in Kaſſel Unterſuchungen geführt werden, die mit neueren politiſchen Umtrieben, d. h. mit denen aus den Jahren 1831, 1832 und 1833 in Verbindung ſtehen. Ein Licht iſt über dieſe Sache noch nicht verbreitet worden, nur hat man von mancherlei Verhaftungen gehört, auch weiß man in dieſem Augenblicke noch nichts Näheres über das Schickſal des hochgeachteten Profeſſors Jordan, an der Univerſität zu Marburg, der im Monate Juni plötzlich von ſeinem Amte ſuspendirt und mit Hausarreſt belegt wurde. Zugleich legte man

seine Papiere unter Siegel, nahm eine genaue Untersuchung vor und behandelte, wenigstens einige Tage hindurch, den ehrenwerthen Mann wie einen, der sich der gefährlichsten hochververrätherischen Pläne schuldig gemacht. Nach zwei Tagen hörten zwar diese Nachsuchungen und peinlichen Manöver auf, allein Jordan blieb seines Amtes entsetzt, und die Acten, welche man in kurzer Zeit zusammengeschrieben, wurden nach Kassel geschickt. Einen muthmaßlichen Grund zu diesem Verfahren gegen Jordan dürfte man darin finden, daß sowohl er, wie auch die badischen Deputirten v. Itzstein und v. Rotteck in der „actenmäßigen Darstellung der im Königreich Würtemberg in den Jahren 1831 — 1833 stattgehabten hochverrätherischen und sonstigen revolutionären Umtriebe" erwähnt findet, und zwar als solche, die an einer Versammlung zu Großgartach am 3. Mai 1833 (siehe erwähnte Schrift S. 37) hätten Theil nehmen wollen, aber weder erschienen waren noch sonst etwas hatten von sich hören lassen. Hiergegen protestirten Jordan, v. Itzstein und v. Rotteck durch eine Erklärung in der Allgem. Zeitung, und bald darauf erging über Jordan, was wir oben kurz angedeutet.

Was man jenem Ehrenmanne eigentlich zur Last legen will oder kann, darüber sind bis jetzt keine öffentlichen Berichte vorhanden, nur so viel weiß man, daß, wie schon erwähnt, in Kassel Untersuchungen geführt werden, bei denen aber der Professor Jordan schwerlich betheiligt sein wird. Daß diese Untersuchungen jetzt wieder beginnen, ist höchst unerfreulich und spricht dafür, daß dieselben, obgleich von Würtemberg und dem Großherzogthum Hessen Amnestien erlassen, obgleich von den Regierungen beider Staaten so wie von Frankfurt aus actenmäßige Darstellungen jener Untersuchungen veröffentlicht worden sind, vor der Hand noch nicht ihr Ende erreicht haben.

Wir finden, bei Erwähnung dieser Angelegenheit, es am geeignetsten, nach dem Großherzogthum Hessen überzugehen, woselbst der vom Großherzoge erlassene Gnadenact am Anfange des Jahres allgemeine Freude und vielen Familien ein lange entbehrtes Glück bereitet hatte. Die Stände waren noch versammelt und unterließen es nicht, dem Fürsten für die bewilligte Amnestie ihren unterthänigen Dank abzustatten. Indeß trotz dieser dankerfüllten Gesinnungen gab es doch in den Kammern einen hartnäckigen Kampf wegen

der hannöverschen Angelegenheit, welcher Kampf bereits im Jahre 1838 begonnen und in so fern einen etwas heftigen Charakter angenommen hatte, als die großherzoglich hessischen Abgeordneten sich durchaus von der Regierung die Zusicherung ausbitten wollten, daß sie sich, im Sinne des constitutionnellen Princips, der Hannoveraner beim Bundestage annehmen möchte. Darüber ward viel für und gegen gesprochen, bis man sich endlich von Seiten der Stände damit begnügte, mit Bezug auf diese Angelegenheit in die Regierung volles Vertrauen zu setzen. Die Thätigkeit der Stände beschränkte sich später mehr auf innere Angelegenheiten, auch ward über den holländischen Handelsvertrag auf eine Weise gesprochen, die durch den Lumpenzucker eben nicht versüßt wurde. Auch im Großherzogthum Hessen führten die Declamationen zu nichts, er wurde hier, wie anderwärts, als eine abgemachte Sache (fait accompli) angesehen.

Schon oben ward bemerkt, daß sowohl die großherzoglich hessische, wie auch die königlich würtembergische Regierung actenmäßige Darstellungen der hochverrätherischen und sonstigen revolutionären Umtriebe, die in Würtemberg in

den Jahren 1831 bis 1833, im Großherzogthum Heſſen in den Jahren 1832 — 1835 ſtattgehabt, durch den Druck veröffentlicht und damit das angewandte Unterſuchungsverfahren der Kritik preis gegeben hatten. Eine öffentliche Beurtheilung dieſer Schriften ließ auch nicht lange auf ſich warten, und unter vielen anderen erſchien auch von Karl Buchner eine Kritik in den, zu Hamburg erſcheinenden „Kritiſchen Blättern der Börſen-Halle.“ Der genannte Kritiker war bei Beurtheilung beider Schriften überaus klar zu Werke gegangen, und um zu zeigen, auf wie ſchwachen Füßen die hiſtoriſchen Einleitungen zu den genannten „actenmäßigen Darſtellungen“ ſtänden, gab er ſelbſt eine geſchichtliche Einleitung, aus der dann hervorging, daß namentlich die, auf Heſſen bezügliche Schrift an den hiſtoriſchen Momenten mit Siebenmeilenſtiefeln vorbeigegangen ſei. Hierauf bewies der Kritiker ferner, daß den Schriften der Name „actenmäßige Darſtellung“ keineswegs gebühre, und um dies zu rechtfertigen, entwickelte er ſelbſt, was eine actenmäßige Darſtellung enthalten ſolle und müſſe. Er that dies mit folgenden Worten: „Actenmäßige Darſtellungen in Kriminalſachen ſollten mit einer

Erzählung der Umstände, welche das Verfahren veranlaßt haben, beginnen; sie sollten die Handlungen, welche das Gericht eingeleitet hat, angeben; sie sollten sich gutächtlich über die Frage verbreiten: ob das **Corpus delicti** als bewiesen zu betrachten sei? sie sollten dann die Beweise gegen das angeschuldigte Individuum vortragen und das Gutachten über die Frage: ob dasselbe als erwiesener Verbrecher zu betrachten sei; sie sollten Auskunft geben über den ganzen inneren und äußeren Gang der Untersuchung, insbesondere über das successive Erheben der Geständnisse, auf die und die Veranlassungen; sie sollten endlich den Defensionspunkt gehörig wahren, d. h. dem, was der Angeschuldigte oder dessen Anwalt für ihn, im Laufe der Untersuchung oder später in den Defensionsschriften, zur Vertheidigung angeführt haben, gebührenden Raum geben." — In solcher Weise entwickelte Karl Buchner die nothwendigen Erfordernisse einer actenmäßigen Darstellung, legte dann eben diese als Maßstab an die fraglichen Darstellungen, und siehe, da ergab sich, daß von allen diesen Erfordernissen in ihnen nichts zu finden war. Die Freimüthigkeit, mit welcher der ehrenwerthe Kritiker sein Urtheil

ausgesprochen, die Klarheit, die in seiner Arbeit vorherrscht, verdienen die höchste Anerkennung, und zwar um so mehr, als man durch ihn zur Einsicht gelangt, daß sich in actenmäßige Darstellungen Irrthümer einschleichen können, die im vorliegenden Falle wahrscheinlich auf eine andere, als die Rechnung menschlicher Unvollkommenheit zu schreiben sind. Ueber die, zu Frankfurt erschienene Schrift sind uns noch keine Urtheile zugekommen, aber jedenfalls werden sie nicht ausbleiben.

Nach dieser kurzen Abschweifung kehren wir noch einmal nach dem Großherzogthum Hessen zurück, und zwar nur in der Absicht, um erfreuliche Hoffnungen anzudeuten, die dort in den höchsten Kreisen durch den Besuch des Großfürsten Thronfolgers von Rußland angeregt sind. Der künftige Selbstherrscher aller Reußen kehrte bei seiner Rückkunft aus Italien bei dem großherzoglichen Hofe ein, vergnügte sich dort auf einer großen Jagdpartie und soll auch im Kreise der großherzoglichen Familie einen Gegenstand gefunden haben, zu welchem er eine innige Zuneigung faßte. In öffentlichen Blättern ist viel darüber gesprochen worden, und es scheint dem-

nach mehr als wahrscheinlich zu sein, daß eine Prinzessin aus dem großherzoglichen Hause von Hessen die Gemahlin des Großfürsten Thronfolgers werden wird.

Würtemberg und Baden sind nun zunächst die beiden constitutionnellen Staaten Deutschlands, die unsere Aufmerksamkeit um so mehr in Anspruch nehmen müssen, als beide mit vollem Rechte für die Säulen des constitutionnellen Princips angesehen werden müssen, einmal weil sich in ihnen das genannte Princip am kräftigsten entwickelt und eine musterhafte Volksvertretung hervorgerufen hat, dann aber, weil die Regierungen beider Staaten im Allgemeinen diesem Principe gemäß handeln und sich durch Besonnenheit und das offenbare Streben für Volkswohl auszeichnen.

Wenden wir uns zuerst nach Würtemberg. Hier wurde der Landtag zum 1. Februar einberufen, und mit diesem Acte gingen die Ergänzungswahlen für die austretenden Mitglieder aus der Abgeordnetenkammer an. Es erwachten bei dieser Gelegenheit wiederum allerlei Besorgnisse, daß man sich von Seiten der Regierung bemühen würde, die Opposition in der Kammer durch

willfährige neue Mitglieder zu schwächen. Es hatten diese Besorgnisse auch in der That einigen Grund, denn die sogenannte systematische Opposition, die im verflossenen Jahre bei der Berathung des Strafgesetzbuches gegen den berühmten und berüchtigten Jagdartikel ein so heftiges Kartätschenfeuer gerichtet hatte, ohne jenen Artikel völlig niederstrecken zu können, machte Anstalten, ganz zurückzutreten, denn sie glaubte, daß es ihr diesmal bei Berathung des Polizei-Strafgesetzbuches nicht viel besser ergehen würde. Indeß streckten doch nicht alle Oppositionsmitglieder die Waffen, vielmehr blieben mehrere bei der Fahne, und demnach stellte es sich schon nach den ersten Sitzungen heraus, daß Land und Volk auch von der jetzigen Kammer alles Gute erwarten dürften. Zwar machte man der Kammer den Vorwurf, daß zu viel Beamten in ihr säßen, allein auch hierüber wurde man beruhigt, indem Stuttgarter Blätter sich mit Bezug darauf also vernehmen ließen: „Mögen noch so viele Beamten in der Abgeordnetenkammer sitzen, ein bürgerliches Element wird sich darin ausbilden; und wenn es von Selbstgefühl getränkt wird, so muß es auch erstarken und erkräftigen und die überwiegende

Mehrheit erhalten. Dieses Selbstgefühl kommt aber nur durch das Bewußtsein der politischen Wichtigkeit, und die neue Kammer ist im schönsten Zuge, diese zur moralischen Kraft so nöthige Eigenschaft zu erlangen. Die zufälligen Verhältnisse wirken oft seltsam auf die Entwickelung der Dinge ein. Es hat den Anschein, als wolle man die edle Rache üben, der neuen Versammlung, an welcher Theil zu nehmen die systematische Opposition sich weigerte, eben deshalb eine politische Stellung einzuräumen, die man den früheren Kammern eifrig verweigerte, als wolle man darthun, daß eine Volkskammer um so wichtiger und einflußreicher ist, je mehr sie sich der Regierung nähert. Ist unsere Meinung nicht irrig und wird consequent darin fortgefahren, so kann man dem Lande so wie der Regierung Glück dazu wünschen, und dann erst hätte die Opposition Recht gehabt, die neue Kammer zu meiden."

Dies Urtheil fällte man schon nach den ersten Sitzungen über die Abgeordnetenkammer, und es war dies ein höchst gerechtes, denn gerade in diesen ersten Sitzungen war bereits über einen Gegenstand gesprochen worden, der bei der ge-

sammten deutschen Welt den größten Anklang fand, über die Freiheit der Presse. Was die würtembergische Kammer, besonders aber der Abgeordnete Duvernoy durch seinen Antrag auf „Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit", welcher Antrag durch die Bemühungen des Abgeordneten von Hornstein gedruckt wurde, gethan hat, verdient die gerechteste Anerkennung, auch wenn das, was man erreichen wollte, noch lange nicht erreicht worden ist. Indeß seit den Versicherungen, die der Minister des Innern, Graf von Beroldingen, gegeben, hat die würtembergische Censur einen überaus milden Charakter angenommen, der auch bei Besprechung anderer, als inländischer Angelegenheiten, bemerkbar geworden ist. Die würtembergische Regierung handelt in dieser Beziehung überaus selbstständig, und den sprechendsten Beweis hierfür liefert das freimüthige Urtheil der tübinger Juristenfacultät über die hannöversche Steuerverweigerungsangelegenheit.

Rechtfertigte sich nun jenes oben ausgesprochene Urtheil über die Kammer in Anregung der Preßfreiheit, so trat auch das kräftige, volksthümliche Element derselben in anderen Dingen

hervor. Es waren nämlich zwei Hauptsachen Gegenstand der Berathungen, das Polizei-Strafgesetzbuch und die Verwendung des großen Finanzüberschusses von fast 5 Millionen Gulden. Was zuerst das Polizei-Strafgesetzbuch anbetrifft, so wäre es nicht möglich, hier die Verhandlungen über alle einzelnen Paragraphen mitzutheilen. Es möge hier ein Punkt jenes Gesetzbuches genügen, in welchem die Regierung verlangte: es solle gestattet sein, Schriften und Werke, welche nach der Ansicht der Polizeibehörden Aufforderungen zum Ungehorsam enthalten, definitiv und ohne richterliches Erkenntniß mit Beschlag belegen zu dürfen. Bei der Berathung über diesen wichtigen Punkt (schrieb der „deutsche Courier") hätte es in der vorigen Versammlung eine heiße Scene gegeben, und man hätte bittere Worte getauscht; in der diesjährigen Versammlung blieb die Debatte so ruhig, als handele es sich um die Bestimmung der Polizeistunde, in welcher die Wirthshäuser geschlossen werden sollen. Als aber der Herr Präsident die Frage stellte, siehe, da fand sich in der ganzen Versammlung auch nicht Eine Stimme, auch nicht ein Mitglied, welches der Polizei das

übertriebene Recht einräumen mochte, über die verfassungsmäßige Grenze der Geistesfreiheit zu erkennen, und die beiden Repräsentanten am Ministertische hatten demnach rein vergeblich die Kosten ihrer Beredsamkeit aufgewendet. Sie hatten die Polizei geschildert als so verfassungstreu, so herzensgut, so wahrhaft liebenswürdig: es mußte jeden Würtemberger stolz machen, unter einem solchen Ideal von Polizei zu leben. In der vorigen Kammer hätte man wahrscheinlich ein Gegenstück bekommen in Rembrandt'schen Farben, oder nach Callots Manier, so eine Polizei mit der Hahnenfeder auf dem Kopfe, mit dem Bocksfuß und mit jenem höhnischen Lächeln um den Mund, das am Mephisto so schauerlich läßt. In dieser Kammer aber hörte man dabei nur allen Respect vor einer hohen Obrigkeit aussprechen, und man konnte fast in die Seele der Kammer hinein denken, was Einer in Molières Lustspielen sagt: „Mein Vater hat mich erzogen in der Furcht Gottes, und der Polizeidiener." So schien die Debatte: aber die Abstimmung, das Votum durch Acclamation strafte die Voraussetzung Lügen. Man hob in der Debatte nur das geistige Interesse hervor, welches verlangte, daß das Erkennt-

niß über die Beschlagnahme den unabhängigen Gerichten zugewiesen werde.

Also sprachen sich süddeutsche Blätter über den in der Kammer der Abgeordneten herrschenden Geist aus, und man muß gestehen, es gereicht dieser Geist den würtembergischen Deputirten zum großen Lobe. Ein Volksvertreter sollte überhaupt, unserer Meinung nach, vor allen Dingen nach der geistigen Ruhe streben, die nothwendig ist, um die Verhältnisse und Dinge klar und besonnen zu übersehen; ein Volksvertreter sollte ohne alle Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit sein, und er kann dies erreichen, wenn er sich unaufhörlich in's Gedächtniß ruft, daß er nicht für sich, sondern für die Tausende sprechen und wirken will, die ihr Vertrauen auf ihn gesetzt haben; ein Volksvertreter sollte, ohne gerade dabei eitlem Stolze zu fröhnen, immer daran denken, daß er selbst auf der höchsten Höhe menschlicher Würde steht, und daß auf ihn, auch wenn er keine Uniform und keinen Orden trägt, Tausende sehen und sagen: Wir können ruhig sein, denn er vertritt uns, der edle, freie Mann ohne Furcht und Tadel. Es sollte sich also in einem Volksvertreter die erreichbarste menschliche

Vollkommenheit vereinigen, d. h. Besonnenheit, Gerechtigkeit und Furchtlosigkeit, und mit diesen moralischen Eigenschaften noch die geistige Ausbildung, die nöthig ist, um auf Achtung Anspruch zu machen. Vor allen Dingen soll aber einem Volksvertreter die Gabe der Rede zu Gebote stehen; sie soll seine einzige Waffe sein, eine Waffe, die mehr vermag als ein zweischneidiges Schwert.

Man beschuldige uns nicht, hier ein Ideal eines Volksvertreters gegeben zu haben; wir könnten hier mehrere deutsche Männer nennen, die diesem Ideale sehr nahe stehen, und die in einzelnen Dingen unsere Anforderungen übertreffen.

Wir gehen von dieser kurzen Abschweifung zu der Abgeordnetenkammer zurück, die sich lange Zeit mit der Berathung des Polizei-Strafgesetzbuches beschäftigte, aber durchaus nicht immer denselben entschiedenen Willen wie bei Ablehnung jenes oben erwähnten Polizeiangriffs auf die geistige Freiheit zeigte; vielmehr ertönten bald von Stuttgart aus sehr laute Klagen, daß das genannte Gesetz in einzelnen Punkten durch die Berathung viel strenger geworden sei, als der

ursprüngliche Entwurf der Regierung. Die sich also vernehmen ließen, hatten nicht Unrecht; es war bei dem Polizei-Strafgesetzbuch eben so gegangen, wie bei der Berathung des richterlichen Strafgesetzes im vorigen Jahr, und nur darin suchte man einigen Trost, daß man jetzt wenigstens ein Gesetz habe, und daß die vormals übliche Redensart: „Hier ist kein Recht, hier ist Polizei!“ nicht mehr in Anwendung zu bringen sei. Die Macht der Polizei ist in der That im Würtembergischen durch jenes Gesetz erhöht worden, und hätte man ihr auch das Recht eingeräumt, nach eigenem Ermessen gegen Druckschriften zu verfahren, so wäre sie fast allmächtig geworden.

Wie schon oben erwähnt, lag es, außer der Berathung des mehrmals erwähnten Gesetzbuches, den Ständen auch noch ob, über den Ueberschuß aus der früheren Finanzperiode zu verfügen. Diesem, in seiner Art interessanten Thema gingen die Debatten für den Finanzetat voraus, bei welchen es bisweilen zu sehr komischen, aber nichts desto weniger wahren Bemerkungen kam. Mit wirklicher Humanität, wie es sich auch gebührt, hatten die Deputirten alle Summen für wissenschaftliche und Kunstinstitute bewilligt, als

es aber an die Berathung des Bedarfs für das Kriegsdepartement ging, da trat an die Stelle der früheren Freigebigkeit ein vorsichtiges Erwägen, und nebenher wurden so verdrießliche Bemerkungen über das Militair gemacht, daß sich der Freiherr von Berlichingen veranlaßt fand, nicht nur für die Söhne des Krieges das Wort zu nehmen, sondern auch ihre eben nicht beneidenswerthe Lage zu schildern. „Es sei zu verwundern (sagt er), daß Besoldungen für Militairs so große Anstände fänden, während seit der Versammlung dieser Kammer Besoldungserhöhungen für Civildiener bei weitem keine so große Einwendungen erfahren hätten. Er wolle versuchen, die glückliche Lage eines würtembergischen Offiziers darzustellen. Im 20. Jahre werde er Lieutenant, zuerst aggregirt mit 330 Gulden, später mit 480 Gulden, nach zehn Jahren könne er Oberlieutenant mit 600 Gulden werden, das könne er bis in sein 50. Jahr bleiben, und wenn er da Hauptmann werde, so habe er die Besoldung eines Expeditors, mit dieser müsse er sein Leben beschließen, denn bei den wenigen Stabsoffiziersstellen sei zum Vorrücken auf diese wenig Hoffnung für ihn vorhanden." — Das war frei-

lich ein sehr grelles Bild, und das Aufrollen desselben mit allen seinen Schattenseiten brachte denn die Abgeordneten dahin, den Etat für die höhern Militairs nicht unansehnlich zu erweitern.

Erst muß man einen Finger zu ergreifen suchen, ehe man die ganze Hand packt, so dachten die, welche sich in der Kammer als eifrige Vertheidiger des Militairs erhoben, und unter diesen befand sich auch der Herr von Ringler, der, da die Stände einmal mit dem Bewilligen im Zuge waren, mit dem Antrage anrückte, den Rottenmeistern bei der Infanterie und Kavallerie, deren Zahl sich etwa auf **200** belaufe, den täglichen Sold von **8** Kreuzern auf **10** Kreuzer zu erhöhen, eine Ausgabe, die jährlich nur einen Mehraufwand von **2500** fl. betrage. Der Abgeordnete von Zwergern hörte die Sache ruhig mit an, wunderte sich aber dann, daß man an die Militärs niederen Grades jetzt erst denke; das gehe aber immer so: erst kämen die Höheren, dann die Geringeren, welche in der Regel nichts bekämen. Hr. v. Ringler ließ sich jedoch durch diese Aeußerung nicht abschrecken, und glaubte seinen Antrag damit durchzubringen, daß er ihn als überaus billig hinstellte. Hierauf meinte der Abgeordnete von

Mosthaf: er sei von der Billigkeit vollkommen überzeugt, ja er würde es sogar billig finden, den Sold eines gemeinen Soldaten auf 18 Kreuzer täglich zu erhöhen, allein diese Billigkeit auf der einen Seite, wäre auf der anderen eine Unbilligkeit gegen die Steuerpflichtigen. Alsbald erhob sich nun über dies Thema ein gewaltiger Kampf, an welchem die Minister zu Gunsten des Militairs den lebhaftesten Antheil nahm. Allein die hartnäckigen Deputirten wollten davon nichts wissen, am allerwenigsten der schon erwähnte Abgeordnete von Zwergern, der sich endlich erhob und sich also an den Antragsteller von Ringler wandte: „Er müsse sich wundern, daß Hr. von Ringler abermals Anträge auf eine Erhöhung des Etats des Kriegsdepartements stelle, ohne zugleich, wie er es auf dem Landtage von 1833 gemacht, große Reformen im Militairsysteme zum Zwecke größerer Ersparnisse vorzuschlagen. Er habe wahrscheinlich über diese Sache andere Gedanken bekommen, denn damals habe er den Tag nachher erklärt, seine Anträge auf die Kavallerie seien nicht ausführbar; es sei ihm ein alter Kavalleriegeneral begegnet und habe ihn davon überzeugt. Diesmal werde ihm vielleicht

ein alter Infanterie-General begegnet sein, welcher ihn überzeugt habe, daß seine Vorschläge in Beziehung auf die Infanterie auch nicht ausführbar seien, indem er seine damaligen Anträge auf Ersparnisse nicht erneuere, sondern jetzt Erhöhungen vorschlage." Diese kurze Rede versetzte die Kammer in allgemeine Heiterkeit, in die Herr von Ringler um so weniger einstimmte, als gleich darauf sein Antrag mit Pomp durchfiel. Ganz dasselbe Schicksal hatte ein anderer Antrag desselben Abgeordneten, den er vielleicht nur deshalb zur Sprache brachte, um seine Vorschläge zur Erhöhung des Militair-Etats zu beschönigen. Er verlangte nämlich eine Erhöhung der Kapitalsteuer von 6 Kreuzern auf 10 für das Hundert, und wies nach, daß ein Partikulier von 100,000 Gulden so gut wie gar nicht besteuert sei, indem er jährlich nur 100 Gulden zahle; man sollte es doch so einrichten, daß diese Herren auch wüßten, was es heiße, zu den Staatslasten beizutragen. Bei Lichte besehen, hatte Hr. von Ringler nicht so ganz Unrecht, allein dennoch ging sein Antrag nicht durch, und außerdem mußte er noch erleben, daß sich das wohlhabendere Publikum über ihn lustig machte.

In dieser und ähnlicher Weise wurden die Debatten über den Finanz-Etat geführt, und man ging nun über zur Verwendung des Ueberschusses, von dem man von vorneherein einen Theil abzweigte, um gewisse Abgaben zu erleichtern, den übrigen größeren Rest wollte man besonders zur Errichtung neuer und Verbesserung schon bestehender Anstalten verwenden, und da ward denn zuerst eine Million bestimmt, um neue Strafanstalten zu gründen und vorhandene zu verbessern, und Kasernen zu bauen. Für jeden einzelnen Zweck setzte man **500,000** Gulden fest. Bei den Strafanstalten brachte man die Erbauung einer neuen mit Zelleneinrichtung nach dem milderen Pönitentiarsystem für **200** Gefangene in Vorschlag, wogegen zwar die Regierung nichts Wesentliches einwandte, jedoch wünschte, daß die Gründung einer solchen Anstalt auf eine spätere Zeit verschoben werden möchte. Davon wollten jedoch die Deputirten nichts wissen, vielmehr beharrten sie auf ihren Willen, in der festen Ueberzeugung, daß auch die Kammer der Standesherren mit ihnen übereinstimmen würde. Hierin irrten sie sich, und vorläufig sieht es mit der

Errichtung einer Anstalt nach dem mildern Strafsystem noch schlimm aus.

Hierauf ging es an den Kasernenbau, und zwar sollten zum Ausbau der Infanterie-Kaserne in Stuttgart 300,000 Gulden, und dann zur Erbauung einer Kavallerie-Kaserne, ebenfalls in Stuttgart, 200,000 Gulden verausgabt werden. Mit dem letzteren Projekt gab man der Stadt Eßlingen einen sogenannten Genickstoß, weil sie ihr Militair verlieren sollte. Hierüber erhob sich ein gewaltiger Lärm, der noch von denjenigen vergrößert wurde, welche es sehr übel nahmen, daß die Regierung zwei Kasernen auf einmal bauen wolle. Besonders war es der Graf von Degenfeld, ein überaus wackerer und freisinniger Mann, der seinen Unwillen mit folgenden Worten Luft machte: „Die Regierung hätte die Stände freundlicher behandeln sollen, als sie durch Zumuthung von zwei Kasernen so auf den Probierstein zu stellen; er bitte die Kammer, wenigstens eine von beiden Kasernen abzulehnen, sonst werde er gegen beide stimmen.“ Indeß die Worte des Grafen Degenfeld verhallten, nach hartem Kampfe wurde die Summe bewilligt, wobei der Abgeordnete Camerer den Propheten

spielte, indem er sagte: „man werde nun noch viele Anforderungen machen, der Reiterkaserne werde die Forderung um einen Exerzierplatz, um ein Reithaus, Spital, Nebengebäude u. s. w. folgen, und so würde nach und nach eine Million herauskommen."

In solcher Weise ging es in der würtemberger Abgeordnetenkammer her; einmal zeigte sich eine allgemeine Heiterkeit, dann ein hoher Ernst oder ein gerechter Unwille, der aber in den Schranken der Mäßigung blieb, und auch aus diesen nicht heraustrat, als die Kammer der Standesherren vielerlei Striche durch die Bestimmungen der Abgeordneten machte und diese das, worüber sie schon lange berathen hatten, abermals durchrathen mußten. Es ging den Abgeordneten diesmal ebenso wie im vorigen Jahre, wo das richterliche Gesetzbuch dreimal durchgepeitscht wurde und fast an dem verhängnißvollen Jagdartikel gescheitert wäre. Ein ähnliches Schicksal hatte der Beschluß zur Errichtung einer neuen Strafanstalt, wozu merkwürdiger Weise die Regierung selbst den Vorschlag gemacht hatte, aber sogleich zurücktrat, als die Standesherren die Sache verschoben wissen wollten. Man that ihnen von

Seiten der Regierung um so bereitwilliger diesen Gefallen, da sie die Kasernenbauten nicht nur gut geheißen, sondern für höchst dringende Bedürfnisse erklärt hatten.

Hiermit schließen wir die Skizze, welche wir von den würtembergischen Ständen gegeben, überzeugt, daß sie, wenn auch mangelhaft, doch ausreichen dürfte, den Geist zu erkennen, der namentlich die Kammer der Abgeordneten beseelte. In Bezug auf die fleißigen und betriebsamen Würtemberger selbst haben wir nur zu bemerken, daß sie im Laufe des Jahres zweimal Gelegenheit hatten, sich als Leute zu zeigen, die Gefühl und Herz haben. Einmal geschah dies bei der Enthüllung der Schiller-Statue am 8. Mai, und dann bei der Vermählung der Prinzessin Sophie mit dem Erbprinzen der Niederlande. Wie sich bei dem Schillerfeste, zu dessen Verherrlichnng die Verehrer des großen Dichters aus allen Gegenden Deutschlands nach Stuttgart wallfahrteten, die Begeisterung der Würtemberger aussprach, so bekundete die Freude, mit der sie die Vermählung der Prinzessin Sophie gleichsam mitfeierten, ihre Liebe und Anhänglichkeit für den König und sein Haus. Es war, in des Wortes

ganzer Bedeutung, ein sinniges Volksfest, das Würtemberg beging, und der König verlieh diesem Feste noch einen besonderen Glanz durch eine Amnestie für die politischen Gefangenen. — Im Uebrigen sind die Würtemberger rastlos thätig gewesen, um auf der Bahn der Industrie fortzuschreiten, ohne sich um die kirchlichen Streitigkeiten und die hier und da auftauchenden Wiedertäufer zu bekümmern.

Ganz dasselbe läßt sich über die Bewohner Badens sagen, deren Fleiß und Betriebsamkeit durch einen gesegneten Boden und die herrliche Wasserstraße des Rheines außerordentlich unterstützt wird. Auch in Baden stand beim Anfange des Jahres der, für constitutionnelle Staaten so wichtige Akt der Ergänzungswahlen bevor, und zwar diesmal um so wichtiger, da unter den ausscheidenden Deputirten sich gerade die Koryphäen der badischen Abgeordnetenkammer befanden. Es herrschte zu dieser Zeit im Lande eine eigene Bewegung, die genugsam das Interesse verrieth, welches seine Bewohner an den bevorstehenden Ergänzungswahlen nahmen. Hier und und da verlautete es von Wahlumtrieben diensteifriger Beamten, und daß dergleichen in der

That vorgekommen, bewiesen die Prüfungen der Wahlakten gleich nach Eröffnung des Landtags, die in den ersten Tagen des April stattfand. Wie man indeß auch über die Ergänzungswahlen geurtheilt haben mochte, so stellte sich das Resultat derselben doch befriedigend heraus, und Männer wie v. Itzstein, v. Rotteck und Welcker fehlten in der Kammer nicht.

Die Berathungen der badischen Kammer in der Sitzung des Jahres 1839 haben einen überaus großartigen Charakter, und zwar um so mehr, da das, was hier zur Sprache gebracht ward, nicht etwa für Baden allein, vielmehr für ganz Deutschland, insbesondere aber für die constitutionnellen Staaten Deutschlands, von dem allergrößten Interesse war. Diese allgemein wichtigen Gegenstände waren die hannöversche Angelegenheit und der Zustand der Presse.

Was zuerst die hannöversche Angelegenheit betrifft, so stellte der unermüdliche Verfechter der Rechte Hannovers, der Abgeordnete v. Itzstein, wie schon früher, so auch diesmal, mit Bezug darauf, was er bereits wiederholt darüber gesagt, folgenden Antrag: „Es wolle die Kammer, in Erwägung, daß durch die einseitige Aufhebung

der hannöverschen Verfassung von 1833 der, selbst durch den Artikel 56 der wiener Schlußacte verbürgte öffentliche Rechtszustand in Deutschland gestört, und damit die Ruhe und gesetzliche Ordnung auf das Empfindlichste bedroht sei, die zuversichtlichste Erwartung aussprechen, die Regierung werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der hohen Bundesversammlung darauf hinwirken, daß die hannöversche Verfassung von 1833 baldigst wieder hergestellt und dadurch eine wesentliche Störung des Rechtszustandes in Deutschland, so wie die täglich steigende Unruhe des deutschen Volks über Mangel eines kräftigen und gesetzlichen Schutzes der bestehenden Verfassungen beseitigt werde." — Gegen diesen Antrag protestirte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Blittersdorf, und suchte der Kammer zu beweisen, daß ihr nicht die Befugniß zustehe, sich in diese Angelegenheit dergestalt einzumischen, daß daraus eine Einwirkung auf die Beschlüsse der Bundesversammlung gefolgert werden könne, vielmehr werde der gestellte Antrag für die Regierung (Badens nämlich) ohne alle und jede Folge sein. Dennoch wurde der genannte Antrag nach kurzer Debatte

für und wider die Befugniß der Kammer, und nachdem der Abgeordnete Duttlinger die Aufhebung der hannöverschen Verfassung als eine Revolution von oben bezeichnet hatte, zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Hierauf bemerkte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten noch den Ständen: er könne ihnen sagen, daß die Verhandlungen über die hannöversche Frage noch nicht geschlossen seien, und daß man die Ueberzeugung hegen dürfe, es werde der Rechtszustand aufrecht erhalten werden, auch sei kein Grund zu den Besorgnissen vorhanden, die der Abgeordnete v. Itzstein angedeutet habe. — Diese Worte des Ministers konnten freilich viel zur Beruhigung der Gemüther beitragen, auch haben sie sich in so fern als wahr bewährt, daß die Entscheidung des Bundestages die hannöversche Angelegenheit, wie wir oben gesehen habe, ganz so gelassen hat, wie sie vor dieser Entscheidung war.

Die zweite Angelegenheit, die in der badischen Kammer zur Sprache gebracht ward, betraf die harten Bedrückungen der deutschen Presse, ein Thema, das bereits, wie oben erwähnt wurde, in der würtemberger Kammer einen so großen

Anklang gefunden hatte, daß dort faſt einſtimmig der Antrag Duvernoy's für den Druck beſtimmt wurde. Würtemberg und Baden harmoniren in ſo vielen Dingen, alſo war vorauszuſetzen, daß ein Antrag auf Preßfreiheit, d. h. auf Wiederherſtellung derſelben, ſich der allgemeinſten Theilnahme würde erfreuen können. Der Abgeordnete von Rotteck übernahm es, für dieſen überaus wichtigen Gegenſtand das Wort zu ergreifen, allein im Voraus davon überzeugt, daß an eine Wiederherſtellung der Preßfreiheit nicht zu denken ſei, und verlangte er nur Herſtellung „einigen Rechtszuſtandes in der Preßſache." Seine Motion begründete er mit folgender Rede:

„Meine Herren! Mit gar ſehr beſcheidenem, ja demüthigem Begehren betrete ich heute dieſen Rednerſtuhl. Nicht die volle Preßfreiheit verlange ich, ſondern nur einigen Rechtszuſtand, nur einige Milderung der über uns laſtenden Preß-Sklaverei. Die volle Preßfreiheit verlange ich aber nicht etwa darum nicht, weil ich glaubte, wir hätten das Recht nicht, ſie zu fordern, ſondern weil ich die Hoffnungsloſigkeit einer dahin gehenden Bitte erkenne, ſo wie überhaupt die Verlorenheit unſeres öffent-

lichen Rechtszustandes. Nicht mehr nämlich ist es das Jahr **1831**, wo uns vergönnt war, unsere natürlichen und unsere Verfassungsrechte nach ihrem vollen Umfange in Anspruch zu nehmen, und wo die Regierung sich noch in der Lage befand, in dem Maß der Gewährung ihrem eigenen, freien Antriebe zu gehorchen. Es ist nicht mehr das Jahr **1819**, wo die Volksvertreter den Eintritt in's neue constitutionnelle Leben durch kräftige und freie Rechtsbehauptung, insbesondere auch durch unumwundene Forderung der vollen, nur durch Repressiv-Gesetze gegen verbrecherischen Mißbrauch beschränkten Preßfreiheit bezeichneten. Ja, es ist nicht mehr die, vor der französischen Revolution bestandene Zeit, wo Karl Friedrich, gesegneten Andenkens, ein Censur-Edict gab, welches durch seine milden Bestimmungen fast die volle Preßfreiheit für alle Wahrheit gewährte, und — obschon damals von Souverainität noch keine Rede, sondern der Markgraf von Baden nur ein dem Kaiser und Reich unterworfener Landesherr war — von Seiten der Reichsautorität durchaus keine Anfeindung und Verkümmerung erfuhr. Ich weiß wohl, wir leben im Jahr **1839**, in einer Zeit, worin — so

wie in der früheren, vom Karlsbader-Kongreß an 11 Jahre hindurch über uns gelegenen Reactionsperiode — statt der Forderung voller Preßfreiheit kaum noch ein auf Minderung des Preßzwangs oder auf Herstellung nur einigen Rechtszustandes gerichteter Seufzer sich Luft machen darf; in einer Zeit, worin die öffentlichen Verhältnisse nicht mehr erlauben, seine Stimme nach Höherem zu erheben, wo das Rückgangssystem fest begründet ist und die Erinnerung an die, von den deutschen Völkern im heiligen Befreiungskrieg mit ihrem Herzblute erworbenen Verdienste und erhaltenen Versprechungen fast für Verbrechen geachtet wird. Es sollte freilich nicht so sein. Wir haben nichts verbrochen, und das badische Volk, in dessen Namen wir hier stehen, hat auch nichts verbrochen, weswegen es verlustig seiner heiligsten Rechte sein sollte, weswegen es zumal des Rechtes der freien Rede und Gedankenmittheilung hätte dürfen oder rechtlich können beraubt werden. Aber leider ist es so. Die Macht hat ihr gebieterisches Wort ausgesprochen, eine traurige Nothwendigkeit, ein hartes Verhängniß wirft uns — auf einige Zeit wenigstens — zum Dulden des Schlimm-

sten nieder, und vorerst bleibt uns nichts übrig, als eine fortwährende, auf jede gesetzlich erlaubte Weise auszusprechende Protestation gegen die Verfassungs-Verkümmerung, wie überhaupt gegen den Belagerungs-Zustand, welcher ursprünglich zwar schon im September 1819 verkündet ward, doch in aller Schwere erst seit Juni und Juli 1832 über der deutschen Nation lastet und welcher sich insbesondere in dem unerhörten Preßzwang kund thut."

Nach dieser Einleitung gab der Redner seine Absicht zu erkennen, daß er gegenwärtig nicht eine allgemeine Protestation vorschlage, sondern daß dies der Abgeordnete Welcker thun werde; er wolle nur von dem faktischen Zustande der badischen Presse, von den Bedrückungen reden, denen sie ohne Nothwendigkeit, d. h. unabhängig von dem äußeren Gesetz des Stärkeren, nur allein durch den Willen der eigenen (badischen) Regierung ausgesetzt sei, und von den, nach der Verfassung den Volksvertretern zustehenden Mitteln der Behauptung und Wiedererlangung wenigstens jenes kleinen Ueberrestes von Rechten, welchen die als wahrhaft gültig anzuerkennenden Bundesbeschlüsse noch un-

berührt gelassen haben, für dessen Antastung also die eigene Regierung verantwortlich sei. Der Redner bemerkte hierauf, er wolle sich aller allgemeinen Betrachtungen über die Heiligkeit der freien Presse enthalten, und ging nun zu seinem Zwecke über, nämlich zu einer kurzen Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der badischen Presse, wie er sich seit 1831 historisch gebildet, an welche Darstellung er eine Vergleichung dieses Zustandes mit den nicht blos natürlichen oder rein vernünftigen, sondern zugleich positiven und constitutionellen Rechtsansprüchen und einen Blick auf die etwa noch zu Gebote stehenden Mittel zur Rettung oder Wiedereroberung wenigstens einigen Rechtszustandes in Sachen der Presse knüpfen wolle. Hierauf entwarf der Redner ein Bild von dem Landtage von 1831, von dem bald darauf erfolgten Sturze der Preßfreiheit und wie bisher, trotz dreimaliger Bitte der Stände, das Versprechen der Regierung, eine den Rechten des Landes entsprechende Gesetzgebung über Preßfreiheit den Kammern vorzulegen, nicht erfüllt worden sei. — „Wer sollte es glauben? (rief bei dieser Gelegenheit der Redner aus). Auch diese, zum dritten Male gethane, nichts Anderes

als das sonnenklarste, verfaßungsmäßige Recht verfolgende, auf die Anerkenntnisse und Verheißungen der Regierung selbst gestützte Bitte hatte nicht den mindesten Erfolg. Kein Gesetz wurde vorgelegt, kein Provisiorium erlassen, nicht einmal eine factische Milderung des unerträglichen Preßzwanges trat ein; unser Zustand blieb gedrückt und schmachvoll wie zuvor." Was von Rotteck in diesen Worten ausgesprochen, bewies er durch eine specielle Beschwerdeführung über die bisher stattgehabte Censur und schloß endlich seine gehaltvolle Rede damit, daß er in Form einer ehrfurchtsvollen Adresse an Se. königliche Hohheit den Großherzog gerichtete Beschwerdeschrift in Vorschlag brachte, in der Hoffnung, auch die erste Kammer werde, wie es bereits 1820 geschehen, einer solchen Beschwerde beitreten.

Rottecks Motion ward an eine Kommission verwiesen, zu deren Berichterstatter der Abgeordnete Aschbach ernannt ward. Es gebührt diesem wackeren Manne das Zeugniß, daß er sich des ehrenvollen Auftrags auf eine gleich ehrenvolle Weise entledigte. Er leitete seinen Bericht mit folgenden Worten ein: „Die Preißfreiheit ist

die Frage über das Sein und Nichtsein eines constitutionnellen Staates; ohne sie ist keine Verfassung belebt und verbürgt, während ihr Dasein hinreichen würde, den Mangel einer Verfassung zu ersetzen. Die Erlangung und Erhaltung dieses Lebenselementes ist daher das erste Bedürfniß im Verfassungsstaate, und die erste und heiligste Pflicht der Volksvertreter ist es, eifrig dafür zu wachen und zu wirken, daß dieses kostbare Gut gegen Untergang und Verkümmerung gesichert bleibe. Alle Kräfte aber müssen aufgeboten werden, wenn es gilt, die verlorene Freiheit der Presse wieder zu erkämpfen; Gleichgültigkeit bei solchem Verluste würde ein Volk beschimpfen, würde eine Ständekammer entehren." Der Redner ging nun die ganze Motion Rotteck's durch, bewies aus freilich sehr starken Beispielen, und dadurch, daß selbst die Reden der Regierungskommissäre von der Scheere der Censur arg verstümmelt worden seien, die Härte der bestehenden Censur und damit die Nothwendigkeit der Beschwerde an den Großherzog.

Ueber die Motion, mit Bezug auf den Kommissionsbericht Aschbachs, entspann sich eine Debatte, die wegen ihrer Gründlichkeit in Beleuch-

tung des zu berathenden Gegenstandes, wegen der Vertheidigungen, welche die Regierungskommissäre zur Rechtfertigung des befolgten Verfahrens vorbrachten, zu den merkwürdigsten gehört, die seit einer Reihe von Jahren in einer deutschen Ständekammer stattfanden. Auch die Censoren kamen bei diesen Debatten nicht gut weg, und der Abgeordnete Bekk, nachdem er vorher aus den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nachgewiesen, wie die meisten Censurstriche durch eben diese gesetzlichen Verordnungen nicht gerechtfertigt seien, behauptete geradezu: „Größtentheils nur Mißfälligkeiten waren der Inhalt der gestrichenen Aufsätze, und mitunter erfolgte der Strich nur aus Dummheit.“ Hierzu bemerkte der Redner: „Der Censor ist in Aengstlichkeit, ob er nicht einen Verweis bekomme, und deshalb streicht er auch ungebührlich. Würde der Censor wirklich nur das streichen, zu dessen Streichung er durch das Gesetz angewiesen ist, so wären wohl gar keine großen Klagen je entstanden, denn wenn wirklich etwas Strafbares zum Druck gegeben wird, so wird jeder dem Censor Recht geben, daß er dasselbe gestrichen hat. Wenn also eine Einrichtung möglich wäre,

welche verhütete, daß wirklich nichts anderes, als was das Gesetz gestrichen wissen will, gestrichen werde, so wäre eine Beschwerde gegen die Censur nicht vorhanden, oder wenigstens nicht in einem bedeutenden Maße. Die Hauptsache ist also wohl hier die Fürsorge, daß nichts gestrichen werde, was nach dem Gesetze nicht gestrichen werden soll." Der Redner zeigte im weiteren Verfolge, wie nothwendig ein Censurgesetz sei, um dem zu ängstlichen Censor eine selbstständigere Stellung zu geben, und sprach sich am Ende, wie das bis-her jeder Redner gethan hatte, für die Motion und den Kommissionsantrag aus.

Wir haben leider von dieser, für die gesammte deutsche Welt gleich wichtigen Berathung nur eine Skizze geben können, allein auch diese dürfte schon als Beweis dienen, mit welchem Eifer, mit welchem, gleichsam heiligen Ernste die badische Deputirtenkammer diesen großen Gegenstand auffaßte. Ob die Bemühungen dieser hochachtbaren Männer ein genügendes Resultat herbeiführen werden, dürfte sich schon in der nächsten Zukunft zeigen, da mit dem Anfange des Jahres **1840** der Landtag wieder zusammentritt, um die Berathungen über das Strafgesetzbuch zu beginnen.

Die anderweitige Thätigkeit der Kammer während der diesjährigen Sitzung beschränkte sich mehr auf innere Gegenstände, auf die Budget Berathungen, auf eine Appanagegesetz und eine sehr ernste Discussion über den, schon oben erwähnten Abschluß des Handelsvertrags mit Holland, welchem die badische Regierung, ohne Genehmigung der Stände, beigetreten war. Wie furchtlos die Stände hiergegen geeifert haben, ist schon oben bemerkt worden. Mit dem Vorrücken des Sommers wurden die Sitzungen geschlossen und nur die Kommission, welche mit der Prüfung des Entwurfes des Strafgesetzbuches beauftragt war, blieb in Thätigkeit und setzt noch jetzt rüstig ihre Arbeiten fort.

Wir könnten eigentlich hier unsere Mittheilungen über Baden schließen, wäre nicht im letzten Drittel des Jahres noch etwas geschehen, welches von den freisinnigen Männern des Großherzogthums für eine zweideutige Vorbedeutung auf die Zukunft angesehen wurde. Wir meinen hier den plötzlichen Zurücktritt des Präsidenten im Ministerium des Innern, Staatsraths Nebenius, eines Mannes, der sich durch seine Theilnahme an der Verfassung selbst, durch seine Hu-

manität und Freisinnigkeit die Hochachtung und Liebe aller Badener, durch seine vielseitigen Kenntnisse und schriftstellerischen Leistungen die Verehrung seiner Zeitgenossen erworben hat. Welche Gründe ihn bewogen haben mögen, gerade in dem Augenblicke, wo der Zusammentritt des Landtages wieder bevorsteht, die Berathungen über das Strafgesetzbuch beginnen, vielleicht auch Vorlagen zu einem Preßgesetz gemacht werden, den Staatsdienst zu verlassen, darüber dürfte gegenwärtig jedes Urtheil zurück zu halten sein. Wesentliche Reformen sind durch dies für Baden so unerwartete Ereigniß nicht eingetreten, vielmehr hat sich seit jener Zeit eine mildere Censur bemerkbar gemacht, und namentlich bei Besprechung badischer Angelegenheiten. Wir wünschen von Herzen, daß alle Hoffnungen, welche sich hieran knüpfen, erfüllt werden mögen, denn wir glauben nicht, daß die Preßfreiheit die Quelle von Revolutionen sei, eine Ansicht, die bei den Verhandlungen über Preßsachen in der badischen Kammer vom Ministertische her gehört, aber auch sofort gründlich und kräftig bekämpft wurde. — Was die großen Eisenbahnpläne anbetrifft, zu deren Verwirklichung in den ersten Monaten des

Jahres 1838 ein außerordentlicher Landtag zusammengerufen worden war, so merkt man leider nur zu deutlich, daß der thätige Minister Winter, der mit dem Entwurfe dieses Werkes sein Leben schloß, nicht mehr die oberste Leitung hat. Seit langer Zeit baut man an der kleinen Strecke zwischen Mannheim und Heidelberg, deren Vollendung im nächsten Jahre bevorsteht. Ob aber der große Plan, eine Eisenbahn von Mannheim bis nach Basel zu bauen, jemals ausgeführt werden wird, wollen jetzt schon Viele bezweifeln; ja Einige behaupten sogar, daß man kaum an eine Eisenbahn zwischen Mannheim und Karlsruhe denken dürfe. Vielleicht wird man sich später darüber entscheiden, wenn die Resultate der Bahn zwischen Heidelberg und Mannheim vorliegen.

Wir wenden uns nun nach dem Königreich Bayern, welches wir eigentlich, hätten wir uns bei unserer Reise eines Kompasses bedient, gleich nach Preußen besuchen mußten. Wir sehen eben, daß wir mit dem Kompaß in Verlegenheit kommen werden, denn wenn Preußen der Punkt ist, zu dem sich der Magnet hingezogen fühlt, so wäre Bayern derjenige, der ihn zurückstößt. Und in der That, so arg ist es nicht, wiewohl wir

überzeugt sind, daß diese Blätter gleich allen deutschen Zeitungen zurückgestoßen werden dürften. Mit dieser kurzen Andeutung kommen wir gleich auf ein Manöver, was erst in den letzten Tagen des Jahres in Bayern gemacht worden ist, nämlich auf die Verordnung, daß fortan alle deutsche Zeitungen, ehe sie den Abonnenten in Bayern eingehändigt werden, erst von der Polizei durchgesehen und als unverfänglich bezeichnet werden müssen. Was sollen wir hierzu sagen? Nichts, wieder nichts und noch einmal nichts! Aber vielleicht wäre es am besten, wenn man in den übrigen Staaten Deutschlands gegen die Tagesliteratur Bayerns eben so verführe. Der Spruch: wie Du mir so ich Dir — ist zwar an sich nicht christlich, allein wie soll man sich hier helfen? Die bayerischen Buchhändler und Zeitungsredaktoren würden doch ganz verdrießliche Gesichter schneiden, wenn es ihnen eben so erginge, wie ihren Kollegen im übrigen Deutschland. Doch, wir wollen hier nicht voreiliger Weise Rathschläge ertheilen, es wird sich ja bald herausstellen, welches Ende diese Sache nimmt.

Da wir unsere Mittheilungen über Bayern mit dem Ende des Jahres, also von der Rück-

seite (was im vorliegenden Falle wohl zu entschuldigen sein dürfte) begonnen haben, so wollen wir gleich bemerken, daß gegen Ende des Jahres die Stände des Reichs oder mit anderen Worten die Landstände zusammentreten werden. Landstände sind bekanntlich Korporationen, die, aus der Mitte des Volks durch Wahl hervorgegangen, eben dies Volk vertreten d. h. seine Rechte vertheidigen und billige Wünsche und Anforderungen, die dem Wohle des Volkes förderlich sind, zur Sprache und wo möglich zur Erfüllung bringen sollen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wählt das Volk in der Regel auch nur solche Männer, von deren Rechtlichkeit und Kenntniß der Gesetze und Bedürfnisse des Landes es sich überzeugt hält. Streng genommen sollte nun eine solche Wahl volle Gültigkeit haben oder wenigstens die Gültigkeit derselben nur von den Ständen selbst, wie dies auch großentheils geschieht, geprüft und gebilligt oder verworfen, nicht aber ausschließlich von dem Willen der Regierung abhängig gemacht werden. Denn geschieht das Letztere, so ist von vorneherein die Würde des Volksvertreters vernichtet, die Verfassung selbst aber in so fern ohne allen Werth, als sie

das, was sie leisten soll, nicht leistet, nämlich die Rechte des Volks in Schutz zu nehmen.

Im Königreich Bayern hat sich dies nun ganz klar herausgestellt, denn abgesehen davon, daß von dem, was auf früheren Landtagen von den Abgeordneten beschlossen, fast nichts von Seiten der Regierung genehmigt wurde, die Wirksamkeit der Landstände also ganz fruchtlos erschien: so ist diesmal auch der Fall eingetreten, daß denjenigen Männern, die bisher die Opposition bildeten, die Möglichkeit, in der Kammer zu erscheinen, durch königlichen Befehl abgeschnitten ist. Es ist ihnen der Urlaub verweigert worden, und da diese Maßregeln vorzugsweise die Advokaten getroffen hat, so wird man die bevorstehende Kammer gewiß keine Advokatenkammer nennen können. Weit besser würde sich für den Landtag der Name eines Bierbrauer-Landtags passen, denn an diesen, die ohne Zweifel ganz respectable Leute sind, fehlt es nicht, und sollten Berathungen über Bier oder zweckmäßige Einrichtung der Gasthäuser stattfinden: so darf man in der That etwas ganz Gediegenes erwarten. Darin muß man überhaupt die Verwaltung in Bayern loben, daß sie mit übertrie-

bener Aengstlichkeit für gutes Bier sorgt und so wenigstens Etwas überwacht, dem man, ohne Rücksicht auf politische Ansichten, wohl Geschmack abgewinnen kann. Indeß darf hier nicht vergessen werden, daß man auch die Augen der Unterthanen zum Gegenstand höherer Sorgfalt gemacht hat, und da es sich in neuester Zeit auf eine beunruhigende Weise herausstellte, daß die „Kurzsichtigkeit" in Bayern überhand nimmt, so hat man von oben herab gegen die sogenannten Stereotyp-Ausgaben geeifert und deren Gebrauch, wenn auch gerade nicht direkt verboten, doch im allgemeinen Interesse des Volks untersagt.

Was wir sonst über Bayern zu sagen haben und möglicher Weise sagen können, läßt sich mit wenigen Worten darstellen. Wie Preußen in Deutschland die streng protestantische Richtung repräsentirt, so Bayern die katholische, aber wohl zu merken nicht die Richtung der aufgeklärten Katholiken, sondern jene mittelalterliche, die sich zu den Anforderungen unseres Jahrhunderts verhält, wie ein trüber, nebeliger Herbsttag zu einem lieblichen, sonnenhellen Maimorgen. Warum man dieser finsteren Richtung folgt, ist um so unerklärlicher, da doch sonst großartige Kunstschöpfungen genug-

sam verrathen, daß man Gefühl und Geschmack besitzt. Und wie gibt sich diese Richtung kund? Großentheils durch Unduldsamkeit und heftiges Ankämpfen gegen Alles, was aus dieser Richtung heraustreten will. Wir erinnern hierbei nur an den Streit wegen des Kniebeugens, welche Ceremonie auch die Protestanten in der Landwehr vor dem Sanctissimum mitmachen sollten. Dagegen ward vielfach protestirt, wobei man sich durch die Behauptung, daß das Militair, in Folge der Subordination, den Befehlen der Höheren sich zu fügen habe, in so fern eine Schlinge legte, als man damit diesen Akt der Verehrung zu einer leeren, nichtssagenden Form herabwürdigte. Sollte man, mit Bezug hierauf, nicht auf die Vermuthungen kommen, daß das Verfolgen jener mittelalterlichen Richtung überhaupt nur Form, daß sie nicht hervorgegangen sei aus der innersten Ueberzeugung? Wir werfen dies nur als Frage hin, ohne eine Antwort darauf zu geben; wir vermöchten dies auch nicht, denn hierauf genügend zu erwidern, vermag nur die Zukunft.

Daß aber jenes mittelalterliche System in Bayern an der Tagesordnung ist, haben viel-

fache Erscheinungen im Laufe des Jahres kund gethan. Wir wollen gar nicht sprechen von dem, was für die Klöster gethan wird, nicht sprechen von den Unterstützungen und Begünstigungen des Jesuitenordens, nicht sprechen von den Ideen, eine solche Jesuitenanstalt zu Landsberg förmlich auf Actien zu gründen, nein, wir wollen nur einiger praktischen Beispiele Erwähnung thun, überzeugt, daß man an ihnen genug hat. Hierher gehört zuerst die abentheuerliche Wallfahrt, welche der Töpfermeister Kreuzhuber von Babenhausen nach Jerusalem antrat. Er hatte sich zu diesem Zwecke ganz pilgrimsmäßig gekleidet, und wer ihn mit anderen Augen angesehen, konnte ihn für den treuen Scherasmin aus dem Oberon halten. Dann mag hier ebenfalls eine Stelle finden, was in öffentlichen Blättern über den neuen Bischof von Passau gesagt wurde. Derselbe ist (heißt es) ein Ascet aus den schönsten Zeiten des Mönchsthums und vielleicht jetzt ohne seines Gleichen. Er speis't täglich nur einmal, nämlich Wasser und Brot, niemals Fleisch, schläft wenige Stunden, und dies nur auf Stroh, kleidet sich in grobes Tuch und liegt ganze Stunden im Gebet. Zu diesen äußeren Erscheinungen muß

man ferner eine Menge Lieder rechnen, welche von dem Orden vom guten Hirten, der Avantgarde der Jesuiten, für wenige Kreuzer verkauft und nicht selten auch nach Würtemberg hinübergeschmuggelt werden, wo sie aber nicht die gewünschte Aufnahme finden. Eins dieser Lieder beginnt also:

„Maria mit ihrem Hirtenstecken
Sucht die Schäflein aufzuwecken;
Lauf, mein Schäflein, lauf nur hin
Zu Maria, der Schäferin!"

In einem anderen heißt es: „Vale ist ein hartes Wort, nach dem Vale geht man fort; Vale, vale immerhin, o Maria, du Königin!" In anderen Liedern fehlt es auch nicht an direkten Anstößigkeiten, mit einem Worte, es wird von diesem Orden vom guten Hirten eine Poesie cultivirt, die, abgesehen davon, daß sie eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes ist, das Heilige auch noch in den Schmutz herabzieht. Man muß sich darüber um so mehr wundern, da sonst in Bayern eine strenge Beaufsichtigung über Druckschriften gehandhabt wird und die Verbote derselben so häufig sind, daß Nichtverbote zu den Seltenheiten gehören. Man würde gut

thun, zuerst gegen diese scheinbaren religiösen Ergüsse einzuschreiten, denn das Dulden derselben bringt im Allgemeinen mehr Schaden, als es eine revolutionäre Schrift je vermag.

Großes Unrecht würde man jedoch thun, wollte man behaupten, daß das gesammte bayerische Volk von demselben Geiste beseelt sei, den wir an einzelnen Erscheinungen zu schildern versuchten; im Gegentheil, es leben dort viele aufgeklärte, hellsehende Männer, von denen rastlos dahin gestrebt wird, die Vorwürfe zu mildern, welche mit Recht die genannten Verirrungen treffen. Es lebt nicht überall in Bayern derselbe Sinn, der sich in verschiedenen ultramontanen Organen ausspricht, aber zu beklagen ist es, daß jene Männer mit ihren Stimmen nicht durchdringen. In welchem Sinne nun die ultramontane Partei sowohl die diesjährige Frohnleichnamsfeier, in welchem Sinne sie die feierliche Enthüllung der Max-Statue aufgefaßt, ist oben erwähnt worden; und wie sie immer noch das kölner und posener Ereigniß ansieht, brauchen wir hier nicht zu berichten.

Hiermit schließen wir unsere Mittheilungen über Deutschland, denn was sich in den vielen

kleinen Staaten und freien Städten zugetragen, hat sich kaum über den Kreis des Alltagsleben erhoben. Im Herzogthum Nassau, wie in der Landgrafschaft Hessen-Homburg sind durch den Wechsel der Herrscher keine Aenderungen eingetreten, in den Lippe'schen Ländern hat man sich an dem künftigen Hermanns-Denkmal ergötzt, in den Anhalt'schen Ländern sind besonders in Köthen auf höheren Befehl die Honoratioren immer noch so glücklich, durch Abnehmen des Huts gegrüßt zu werden, und im Mecklenburgischen, wo einige Grausamkeiten vorfielen, denkt man daran, die übertriebene Sportelsucht der Advokaten einzuschränken und überhaupt die Wege des Prozeßführens mit Trottoir zu belegen, damit ferner die Parteien nicht halbe Jahrhunderte hindurch im Aktenstaube und Schmutze juristischer Gewinnsucht stecken bleiben. Vom Großherzogthum Oldenburg haben wir wenig oder gar nichts gehört, und was die Herzogthümer Holstein und Schleswig anbetrifft, so gehören sie zwar zu den deutschen Bundesstaaten, liegen aber mit der dänischen Regierung in so argem Streit, daß sie sich um Deutschland nicht viel bekümmern.

4. Der Osten Europa's. — Die orientalische Angelegenheit. — Rückblick auf Frankreich und England.

Es dürfte uns vielleicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir im vorigen Kapitel einen der größten deutschen Staaten, das Kaiserthum Oestreich, mit den ihm zugehörigen Königreichen, Markgrafschaften und Fürstenthümern ausgelassen haben. Wir thaten dies mit gutem Vorbedacht, denn wenn auch Oestreich die erste Stimme beim Bundestage führt, wenn es auch durch Böhmen tief in die eigentlich deutschen Länder geographisch eingreift, so steht es dennoch in vieler Beziehung den deutschen Interessen fern und bildet seine eigene Welt. Man hat dies auch längst erkannt, und in den meisten öffentlichen Organen werden die Angelegenheiten Oestreichs nicht unter der Rubrik „Deutschland", sondern eben unter der Rubrik „Oestreich" besprochen. Wir weisen Oest-

reich dem Osten zu, denn wie in frühester Zeit des deutschen Reichs Oestreich durch seine natürliche Lage dazu berufen war, der Wächter der Ostgrenzen Deutschlands zu sein, und diese anfangs gegen die Slaven, dann gegen die Türken zu schützen, so ist ihm auch in neuester Zeit, wiewohl Oestreich einen nicht unbeträchtlichen Theil der slavischen Bevölkerung in sich aufgenommen, derselbe Beruf geblieben. Oestreich übt auf die östlichen Verhältnisse Europa's einen wesentlichen Einfluß aus, und es dürfte dies, ohne uns gerade auf unsere prophetische Gabe zu verlassen, in nächster Zukunft noch deutlicher hervortreten.

Im Allgemeinen ist Oestreich im Laufe des Jahres **1839** den gewohnten ruhigen Gang fortgewandelt und hat den Anforderungen der Neuzeit durch Beförderung der Industrie und Gewerbe nach besten Kräften entsprochen. Wir erinnern nur an die Vollendung der großen Eisenbahn, die jetzt Wien mit Brünn vereinigt, und welcher sich bald ähnliche Unternehmungen anschließen werden. Großes Interesse für die deutsche Welt hat diesmal der ungarische Reichstag erregt, auf welchem sich, der Regierung gegenüber, eine Opposition geltend zu machen sucht, wie man

sie, wenigstens in Vergleich mit den früheren Reichstagen, in Ungarn nicht erwartet hatte. Die Zeitungen haben nicht unterlassen, über die stattgehabten, oft sehr stürmischen Sitzungen Berichte zu liefern, aus denen hervorgeht, daß es zwar der ungarischen Nation an besonnenen und freisinnigen Männern nicht fehlt, daß aber auf der anderen Seite auch noch viel zu viel Verwirrung herrscht, als daß man hoffen dürfte, es werde sich Einigkeit der Gesinnung so bald Bahn brechen. Ein großer Schritt ist jedoch geschehen, um dem ungarischen Nationalgeist einen Haltpunkt zu geben, nämlich die Landessprache ist nunmehr als die allein übliche für die öffentlichen Verhandlungen eingeführt, und damit ist, zum großen Vergnügen der Verehrer der alten römischen Welt, dem ungarischen Latein der Gnadenstoß gegeben. Allein so glücklich man auch an das Ziel gelangt ist, so scheinen damit sich erst die weiten, fast endlosen Wege zu eröffnen, auf denen man fortwandeln muß, um eine Reform der ungarischen Verhältnisse zu bewirken. Die mangelhafte Rechtspflege, die zweideutigen, ja höchst unsicheren Bestimmungen über den Besitz treten noch immer als Zerrbilder einer früheren, barbarischen Zeit hervor,

nicht der vielen weiteren Mängel zu gedenken, bei deren Abstellung noch ein harter Kampf mit der Eigenliebe und Habsucht der bevorrechteten Klassen bestanden werden muß. Auch ist viel über die Freiheit der Rede gesprochen worden, ja man besteht auf Erlangung derselben mit solcher Hartnäckigkeit, daß man die Genehmigung des Rekrutirungsgesetzes von Seiten der Stände an die Bewilligung der Redefreiheit von Seiten der Regierung geknüpft hat.

Ob man das erreichen wird, wonach man strebt, läßt sich nicht vorherbestimmen, allein das weiß man, daß sich der ungarische Reichstag über die kirchlichen Verhältnisse, namentlich in Sachen der gemischten Ehe, auf eine Weise ausgesprochen hat, die der Unduldsamkeit einiger ungarischen Bischöfe Zaum und Zügel anlegen wird. Gerade in diesem Punkte hat die östreichische Regierung vor ganz Europa erklärt, daß sie streng nach den bestehenden Gesetzen handeln werde, wie denn auch von ihrer Seite die Bischöfe Ungarns die kurze und kategorische Weisung erhielten, sich auf keine Weise in den bestehenden Gesetzen für kirchliche Angelegenheiten irgend eine Aenderung zu erlauben. Dasselbe geschah bei Eröffnung des

ungarischen Landtags am 6. Juni, also daß alle Welt erfuhr, welche Stellung die Kirche in Oestreich der weltlichen Gewalt gegenüber einnimmt. Es gereichten diese Worte vom kaiserlichen Thron herab zu großer Beruhigung, und wer bis dahin gezweifelt hatte, ob sich Oestreich vermittelnd zwischen Preußen und den römischen Stuhl stellen werde, der konnte aus den erwähnten Ansichten der kaiserlichen Regierung wohl den Schluß ziehen, daß sie es an vermittelnden Versuchen nie habe fehlen lassen.

So viel über das, was Oestreichs innere Verhältnisse angeht. In Betreff seiner Stellung zum Auslande geht Oestreich's Politik zunächst auf Aufrechthaltung des Friedens und Beschützung des sogenannten Legitimitäts-Prinzips, und von diesem politischen Standpunkte aus, den übrigens in dieser Beziehung Rußland und Preußen ebenfalls einnehmen, hat Oestreich seine Staaten besonders den vertriebenen Bourbonen geöffnet, und gleichfalls dem spanischen Kronprätendenten Don Carlos Unterstützungen angedeihen lassen. Doch trotz der Hülfe, die es diesem bot, unterließ Oestreich nicht, aus allen Kräften dahin zu wirken, daß die gräßliche Menschenschlächterei in

Spanien, der sich Karlisten wie Christinos gleich schuldig machten, abgestellt würde. Und jetzt, wo Don Carlos, von seinem Helfershelfer Maroto verrathen, Spanien als Flüchtling verlassen und sich in den Schutz Frankreichs begeben mußte, welches ihn jedoch mehr als Gefangenen denn als Schützling behandelt, jetzt scheint Oestreich von Don Carlos in so fern seine Hand abgezogen zu haben, als es ihm schwerlich jemals wieder Mittel zu einem neuen Auftreten in Spanien bieten wird. Ueberdies will man wissen, daß die Anerkennung des constitutionnellen Thrones Isabella's II. von Spanien von Seiten Oestreichs nicht mehr fern sei, und damit wäre dann freilich dem Prätendenten Don Carlos alle Aussicht für immer abgeschnitten. In Betreff des Schutzes, den das kaiserliche Haus den Bourbonen bisher gewährte, hat Oestreich in den letzten Zeiten eine unangenehme Erfahrung gemacht, denn der Herzog von Bordeaux, von den Legitimisten Heinrich V. genannt, hat sich heimlich nach Italien begeben, zu nicht geringem Verdrusse Louis Philipps. Ob der junge Herzog, in Gemeinschaft mit seiner viel bekannten Mutter, der Herzogin von Berry, die sich ebenfalls in Italien befindet,

wirklich mit der Idee umgeht, eine Landung im südlichen Frankreich zu versuchen, muß billig bezweifelt werden. Indeß die französische Regierung, die sich ja auch vor dem Prinzen Louis Napoleon seiner Zeit fürchtete, ist wegen des Herzogs von Bordeaux in nicht geringer Sorge und hat bereits alle nur möglichen Vorkehrungen getroffen, um etwanige Pläne desselben zu vereiteln. Das Verhältniß des jungen Herzogs zu Oestreich dürfte durch seine heimliche Entfernung jedenfalls ein anderes geworden sein.

Wiewohl nun Oestreich in Betreff der Aufrechthaltung des Legitimitäts-Princips mit Rußland Hand in Hand geht, so hat es doch im Laufe des Jahres nicht an Erscheinungen gefehlt, die wohl zu der Vermuthung führen könnten, als herrsche zwischen beiden Staaten eben nicht die innigste Freundschaft. Wir wollen hier nicht von der strengen Bewachung der Donaumündungen von Seiten Rußlands sprechen, wohl aber davon, daß das Kabinett von Petersburg, wie dies zu wiederholten Malen in öffentlichen Berichten mitgetheilt wurde, dem wilden Bergvolke der Montenegriner, die im Laufe der Zeit bald die türkische, bald die östreichische Grenze durch

verheerende Raubzüge verletzt haben, heimlich alle mögliche Unterstützung bietet; auch kann es ohnmöglich dem östreichischen Kabinette gleichgültig sein, daß Rußland sowohl in Serbien wie in der Moldau und Wallachei nicht nur einen großen Einfluß ausübt, sondern diesen immer mehr und mehr zu befestigen strebt, so daß es ganz den Schein hat, als sollten jene Länder auf die direkte russische Herrschaft vorbereitet werden. Wie gesagt, aus solchen einzelnen Erscheinungen ließ sich wohl der Schluß ziehen, daß zwischen Oestreich und Rußland eben nicht die innigste Freundschaft herrsche, wiewohl beide Staaten in der orientalischen Angelegenheit gemeinschaftlich zu handeln scheinen.

Ehe wir jedoch die zuletzt erwähnte Angelegenheit berühren, wird es nöthig sein, bei Rußland auf einige Augenblicke zu verweilen. Ueber die inneren Verhältnisse Rußlands abzuhandeln, ist eine überaus schwierige Aufgabe. Die russischen Zeitungen selbst liefern darüber außerordentlich wenig, und was man in deutschen, englischen und französischen Organen mitgetheilt findet, trägt oftmals den Stempel der Uebertreibung an sich, und wird auch eben so oft in russischen Blättern

als Lüge ausgeschrieen. So viel hat sich als faktisch herausgestellt, daß der nordische Koloß in seinem Innern einem Vulkane gleicht, in dem wilde Elemente gähren, die sich von Zeit zu Zeit durch Verschwörungen Luft machen. Wir erinnern hier nur an die große Verschwörung, die am Anfange dieses Jahres entdeckt und Veranlassung zu einer furchtbaren, peinlichen Untersuchung wurde. Das Haupt dieser Verschwörung scheint der Pole Koinarski gewesen zu sein, der sich unter falschem Namen nach Rußland begab, aber gewiß nicht in der Absicht, dem Tode entgegenzugehen. Er wurde entdeckt und verhaftet und mit ihm eine große Anzahl seiner Mitgenossen. In den Verhören soll Koinarski standhaft geläugnet haben, irgend Jemand seiner Mitgefangenen persönlich zu kennen, und es ist öffentlich berichtet worden, daß man ihn durch keine Mittel, selbst nicht durch sehr schmerzhafte, zu einem Geständnisse habe bewegen können. Koinarski wurde in den ersten Tagen des März zu Wilna erschossen, und über die übrigen Gefangenen ergingen nicht minder harte Urtheile, denn man schickte sie theils zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien, theils

steckte man sie unter die Strafregimenter, theils unter die kaukasische Armee, was, in Bezug auf die letztere, eben so viel heißt, als zum Tode verurtheilt werden, denn die Küsten der kaukasischen Bergländer sind seit 10 Jahren der weite Todtenacker der russischen Heere. Außer dieser großen Verschwörung, mit der wahrscheinlich die zeitweilige Suspension der Universität Kiew in Verbindung stand, ist in der zweiten Hälfte des Jahres viel von einem Komplotte gesprochen und geschrieben worden, das in dem Armeekorps des General Geismar angezettelt gewesen, sich über andere Regimenter verbreitet haben, und dessen Zweck dahin gegangen sein soll, sich der Citadelle von Warschau zu bemächtigen und nach glücklich vollbrachter That sogleich auf Petersburg zu marschiren. Diese Angaben, in der namentlich die Nachricht, daß Hunderte von Offizieren erschossen seien, sehr übertrieben scheint, sind zwar von verschiedenen deutschen und russischen Organen als böswillige Erfindungen ausgeschrieen worden, allein so viel scheint doch gewiß zu sein, daß eine Verschwörung in jenem Armeekorps stattgefunden haben muß, was um so wunderbarer erscheint, da jenes Korps, im Innern Ruß-

lands stationirt, für Einflüsterungen und Aufreizungen von außenher wenig zugänglich war; auch soll der größte Theil des Korps aus geborenen Russen bestehen. Man hat die ganze Geschichte nach besten Kräften vertuscht, aber schwerlich wird man damit die allgemein verbreitete Ansicht vertilgen können, daß Rußland seit dem harten Strafgericht, das es über Polen ergehen ließ, die zwietrachtigsten Elemente gegen sich aufgenommen hat, die trotz der Wachsamkeit der russischen Polizei fortglimmen, so daß es nur eines zufälligen Ereignisses bedarf, um sie in hellen Flammen aufschlagen zu sehen. Und wie tragisch enden nicht oft die russischen Agenten. Wer erinnert sich hierbei nicht an die Ermordung des Agenten Celac im Freistaate (bei Gott die bitterste Ironie auf das hohe Wort „Frei") Krakau? Erst in den letzten Wochen dieses Jahres ist die Untersuchung in dieser Angelegenheit beendet worden und hat das Resultat gegeben, daß man gegen vier Personen kriminell verfahren wird. —

Es herrscht die oben angedeutete Ansicht auch bei dem russischen Kabinett vor, und sie hat jene Politik hervorgerufen, die seit einer Reihe von Jah-

ren geübt worden, in der letzten Zeit aber so klar und bestimmt hervorgetreten ist, daß sie nicht mehr abgeläugnet werden kann. Rußland will einmal seine Bevölkerung von allem fremden Einflusse, namentlich geistigem Einflusse, ausschließen, und deshalb die strenge Grenzsperre gegen den Westen hin; dann aber strebt Rußland dahin, alle die verschiedenen Nationen, die in seinen europäischen Staaten wohnen, in Russen zu verwandeln, d. h. sie ihrer Sprache, ihres kirchlichen Glaubens, ihrer bestehenden Gesetze, Sitten und Gebräuche zu berauben, und deshalb sucht es das deutsche Element in den Ostseeprovinzen nach und nach zu untergraben, deshalb tritt es so entschieden gegen die katholische Kirche auf und hat es in neuester Zeit, ob durch List oder Gewalt, dahin zu bringen gewußt, daß eine Menge Bischöfe und minder Geistliche sich von der römisch-katholischen Kirche losgesagt haben und zu der griechisch-katholischen übergetreten sind. Diese Angelegenheit ist es, welche dem heiligen Vater in der Allocution vom 22. Nov. die bittersten Klagen abpreßte, Klagen, die verhallen werden, wiewohl sich der Statthalter Christi mit der Unparteilichkeit und der erhabe-

nen Denkweise des Kaisers zu trösten sucht. Indeß hierin dürfte sich der heilige Vater arg verrechnet haben, denn die Politik Rußlands wird sich wie in seinem Zollsystem so auch in kirchlichen Dingen gleich bleiben. Es sollen, kraft kaiserlichen Willens, und der Kaiser ist zugleich der erste Bischof des Landes, er hat die Waffen des Himmels und der Erde zugleich in seiner Gewalt, also kraft kaiserlichen Willens sollen alle Nachkommen gemischter Ehen in der griechisch-katholischen Lehre erzogen werden, kraft kaiserlichen Willens sollen sich nach und nach alle Unterthanen des unermeßlichen Reichs zu einer Lehre bekennen, und auf daß dieser gottselige Wunsch in Erfüllung gehe, dazu bedient man sich allerlei weltlicher Mittel, und wer diesen Mitteln einen festen eigenen Willen entgegensetzen sollte, der erhält Gelegenheit, sich in den sibirischen Wäldern oder Bergwerken eines Besseren zu besinnen. Es soll in Rußland in jeder Beziehung ein Hirt und eine Heerde sein, und um dies dem Volke, der großen Masse, als nothwendig darzustellen, hat man in der neuesten Zeit angefangen, sich viel mit der Idee einer slavischen Universalmonarchie zu beschäftigen. Alles, was

in dieser Beziehung geschrieben worden ist, läuft darauf hinaus, in den verschiedenen slavischen Stämmen die Idee anzuregen, daß sie, als Kinder eines Hauptstammes, sich vereinigt unter ein Oberhaupt stellen müssen, um durch Einheit stark gemacht, jetzt eben so wie in den Zeiten nach der Völkerwanderung sich dem germanischen Element entgegen zu stellen. Daß dieses Oberhaupt der slavischen Welt nur der Kaiser von Rußland sein könne, versteht sich von selbst, und wer weiß, was nicht schon in dieser Beziehung geschehen wäre, hätte nur bei den verschiedenen slavischen Völkern, namentlich bei den Polen, der Glaube erst Wurzel gefaßt, daß ihnen eine glanzvolle Zukunft nur unter dem russischen Zepter bevorstehe.

Wie nun aber Rußland auf solche Weise dahin strebt, die zerstreuten Slaven zu einer Universalmonarchie zu vereinigen und deshalb bereits einen überwiegenden Einfluß auf Serbien, wie auf die Moldau und Wallachei erlangt hat, so strebt es auf der anderen Seite auch dahin, sich namentlich Einfluß auf die deutsche Welt zu verschaffen. Mit Bezug auf dieses Streben des russischen Kabinetts sind im Laufe des Jahres einige Schriften erschienen, in denen theils aus diplomati-

schen Actenstücken jener Hauptwunsch Rußlands nachgewiesen wird, theils durch rosenfarbene Schilderung der russischen Zustände in den Deutschen der Wunsch angeregt werden soll, sich zur Sicherheit für die Zukunft unter den Schutz des Selbstherrschers aller Reußen zu stellen. Das erste dieser Werke, „Deutschland und Rußland" geheißen, macht also die deutschen Fürsten und Völker darauf aufmerksam, welche Gefahren ihnen von Rußland bevorstehen, und es wird diese Ansicht bewiesen durch ein Document, in dem durch große Umschweife und leise Uebergänge darauf hingedeutet wird, daß die kleineren Staaten des deutschen Bundes, den beiden größeren (Preußen und Oestreich) gegenüber, nur dann einer gefahrlosen Zukunft entgegensehen, nur dann sich frei und selbstständig bewegen können, wenn sie vereint ein Gegengewicht gegen die genannten größeren Staaten bilden und diese ihre engere Vereinigung dem Schutze Rußlands überlassen. Die zweite Schrift, die „Europäische Pentarchie", spricht die letzten Ansichten, aber in einer anderen, Form aus, indem sie die russische Politik und die Stützen, worauf das Reich beruht, bis in den Himmel erhebt. Ueber den Verfasser der

letzten Schrift zerbricht man sich noch immer den Kopf, was man eigentlich nicht thun sollte, da es an sich ganz gleichgültig erscheint, aus wessen Feder sie geflossen ist. Der Verfasser wird übrigens nicht besondere Sehnsucht darnach haben, öffentlich bekannt zu werden, denn seine Ansichten sind bereits in deutschen Organen so gewürdigt worden, daß der zu erreichende Zweck als ganz verfehlt anzusehen ist. Dahin ist es, Gott sei Dank, in Deutschland noch nicht gekommen, daß man sich so blindlings dem russischen Schutze in die Arme werfen müßte. Die Russen mögen fort und fort an ihrer slavischen Universalmonarchie bauen; sie werden, wie wir glauben, damit vollauf zu thun haben, und in der That nebenher wenig Zeit behalten, die deutschen Staaten unter ihre schützenden Flügel zu nehmen.

Und ist denn, bei Lichte besehen, die russische Macht so furchtbar, daß sie der Welt Trotz bieten könnte? Zwar lesen wir in den verschiedenen Mittheilungen über die streitbare Macht dieses Reichs die entsetzlichsten Zahlenreihen, zwar haben verschiedene Lustlager und Manöver bewiesen, wie große Massen kampfgerüsteter Krieger zusammengebracht werden können, aber auf der

anderen Seite ist es auch eine geschichtliche Wahrheit, daß die russische Macht in der Wirklichkeit nicht so aussieht, wie sie auf dem Papiere steht. Und dann vorausgesetzt, daß wirklich so viel Hunderttausende in den Kampf geführt werden können, so ist damit noch nicht ihre Unbesiegbarkeit ausgesprochen. Es heißt im goldenen ABC: Xerxes verließ sich auf sein Heer, darüber ward er geschlagen sehr; — und wir meinen, das ließe sich auch auf die russische Macht anwenden. Die Stärke eines Heeres liegt darin, daß jeder Einzelne weiß, wofür er kämpft. Die Geschichte aller Zeiten lehrt dies, und Rußland erfährt es seit 10 Jahren im Kampfe gegen die Tscherkessen, die, trotz aller Anstrengungen, noch immer unbesiegt sind und unbesiegt bleiben werden, so lange sie derselbe Geist beseelt und ihr Muth so fest steht wie die Berge, die sie bewohnen. Man wende nur nicht ein, Rußland wolle seine Macht nicht gegen die Tscherkessen anwenden. Davon kann gar nicht die Rede sein: es ist durch das Terrain verhindert, dies zu thun, und dies lassen wir vollkommen gelten, wiewohl die Kriege der neueren Zeit beweisen, daß auch solche Hindernisse überwunden werden können.

Vor der Hand wollen wir uns also in Deutschland nicht so sehr vor der russischen Macht fürchten, auch mag Rußland selbst noch nicht ernstlich daran denken, sich auf andere als diplomatische Weise auf Deutschland Einfluß zu verschaffen, zumal jetzt, wo es alle seine Aufmerksamkeit auf den Orient richtet.

Wir kommen nunmehr an die große orientalische Frage, die seit der Mitte des Jahres die Großmächte Europa's beschäftigt, und die sich lediglich darum dreht, die Verhältnisse des Vicekönigs von Aegypten zu der hohen Pforte so auszugleichen, daß diese ferner bestehen kann, jener aber so zufrieden gestellt wird, daß er an der hohen Pforte ferner nicht mehr rüttelt. Sultan Mahmud seligen Andenkens hatte während seiner 31jährigen Regierung (von 1808 — 1839) außer verschiedenen anderen Zufällen auch drei sogenannte Todesstöße erhalten, nämlich durch die Schlacht von Navarin, welcher der Verlust Griechenlands folgte, durch den Frieden von Adrianopel, der ihn unter russische Vormundschaft brachte, und durch den Frieden von Konieh, der auf der einen Seite diese Vormundschaft bestätigte, auf der anderen den Sultan zwang, seinem Va-

fallen, dem Vicekönige von Aegypten, große Gebiete in Asien (Syrien, Adana u. s. w.) abzutreten. Der letzte Verlust war für den Herrn der Gläubigen der empfindlichste, denn er verminderte nicht nur seine äußere Macht, sondern verwundete auch seinen Stolz. Der Mann legte sich nun auf's Reformiren; er wollte den trägen Türken einen neuen Geist einhauchen, und da er durch die Vernichtung der Janitscharen den letzten Funken kriegerischen Geistes in seinem Volke unterdrückt hatte, so fing er seine Neuerungen mit Umgestaltung des Heeres an, suchte diesem eine europäische Form zu geben, und ging dann nach und nach zu Neuerungen in der Staatsverwaltung über. Diese Ideen Mahmuds traten nach dem Frieden von Konieh recht lebhaft hervor, und vielleicht hatte der Sultan dabei den Zweck, mit seinem neu geschaffenen Heere dem Vicekönig von Aegypten das wieder abzunehmen, was er ihm, trotz des russischen Schutzes, hatte abtreten müssen. Das wäre dem Großherrn auch vielleicht gelungen, aber der Vicekönig nahm mit seinem Heere dasselbe Manöver vor, und hatte dabei noch den Vortheil, daß an der Spitze der syrischen Armee sein siegreicher Sohn Ibrahim

Pascha stand, der, unter den Waffen aufgewachsen, ohne Uebertreibung der aegyptische Hannibal genannt werden kann. So fand also, trotz des Friedens, auf beiden Seiten ein beständiges Rüsten zum bevorstehenden Kampfe statt, und das war natürlich, denn der Friede war nur ein Status quo, der, bei passender Gelegenheit, jeden Augenblick aufgehoben werden konnte. Zu verschiedenen Malen machte der Sultan Anstalten, diesen lästigen Status quo zu vernichten, und es hieß dann immer, der türkische Oberbefehlshaber der Taurus-Armee, Hafiz-Pascha, habe Weisung erhalten, gegen Syrien vorzurücken. Jedesmal setzte eine solche Nachricht die europäische Welt in Bewegung, und zwar deshalb, weil ganz kluge Leute herausgebracht hatten, ein Kamf im Orient würde einen allgemeinen europäischen Krieg herbeiführen, oder mit anderen Worten den Frieden Europa's (beiläufig gesagt, eine leere Phrase) stören. Warum aber? Liegt nicht Konstantinopel, liegen nicht Syrien und das alte Wunderland Aegypten mit seinen Pyramiden und seinen Götterblidern ganz entfernt von der europäischen Welt? Dies wohl, aber die Entfernung war längst auf andere Weise, durch politische Verhält-

nisse, freundschaftliche Anerbietungen und nachbarliche Ansiedlungen aufgehoben worden. Zunächst war es aber Rußland, das sich, ohnehin schon durch seine geographische Lage und durch verschiedene Friedensschlüsse begünstigt, der hohen Pforte außerordentlich genähert hatte, und zwar durch den, in neuester Zeit so vielfach besprochenen Vertrag von Hunkiar-Skelessi. Diesen Vertrag hatte das großmüthige Rußland bald nach der Demüthigung, welche die Pforte durch den Frieden von Konieh erfuhr, mit dieser abgeschlossen und zwar in der besten Absicht und um die, im Frieden von Adrianopel angeknüpften Freundschaftsbande, die dem armen Sultan freilich sehr theuere Bande waren, noch mehr zu befestigen und in einen ewigen Bruderbund zu verwandeln. Zufolge dieses Vertrags sollte nämlich Rußland, sobald die Pforte von außenher angegriffen würde, dieser auf ihr Verlangen Hülfe bieten und allein das Recht haben, mit einer Flotte in die Dardanellen zu fahren.

Gleich nach Abschluß dieses Vertrags machten England und Frankreich sehr große Augen und unterließen nicht, dem Reformator Mahmud begreiflich zu machen, daß er es seine erste und

Hauptpflicht sein lassen sollte, diesen Vertrag zu reformiren, denn sonst dürfte an einem heiteren Morgen der russische Doppeladler daherfliegen und sich nicht nur auf dem halben Monde der hohen Pforte niederlassen, sondern denselben ganz herabstoßen, um desto bequemer sein Nest bauen zu können. An solchen Warnungen von Seiten Englands und Frankreichs fehlte es nicht; allein sie halfen nichts, der Vertrag von Hunkiar-Skelessi blieb bestehen und diente dazu, die Aufmerksamkeit der Kabinette von Paris und London in Bezug auf den Orient zu steigern. Das Warum ist leicht zu beantworten. Man dachte nämlich so: Sultan Mahmud und der Vicekönig von Aegypten stehen zu einander im Status quo, einem Zustande, den beide aufgehoben wissen wollen; der Sultan deshalb, um das, was ihm der Vicekönig abgenommen, wieder zu haben, Mehemed Ali aber deshalb, um das, was er einmal hat, nicht nur für sich, sondern auch für seine Erben zu behalten. Sobald nun Einer von beiden ernstlich anfängt, so gibt es Krieg, in welchem der Sultan ohne Zweifel eine Schlappe davon tragen, Mehemed Ali dagegen seinen Vortheil so verfolgen wird, daß dem Sultan zuletzt nichts übrig bleibt, als sich

in die Arme Rußlands zu werfen. Rußland wird dann mit einem Landheer in Konstantinopel einrücken, um es zu schützen, auch eine Flotte in die Dardanellen schicken, und dann mit dem türkischen Reiche so brüderlich umgehen, daß es der Sultan zuletzt selbst für gerathen halten dürfte, sich die Regierungssorgen zu erleichtern und dem großmüthigen Verbündeten Konstantinopel mit dem größten Theile der europäischen Türkei zu überlassen.

Dies Alles folgerte man möglicher Weise aus dem Vertrage von Hunkiar-Skelessi, und deshalb gerieth Europa stets in einige Bewegung, so wie von Konstantinopel her ein kriegerischer Wind wehte, oder aus Aegypten die Nachricht einlief, der Vicekönig bestehe darauf, sich für unabhängig zu erklären und sich zum erblichen Herrn von Aegypten, Syrien und den Gebieten zu machen, die er inne hatte. Solche Gerüchte tauchten im Laufe der letzten Jahre zu wiederholten Malen gleich jenen seltenen Seeschlangen auf, die, wenn sie einmal die Oberfläche des Meeres besuchen, die Wellen in wilde Empörung bringen, während sie selbst davon nichts merken oder merken wollen. Nun trug es sich aber zu,

daß am Anfang des Jahres 1839 von Konstantinopel aus die Nachricht einging, der Sultan rüste aus aller Macht gegen den Vicekönig von Aegypten, welcher damals gerade eine große Reise nach dem unbekannten Sennaar angetreten hatte, um dort Goldminen zu entdecken. Zu dieser Nachricht gesellte sich gleich darauf noch die, daß die unruhigen Druſen in Libanon, vom Sultan heimlich mit Waffen unterstützt, sich abermals gegen Ibrahim-Pascha in Syrien aufgelehnt hätten. Das klang sehr kriegerisch, und die europäischen Diplomaten hatten wieder vollauf zu thun, um den Sultan auf Friedensgedanken zu bringen. Allein ihre Mühe war vergebens. Mahmud mußte wohl davon gehört haben, daß der Status quo zwischen Holland und Belgien seine Endschaft erreicht habe, und nun wünschte er um so dringender, den orientalischen Statusquo auch aufgehoben zu sehen. Er reformirte und rüstete aus allen Kräften, ließ Quarantaine-Anstalten einrichten, trank im Geheimen tüchtig Wein, um sich auch einen physischen Genuß von der europäischen Civilisation zu verschaffen, theilte Orden nach allen Seiten aus, behandelte die preußischen Offiziere, die sich bei ihm als Lehr-

meiſter ſeiner Truppen befanden, mit großer Auszeichnung, genug, er ſpielte eine ſo liebenswürdige Rolle, daß man, hiernach zu urtheilen, gar nicht daran zweifeln konnte, er werde den Vicekönig von Aegypten in die Schranken eines Unterthans zurückweiſen. Der engliſche Geſandte in Konſtantinopel, Lord Ponſonby, ſoll es auch nicht an Aufreizungen zum Kriege haben fehlen laſſen, und kaum war alſo der Vicekönig von Aegypten von ſeiner abentheuerlichen Reiſe zurückgekehrt, kaum hatte er den, ihn belagernden Konſuln erklärt, er ſei nicht geſonnen, von ſeinen Unabhängigkeits-Ideen abzugehen, vielmehr entſchloſſen, ſich das mit Waffen zu erringen, was man ihm auf friedlichem Wege verweigere: ſo brach der Sturm los, d. h. der Sultan hielt ſeine Kriegsluſt nicht länger zurück, ſondern befahl ſeinem Oberfeldherrn Hafiz Paſcha, die ſyriſche Grenze zu überſchreiten.

Wochen, ja Monate hindurch blieb man in größter Ungewißheit; die widerſprechendſten Gerüchte durchkreuzten ſich, und Lügen, Wahrheiten und Lobhudeleien füllten die öffentlichen Organe. Einmal hieß es, eine friedliche Löſung des Streits ſei noch zu erwarten, dann folgte gleich darauf

die Bemerkung, daran sei gar nicht zu denken. In diesem Artikel ward die Vortrefflichkeit des türkischen Heeres, in jenem die des ägyptischen geschildert; dann wurden Vergleiche zwischen den beiden Oberfeldherren angestellt, und da brachten denn gut unterrichtete Leute heraus, Hafiz Pascha sei ganz der Mann, der es mit Ibrahim aufnehmen könne; er sei sehr klug und heiße deshalb Hafiz, der Alles-auswendig-wissende. Auf solche Weise unterhielt man sich, unterstützte diese Unterhaltungen mit langen Zahlenreihen der türkischen und aegyptischen Land- und Seemacht, stellte Betrachtungen an, welche Rollen die Großmächte Europa's bei dem Ausbruche des Kampfes spielen würden, und kam dann immer zu dem schönen Resultate, daß sich eigentlich über alle diese Angelegenheiten nicht eher ein Urtheil fällen lasse, bis man genau wisse, wie eigentlich die Sachen im Orient ständen.

Endlich erfolgte der Ausbruch des Krieges. Der Alles auswendig wissende Hafiz Pascha rückte vor, und Ibrahim Pascha ließ nicht auf sich warten. Die englische und französische Flotte nahmen nicht fern von der kleinasiatischen Küste ihre Stellungen, die türkische Seemacht kreuzte vor

den Dardanellen. Alles war in der größten Spannung, und von Paris aus schickte eiligst der Marschall Soult einen eigenen Gesandten an den Vicekönig von Aegypten, um diesen dahin zu vermögen, daß er seinem Sohne Ibrahim Pascha befehlen möge, nicht weiter vorzurücken.

Unterdessen las man bereits von kleinen Gefechten, in welchen die Türken Sieger geblieben, auch hörte man, daß der Vicekönig jenen, ihm zugeschickten französischen Botschafter an seinen Sohn mit der Weisung gesandt habe, derselbe möge dort stehen bleiben, wo ihn dieser Botschafter treffe. Alles dies vermehrte natürlich die Spannung in Europa, und auf den Börsen standen die Geldmänner mit der Karte von Syrien und berechneten nach dem Stande der beiden Heere den Stand der Papiere, welche auf diese Weise von zwei Männern in schwankender Bewegung gehalten wurden, die wahrscheinlich noch niemals das Glück gehabt hatten, ein europäisches Staatspapier von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Während nun das türkische und ägyptische Heer schlagfertig einander gegenüber standen, lief plötzlich von Konstantinopel her die Kunde ein, der Großherr sei heftig erkrankt; es sei ein Brust-

übel, es sei dies, es sei jenes; viele Anstrengungen seien die Ursache, jedoch werde seine kräftige Natur siegen. Man stutzte sehr, daß der große Reformator gerade jetzt krank geworden, und man erstaunte höchlich, als Botschafter über Botschafter ankamen, die nichts weniger verkündigten, als daß der gute Mahmud ohne Hoffnung darnieder liege, daß man ihm nur noch wenige Wochen das Leben fristen könne, und daß das Ableben dieses außerordentlichen Mannes den orientalischen Angelegenheiten eine ganz andere Wendung geben würde. Der bevorstehende Tod Mahmuds hatte die Aufmerksamkeit von dem Kriegsschauplatze in Syrien fast abgelenkt, man hörte nur von kleinen Siegen der Türken, die man im nördlichen Deutschland überdies voraussetzte; ja man sprach schon davon, daß es mit Mehemed Ali so gut wie vorbei sei, und zwar deshalb, weil kurz vor seiner Krankheit Mahmud eine Art Reichsacht über den Vicekönig von Aegypten ausgesprochen, ihn aller seiner Macht und Würde entsetzt und diese dem alles auswendig wissenden Hafiz Pascha übertragen hatte, der freilich damals noch nicht durch sich wissen konnte, daß es zehntausendmal mehr werth ist, nur etwas vorher, als alles aus-

wendig zu wissen. Wie gesagt, man sah hier und da die Aegyptier für verloren an, da prangten plötzlich an einem heiteren Julimorgen in einem der ersten Organe Deutschlands mit gesperrten Lettern die Worte: Unbestimmte Gerüchte über die Niederlage der Türken. Und siehe am anderen Tage hieß es: die unbestimmten Gerüchte wiederholen sich. Und als der dritte Tag anbrach, siehe da las man: die Nachricht von der gänzlichen Niederlage der türkischen Armee bestätigt sich.

Und in der That so war es, bei Nisib oder Nisibi waren Hafiz Pascha und Ibrahim Pascha an einander gerathen, und in wenigen Stunden hatte der ägyptische Hannibal den klugen Hafiz so zusammengehauen, daß dieser mit den Trümmern seines Heeres einen Schnelllauf antrat, der einer wilden verzweiflungsvollen Flucht sehr ähnlich sah. Es läßt sich gar nicht beschreiben, welchen Eindruck diese Nachricht auf die europäische Welt, besonders aber auf diejenigen Staaten machte, welche bei der orientalischen Frage zunächst betheiligt waren. Am 24. Juni hatte die hohe Pforte von ägyptischer Seite diese Ohrfeige bekommen, aber der, den sie zunächst am

schmerzlichsten berühren mußte, der große Reformator Mahmud kämpfte in diesem Augenblicke schon mit dem Engel des Todes, und ehe noch die schreckliche Niederlage in Konstantinopel bekannt war, hatte sich der Geist des Großherrn von der irdischen Hülle befreit und sich emporgeschwungen zum Paradiese des Propheten. Am ersten Juli war Mahmud den Weg alles Fleisches gegangen, und hinterließ die tief, ja bis in ihre Grundfesten erschütterte Pforte seinem 18jährigen Sohne Abdul-Medschid.

Die Niederlage von Nisibi und der Tod des Sultans waren so rasch auf einander gefolgt, daß man sich von dem Erstaunen gar nicht erholen konnte. Beide Ereignisse wurden in ausführlichen Artikeln nach allen Seiten hin besprochen, und alle Raisonnements, die sich daran anknüpften, endigten stets mit dem Refrain, daß die hohe Pforte verloren sei. Und wirklich diejenigen, welche dies zu beweisen suchten, erhielten bald darauf noch einen größeren Stützpunkt für ihre Behauptung, ja es schien, als sei der Untergang des türkischen Reichs im Rathe des Weltenschöpfers beschlossen; denn die ganze osmanische Flotte, den Kapudan Pascha an der Spitze, fiel

verrätherischer Weise ab, segelte mit türkischer Seelenruhe bei der französischen Flotte vorüber, steuerte direkt nach dem Hafen von Alexandria und begab sich in den Schutz des Vicekönigs von Aegypten. Und womit beschönigte der Kapudan Pascha diesen unerhörten Verrath? Er behauptete, Sultan Mahmud sei vergiftet und das türkische Reich nunmehr dem alten Bösewicht Chosrew Pascha übergeben worden, der auf nichts Geringeres ausgehe, als das ganze entartete Reich völlig zu vernichten und seinem Erbfeinde in die Hände zu spielen. Mehemed Ali sei der einzige Mann, auf den die Gläubigen mit Vertrauen sähen; zu ihm sei er gekommen in der Hoffnung, er werde nicht säumen, das Reich zu retten und den Großherrn Abdul-Medschid auf seinem Thron zu befestigen.

Der alte Vicekönig empfing den verrätherischen Kapudan Pascha mit den größten Ehrenbezeugungen; ernst und würdevoll hörte er seinen Vortrag an; er billigte seinen Plan, dankte ihm, daß er ihm Gelegenheit gegeben, seinem Herrn, dem Sultan, einen Dienst zu erweisen, und endete dann die ganze Ceremonie so schnell wie möglich, um sich im innersten Gemache seines

Pallastes einer unmäßigen Freude hinzugeben. Daß ihn das Geschick so im Fluge auf den höchsten Gipfel des Glücks erheben würde, mochte der alte Fatalist auch im Traume nicht geahnt haben; aber er befand sich jetzt im Glücke, und sein Glaube an das allwaltende Fatum stand nunmehr fester denn jemals.

In dem Zeitraume weniger Wochen erschütterten demnach drei große Ereignisse die orientalische Welt, die Schlacht von Nisibi, der Tod Mahmuds und der Abfall des Kapudan Pascha; wer hätte im Augenblick noch zweifeln wollen, daß in Kurzem das vierte große Ereigniß, die Eroberung Konstantinopels durch die ägyptische Armee und damit der Sturz des osmanischen Reichs eintreten werde? In der That, man zweifelte an diesem Ereigniß nicht, und bebte davor zurück, denn Konstantinopels Sturz, das sagte man sich, würde das Gleichgewicht Europa's stören und einen allgemeinen Krieg hervorrufen. England und Frankreich, Rußland, Oestreich und Preußen, das waren die Mächte, die sich sofort berufen fühlten, in die orientalischen Angelegenheiten thätig einzugreifen, nicht etwa aus zu großer Liebe zur Türkei und um diese zu erhal-

ten, sondern nur um zu verhindern, daß das osmanische Reich nicht Einem ausschließlich als Beute anheimfalle. England und Frankreich hielten sich mit steigender Besorgniß den Vertrag von Hunkiar-Skelessi vor und sahen ein, daß Rußland, sollte Ibrahim Pascha gegen Konstantinopel vorrücken, nicht nur eine Landmacht in das alte Stambul werfen, sondern auch seine Flotte in die Dardanellen schicken würde, was um so leichter geschehen könnte, da die Flotte im schwarzen Meere so stationirt war, um jeden Augenblick des Befehls zum Absegeln gewärtig zu sein. Daher säumten England und Frankreich auch nicht, ihre Flotten im mittelländischen Meere auf das ansehnlichste zu vermehren, und sie, der Einfahrt in die Dardanellen so nahe wie möglich, aufzustellen. Während dies geschah, hatten sich die genannten fünf Mächte vereinigt, durch eine besondere Erklärung die hohe Pforte unter ihren Schutz genommen, zugleich aber auch von dem Sultan verlangt, daß er, ohne Genehmigung der fünf Mächte, sich in keine Unterhandlung mit dem Vicekönig von Aegypten einlassen möge. Die Pforte versprach dies und fing nun an, an den Neuerungen Mahmuds zu rütteln, Hinrichtungen

aller Art vorzunehmen und auch die Weinvorräthe Mahmuds ausgießen zu lassen, wobei man denn vernahm, der große Reformator sei, in Folge zu starken Weingenusses, an dem Delirium tremens gestorben. Indeß fühlte der junge Großherr auch, daß er ein total geschlagener Jüngling sei, denn ihm fehlte geradezu Alles, womit man heut zu Tage einen wankenden Thron zu stützen vermag; er hatte kein Heer, er hatte keine Flotte. Das erste war vernichtet, und die Marine lag, ihrer Kanonen und Pulvervorräthe von Mehemed Ali beraubt, im Hafen von Alexandria. Die Flotte wieder zu haben, war des Sultans eifrigster Wunsch, und deshalb versuchte er den Weg der Güte, lobte den alten Fuchs von Aegypten, schickte ihm einen Orden und rechnete darauf, er werde seine Pflicht thun, und das zurückgeben, was ihm nicht gehöre. Mehemed Ali dankte in tiefster Ehrfurcht für die, ihm erzeigte Gnade, nahm den Orden, erklärte, er brenne vor Begierde, sich seinem Herrn zu Füßen zu werfen und werde die Flotte keinen Augenblick zurückhalten, sobald man ihm auch einige Gefälligkeiten erweise. Er fordere den erblichen Besitz von Aegypten, von den in Arabien eroberten

Provinzen, von Syrien, Adana und Candia und ferner die Entsetzung des Verräthers Chosrew Pascha, der sein Feind sei und der allein die Schuld von dem Mißverhältniß trage, welches, zu seiner großen Betrübniß, zwischen ihm und dem verstorbenen Mahmud stattgefunden. Erfülle man diese seine billigen Wünsche, so werde er sofort in Konstantinopel erscheinen und dem Sultan beweisen, daß er keinen treueren Diener habe als ihn.

Wer kann wissen, ob die Pforte nicht klug gehandelt hätte, wenn sie auf diese Vorschläge eingegangen wäre?! Allein die Repräsentanten der Großmächte verhinderten dies und fingen, um es gleich mit kurzen Worten anzudeuten, die beliebte schreibselige Manier an, in der Absicht, die orientalische Frage mit Protokollen zu beseitigen. Es ist wirklich wunderbar, daß Leute, die von der Rechten zur Linken denken und schreiben, auf die Idee kamen, mit anderen Leuten, die gerade umgekehrt bei ihrem Denken und Schreiben verfahren, in solcher Weise fertig zu werden. Man glaube nicht, daß das blos ein Scherz sein soll; es ist bitterer Ernst, und wir stellen uns recht lebhaft vor, wie sarkastisch der

alte Mehemed Ali bei jedem Protokolle und jeder Note gelacht haben mag, die ihm die Herren aus Konstantinopel zugeschickt haben. Alle ihre Drohungen und Vorschläge sind bis jetzt auf ihn ohne Einfluß gewesen, und als ihm kategorisch verkündet ward, wenn er die türkische Flotte nicht gutwillig herausgebe, würde man ihn zwingen, da hat der kluge und vorsichtige Greis ganz ruhig geantwortet: man möge nur kommen. Der Vicekönig wußte und weiß noch sehr gut, daß ihm von einer einzelnen europäischen Macht nichts geschehen kann, und daß eine einzelne, die gegen ihn operiren wollte, mit der Eifersucht der übrigen einen härteren Kampf zu bestehen haben würde als mit dem ägyptischen Heere und den versengenden Strahlen der syrischen Sonne. Obgleich er die Verhältnisse Europa's nur oberflächlich kennt, so ist ihm doch hinlänglich bekannt, daß weder Oestreich noch Preußen eine Landarmee nach Syrien schicken werde, es stände also Alles von Rußland, England und Frankreich zu befürchten. Die Macht Rußlands hat bisher auf Mehemed Ali einen geringen Eindruck gemacht, wie dies auch nicht anders sein kann, da er von den Erfolgen des Tscherkessenkrieges genau unterrichtet

ist. Wie nun für die Tscherkessen das Terrain streitet, so kämpfen für Mehemed Ali syrische Hitze und syrische Wüsten und außerdem ein Heer, das an alle nur denkbaren Strapazen gewöhnt ist und den siegreichen Ibrahim Pascha zum Führer hat. Derselbe soll schon mehrmals geäußert haben, er brenne vor Begierde, sich mit den Russen zu messen. Wir glauben dies und sind weit davon entfernt, darin eine eitle Prahlerei zu sehen; denn ohne Zweifel denkt Ibrahim Pascha, der sonst von Verwegenheit nicht frei ist, nicht daran, sich den Russen in offener Feldschlacht entgegenzustellen. Wer dies glaubt, hat schlechte Begriffe von orientalischer Schlauheit. Ibrahim Pascha würde die Russen so lange wie möglich hinhalten und zur rechten Zeit über sie herfallen, und daß dann der Sieg auf seiner Seite bliebe, werden selbst die Verehrer der Russen nicht in Abrede stellen. Aus diesen und noch zwanzig anderen Gründen fürchtet Mehemed Ali die Russen nicht, und so blieben denn nur England und Frankreich über. Von beiden Mächten ist England der Hauptfeind des Vicekönigs, ja man will dies so fest glauben, daß man alles Unglück, welches die Pforte bisher im Kampfe

mit Mehemed Ali getroffen, indirect den englischen Einflüsterungen zuschreibt. England soll die Kriegslust im seligen Mahmud entflammt haben, England soll es jetzt sein, welches den Vicekönig vernichtet wissen will, um, wenn auch nicht ganz Aegypten, sich doch die Theile davon anzueignen, welche sich von der Landenge Suez südlich am rothen Meere hinziehen, um dadurch seine Verbindung mit Ostindien zu erleichtern und zu sichern, und auf der anderen Seite dem Schah von Persien sogleich Daumschrauben ansetzen zu können, wenn dieser wieder Miene machen sollte, nicht nach der britischen Pfeife zu tanzen. Diese Pläne hat Frankreich auch hinlänglich durchschaut, deshalb bei der ganzen Sache eine überaus zweideutige Rolle gespielt und erst jetzt die Maske abgeworfen und sich für die Partei des Vicekönigs erklärt. Man hat dem französischen Kabinette vorgeworfen, daß es nur an ihm gelegen, sowohl die Schlacht von Nisibi wie auch den Verrath des Kapudan-Pascha zu verhindern. Denn während, sagt man, die drohende Stellung eines einzigen französischen Kriegsschiffes hingereicht haben würde, den türkischen Admiral zurückzuhalten, und während nur einige Eile des

französischen Botschafters, der an Ibrahim Pascha den Befehl, Halt zu machen, bringen sollte, der Schlacht vorgebeugt hätte, hielt sich dieser absichtlich auf und kam vier Tage nach der Schlacht an, und machte auf der anderen Seite der Admiral Lalande keine Miene, den Kapudan-Pascha zurückzuweisen. Hieraus will man den Schluß ziehen, daß Frankreich von Anfang an die Absicht gehabt, dem Vicekonig beizustehen, und in der That, diese Absicht ist nunmehr sehr klar vorgetreten, denn der Admiral Roussin, französischer Botschafter in Konstantinopel, der zu wiederholten Malen in die Drohungen gegen Mehemed Ali wegen Herausgabe der türkischen Flotte mit eingestimmt, ist abberufen und statt seiner Hr. von Pontois nach Stambul geschickt worden, um den Frieden zwischen der Pforte und Mehemed Ali auf die Bedingungen hin herzustellen, daß der Letztere wo möglich Alles behält, was er einmal besitzt.

Dieser Gedanke hat den alten Vicekönig immer beseelt und jetzt, wo ihn das Glück so sehr begünstigte, wird er denselben gewiß nicht aufgeben. An der Verwirklichung dieses Gedankens hat er bis jetzt rastlos gearbeitet, theils dadurch,

daß er die Unterthanen der Pforte durch geheime Agenten zum Aufstande reizen, theils dadurch, daß er sowohl den Hafen von Alexandria wie auch alle bedeutenden Punkte an der syrischen Küste befestigen ließ. Dabei hat er, nach orientalischer Manier, bis jetzt alle möglichen Versprechungen gemacht, aber nichts erfüllt, und ohne sich von den Drohungen und dem Geschrei der europäischen Konsuln irre machen zu lassen, behält er unverrückt sein Ziel im Auge, das er um so mehr erreichen dürfte, da er in Frankreich einen mächtigen Stützpunkt gefunden hat.

Die ohnmächtige Pforte, der weder die Noten der europäischen Diplomaten, noch die Intriguen des alten Chosrew Pascha einige Festigkeit geben konnten, sah endlich ein, daß mit den Schreibereien der europäischen Repräsentanten der Vicekönig von Aegypten nicht einzuschüchtern sei, und als sie nun obenein die traurige Erfahrung machte, daß Frankreich nicht willens sei, zur Demüthigung Mehemed Ali's mitzuwirken, so griff sie zu einem anderen Mittel. Seit längerer Zeit war der türkische Minister Reschid-Pascha auf einer diplomatischen Reise in Europa begriffen gewesen und hatte sich besonders in London und Paris

verweilt. Wahrscheinlich ist es, daß er, als ein Freund der Reformen, die Verfassungen jener Länder speciell kennen lernte und die Idee faßte, ähnliche Grundsätze auch in der Türkei einzuführen. Genug, Reschid-Pascha kehrte bald nach dem Tode Mahmuds zurück und nahm an den Staatsangelegenheiten einen überaus thätigen Antheil. Zugleich erfuhr man auch, daß er einen großen Einfluß auf den jungen Sultan habe und daß er mit vielem Glücke dem alten Intriguanten Chosrew Pascha in den Weg trete, so daß zu erwarten stehe, er werde denselben ganz verdrängen. Dies blieb jedoch vorläufig nur ein Gerücht, denn in der Entwicklung der Angelegenheit mit Aegypten war kein Fortschritt bemerkbar, nur schien es, daß die Pforte ihrerseits sich den Anträgen des Vicekönigs mehr näherte, während dieser nicht mehr so diktatorisch auf die Entfernung des alten Chosrew Pascha bestand. In solcher Lage befanden sich die Dinge, da wurde die Westwelt plötzlich durch ein Ereigniß in Staunen gesetzt, das zu den wunderbarsten gehört, das die neueste Zeit hervorgerufen hat. Man wollte seinen Augen kaum trauen, als man las, Sultan Abdel-Medschid wolle seinem Volke eine

Constitution geben und habe die Basis derselben in einem Hattischerif bereits am 3. November, also wenige Tage vor dem Anfang des Ramasan-Festes, verkündigt. Und dem war so, in feierlicher Versammlung ward dies merkwürdige Aktenstück bekannt gemacht, welches, nachdem vorher mit fast zu weit getriebener Selbsterkenntniß in der einfachsten Sprache und ohne alle Umschweife gesagt ward, daß die Verletzung der Gesetze das Reich zur Schwäche und Verarmung geführt, folgende Hauptpunkte enthielt: 1) Garantieen zu geben, welche den Unterthanen eine vollkommene Sicherheit in Bezug auf ihr Leben, ihre Ehre und ihr Vermögen verleihen sollten; 2) eine regelmäßige Art festzusetzen in der Bestimmung und Erhebung der Auflagen; 3) die Aushebung der Soldaten und die Dauer ihres Dienstes gleichfalls einer regelmäßigen Anordnung zu unterwerfen. — Ueber diese Punkte gab nun der Hattischerif sehr einfache und faßliche Raisonnements, sprach die Abschaffung der Monopole und des Gebrauchs des Aemterverkaufs aus, erklärte mit Bezug auf den unbeschränkten Besitz des Eigenthums, daß fortan die unschuldigen Erben eines Verbrechers ihrer gesetzlichen Rechte

nicht beraubt, auch das Vermögen eines Verbrechers nicht confiscirt werden sollte, gab sehr milde Bestimmungen (mildere als in vielen europäischen Staaten) in Betreff der Dienstzeit der Soldaten an und predigte zugleich eine, bis dahin unerhörte Duldung mit den Worten: Diese kaiserl. Zugeständnisse sollen sich auf alle unsere Unterthanen, von welcher Religion oder Sekte sie sein mögen, erstrecken; sie sollen dieselben ohne Ausnahme genießen!!

Die ungläubige Westwelt, die besonders durch das letzte Toleranzedikt sich auf das Tiefste beschämt fühlen mußte, zweifelte anfangs daran, ob jene Constitution wirklich zu Konstantinopel verkündigt, ob sie nicht vielmehr eine Erfindung der Franzosen sei, um zu zeigen, einen wie überwiegenden Einfluß die große Nation ausübe. Indeß nur zu bald vernahm man von allen Seiten her die Bestätigung, daß der Hattischerif mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen worden, daß man ihn ansehe für den Anfang einer neuen Aera und daß er die Wiedergeburt der Osmanen bewirken werde. Man merkte aus Allem, daß der oben erwähnte Reschid-Pascha es sein müsse, der dem Sultan zu diesem großen Schritte gerathen,

und demnach erhoben sich denn auch bald Tadler, die da sagten, diese Constitutionsgrundsätze habe Reschid-Pascha in Frankreich auswendig gelernt; den eigentlichen Werth derselben begreife er selbst kaum; er habe sie nur seinem Lehrer nachgesprochen, unbekümmert darum, ob die Verwirklichung derselben überhaupt im osmanischen Reiche möglich sei. Hieraus zogen dann die Tadler den Schluß, daß die humanen Grundsätze des Hattischerifs Träumereien seien, die den Untergang des Reichs wo möglich noch schneller herbeiführen würden.

Ob nun die, welche das Letzte vorhersagen, oder jene, die in der osmanischen Charte die Wiedergeburt des Reichs erblicken wollen, Recht haben werden, muß dahin gestellt bleiben und kann erst dann gründlich erkannt werden, wenn die neuen Gesetze, denen der Hattischerif als Grundlage dienen soll, in's Leben gerufen worden sind. Das osmanische Reich liegt in den letzten Zügen; es bedarf eines gewaltigen Anstoßes, der es entweder neu belebt oder seinen Sturz beschleunigt. Wir verhehlen uns nicht, daß wir in dem Hattischerif ein solches letztes Mittel sehen; es wird eine außerordentliche Kri-

sis herbeiführen, und sind die Aerzte, welche dies Mittel anwandten, geschickt genug, die Krisis so zu unterstützen, daß sie die Vorbotin der Genesung des kranken Körpers wird, so läßt sich auch eine gänzliche Besserung und allmälige Erstarkung hoffen. Das Duldungsedikt, in welchem zugleich Gleichheit vor dem Gesetz liegt, dürfte dieser Hoffnung Nahrung geben, denn mit pünktlicher Handhabung desselben würde sich die Pforte mehr auf die Rajas (Nichtmuselmänner) als auf die gläubigen und zugleich trägen Osmanen stützen können, und ist erst die christliche Bevölkerung gewonnen, sieht sie sich durch den Hattischerif zu Gleich-berechtigten erhoben: so wird sie auch bereitwillig und eifrig für die neuen Gesetze kämpfen. Das Alles muß sich schon in der nächsten Zukunft entwickeln.

Mit welchen Augen die europäischen Botschafter in Konstantinopel diese Neuerung ansehen, läßt sich nur von dem Standpunkte des Einzelnen aus beurtheilen. Schwerlich mögen aber die Glückwünsche, welche das gesammte diplomatische Korps dem Großherrn dargebracht, wirkliche Herzensergießungen sein, und namentlich dürfte der Hattischerif nicht nach dem Sinne

des petersburger Kabinetts sein, um so weniger, da die gepredigten Grundsätze aus französischer Quelle geflossen und gleichsam Zeugen sind von dem großen Einflusse, den Frankreich nunmehr erlangt. Diesen Einfluß benutzt Frankreich jetzt auch auf das Thätigste, um die Pforte mit Aegypten auszusöhnen, und bereits hat es der französische Botschafter Hr. von Pontois dahin gebracht, daß wirkliche Unterhandlungen angeknüpft worden sind, in welche sich die europäische Diplomatie nicht mischen will, sobald die Friedensbedingungen Mehemed Ali's nicht über die Grenzen der Billigkeit hinausgehen. Diese Erklärung der europäischen Repräsentanten hat an sich gar keine Bedeutung, und ist eigentlich nur ein nachträgliches Gutheißen der Mittel, welche die Pforte bereits ergriffen hat. Sie ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie von den Noten und Protokollen der europäischen Diplomaten kein Heil zu erwarten hat und geht nun, auf heimliche Einflüsterungen Frankreichs, ihren eigenen Weg, der freilich trotz der französischen Vermittlung große Opfer kosten wird. Denn der Vicekönig von Aegypten wird von seinen Forderungen auch nicht um ein Haar breit abweichen,

am allerwenigsten wird er sich dazu entschließen, den Bezirk Adana und die Pässe des Taurusgebirges herauszugeben. Er weiß sehr wohl, daß ohne diese die Behauptung Syriens unmöglich ist; und wie es ihm noch nie in den Sinn gekommen ist, diese Gebiete und Pässe abzutreten, eben so wenig wird er die Insel Kandia räumen; er will überhaupt nichts verlieren, sondern hält sich von seinem Standpunkte aus für mehr als großmüthig, daß er sich mit dem, was er einmal hat, begnügen und auf fernere Eroberungen Verzicht leisten will.

Aber werden, außer Frankreich, die übrigen Mächte damit zufrieden sein? Sie werden allerdings dagegen nichts einwenden, sondern den Frieden, ist er einmal zu Stande gekommen, für eine abgemachte Sache (**fait accompli**) ansehen und nachträglich ihre Genehmigung geben, wie dies jetzt ganz in der Mode ist. Oder will man etwa glauben, daß Abdul-Medschid die Charte, welche er am **3.** November erließ, mit den Repräsentanten der Großmächte vorher berathen habe? Gewiß nicht, denn man würde sich von verschiedenen Seiten bemüht haben, ihm diese Idee auszureden. Nachdem er sie einmal erlassen

hatte, stattete man ihm Glückwünsche ab und lachte in der Stille über das philantropische Machwerk. Man lache nicht zu früh; die Constitution kommt zur Ausführung; denn schon nach 18 Tagen, also am 21. November erfolgte der Ferman an alle Statthalter, den großherrlichen Hattischerif dem Volke vorzulesen und zu erklären. Trotzdem ist die orientalische Frage im Grunde genommen noch nicht weiter vorgerückt, nur hat sich der Standpunkt der Dinge dadurch verändert, daß die Pforte jetzt selbstständiger handeln will und ohne Zweifel auf diese Weise zu einem erwünschten Ziele kommen wird. Ueber die ganze Angelegenheit läßt sich vor der Hand nichts weiter sagen. Mehemed Ali wird direkt oder indirekt schon dafür sorgen, daß die Uneinigkeit unter den Großmächten fortbesteht, denn nur darin findet er seinen Hauptstützpunkt.

Wer hätte aber geglaubt, daß die orientalische Frage, auf die sich ganz Europa gleichsam mit Wuth stürzte, deren Beendigung sehr unterrichtete Leute in kürzester Zeit prophezeihten, so hinziehen werde? Man erinnere sich nur, mit welcher Fluth von Redensarten sich die französischen Staatsmänner und Deputirten darüber hermach-

ten. Man war freilich in Frankreich sehr froh, die Aufmerksamkeit nach außenhin gelenkt zu sehen, denn der Maiprozeß, die Julifeier, die jämmerlichen Verhältnisse der Eisenbahnen, die Bankerotte, die Revolution des Rübenzuckers gegen den Kolonialzucker oder umgekehrt, alles dies beschäftigte die französische Welt und bereitete dem Mai-Ministerium einen dornigen Pfad. Da drang der Donner der Schlacht von Nisibi nach Paris, und sogleich erhob sich die große Nation, bewilligte Geld auf Geld, sprach von der Würde Frankreichs und ließ sich von den Journalen Loblieder vorsingen auf ihren Ruhm und Beruf, die Welt zu civilisiren. Und Hr. Lamartine stand auf und sprach ein großes Wort; er verlangte einen mächtigen Aufschwung der Nation und zeigte ihr den Weg, welchen sie zu wandeln habe. Direkt nach Aegypten wies er sie hin, nicht etwa um dies zu erobern (denn in Aegypten haben die Franzosen ein Haar gefunden), nein, um sich in enger Verbindung mit Mehemed Ali auf die asiatische Welt zu werfen, den Sinai zu ersteigen, und aus den Gewitterwolken, die den Gipfel desselben umhüllen, neue Gesetze zu schleudern auf die, in Barbarei versunkene Menschheit. Civili-

sationskriege verlangte Hr. Lamartine und wies nach, daß dazu die syrischen und afrikanischen Wüsten, so wie die unermeßlichen Gebiete Mittel- und Südamerika's einen weiten Tummelplatz böten. Dorthin wollte er die Liebhaberei seines Volks an Attentaten, dorthin wollte er die Gesellschaft der Jahreszeiten verpflanzt wissen, welche letztere sich dann freilich anders constituiren müßte, da man in jenen Gegenden nur eine nasse und eine trockene Jahreszeit hat.

In dieser Weise faßten Hr. Lamartine und mit ihm viele Andere die orientalische Frage auf, und wie es scheint, haben ihre Worte Anklang gefunden, denn wie wir oben gesehen, will Frankreich dem Vicekönig von Aegypten zur Unabhängigkeit verhelfen, vielleicht nur in der Absicht, um sich in ihm einen freundlichen Nachbar und bereitwilligen Helfershelfer zu anderweitigen Expeditionen in Afrika zu erziehen. Es ist wohl möglich, daß man diese Absicht hat, und in der That, Frankreich kann einen Nachbar in Afrika brauchen, und besonders einen solchen, wie Mehemed Ali ist. Von ihm werden die Franzosen noch viel lernen, von ihm werden sie sich unterrichten lassen, wie mit den Eingeborenen in der

Regentschaft Algier umzugehen sei, um sie entweder für europäische Civilisation empfänglich zu machen oder sie zu vernichten. Nach Afrika sieht jetzt die große Nation, denn dort hat Abd-el-Kader, ein Wüsten-Emir, mit dem die französische Regierung im Mai 1837 den Vertrag an der Tafna abschloß, einen heiligen Krieg gegen die Söhne Frankreichs begonnen, und zwar deshalb, weil er nicht zugeben will, daß man das, ihm zugewiesene Gebiet von französischer Seite willkürlich verletze. Nicht hat der pomphafte Zug des Herzogs von Orleans den Wüstensohn geblendet, er hat darin eine Verletzung seines Rechts gesehen, die arabischen Stämme, selbst die, welche mit Frankreich in freundschaftlichem Vernehmen standen, zur Schilderhebung gereizt und ist mit seinen flüchtigen Reitern über die Kolonisten der Ebene Metidscha hergefallen. Racheluſt, Fanatismus und Schlauheit leiteten Abd-el-Kader und seine Schaaren bei diesem Ueberfalle, und wie glücklich er ihn in seinem Sinne ausgeführt, das predigen die Klagelieder in den französischen Journalen, das verrathen die großen Anstrengungen, die gemacht werden, um sich im Voraus den Erfolg der mit dem Frühjahre zu beginnenden Expedition

zu sichern. Wie in den Arabern, so herrscht jetzt in den Franzosen das Gefühl nach Rache vor; man will, man muß Abd-el-Kader vernichten, dies fordert die Nationalehre, und nach dieser der Beruf, die Welt zu civilisiren. Jedoch gibt es auch Männer, die schon jetzt behaupten, daß die französischen Waffen im Kampfe gegen Abd-el-Kader wenig Ruhm einerndten dürften; und wir glauben, diese Männer sehen weiter als diejenigen, die Alles durch die Brille des Ruhmes betrachten. Der glühende Sand der afrikanischen Wüsten ist eben so verderblich als die Kälte Rußlands, und in den wilden Bewohnern dieser Wüste lebt derselbe Durst nach Rache, dieselbe Liebe zur Unabhängigkeit, dasselbe religiöse Gefühl, das einst die Spanier begeisterte und sie triumphiren ließ über Napoleons Heere. Der Krieg von Afrika kann sehr ernste Folgen für die Ruhe Frankreichs haben. Doch, was sagen wir von Ruhe! Ist denn Frankreich ruhig? Sind nicht gerade jetzt gegen Ende des Jahres alle Parteien wieder in voller Thätigkeit, um ihre Pläne durchzusetzen? Hat nicht, noch ehe die Akten des Prozesses über das Mai-Attentat geschlossen sind, abermals eine Art Höllenmaschine

die Polizei in (man möchte sagen) wilde Bewegung gesetzt? Lies't man nicht jeden Tag von Haussuchungen und Verhaftungen, republikanischen und bonapartistischen Komplotts? Erheben nicht die Legitimisten kühner denn jemals ihr Haupt und richten mit Sehnsucht ihre Blicke nach Italien, von woher sie Heinrich V. erwarten? Wallfahrten nicht die Hauptführer dieser Partei nach Rom, um ihre politische Andacht zu verrichten vor dem Herzoge von Bordeaux? Und will man auf der andern Seite nicht neue Umtriebe des Prinzen Louis Napoleon entdeckt haben? So wird der Thron Louis Philipps von allen Seiten bedroht, während er selbst die Nächte schlaflos in seinem Kabinette hinbringt und durch übermäßige Anstrengung die Gefahren, die ihn belagern, zu zerstreuen sucht. Dazu kommt, daß die Eröffnung der Kammern bevorsteht, daß er dem Volke verkündigen soll, in welcher Lage sich Frankreich befindet. Spanien und Belgien, der steigende Einfluß Frankreichs im Orient, dies werden die Stützen der Thronrede sein. Aber wird sie schweigen von dem Elende der arbeitenden Klassen, von den Klagen der Industriellen, namentlich von den Zuckerfabrikanten, von den

zahllosen Bankerotten? Wird sie schweigen von dem letzten Reste der Mai-Angeklagten *)? Wir werden sehen, wie sich die Thronrede durch diese Klippen hindurchwinden wird, und wollen hier nur darauf hingedeutet haben, daß es äußerst schwierig ist, die Wahrheit zu umgehen; doch wird sie umgangen werden.

Kann es bei eigenen Gefahren zu einigem Troste gereichen, andere von ähnlichen Gefahren bedroht zu sehen, so müßte es den König der Franzosen etwas beruhigen, wenn er den Blick nach England richtete. Auch dort wüthen die Parteien gegen einander, und namentlich haben die Chartisten so toll gehauf't, daß man mit Waffengewalt gegen sie einschreiten, daß man an einzelnen Plätzen die Truppen verstärken mußte, um neuen Ausbrüchen dieser Fanatiker vorzubeugen. In der That, die Ultraradikalen, die Gleichheitsmänner haben in der letzten Zeit schrecklich gewüthet, aber wie anders stellt sich diese

*) Der größte Theil derselben ist, gleichsam partienweise, in Freiheit gesetzt worden, und es läßt sich erwarten, daß unter dem letzten Reste viele sein werden, denen man die bisher ausgehaltene Haft als Strafe anrechnen und sie frei lassen wird.

Partei gegen die mordsüchtigen Republikaner Frankreichs heraus. Den Chartisten ist es noch nie eingefallen, den Thron umzustürzen, im Gegentheil, sie hegen die tiefste Verehrung vor der Königin. Ihr Grimm ist nur gegen die Reichen gerichtet und gegen die Regierung, die diese Reichen in Schutz nimmt; sie wollen eine bessere Volksvertretung und deshalb ein ausgedehntes Wahlrecht; sie wollen eine Abstellung des Mangels, der bei den arbeitenden Klassen herrscht, und deshalb rütteln sie an längst bestehenden Gesetzen, die in der That als veraltet und nur eine Klasse begünstigend, abgeschafft werden sollten. Daß die Chartisten bei diesem ihren Streben, welches durchaus nicht gesetzwidrig ist, die gesetzlichen Schranken überschritten und in rasender Verblendung das Leben und Gut der wohlhabenden Klasse angetastet haben, das ist es, was den Staat gegen sie mit Waffen einschreiten hieß. Gegen die Hauptführer des letzten Aufstandes in Newport ist der Prozeß eingeleitet, aber dies hält die Chartisten nicht ab, ihre Versammlungen fortzusetzen und ihre Forderungen zu verfolgen, und so lange sie dies thun, ohne sich mit Verbrechen zu besudeln, wird ihnen die Regierung

nichts anhaben. Darin unterscheidet sich demnach wesentlich die englische Revolutionspartei (wenn man sie so nennen will) von der französischen, daß die letztere unterdrückt werden muß, soll nicht alles darunter und darüber gehen, während die erstere, so lange sie nicht mordet, sengt und brennt, ruhig fortbestehen und nach Herzenslust Revolution predigen kann. Die englische Regierung hat an sich von dieser Partei wenig zu fürchten, denn dieselben Gesetze, welche die Regierung schützen, nehmen auch eine Volkspartei in Schutz, und werden diese Gesetze übertreten, gleichgültig von der Regierung oder von irgend einer Partei, so haben die Uebertreter dafür zu büßen.

Eben so wenig, wie die Chartisten, können demnach auch die Whigs und Tories mit ihren Anfeindungen gegen einander die Ruhe des Staats auf die Dauer erschüttern. Es sind dies Kämpfe, an die sich das Volk und die Staatsmänner Englands gewöhnt haben, und die in neuester Zeit, bei der Verlobung der Königin mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Koburg in ein wirkliches Frau-Basen-Geklatsch ausarteten, durch welches freilich manche hochgestellte Person einen argen

Hieb abbekam. Daß man von Seiten der toryſtiſchen Partei dieſe Gelegenheit benutzte, um beſonders darin, daß bei der Sitzung des geheimen Raths, in welcher die Königin ihren Entſchluß wegen ihrer Verbindung verkündigte, die Rechte der proteſtantiſchen Kirche und deren Beſchützung nicht namentlich hervorgehoben worden waren, eine Begünſtigung der Katholiken zu finden, braucht hier nicht beſonders hervorgehoben zu werden. Die Hochtories verſäumen es nie, ihrem Groll gegen die katholiſche Kirche Luft zu machen, und ſo verſüchten ſie es denn auch wieder in neueſter Zeit, an der großen Emancipations-Akte zu rütteln, ohne zu bedenken, daß ſie mit all ihrem Gelde und all ihrer Macht, mit all ihren Ränken und Intriguen doch viel zu ohnmächtig ſind, um ein Werk umzuſtoßen, auf welches die Nation das heilige Siegel ihres Willens gedrückt hat. Die großen Herren thäten klüger daran, ſich bei Zeiten auf den furchtbaren Kampf vorzubereiten, der diesmal wiederum gegen die Korngeſetze begonnen werden wird. In der nächſten Seſſion werden die Feinde dieſer Geſetze mit ſchwerem Geſchütze anrücken, welches ihnen der Dr. Bowring, der dem Handelscon-

greſſe der deutſchen Zollvereinſtaaten zu Berlin beiwohnte, in ſo großem Vorrath geliefert hat, daß ſie während der bevorſtehenden Schlacht keinen Mangel daran leiden werden. Bowring hat nämlich in den bedeutendſten Städten Englands bald nach ſeiner Rückkehr aus Deutſchland verſchiedenen Verſammlungen beigewohnt und in klaren und deutlichen Vorträgen der britiſchen Handels- und Manufakturwelt dargethan, daß ſie ſich in einem ſehr bedauerlichen Irrthume befinde, wenn ſie glaube, der deutſche Zollverein ſei eine Kleinigkeit; das ſei ein Bund, feſter denn je einer geweſen, der unaufhörlich darnach ſtrebe, ſich immer weiter auszudehnen. Gegen ihn vermöge England nicht zu operiren, alſo bleibe kein anderes Mittel, als ſich mit ihm zu verbinden. Das habe bereits Holland gethan und erfreue ſich ſchon jetzt der glänzendſten Reſultate. Und wie könne England dieſe Verbindung zu Stande bringen? Nur dadurch, daß es den deutſchen Vereinsſtaaten durch mäßige Zölle entgegenkomme und namentlich die heilloſen Korngeſetze abſtelle.

Seitdem Dr. Bowring ſo zu ſeinen Landsleuten geſprochen, ſind ſowohl in engliſchen als franzöſiſchen Organen gründliche und befangene

Urtheile über den deutschen Zollverband erschienen, und es ist gleichsam eine Eifersucht zwischen beiden Reichen erwacht; das eine sucht dem andern den Rang abzulaufen, um so rasch wie möglich mit den deutschen Staaten in Handelsverbindung zu treten. Dasselbe Streben gibt sich bei den Belgiern kund, die, nachdem sie Limburg und Luxemburg abgetreten, ihre Sympathien für Frankreich geprüft und erkannt haben, daß sie, wenn auch in sprachlicher Hinsicht mit der großen Nation verwandt, doch schwer die Vortheile von ihr erlangen dürften, die ihnen Deutschland bietet. So ist denn der Westen, außer der politischen, auch in einer Handelstraktatsbewegung, von der wir wünschen, daß sie eine enge Verbindung mit Deutschland herbeiführen möge. Einer Verbindung in dieser Beziehung würde auch eine politische Allianz folgen, und so hätte Deutschland einen doppelten und dreifachen Rückhalt bei etwanigen Gefahren vor dem nordischen Koloß.

Auf dem politischen Felde hat England in der zweiten Hälfte des Jahres in so fern eine große Eroberung gemacht, als die so sehr verschrieene Expedition gegen den afghanischen Herrscher Dost Mahommed Khan von Kabul einen überaus

glänzenden Ausgang genommen. Schah Sudscha Mulk ist in sein Reich wieder eingesetzt, und der englische Einfluß auf die ostindische Welt durch freiwillige Unterwerfung mehrerer kleineren Fürsten und durch erneuerte Verträge mit dem jungen Herrscher von Lahore, der um die Mitte des Jahres seinem Vater Rundschid Singh gefolgt ist, auf lange Zeiten gesichert. Hierzu kommt noch, daß sich der Schah von Persien in alle die Bedingungen gefügt, die ihm die britische Großmuth vorgeschrieben, und daß er sich verpflichtet hat, die Freiheit der Stadt Herat, welche er, wie bekannt, lange Zeit hindurch vergeblich belagerte, nicht wieder anzutasten. Alle diese glücklichen Ereignisse im fernen Osten haben denn auch Englands Verhältnisse zu dem näheren Osten, zu Rußland, anders gestaltet, also daß sich beide Staaten in Betreff der orientalischen Frage näher gerückt sind und sich über den Vertrag von Hunkiar-Skelessi verständigen wollen. Daß bei einer solchen Verständigung auch Frankreich ein gewichtiges Wort mitsprechen wird, versteht sich von selbst.

Während jedoch Englands Einfluß in Persien von neuem befestigt und seine Macht in Ostindien außerordentlich erweitert worden, ist es mit dem

großen Reiche der Mitte, China, in argen Conflikt gerathen, und zwar nur wegen des Opiumshandels, den der Sohn des Himmels, der Herrscher von China nicht dulden, der britische Handelsstand in Ostindien aber nicht aufgeben will. Von beiden Seiten will man also nicht, und wenn zwischen zwei Parteien ein solches Nichtwollen eintritt, so gibt es in der Regel Streit. Daran hat es denn auch nicht gefehlt; die chinesische Regierung hat sogenannte energische Maßregeln ergriffen, seinen Unterthanen das Opiumrauchen bei Todesstrafe verboten, dergleichen Urtheile auch bereits zu wiederholten Malen vollziehen lassen und zuletzt den Opium-Vorrath den englischen Kaufleuten fortnehmen und die Waare selbst unbrauchbar machen lassen. Die Engländer schrieen darüber Ach und Weh, aber die chinesischen Beamten bleiben taub für solche Klagen und drohen mit der ganzen Gewalt des himmlischen Reichs, wenn die Briten Miene machen, sich ihren Befehlen zu widersetzen. Das Ende vom Liede wird sein, daß sich England an der Ostküste von China (und dazu soll bereits in London der Vorschlag gemacht worden sein) in Besitz einer Insel setzen und hier einen Freihafen

etabliren wird, um von dort aus mit einer gewissen Bequemlichkeit das chinesische Volk mit Opium zu versorgen und es zur tiefsten Demoralisation zu führen. Das ist, genau betrachtet, ein ganz heilloses Unternehmen, allein die Handelspolitik erfordert dies, und es ist britische Manier, diesem Götzen Alles zum Opfer zu bringen.

Um nun gleichsam diese Ungerechtigkeit im Osten wieder gut zu machen, dringt das englische Kabinett im Westen, in Portugal, darauf, daß die dortige Regierung sich endlich zur Abstellung des Sklavenhandels entschließen möge, und hat mit dieser an sich humanen Forderung so viele Chikanen verknüpft, daß in Portugal alle Parteien von gleichem Hasse gegen die Briten erfüllt sind. Man meint nämlich, England quäle Portugal absichtlich, um demselben einen Handelsvertrag abzupressen, der seinen einzelnen Bestimmungen nach einem Monopole für die britischen Kaufleute ziemlich ähnlich sehen soll. Also auch hier treibt die Handelspolitik ihren Spuck und sucht sich auf Kosten nationaler Rechte geltend zu machen. Es ist überhaupt etwas ganz Eigenes mit der britischen Humanität. Für sich selbst nimmt sie alle nur möglichen Freiheiten und

Rechte in Anspruch, für sich selbst sind die Herren Engländer äußerst besorgt, aber nach den Rechten derjenigen Völker, die unter ihrer Herrschaft stehen, fragen sie sehr wenig. Ein recht schlagendes Beispiel dafür gibt die Republik der jonischen Inseln, von denen über die himmelschreiende Willkür des britischen Regiments die bittersten Klagen erhoben worden sind. Die Jonier hoffen von der nächsten Parlamentssitzung eine Abhülfe ihrer zahllosen Beschwerden und wir wünschen, daß sie nicht vergebens hoffen mögen. Auf der westindischen Insel Jamaica und in Canada suchen die neuen Gouverneure und Generalgouverneure die jetzt herrschende scheinbare Ruhe zu befestigen und die Pläne vorzubereiten, um diese Kolonien einer äußeren und inneren Reform zu unterwerfen.

So hätten wir denn Frankreich und England, Belgien, Deutschland und den Osten Europa's mit allen ihren verschiedenen Beziehungen zu einander und zu der asiatischen und afrikanischen Welt in der Kürze die Revue passiren lassen und wenden uns nun zu den Ländern, deren Bestrebungen sich den allgemeinen Fragen des Jahres **1839** zwar theilweise genähert haben, aber auf die Lösung derselben im Wesentlichen ohne Einfluß blieben.

5. Portugal, Spanien, Italien und Griechenland.

Das kleine Königreich Portugal, welches einen Theil von dem Kopfe der alten Jungfrau Europa bildet, hat, wie dies seit einer Reihe von Jahren der Fall war, auch in diesem Jahre nur eine kleine Rolle gespielt, obgleich gerade dies Jahr in so fern einen sehr glänzenden Anfang nehmen sollte, als die Königin Donna Maria in der Thronrede nicht nur den Staatsgläubigern sehr schöne Aussichten machte, sondern auch den Gläubigen durch die Versöhnung mit Rom eine segensreiche Zukunft verhieß. Indeß das Jahr 1839 ist zu Ende gegangen, und weder die Gläubiger noch die Gläubigen haben die Erfüllung der thronredemäßigerweise gemachten Verheißungen gesehen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Portugal keine Schulden, d. h. weder Kapi-

talien noch Zinsen bezahlen kann, und weil der heilige Vater in Rom, in Rücksicht für Se. Majestät, Dom Miguel, sich bis jetzt noch nicht veranlaßt gefunden, den sogenannten kirchlichen Status-quo aufzuheben. Wie gesagt, diese beiden Versprechungen sind Versprechungen geblieben, eitle Wünsche und Träumereien, wie so vieles andere, das man in Ausführung bringen wollte, aber vor Ungeschick, Schwäche und Trägheit nicht dazu kommen konnte.

Schon die Corteseröffnung bot einen ächt portugiesischen Anblick dar, denn die Mitglieder saßen so einzeln und zerstreut, daß die Langeweile recht bequem zwischen den Deputirten Platz nehmen konnte. Dieser Mangel an Mitgliedern dauerte nicht Tage, nein Wochen und Monate hindurch, und dabei gewann die Welt nur den Vortheil, daß sie keine Debatten über eine Adresse zu hören bekam, denn daß man nach Verlauf so langer Zeit, während jeder, wie billig, die Thronrede vergessen hatte, dieselbe noch einmal hervorholen und zum Gegenstande einer Berathung machen würde, das glaubte Niemand. Dennoch geschah es, und man hörte dann später so widerliche und schauerliche Dinge über die innern Ver-

hältnisse des Reichs, daß selbst einem furchtlosen Manne die Haare zu Berge stehen mußten. So z. B. machten sich einige rechtliche Leute das Vergnügen, aus Aktenstücken die Zahl der Verbrecher und Freveltaten auszuziehen, und da ergab sich denn, daß im Jahre 1838 nicht weniger als 1776 Mordthaten, 3967 gewaltthätige Räubereien, 20 Kindermorde, 10 Selbstmorde und 18 Giftmischereien verübt worden waren. Man bedenke nun, daß Portugal 3½ Millionen Einwohner hat, und man kann sich dann leicht, wenn man die genannten Verbrechen zusammenaddirt, eine Uebersicht verschaffen, wie sich alle diese Schandthaten auf die Gesammtbevölkerung vertheilen lassen. Hierbei erfuhr man denn auch noch, daß von der 7 bis 8000 Mann starken Armee etwa 600 desertirt seien, und da berechnete dann Jemand, daß von 13 Mann immer einer das Hasenpanier ergriffen. — Diese durch Zahlen belegten, kläglichen Zustände versetzten die Herren Cortes in höchst trübselige Stimmung, und nur ein Minister ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, sondern schwor in offener Sitzung hoch und theuer, daß in den Gefängnissen des Landes nicht ein Individuum sitze, das die Todes-

ſtrafe verdient habe. Hätte Se. Excellenz ahnen können, was ihnen hierauf geantwortet, und zwar in öffentlichen Organen geantwortet werden würde, dieſelben hätten ohne Zweifel geſchwiegen. Denn ſiehe ſchon wenige Tage nach jener miniſteriellen Betheuerung las man in der liſſaboner Zeitung „Nacional" folgende Worte: „Durch das ganze Reich wird geraubt und gemordet, die zahlreichen Juſtizhöfe des Landes haben eine Menge Todesurtheile geſprochen, niemand iſt noch gehenkt worden, und nach der Ausſage des Miniſters befindet ſich kein Individuum in den Gefängniſſen, das den Tod verdiente. Iſt es denn nicht ſtadtkundig genug, daß in dem hieſigen Gefängniſſe nicht nur eine Menge Raubmörder, ſondern ſogar ein Vatermörder ſitzt?" — Und dieſer öffentlichen Zeitungsnachricht iſt nicht widerſprochen worden, ſie enthielt alſo vollkommene Wahrheit und bewies zugleich, wie wenig Kenntniß ein portugieſiſcher Miniſter von dem Zuſtande ſeines Landes hatte. Neben dieſen offenbaren Greuelthaten erwähnte man als kleine unbedeutenden Sünden die Schmuggelei, die in den einzelnen Provinzen nicht etwa von einzelnen Perſonen, ſondern von ganzen Banden getrieben wurde,

und zwar mit so großer Frechheit, daß sie Angriffe auf das Militair machten und in der Regel diese Helden in die Flucht schlugen.

Diese und ähnliche Dinge kamen in den Cortessitzungen zur Sprache, man zuckte die Achseln, schnitt verdrießliche Gesichter, beklagte dergleichen Zustände, aber Mittel zu ihrer Abhülfe konnte oder wollte man nicht auffinden. Woher auch? Um solchen Uebeln entgegenzutreten, muß man Truppen haben, um diese zu erhalten, braucht man Geld, — Geld ist aber im portugiesischen Staatsschatz nicht zu finden, folglich sind alle Vorschläge und Raisonnements, die man zur Beruhigung des Landes, Sicherheit der Person und des Eigenthums macht, nichts als leere Faseleien. Dazu kommt, daß die Regierung bei dem oft wiederkehrenden Ministerwechsel ohne alle Festigkeit, ohne consequentes Verfolgen eines Planes verfährt, und daß man nur darin consequent ist, daß man Inconsequenz zum Grundsatze erhoben hat. Alle Verwaltungszweige liegen darnieder, und weil dem so ist, so werden die Befehle der Regierung so wenig respektirt, daß sich die Gouverneure der Kolonien mit empörender Frechheit immer noch dazu verstehen, den Sklavenhandel

zu dulden, ja gleichsam zu beschützen. Dieserhalb ist nun, wie oben erwähnt ward, ein arges Mißverhältniß mit dem englischen Kabinette eingetreten, das jedoch durch Einsetzung eines neuen Ministeriums ausgeglichen werden soll. — In Betreff der politischen Parteien herrscht die alte Zwietracht in Portugal fort, ja selbst die Miguelisten treiben noch immer ihr scheußliches Handwerk, und werden es so lange treiben, als Dom Miguel in Rom Anhalt findet. In neuester Zeit hat sich der Prätendent zwar dadurch sehr geschadet, daß er große Summen, welche die Carlisten für ihn und Don Carlos zusammengebracht, statt zu gemeinschaftlichen Zwecken zu verwenden, für sich behalten und verjubelt hat, allein nichts destoweniger trägt sich der edle Dom immer noch mit dem Gedanken, das sogenannte Erbe seiner Väter wieder zu erhalten. In Summa ergibt sich, daß die portugiesischen Zustände um kein Haar besser sind als sie bisher gewesen, und daß gegenwärtig auch noch gar keine Aussicht vorhanden ist, Hoffnung auf günstigere Zeiten zu hegen.

Dasselbe läßt sich von Spanien nicht sagen. Hier haben sich im Laufe des Jahres 1839 Ereignisse zugetragen, die, wenn nicht abermals

ein böser Stern über Spanien aufgeht, dem constitutionnellen Throne sein Bestehen sichern dürften. Das Jahr fieng übrigens gar nicht so an, daß man auch nur im Entferntesten die späteren Ereignisse ahnen konnte. Die Thronrede verhieß, wie die in Portugal, alles Mögliche, aber sie überging wohlweislich das entsetzliche Elend, das auf dem Lande lastete. Die Cortes beschäftigten sich mit Decreten, um eine Reservearmee von 40,000 Mann auszuheben und Tausende von Pferden requiriren zu lassen; und während dies geschah, etablirten die Herren Cordova und Narvaez zu Sevilla auf eigene Faust ein Revolutiönchen, machten sich dann aus dem Staube, der Eine hierhin, der Andere dorthin und schimpften in allen nur möglichen Blättern auf Espartero. Dieser that lange Zeit hindurch gar nichts weiter, als daß er dem Beispiele der Carlisten folgte, und die Gefangenen todtschießen ließ. In der That, die Menschenschlächterei nahm so fürchterlich überhand, daß man glauben mußte, es ständen sich nicht Menschen, sondern lauter Bestien gegenüber.

Diese grausamen Scenen erhielten plötzlich eine andere Wendung durch eine gleich grausame

Scene, die der carlistische General Maroto im Februar auf dem Kirchhofe zu Estella aufführte. Dort ließ derselbe mehrere carlistische Führer ohne alle Umstände erschießen, unter dem Vorwande, er habe dies aus Treue gegen Don Carlos und aus Rücksichten für seine eigene Sicherheit für nöthig erachtet. Ein Schrei des Entsetzens folgte dieser blutigen That, und Don Carlos erklärte in einer Proclamation den blutgierigen Maroto für einen Verräther. Dieser aber, dem seine Soldaten ergeben waren, lockte seinen Herrn und Meister in die Falle und erzwang von ihm nicht nur mit leichter Mühe den Widerruf jener Proclamation, sondern noch eine andere, worin Don Carlos erklärte, Maroto habe auf seinen Befehl behandelt. Alle Welt staunte über diese entsetzliche Schwäche des Prätendenten, und Niemand verhehlte sich, daß derselbe jetzt in den Händen Maroto's sei.

Von diesem Augenblicke an war die Sache der Carlisten auf das Tiefste erschüttert, denn nicht genug, daß Maroto's That unter ihnen zwei, einander feindlich gesinnte Parteien hervorrief, zeigte sich auch bald, daß Maroto nichts Geringeres im Sinne habe, als seinen Herrn zu verrathen und zu den Christinos überzutreten.

Mit großer Schlauheit operirte der alte Sünder, er trat mit Espartero, der die Zwietracht unter den Carliſten mit gewohnter Trägheit anſah, in Unterhandlungen und wußte es durch allerlei Mittel dahin zu bringen, daß namentlich die baskiſchen und die navarreſiſchen Bataillone von Don Carlos abfielen.

Um es mit kurzen Worten anzudeuten, Maroto ſpielte nicht nur die Rolle eines Verräthers, ſondern er wurde zum Verräther, nachdem er ſich im Dienſte einer ſchlechten Sache gemäſtet hatte und zur Einſicht gekommen war, daß eben dieſe Sache für die Dauer doch in die Brüche gerathen würde. Es liegt nicht in unſerem Plan, die ſchmutzigen Wege der gemeinſten Intrigue, auf denen chriſtiniſche und carliſtiſche Agenten bei dem Arrangement des genannten Friedenswerks wandelten, hier weitläuftig anzugeben; es reicht hin, das Reſultat anzuführen, das Maroto mit ſeinen Ränken, Espartero mit ſeinen angeblichen Waffenthaten erreichte, und welches ſofort erzielt ward, nachdem Frankreich, welches Jahre hindurch als Theilnehmer an der Quadrupel-Allianz nur leere Worte oder Sympathien für den conſtitutionnellen Thron Iſabella's II. hatte,

eine laue Hülfe zugesagt. Und welches war dies Resultat? Der absolute und bigotte Don Carlos, aller Geldmittel entblößt, mußte sich an einem heiteren Morgen nach Frankreich flüchten und seinen Wohnsitz in Bourges nehmen, woselbst er sich noch befindet und von der französ. Regierung so scharf beobachtet wird, daß man sich gar nicht irrt, wenn man den Kronprätendenten für einen Staatsgefangenen ansieht. — Madrid überließ sich bei der Nachricht von der Flucht des Don Carlos dem ausgelassensten Jubel, ja man illuminirte, gab Bälle und Feste, umarmte sich und nahm in wilder Freude ganz die Miene an, als sei der Bürgerkrieg nunmehr für immer geendet. Und zu solcher Vermuthung war wirklich einiger Grund vorhanden, denn die Truppen Espartero's und Maroto's umarmten und küßten sich, tranken Brüderschaft und schwuren sich ewige Freundschaft. Dies thaten besonders die baskischen und navarresischen Bataillone, und gleich darauf traten auch die Cortes in Madrid mit der nach ihrer Ansicht humanen Idee hervor, den Basken ihre Freiheiten noch vorläufig auf zwei Jahre zu lassen, was man wahrscheinlich nicht gethan haben würde, wenn man nicht mehr vor der Tapferkeit der

Basken als vor ihrem guten Recht Respect gehabt hätte.

So schien denn wirklich der Bürgerkrieg zu Ende zu sein, und es gab Viele, die Maroto's Mordscene auf dem Kirchhofe zu Estella als ein segensreiches Ereigniß priesen, denn von jenem schauderhaften Auftritte an waren die Angelegenheiten der Carlisten rückwärts gegangen. Indeß mit dem Ende des Bürgerkrieges schien es nur so, die Hoffnungen darauf erwiesen sich als leere Träume, denn trotz der Flucht des Don Carlos machte der treueste Anhänger und Verfechter seiner Rechte und Grundsätze, der energische und grausame Cabrera gar keine Miene, die Waffen zu strecken, vielmehr steht er noch in diesem Augenblicke dem unentschlossenen Espartero, nunmehr Herzog von Vittoria, kampfgerüstet gegenüber, wüthet nach alter Manier und läßt alle die erschießen, auf die nur der entfernteste Verdacht eines Einverständnisses mit den Christinos fällt. Zu wiederholten Malen haben telegraphische Depeschen und, fast möchten wir sagen, sogenannte „Schiffernachrichten" die Kunde verbreitet, Cabrera stehe mit Espartero in geheimen Unterhandlungen, allein statt der Bestätigung dieser Ge-

rüchte lies't man täglich nicht nur von den Anstalten, welche er zu seiner Vertheidigung und zur Behauptung der eingenommenen Plätze trifft, sondern auch von den grausamen Maßregeln, die er gegen alle diejenigen Carlisten ergreift, die nur eine laue Theilnahme für die Sache des Glaubens und der Legitimität oder für Altar und Thron zeigen. Dagegen hat sich herausgestellt, daß viele einzelne carlistische Führer und mit ihnen große Massen von Soldaten zu den Christinos übergehen, und daß der „catalonische Tiger", der Graf Espana, von seinen eigenen politischen Glaubensgenossen hingeopfert ist. Dies läßt freilich hoffen, daß die carlistische Macht, die jetzt nur in Cabrera ihren einzigen Stützpunkt hat, sich nach und nach so verringern werde, daß sie von selbst zusammenfällt. Wir sagen, das läßt sich hoffen, aber es mit Gewißheit voraussagen wollen, wäre thöricht, da das geringste Ereigniß diesen Dingen eine andere Wendung geben kann. Zwar sitzt Don Carlos immer noch in Bourges, zwar sind die nordischen Hülfsquellen, aus denen er bisher geschöpft, versiegt, zwar ist Frankreich fest entschlossen (wenigstens scheint es so), die Person des Prätendenten so lange festzuhalten, bis Spanien

beruhigt ist, aber dennoch haben Don Carlos und seine Anhänger noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, und werden an derselben so lange festhalten, bis die Krone Isabella's II. von den bisher eifrigen Beschützern der Legitimität anerkannt und im constitutionnellen Spanien selbst der Geist der Ruhe und Ordnung heimisch geworden ist.

Wir reden da von dem Geiste des Friedens und der Ordnung; bei Gott, wenn die Carlisten so lange Hoffnung für ihre Sache haben, bis sich besagter Geist in Madrid häuslich niedergelassen und Bürger geworden, dann werden sie vor der Hand ihre Hoffnung nicht aufgeben. Von Ruhe und Ordnung weiß man seit einem Menschenalter in Madrid nichts, und sie sollten sich jetzt dort einstellen, jetzt, wo zu verschiedenen Revolutionen die beste Aussicht vorhanden ist? Sehen wir nur zuerst auf die Verwaltung, auf die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen. Was finden wir? Lauter Parteimänner, von denen der eine Theil exaltirt, der andere moderirt, der dritte progressiv, d. h. für zeitgemäße Fortschritte gestimmt ist. Und was ist der Plan dieser Parteien? Vorläufig kein anderer als Geld herbeizuschaffen,

um da durch einen allgemeinen Frieden und Wohlstand herbeizuführen. Geld, wieder Geld und nochmals Geld, das ist das einzige Ziel, nach welchem die Regierung strebt und wegen dessen sie unaufhörlich mit den Cortes in Streit liegt. Und nun die Cortes! Welche traurige Erfahrungen haben diese Herren nicht im Verlaufe dieses Jahres gemacht. Vertagt, aufgelöst, wieder vertagt, nochmals aufgelöst, das war ihr Schicksal, und bei dieser tollen Wirthschaft, dieser entsetzlichen Zerrüttung aller öffentlichen Verhältnisse besteht Spanien immer noch, d. h. die eitle und üppige Königin Christine führt noch immer die Regentschaft, und die eigentliche Königin Isabella ist 10 Jahre alt geworden und wird, um den Frieden herzustellen, mit Heirathsplänen verfolgt, bei denen sie selbst wahrscheinlich wenig mitzusprechen hat, es müßte denn vorausgesetzt werden, daß der Glanz einer Krone auch den Geist eines Kindes erleuchte. Was nun die letzte Auflösung der Cortes betrifft, so hat man zwar gesagt, diese sei nur deshalb erfolgt, weil in diese würdigen Vertreter ein hannöverscher Geist gefahren, d. h. weil sie die Steuern verweigerten. Indeß beim rechten Lichte besehen,

nämlich beim Lichte der Conſtitution, konnten ſie wohl nicht der Steuerweigerung wegen aufgelöſ't werden, denn dieſe ſteht ihnen geſetzlich zu, auch findet ſich in der ſpaniſchen Verfaſſung kein Paragraph, der den Volksvertretern gebietet, von dem Paragraphen, der ihnen das Steuerverweigerungsrecht einräumt, keinen Gebrauch zu machen. Deshalb müſſen andere Gründe die Auflöſung nothwendig gemacht haben, und ſiehe, dieſe Gründe haben ſich gefunden. Man will die exaltirte oder ultrademokratiſche Partei wo möglich ganz vernichten, weil man von Paris aus erfahren hat, daß die nordiſchen Mächte ſich nicht dazu entſchließen würden, den Thron Iſabella's anzuerkennen, wenn die genannte Partei die Oberhand behalte. Aus der Anerkennung folgert man aber das ſo lange erſehnte Ende des Bürgerkrieges, und deshalb hat man über die eigenſinnigen Cortes Scheidewaſſer gegoſſen und an den geſunden Sinn der ſpaniſchen Nation appellirt. Neue Wahlen ſind angeordnet, und ohne Zweifel ſind auch von Paris aus dem ſpaniſchen Miniſterium Winke gegeben worden, wie man es anzuſtellen habe, die Wahlen im Sinne der Regierung zu leiten. Ob man in Madrid

daran denken wird, wie wenig dieſe Mittel in Paris zum Ziele geführt haben, mag dahin geſtellt ſein; ſo viel aber iſt gewiß, daß in Spanien eben ſo wie in Frankreich die pomphafte Phraſe „Appellation an das Volk" nichts weiter iſt als ein Deckmantel für unwürdige Ränke und Intriguen. Mit äußerſter Spannung ſieht man der Eröffnung der neuen Cortes entgegen, die diesmal viel zu berathen haben werden. An Stoff hat es ihnen übrigens ſeither nie gefehlt, aber ſie haben nichts zu Stande gebracht. Dem conſtitutionnellen Spanien fehlt ein energiſcher Geiſt; nur er würde das unglückliche Land retten, nicht aber Männer, die, wie Olozoga, Umarmungs- und Kußſcenen aufführen, und gleich hinterher auf den verſöhnten Feind Gift und Galle ſpeien. Zum Schluſſe mag noch bemerkt werden, daß der Mörder und Verräther Maroto in Madrid ſehr glänzend und vom Hofe äußerſt huldreich empfangen worden iſt. Der Ehrenmann hatte das vielleicht ſelbſt nicht erwartet.

Indem wir uns nach Italien wenden, mag hier gleich erwähnt werden, daß im lombardiſch-venetianiſchen Königreiche die öſtreichiſche Regierung aus der bisher verfolgten

Bahn nicht herausgetreten ist, wohl aber haben verheerende Ueberschwemmungen der oberitalischen Flüsse, namentlich des Po, manches Unheil angerichtet. Nach den gewöhnlichen Erfahrungen schreibt man diese Naturereignisse nur natürlichen Wirkungen, dem Schmelzen des Schnee's in den hohen Alpengegenden zu, das hat aber der Bischof von Modena nicht gethan, sondern ihm ist durch ein Gesicht verkündigt worden, jene Ueberschwemmungen hätten die Heiligen über das gottlose Italien verfügt, zur Strafe dafür, daß es französischen und nordischen Ketzereien und Irrlehren die Aufnahme gestattet. Diese Ansicht hat der Mann Gottes drucken lassen und es solchergestalt der Welt schriftlich gegeben, daß er nicht nur dergleichen glaube, sondern daß er es auch für möglich halte, bei Anderen denselben Glauben anzuregen. Wollen wir uns in Deutschland darüber wundern? Behüte der Himmel, wir brauchen nicht nach Italien zu gehen, um solche Dinge zu sehen und zu hören; wir haben sie ganz nahe und brauchen nicht ultra montes zu wandern, um Ultramontanes zu finden.

Im Königreich Sardinien hat das Jahr sehr menschenfreundlich begonnen; denn es wurde

dort die Gleichstellung vor dem Gesetz proklamirt und hinterher erließ der König auch 10 Procent von den directen Steuern für das Jahr 1839, woraus hervorgeht, daß dort die Finanzen, trotz der Unterstützungen, die in die Kasse des Don Carlos flossen, in ganz gutem Zustande sein müssen. Später hat die sardinische Regierung auch die zeitweilige Unterbrechung der Handelsverhältnisse mit Spanien wieder aufgehoben, und daraus will man den Schluß ziehen, das auch das Kabinett von Turin nicht abgeneigt ist, unter gewissen Bedingungen die kleine Isabella von Spanien anzuerkennen.

Im Großherzogthum Toscana hat man fortgefahren, mit derselben Mäßigung und Besonnenheit, wie es bisher geschehen, den Anforderungen der Zeit zu huldigen. Florenz ist noch immer der Sammelplatz des Schönen und Edlen und die zahlreichen Fremden, die hier verweilen, rühmen laut den Sitz des großen Mediceers. Zugleich wurde auch in diesem Jahre zu Pisa ein wissenschaftliches Fest gefeiert. Die italienischen Naturforscher kamen dort zusammen, nur den römischen ward der Besuch streng untersagt, was diesen Herren, wie man später erfuhr, ganz an-

genehm gewesen sein soll, da sie sich voraussichtlich bei ihren Berufsgenossen gewaltig blamirt haben würden. Man sagt den römischen Naturforschern nach, daß sie nichts verstehen, und zwar deshalb, weil ihnen das Forschen einmal verboten und dann sehr unbequem ist. Daß jener oben erwähnte Bischof von Modena der Versammlung nicht beigewohnt, braucht wohl nicht erwähnt zu werden, denn sonst würde er wahrscheinlich nicht für würdig gehalten worden sein, von den Heiligen auf so wunderbare Weise über die Po-Ueberschwemmungen belehrt zu werden.

Rom, die alte Weltstadt, ist im Verlaufe des Jahres einmal sehr lebendig geworden, und zwar am 26. Mai, an welchem Tage eine große Heiligsprechung stattfand. Akte dieser Art kommen nicht so häufig vor wie Allocutionen, und daher findet sich auch zu ihrer Verherrlichung die Geistlichkeit der katholischen Kirche in größerer Anzahl ein. Nach Angaben des „Diario di Roma", eines sogenannten amtlichen Blattes, soll sich die Zahl der Fremden auf **30,000** belaufen haben. Auch gekrönte Häupter waren zugegen, und unter diesen befand sich auch Dom Miguel, der nie eine Gelegenheit unbenutzt läßt, um seinen Phan-

tassen, denen zufolge er sich immer noch als König von Portugal, als Allergetreueste Majestät ansieht, den Schein von Wirklichkeit zu geben. Ob er sich einbildet, auch einmal heilig gesprochen zu werden, wissen wir nicht, glauben aber, daß, sollte der Fall einst eintreten, der Teufels-Advokat, obgleich er den Prozeß in der Regel verliert, ihn dann gewinnen würde. Uebrigens trug diese pomphafte Ceremonie durchaus nicht dazu bei, den alten Glanz der römischen Kirche zu erneuern, vielmehr sollen dabei so arge Menschlichkeiten vorgefallen sein, daß der Heiligenschein dieselben nicht in den Schatten stellen konnte. — Was wir sonst über Rom zu sagen wissen, erhebt sich eigentlich nicht über die Grenze des Gewöhnlichen. Die große Mailänder Amnestie, wodurch der Kaiser Ferdinand von Oestreich seinen Namen verewigt hat, erweckte zwar auch im Kirchenstaate zu wiederholten Malen Amnestie-Gerüchte, allein bei diesen Gerüchten ist es nicht nur geblieben, nein, es sind auch hin und wieder Verfolgungen eingetreten. Namentlich wird mit großer Aengstlichkeit das Volk von Ancona bewacht, weil man mit Recht befürchtet, es dürfte dies von Seiten der französischen Besatzung auf

Irrwege geführt worden sein. — In seinen Verhältnissen zu Preußen steht Rom auf dem alten Flecke. Die feierliche Protestation des heiligen Vaters ist ohne allen Einfluß geblieben, und wird für die Zukunft um so weniger Erfolg haben, da die russische Regierung der preußischen ein Beispiel gegeben hat, das zu verführerisch ist, um es nicht nachzuahmen. Die letzte Allocution Gregors XVI., gehalten in den letzten Tagen des November, ist weiter nichts als ein Klagelied über den Abfall der russischen Bischöfe, welchem freilich noch eine bedrohliche Ermahnung an die Apostaten beigefügt ist, sie möchten ungesäumt in den Schooß der allein selig machenden Kirche zurückkehren. Indeß die Worte des Statthalters Christi sind auf steinigtes Erdreich gefallen, denn Rußland soll sich nicht nur alle Ermahnungen dieser Art auf das Bestimmteste verbeten, sondern auch mit gänzlichem Abbrechen aller dimplomatischen Verbindung gedroht haben. Die große Glaubensarmee schreit zwar darüber Ach und Weh, aber mit Bezug auf Rußland wird ihr Geschrei ohne allen Erfolg bleiben. Rom's Macht ist längst gebrochen, und es kann dieselbe nur dadurch wieder um etwas erneuern, wenn es sich

allmälig einen Pfad ebnet, auf dem es der großen Gegenwart entgegenschreiten kann.

Aus dem Königreiche beider Sicilien erklangen, und namentlich von der Insel Sicilien, am Anfange des Jahres direkte Jubellieder, denn der König wurde von den Bewohnern derselben mit solchem Enthusiasmus empfangen, daß er selbst den Entschluß faßte, für immer auf der Insel zu bleiben. Die amtlichen Zeitungen von Neapel waren gar nicht im Stande, den Patriotismus zu fassen, den die Sicilianer an den Tag legten, und der König stand auch nicht an, sie dafür zu belohnen und sie aller der Wohlthaten theilhaftig werden zu lassen, welche er im Uebermaße seiner Gnade den Neapolitanern gespendet. Um den Inselbewohnern davon einen recht auffallenden Beweis zu geben, wurden Veranstaltungen getroffen, das Stempelpapier einzuführen, und ihnen zugleich die Aussicht eröffnet, daß sie bald ganz und gar mit Neapel vereinigt sein sollten. Die undankbaren Sicilianer erkannten aber diese Gnade nicht an, sie wollten von derselben nichts wissen, die Jubellieder schwiegen, und die ganze Herrlichkeit hatte alsbald ein Ende. Nun kam es zwar nicht zu einer allgemeinen Empörung,

allein in kurzer Zeit bildeten sich in allen Thälern der Insel Räuberbanden, die ihr Handwerk mit solcher Frechheit und Geschicklichkeit trieben, daß selbst die Hauptstädte Messina und Palermo nicht verschont blieben. Es wurden Grausamkeiten verübt, wie sie nur die Rachlust eines Südländers eingeben kann, und die Kämpfe der Soldaten mit diesen Räubern, fielen zu wiederholten Malen so sehr zum Vortheil der Letzteren aus, daß endlich der König selbst eine Expedition gegen sie unternahm und das so sehr gefürchtete Martialgesetz auf der Insel proklamiren ließ. Das energische Einschreiten gegen die wilden Banden hat zwar ihrer Wuth etwas Einhalt gethan, aber nichts destoweniger ist der Zustand der Insel ein gedeihlicher. Die neapolitanische Regierung verfährt mit den Sicilianern zu willkürlich und erneuert die oft fehlgeschlagenen Versuche, die Insel in allen Dingen wie das Festland zu behandeln, immer wieder, und jedesmal brechen nach solchem Manöver neue Unruhen aus. Dazu kommt, daß die Beamten, namentlich die Steuerbeamten, wahre Blutigel sind, und daß verheerende Krankheiten und Mißernten die Noth der unteren Klassen auf eine entsetzliche Höhe

gesteigert haben. Der Minister des Innern Nicola Santangelo erließ zwar zu Anfang des Jahres eine scharfe Verordnung, um den Unmenschlichkeiten der Beamten bei Eintreibung der Mahlsteuer vorzubeugen, allein wie wenig seine Drohungen gefruchtet haben, beweis't, daß trotz derselben sich die sicilischen Thäler mit Räuberbanden anfüllten. Von dem Könige wird berichtet, daß er sein großes Privatvermögen meistentheils zum Wohle des Staates verwendet, und wir wollen dies glauben, aber die Früchte, die aus dieser Freigebigkeit entsprießen, würden edler und allgemeinnütziger sein, wenn sich die Regierung aller engherzigen Ideen in Bezug auf eine freiere Geistesentwicklung entäußern wollte. Wie sich Rußland durch eine Kosackenmauer gegen den Geist des Westen zu schützen sucht, so Neapel gegen die politischen Lehren Frankreichs und Englands, ja vor den malteſischen Blättern, die unter dem Schutze englischer Preßgesetze erscheinen, herrscht in den höheren Kreisen zu Neapel eine größere Furcht als vor den Räubern auf Sicilien. Nebenbei tauchen auch von Zeit zu Zeit die Schreckgespenste der Carbonari oder des jungen Italien auf, auf welche dann stets, in Verbindung mit

Rom, eine wahre Hetzjagd angestellt wird. Ueberhaupt steht Neapel jetzt mit dem apostolischen Stuhl in vertrautem Verhältnisse, und diesem Umstande mag es auch wohl zuzuschreiben sein, daß der Papst dem Herzog von Bordeaux in einer förmlichen Audienz empfangen hat, zum großen Verdrusse Louis Philipps und seines Gesandten, der dem heiligen Vater sogar erklärt haben soll, wenn dies noch einmal geschehe, würde er seine Pässe fordern. Frankreich und Neapel lebten einige Zeit hindurch auf gespannten Fuß; jetzt ist das freundschaftliche Vernehmen wiederhergestellt, doch wird dies den König von Neapel nicht hindern, den vertriebenen Bourbonen, wo er nur immer kann, Hülfe zu leisten. Merkwürdig ist es, daß das Königreich beider Sicilien, das, mit Ausnahme der Nordgrenze des Continents, ringsum vom Mittelmeer umgeben ist, in diesem großen Wasserbecken der alten Welt eine so erbärmliche Rolle spielt. Es scheint als ob das rüstige und gefahrvolle Seeleben der trägen Natur des Neapolitaners nicht zusagt, und doch hat er viel von dem beweglichen Element angenommen; er ist so veränderlich und launisch wie der Ocean, der die zerrissenen Küsten seiner Heimath umspült.

Das jugendliche Königreich Griechenland unter seinem jugendlichen Herrscher Otto, der sich bis jetzt noch keiner Nachkommenschaft erfreut, hat sich zwar im Verlaufe des Jahres von fremden Truppen, d. h. Bayern, so ziemlich frei gemacht, aber nicht von den Schulden, und noch weniger von den verschiedenen Einflüsterungen der drei Schutzmächte. Es gibt in diesem Duodezkönigreich eine englische, französische und russische Partei, die sämmtlich, ohne gerade im klassischen Boden zu wühlen, doch denselben zu unterminiren suchen. England und Frankreich bilden den Rückhalt der freisinnigen Partei und verlangen eine freisinnige Verfassung für die Männer, die sich mit ihrem Blute vom Sklavenjoch frei gemacht haben, Rußland will von freisinnigen Institutionen nichts wissen, ist aber desto freigebiger mit Geldmitteln, deren Griechenland freilich höchst nöthig bedarf. In Folge dieser Parteiung ist denn auch das kleine Königreich den ärgsten Chikanen ausgesetzt, und darin treibt es namentlich Sir Eduard Lyons, der englische Gesandte, weiter als es billig ist. Die Griechen wissen selbst nicht, was endlich aus der Sache werden soll, aber hellsehende Männer meinen

doch, es sei besser, sich den groben Engländern als den schmeichelnden Russen in die Arme zu werfen. — Als die orientalische Krisis begann, machte sich die griechische Regierung große Hoffnungen auf Gebietserweiterungen, ja man trat sogar mit Ansichten hervor, die geradezu aussprachen, es sei historisch nothwendig, daß der alte griechische Thron von Byzanz wieder aufgerichtet werde, und diese Ansicht unterstützte man mit dem Grundsatze, daß Völkerrechte nie verjähren könnten. Schwerlich dürfte Rußland diesem Grundsatze huldigen, denn dadurch würde es sich mit Bezug auf Polen eine tödtliche Wunde schlagen. Es scheint auch bereits gegen diese historischen Ideen gearbeitet zu haben, denn diese Gebietserweiterungs-Hoffnungen sind seit längerer Zeit verstummt, und an die Stelle der Vergrößerungswünsche sind bei der griechischen Regierung Handelsbestrebungen getreten, also daß sie dieserhalb mit der Pforte Unterhandlungen angeknüpft hat. — Im Innern des griechischen Staats ist es im Ganzen ziemlich ruhig gewesen und nur das Conscriptionsgesetz war hier und da ein Stein des Anstoßes. Indeß der König hat auf seiner Reise durch das Land den Hellenen begreiflich

gemacht, daß der Staat Soldaten brauche und daß man dazu Eingeborene nehmen müsse, nachdem man die Fremden entlassen. Die Meisten haben dies eingesehen und dem Könige Treue gelobt, und dafür sind sie mit Ordenszeichen belohnt worden. Wenn der König, der übrigens, wie allgemein versichert wird, sehr beliebt ist, in jedem Jahre solche Reise macht, so wird er zuletzt alle seine Unterthanen persönlich kennen lernen und sie ohne Zweifel in der Treue und im Gehorsam befestigen. Während aber die Ruhe im Innern wenig gestört ward, wurde sie desto häufiger an den Grenzen durch Räubereien unterbrochen. Auch hiergegen scheint man kräftige Maßregeln ergriffen zu haben. Die Residenz Athen, in der außerordentlich viel gestohlen wird, blüht immer mehr auf, und besonders erfreut sich die Universität eines außerordentlichen Gedeihens. Daß jedoch an derselben sich eine freisinnigere Richtung in theologischer Beziehung in nächster Zeit schon einbürgern werde, dazu gibt das grausame Verfahren der heiligen Synode gegen den ehrwürdigen Priester Kairis (*Καΐρις*) wenig Hoffnung. Derselbe ist, weil er in seiner auf der Insel Andros errichteten Schule eine

freiere Geistesrichtung beförderte und deshalb bald einen hohen Ruf erlangte, von dort gewaltsam fortgeschleppt, dann vor die heilige Synode gestellt und von dieser, weil er sich zum Widerruf seiner Lehre nicht verstehen wollte, excommunicirt und in's Exil geschickt worden. Die Excommunication hat die Regierung nicht bestätigt, wohl aber das Exil, und damit dürfte, wie wir glauben, auch in Griechenland das Signal zu kirchlichem Zwiespalt gegeben worden sein.

6. Dänemark, Schweden und Norwegen.

In der dänischen Welt haben im Verlaufe des Jahres alle Klassen des Volks rüstig daran gearbeitet, die Zeit mit ihren großen Erscheinungen so zu würdigen, wie es Männern geziemt, deren höchstes Ziel das Erstreben einer gesetzlichen Freiheit ist. In diesem Sinne hat namentlich die dänische Presse, in diesem Sinne haben die Maigilde und der große Leseverein gewirkt, und es hat sich bei der Jahresfeier des letzten Vereins dargethan, zu welchem hohen Grade von Selbstbewußtsein, zu welcher Erkenntniß des Rechten und Wahren sich insbesondere die gewerbtreibende Klasse in Dänemark erhoben hat. Es herrscht dort eine gründliche politische Bildung vor, d. h. man kennt die Mängel des Staatskörpers und weiß auch die Mittel zur Abhülfe.

So ist denn namentlich mit vielem Glücke versucht worden, den Lebensnerv jedes Staates, die Finanzen, von dem Krebs zu heilen, an dem er seit langen Zeiten leidet. Die Regierung hat diesen Forderungen nicht widerstehen können, und deshalb sind die Finanzverhältnisse veröffentlicht worden. Die Mangelhaftigkeit dieser Veröffentlichung hat freilich zu bitterem Tadel Veranlassung gegeben, allein man sieht ein, daß aller Anfang schwer sei, und deshalb haben sich die Forderungen der Liberalen in Dänemark vorläufig nur darauf beschränkt, durch unaufhörliches Mahnen dahin zu wirken, daß die Finanzveröffentlichungen nicht nur nicht wieder einschlafen, sondern wo möglich in größerer Vollkommenheit erneuert werden möchten. Hierzu ist den Dänen alle Hoffnung geboten, denn der hochbetagte Friedrich VI. ist am 3. December zu seinen Vätern hinübergeschlummert und die Krone auf Christian VIII. übergegangen, einen Mann, der während der wenigen Tage seines Regiments wiederholt ausgesprochen hat, daß er selbst der wärmste Freund aller Fortschritte sei, welche die Zeit fordert. Die Dänen gehen demnach einer vielverheißenden Zukunft entgegen, welche auch

den Herzogthümern Holstein und Schleswig die lang erwünschten Reformen bringen wird.

Schweden und Norwegen ist der großen europäischen Welt ziemlich fremd geblieben, und doch sind allgemeine kirchliche und politische Interessen in dem scandinavischen Reiche angeregt worden. Auch in Schweden, und zwar speciell in Schweden, haben sich Streitigkeiten über die gemischte Ehe erhoben, allein sie sind dort von Seiten der Regierung durch eine Maßregel beseitigt worden, die man als höchst praktisch anerkennen muß, da nach Anwendung derselben kein Streit in dieser Sache wieder vorkam. Man verurtheilte nämlich den Geistlichen in der ersten Woche nach der verweigerten Einsegnung der Ehe zu einer Geldstrafe von **50** Speciesthalern, in der zweiten zu **100**, in der dritten zu **200** und so fort. Diese Maxime ist den geistlichen Herren sehr verdrießlich gewesen; und da sie Freunde des Mammons sind, so ist gar kein Fall vorgekommen, daß ein Prediger die Einsegnung drei Wochen hindurch verweigert hätte. Von allgemeinem politischen Interesse in Schweden (im engeren Sinne) ist die große Bewegung, welche in den letzten Tagen des Jahres, nach sehr energi-

schen Vorbereitungen der Opposition, sich bemerkbar gemacht hat, um dem Wahlgesetz oder Wahlsystem einigen Schutz gegen die Mannöver der Regierung und des Adels zu verschaffen. Mit einem Worte, die Opposition in Schweden verlangt gleich der in Frankreich nach einer Wahlreform, und zwar jetzt um so dringender, weil die Eröffnung des Reichstags in den ersten Tagen des nächsten Jahres bevorsteht. Ob die Opposition ihr Zirl erreichen werde, muß der nächsten Zukunft überlassen bleiben. In dem freien Norwegen entwickelten die Stände auf dem diesjährigen Reichstage (Storthing) eine große Thätigkeit, und nicht hielt die Strenge des Winters den hochbetagten König ab, sich nach Christiania zu seinen „lieben Freunden und norwegischen Männern" zu begeben. Mit Ehrfurcht und Liebe ward er von dem Volke aufgenommen, und in der Begrüßungsrede von Seiten des Municipalsraths ward es als ein großes Opfer hervorgehoben, daß der König bei seinem hohen Alter die beschwerliche Reise nicht gescheut. Hierauf erwiederte der greise Herrscher: „Für einen Fürsten, der das von ihm regierte Volk liebt, gibt es keine persönlichen Opfer, zumal wenn seine Ge-

danken und Handlungen nur auf die Uebereinstimmung der allgemeinen und besonderen Interessen gerichtet sind. Seit mehr denn einem Vierteljahrhundert habe ich die Gefühle der Norweger nach den meinigen beurtheilt und wiederhole jetzt, was ich Ihnen so oft bei wichtigen Verhältnissen gesagt: die individuellen Freiheiten der Norweger sind mir theuer, aber ich habe stets erkannt, daß die Liebe zur Freiheit mit der Liebe zum Vaterlande (als solches möchte gern der König Schweden angesehen wissen) im Einklang stehen und Hand in Hand gehen müsse." — Also sprach der König zu den Norwegern, sie nahmen dankbar seine Worte auf, bezeugten ihm die innigste Verehrung, als er aber, wie schon oft, dem Storthing vorschlagen ließ, ihm statt des einhaltenden Vetos ein absolutes einzuräumen: da wurde der königliche Vorschlag mit Stimmenmehrheit zurückgewiesen. Ihre Verfassung geht den norwegischen Männern über Alles, und weil dem so ist, sehen sie stolz auf das übrige Europa und fühlen sich in ihrem kalten Klima glücklicher als die Bewohner des Südens, denn die Sonne der Freiheit erwärmt die strenge Natur.

7. Die Schweiz.

Wir kommen nun zum Schlusse unserer Mittheilungen, zu welchem uns am passendsten die Schweiz erschien, jene Speisekarte, auf welcher man sich, ganz nach Belieben, alle Gerichte auswählen kann, die man im politischen Kochbuche Europa's verzeichnet findet. Gesundes Rindfleisch, verdorbene Ragouts, sanfte Mehlspeisen, Törtchen mit Glaubenssauce, genug, was man verlangt. Vom Absolutismus an bis zum Zelotismus findet man durch das ganze Alphabet alle nur möglichen „Mus", und es ist nur zu verwundern, daß man nicht noch mehr Buchstaben erfunden hat, denn an neuen religiösen und weltlichen Grundsätzen und Lehren würde es nicht fehlen. Es ist ein ewiges Befehden aller Parteien gegen einander, und nur wenige Kan-

tone, und dahin gehören St. Gallen, Genf und das Waadtland, zeichnen sich durch consequentes Festhalten und Verfolgen freisinniger Institutionen in Kirche und Staat aus. Daß mit dieser kirchlichen und politischen Parteiung eine Trennungswuth in die einzelne Kantone gefahren, dafür sprechen die schon getrennten Gebiete von Basel-Stadt und Basel-Landschaft, dafür die Walliser Händel und die Versuche der Bewohner des, zu Bern gehörigen Juratheils, sich von Bern loszureißen. In Wallis kämpfen die Oberwalliser gegen die Unterwalliser; die Ersteren, eingefleischte Aristokraten, wollen den Andern die von ihnen begehrten Rechte nicht einräumen, und jetzt, nachdem der Vorort die Angelegenheit mit Schreibereien hingezogen, ist man dahin gekommen, beide Theile dahin zu bewegen, daß sie die Verfassung von 1815 wiederherstellen und sie gemeinschaftlich reformiren mögen. — Im Kanton Tessino ist in den letzten Tagen des Jahres die Revolution gegen die Willkür ultramontaner Aristokraten ausgebrochen, worin das Volk gesiegt hat. — In Schwyz dauert die alte Feindschaft zwischen Horn- und Klauenmänner fort; — in Freiburg hausen die Jesuiten und predigen der

der Welt vor, daß sie den Wohlstand des Kantons begründet haben; — in Luzern kämpft der katholische Absolutismus gegen edle Freisinnigkeit, und in Zürich, im aufgeklärten Zürich, ist ein Reich der Gläubigen errichtet. Dort hat die Berufung und Absetzung des berühmten Theologen Strauß, ohne daß dieser seine Stelle angetreten, einen Kampf der Bigotterie gegen die Aufklärung d. h. des Aristokratismus gegen den Liberalismus hervorgerufen, in welchem die Heuchelei den Sieg davon getragen. Lauter gottselige Männer stehen an der Spitze des Staates und suchen in öffentlichen Versammlungen zu beweisen, daß sie Christen seien. Dahin ist es mit dem aufgeklärten Zürich gekommen, dessen Hochschule ohne Rettung verloren ist, wenn dies gottselige Regiment sich wirklich halten sollte.

Aus der großen transatlantischen Welt, namentlich aus den Freistaaten von Nordamerika, sind nur Klagen herübergedrungen. Geld und Baumwolle, Baumwolle und Geld, das ist die große Ueberschrift der Unionsstaaten. Die Banken sind emporgeschossen wie die Pilze und sind ge-

fallen wie die Pilze, und das Schlimmste dabei ist noch das, daß seit dem Beginne der großen Bankkrisis im Jahr 1837 auch die Achtung vor dem Gesetz gesunken ist. Diesen gefährlichen Uebelstand schreibt man dem General Jackson zu, der durch den Kampf gegen die Bank seinen Mitbürgern ein unglückseliges Beispiel gab. Er lehrte sie, das Gesetz mißachten und es ganz nach ihren Launen auslegen. Von dieser Zeit an datiren sich die revolutionären Auftritte her, die in den einzelnen Staaten der Union ausbrachen und Freiheit und Leben der Bürger in Gefahr brachten. Es hat sich seit dieser Zeit in dem Volke die Idee gebildet, daß es ihm zustehe, sich selbst, ganz nach Willkür, Recht zu verschaffen, wobei nicht selten die fluchwürdigsten Barbereien begangen wurden. Insbesondere hat sich die Rohheit des Volks gegen solche Personen offenbart, die auf Abschaffung der Sklaverei drangen und dafür wirkten. So wird erzählt, daß im Staate Indiana, wo die Sklaverei nicht besteht, ein Geistlicher der Wiedertäufer und ein Methodistenprediger, die in ihren Vorträgen gegen die Sklaverei geeifert, aus den Armen ihrer Familien gerissen, nach der Stadt Vincennes geführt, dort

auf einem Balken reitend, in den Straßen umhergeschleppt, bis an das Kinn in den Fluß getaucht, mit Theer bestrichen, dann in ein mit Federn gefülltes Faß gesteckt und zuletzt verbannt wurden. Dieses entsetzliche Mannöver, das häufig vorkommen soll, nennt man „Lynchen." Mit diesen Grausamkeiten Hand in Hand gehen, nur in anderer Weise, die gegenseitigen Verfolgungen der Sekten, mit einem Worte, es herrscht in den Unionsstaaten eine tolle Wirthschaft und doch bestehen sie und bilden eine Achtung gebietende Macht. Die höchste persönliche Freiheit, verbunden mit dem großen Gedanken, daß die Masse wie der Einzelne einen durchaus freien Boden bewohne, ist das Palladium, das die Freistaaten schützt und sie zu einer Macht erhebt.

Die Staaten von Mittel- und Südamerika sind in fortwährendem Gährungsprozesse begriffen, und aus der Republik Haiti hat man erfahren, daß der Präsident Boyer auf dem besten Wege ist, ein Tyrann erster Größe zu werden.